

Pluralismus

Hellmuth Ladurner

Die Frage wurde gestellt ¹⁾ und verlangt daher eine Antwort: Was heißt Pluralismus? Ist nun die im Artikel der „Dolomiten“ mitgeteilte Begriffsbestimmung „Im Zeichen der sogenannten pluralistischen Gesellschaft kann jeder tun und lassen, was er will“ ²⁾ ausreichend? Erschöpft sich wirklich eine pluralistische Gesellschaft in einer zufälligen Anhäufung von partikulären Motiven und Handlungen? Oder liegt dieser Begriffsbestimmung ein Gedanke zugrunde, der dem Gedachten nicht gerecht wird.

Der Begriff des Pluralismus enthält in sich ein Gedoppeltes: er verweist auf das Wir, auf die Gesellschaft und er umgreift gleichzeitig auch die Individualität, den einzelnen, der in diese Gesellschaft als konstitutives Element eingeht. Mit dem Wort „eingeht“ kommt aber ein neues Problem in Sicht, das erst den Gehalt des Begriffes Pluralismus erhellt: Ist diese Gesellschaft ein Vorweg-Gebenes, in das der einzelne hineingestellt wird und daher sich nur als Entfremdeter finden kann oder bedeutet Gesellschaft nichts anderes als jener Ort, wo der einzelne sich erst als freier Mensch finden kann? Wird diese Frage auf den Begriff des Pluralismus bezogen, so drückt sie sich in dem Gegensatz von Willkür, d. h. Entfremdung und Freiheit, d. h. wahre Humanität aus. Ist der einzelne als ein im gesellschaftlichen Leben stehendes Individuum noch in der Lage, seinem Anspruch auf Selbstbestimmung gerecht zu werden, oder verschwindet diese Möglichkeit im Schlund der Eigengesetzlichkeit der dem Menschen entgegentretenden „Gesellschaft“, die sich in Form der Institutionen darstellt? Kann nun der einzelne im Rahmen der Institutionen seine Freiheit verwirklichen, oder muß zuerst die Institution abgeschafft werden, damit wahre Humanität lebendig werden kann?

Das Wort Institution verweist in seiner ursprünglichen Bedeutung auf etwas Offenes, Lebendiges. Dieser Sinn hat sich aber im Laufe der Zeit in sein Gegenteil verkehrt: heute wurzelt jegliche institutionelle Einrichtung im Abgeschlossenen und Vergangenen und zieht aus diesen Momenten die Kraft ihres Bestehens: ihre innere Dynamik erschöpft sich im dauernden Reproduzieren einer erarbeiteten und in alle ihre Teile ausgebreiteten Idee, die aber, da sie sich als vorweggenommene und nicht riskierte Zukunft weiß, für den einzelnen entfremdet ist.

Humanisierung der Institutionen heißt nun nichts anderes, als jenes Merkmal menschlichen Geistes, nämlich seine Existenz täglich in Frage zu stellen und sie dadurch täglich zu riskieren, in die Institutionen hineinzutragen und sie dadurch zu sprengen. Die perennierende Aufarbeitung der aus sich geborenen Ideen muß der Offenheit auf die Zukunft hin Platz machen: mit der Errichtung eines Gebäudes muß auch gleichzeitig der Keim zu seiner Zerstörung gelegt werden. Die Entfremdung sprengen, heißt nichts anderes als einen Ausbruch zu schaffen auf eine Zukunft hin, die nicht vorgegeben, sondern geschaffen, d. h. riskiert wird. „Wir sind nur imstande, das Mögliche zu erlangen, indem wir das Unmögliche unternehmen im Vertrauen darauf, daß die Zukunft offen ist“ ³⁾. Der einzelne kann sich nur in einer Institution begreifen, die das wesentliche Merkmal seines eigenen Wesens in sich aufweist: den täglichen Aufbruch in eine unbekannte Zukunft.

Als zweites Moment des Pluralismus wurde die Beziehung des einzelnen zur Gemeinschaft aufgezeigt. Das Individuum weiß, daß sein Handeln sich nicht in der Hinwendung auf sich selbst erschöpfen kann, sondern erst wesentlich wird, wenn es die Gemeinschaft einbezieht. Früher war ein solches Tun kein Problem: die notwendige Beschränkung des individuellen Handelns auf eine in sich geschlossene Gemeinschaft (z. B. Dorfgemeinschaft) ließ das Auseinanderfallen der beiden Bestimmungen nicht zu. Erst durch die notwendige Einbeziehung aller Menschen in den Motivationshorizont des einzelnen kommt diese Differenz zum Durchbruch. Hier wird die Frage „Wer ist mein Nächster“ bis zur Grenze getrieben, hier aber kann sie erst eine endgültige Lösung erfahren.

Wie kann nun dieses Infragestellen der Grundlagen einer Institution so geleistet werden, daß einerseits die Gefahr einer Zerstörung der Basis, auf der menschliche Freiheit erst wirklich werden kann, vermieden und andererseits die Entfremdung aufgehoben wird?

Einen Versuch in dieser Hinsicht bietet die Kirche mit ihrem Begriff des „pilgernden Gottesvolkes“ an. Hier finden wir alle jene Elemente vereinigt, die ein solch dauerndes Infragestellen arstarrter Institutionen ermöglichen. Der eschatologische Gedanke, der den Pilgernden antreibt, verweist auf eine Zukunft, die

einem nicht zufällt, sondern die immer wieder neu erkämpft und ausgefüllt werden muß; denn Freiheit ist nicht gegeben, sondern ausgegeben“ ⁴⁾. Der Pilgernde ist ein ständig im Aufbruch Befindlicher, der von der Bedeutung des Ortes weiß, an den er gerade gelangt ist, gleichzeitig aber auch begreift, daß damit seine Arbeit nicht getan ist. Er muß die jeweilige geschichtliche Gestalt, die, indem sie wirklich geworden ist, bereits vorgegangen ist, hinter sich lassen, sie zerstören, um Platz zu machen für eine neue, die wiederum unter dem Anspruch der Vorläufigkeit stehen muß. Damit wird aber keineswegs Raum für Anarchie freigemacht: „denn das in der Geschichte Gewordene bleibt auch heute die Bedingung der Möglichkeit von Vernunft und Freiheit“ ⁵⁾.

Die säkularisierte Form der Idee des pilgernden Gottesvolkes findet ihren Ausdruck im Begriff der permanenten Revolution. Sie ist ein „fortgesetztes Transzendieren über das Establishment hinaus in eine offene Zukunft“ ⁶⁾. Erst wenn „Gesellschaft und ihre Institutionen offen und flexibel“ ⁷⁾ gehalten werden, kann sich der einzelne in seiner Individualität und als gesellschaftliches Wesen begreifen. Erst in dieser Einheit ist wahre Humanität, ist Demokratie möglich.

Es ist also nicht so, daß in einer pluralistischen Gesellschaft jeder tun und lassen kann, was er will. Im Gegenteil! Aus der Verpflichtung für meinen Nächsten — und mein Nächster ist jeder Mensch — muß sich der einzelne beschränken und kann sich in dieser Beschränkung erst als freier Mensch finden. Erst in einer von institutioneller Eigengesetzlichkeit geregelten Gesellschaftsordnung ist diese Möglichkeit individueller Willkür gegeben: hier wird die „Vernünftigkeit des Wirklichen“ von der Institution gewährleistet und der einzelne kann so jeglicher Verpflichtung entgehen, sich in seine Partikularitäten und Meinungen ungehemmt ergießen. Sein Anteil am Geschehen auf der Welt reduziert sich auf die Kenntnisnahme, daß etwas geschehen ist. Die Ohnmacht der Individualität zeigt sich hier in ihrem vollen Lichte.

In Südtirol werden nun die größten Chancen eines Pluralismus gerade von jener Institution geboten, die auf den ersten Blick als entscheidender Hemmschuh für diese Bemühungen scheinen mag: die Kirche. Sie birgt den Grundgedanken der Vorläufigkeit jeder geschichtlichen Gestalt und hat ihn auch theoretisch in jeder Eschatologie herausgearbeitet und begriffen: es gilt nun diese Erkenntnis in die Praxis umzusetzen. Ein erster großer Schritt in diese Richtung wurde mit dem Konzil gemacht.

Abschließend möchte ich daher die einleitenden Worte des Bischofs unserer Diözese zu seinem Referat anführen: sie mögen diesen Aufbruch andeuten und sie können auch gleichzeitig als unmittelbare Antwort auf die in den „Dolomiten“ aufgestellte Behauptung stehen:

„Der Pluralismus, den das Programm der Tagung in der Wahl der Themen und der Referenten aufzeigt, ist selbstverständlich kein Grund, daß ich hier nicht herkomme, sondern wenn schon ein Grund mehr für meine Teilnahme. Denn daß wir auch in Südtirol in einer pluralistischen Gesellschaft leben, kann niemanden verborgen bleiben, der ein offenes Auge hat. Sollte nun dieser einmal vorhandene Pluralismus ständig nach außen hin unsichtbar bleiben und nicht zutage treten, so wäre dies meines Erachtens ein besorgniserregendes Zeichen für den Mangel an Freiheit und an Mündigkeit der Gesellschaft in Südtirol. Diese Studientagung selbst stellt ein Zeugnis dar für die Freiheit und Mündigkeit der akademischen Jugend und jeder, dem diese Grundwerte der Person und der Gemeinschaft etwas bedeuten, dem Demokratie ein Anliegen ist, wird dieses Zeugnis positiv bewerten.“

ANMERKUNGEN:

¹⁾ DOLOMITEN vom 22. 8. 1968, Nr. 139. Artikel MINI-PLURALISMUS von e.

²⁾ DOLOMITEN, a.a.O.

³⁾ Certainty and Change, Hrg. Shaul/Ogelsby, New York 1967.

⁴⁾ Zitiert in Fritz Perzsch/Heinz Eduard Todt, THEOLOGIE DER REVOLUTION, Analyse und Materialien, edition sub Rosa, Nr. 258, Frankfurt/Main 1966, Seite 23.

⁵⁾ Theologie der Revolution, a.a.O., S. 35.

⁶⁾ ebenda, S. 33.

⁷⁾ ebenda, S. 13.

⁸⁾ ebenda, S. 22.

Begrüßungsworte

Gottfried Ebnicher, Vorsitzender des Ausschusses der Südtiroler Hochschülerschaft

Verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Versuch einer Standortbestimmung in politischer, gesellschaftlicher und rechtlicher Hinsicht soll dieser zweite Teil unserer Studientagung sein, der wie der erste unter dem Thema „Zum Selbstverständnis der Südtiroler“ steht.

Wir alle, Sie und ich, sind uns darüber im klaren, daß eine ehrliche und offene Standortbestimmung, ein aufrichtiges In-sich-Gehen nicht leicht ist, nicht leicht ist vor allem in unserer besonderen Situation, da wir alle mitten im Geschehen um Südtirol drinnen sind, da wir alle allzusehr von den Fragen und Problemen, die eben dieses Land täglich aufwirft betroffen sind und beunruhigt werden.

Umso notwendiger erscheint es mir, daß die Frage nach der Wirklichkeit in und um Südtirol offen, ehrlich und gründlich gestellt wird. Denn das ist sicher: nur auf Grund einer präzisen Analyse kann man einer Frage auf den Grund gehen. Diese Analyse gilt es für Südtirol zu treffen. Und nur auf Grund dieser Analyse werden wir die Wirklichkeit erkennen — die Wirklichkeit, mit der wir konfrontiert sind, die Wirklichkeit, die wir bewältigen müssen, die Wirklichkeit in der wir leben müssen. Diese Realität — und sie geht alle an — ist schon anders und wird erst recht in Zukunft anders sein als viele sie sehen, gar nicht zu sprechen von denen, die mit Blick und Schritt nach rückwärts gewandt sind.

Lassen Sie mich an ein Wort von Dr. Manfred Nayer erinnern, das dieser beim ersten Teil unserer Studientagung am Grillhof gesagt hat: „Klischee bedeutet Ghetto, Konfrontation mit der Wirklichkeit ist Freiheit.“ Ich denke hier gar nicht an die Freiheit, die von außen bedroht ist, sondern an die, der der Mensch sich selber beraubt, dadurch daß er wider besseres Wissen und eigene Erkenntnis an Wunschvorstellungen, die weit von der Wirk-

lichkeit entfernt sind festhält, dadurch daß er, ganz offen gesagt, sich seines eigenen Verstandes nicht bedient. Und in diesem Moment werden Argumente hinfällig und der Mensch ist da Gefangene seines eigenen Ich. Der Denkende aber ist frei und autonom bereit für Anregungen und Argumente. Nur aus dieser Geisteshaltung heraus kann man nicht mehr Gütiges und Haltbares über Bord werfen, kann man in die Zukunft schauen, kann man Fortschritte erzielen.

Daß wir mit unserer Studientagung einer solchen Geisteshaltung in Südtirol begegnen, das ist unser Wunsch. Allerdings ist man mancherorts nicht gewillt, sich unsere Gedanken auch nur anzuhören und mit Pressengewalt sucht man uns zu desavouieren. Warum schießt man schon vor der Studientagung gegen uns? Vor dem ersten Teil kamen die Angriffe von der einen, diesmal von der anderen Seite. Hat man etwa Angst vor Argumenten?

Wo die Freiheit des denkenden Menschen unterdrückt wird, wo die Jugend und vor allem die akademische Jugend nicht gehört wird, oder gar zum Schweigen gebracht wird, ist der Fortschritt eines Landes zutiefst in Frage gestellt. Wir sehen es am Beispiel der Tschechoslowakei. Der Wille zu Fortschritt und Entwicklung, zu neuen, der jeweiligen Situation angepaßten Lebensformen schließt Gleichschaltungsversuche jeder Art aus. Da aber die Zukunft jedes Landes mit seiner Jugend verbunden ist, da die Jugend von heute die Trägerin des politischen, sozialen und kulturellen Lebens von morgen sein wird, muß ihr die Möglichkeit zu lebendigem Engagement gegeben werden, muß auch in Rechnung gezogen werden, daß die Jugend neue Wege zu gehen versucht.

Diesen Versuch mit der Jugend muß man wagen, diese Chance ihr geben. Die Studientagung der Südtiroler Hochschülerschaft soll ein Beitrag zu einem solchen Versuch sein.

Prolog zur Aufsässigkeit

Hellmuth Ladurner

„Wer an dieser Studientagung nicht teilnimmt, hat als Südtiroler ganz bestimmt nichts versäumt“, schreibt die Dolomiten vom 22. 8. in einem von et gezeichneten Leitartikel. Vielleicht ist dem Verfasser dieser Zeilen die Zielsetzung einer Studientagung der Südtiroler Hochschülerschaft nicht bekannt, was verwunderlich scheint, da ja der Chefredakteur Dr. Ebner des öfteren und auch bei der diesjährigen Studientagung — denn Grillohof und Brixen bilden eine Einheit — der Einladung der Südtiroler Hochschülerschaft mit Freuden gefolgt ist.

Gestatten Sie deshalb, daß ich hier versuche, mit ein paar Sätzen die Ziele einer Sit-Studientagung zu skizzieren, um dann auf die wichtigsten Punkte, die am Grillohof zur Sprache kamen, überzugehen.

Im Mittelpunkt der Bemühungen der Südtiroler Hochschülerschaft steht ohne Zweifel die Aufgabe, die Probleme unseres Landes der studierenden Jugend aufzuzeigen. Dieser Verpflichtung muß sie mit größter Sorgfalt nachkommen, da der Großteil der Studenten das ganze Jahr außer Land weilt und über die Vorfälle im Lande nur durch eine Presse informiert wird, die wegen der fehlenden Objektivität nicht die Sympathien der studierenden Jugend genießt.

Es ist aber auch die Pflicht und Schuldigkeit der SH, jene Ströme, die versteckt das gesellschaftliche Leben des Landes bestimmen oder zumindest durch ihre Vertreter als bestimmend hingestellt worden, aufzuzeigen. Wollen wir eine Standortbestimmung eines Südtirolers zeichnen, der sich nicht mit beiden Händen an den Bart Andreas Hofers klammert, wollen wir nicht die Züge eines Südtiroler Studenten aufzeigen, der gesund und volkstumsbewußt sich entsezt von den Berufsprotestierern entfernt, dann müssen wir Wege beschreiten, die unbekannt sind, die ein Wagnis bedeuten, die nur von uns, einer unbelasteten und ungebundenen Gruppe gebahnt werden können, weil sie die Möglichkeit des Scheiterns in sich bergen. In diesem Sinne hoffen wir, daß diese Tagung dazu beitragen möge, das Bild eines Südtirolers zu zeichnen, der im Bewußtsein seiner besonderen kulturellen Stellung und in Bejahung dieser Eigenart sich heute als italienischer Staatsbürger versteht. Es geht uns also darum, diese neuen Strömungen kennenzulernen, ihre Überzeugungskraft zu prüfen und ihre Stärke aufzudecken.

Daß wir dabei das Optimum der Möglichkeiten nicht ausgeschöpft haben, nicht ausschöpfen konnten, ist jedem klar. Allerdings ist der Vorwurf, die Parteien seien nicht vertreten, in keiner Weise berechtigt, da ihre Vertreter bereits am Grillohof sprachen und auch hier wieder sprachen. Vielleicht haben wir manche Richtungen zu wenig berücksichtigt, oder auch vergessen. Wenn uns keine größeren Vergesslichkeiten passierten, so stehen wir — um ein Wort Dr. Ebners am Grillohof in einem etwas anders gelagerten Zusammenhang zu gebrauchen — auch vor dem Richterstuhl Gottes gut da.

Zwei Probleme, die im Mittelpunkt der Überlegungen am Grillohof standen, möchte ich nun kurz herausgreifen und beleuchten. Die Tagungsteilnehmer beschäftigten sich vor allem mit der Frage der kulturellen Einheit Tirols. Inwieweit diese Einheit noch einer Wirklichkeit entspricht, inwieweit sie nur Mittel zur Propaganda bietet, inwieweit sie auf Grund der politischen Situation verloren gegangen ist, oder verloren gehen mußte, um nicht eine sich notwendige anbahnende Entwicklung zu unterbinden.

Alle Teilnehmer an der Tagung bekundeten bei den verschiedensten Gelegenheiten die Überzeugung, daß diese kulturelle Einheit besteht und noch weiter ausgebaut werden muß. Allerdings wurde auch die Tatsache betont, daß Südtirol auf manchen Gebieten eine besondere Ausprägung anstrebt, die durch das Hineingestelltsein in einen anderen Kulturraum unvermeidlich ist. Der Jugend obliegt daher vor allem die Aufgabe, diese kulturellen Ströme, die vom Hauptstrom sich absondern und ein eigenes Bett sich bahnen, an die Oberfläche zu bringen, sie mit neuen Inhalten zu bereichern. Erst im Wettstreit zwischen den verschiedenen Richtungen kann jene Vielfalt kultureller Leistungen entstehen, die ein Volk und ganz besonders eine Minderheit benötigt, um als solche bestehen zu können. Aus diesem Grunde muß eine Kulturpolitik ihr Hauptaugenmerk auf eine immer stärkere Aktivierung der eigenen Kräfte legen, eine Aktivierung, die nur mit Hilfe des sogenannten Mutterkulturraumes geschehen kann, aber nicht nur mit ihm allein. Auch in der Auseinandersetzung mit der italienischen Kultur kann jener zündende Funke zu neuen schöpferischen Leistungen auf unser Volk überspringen. Prof. Segre hat bei der Forumsdiskussion

Man muß die Stube ständig auskehren, sonst wird sich Staub ablagern. *)

auf diese Möglichkeit hingewiesen. Die Claus Geller mit dem Begriff „kultureller Sog“ übersetzte.

Damit erhebt sich aber sofort die Frage, warum diese Forderung überhaupt gestellt wird, d.h. es wird nach der Kulturpolitik, nach ihrer Ausrichtung und nach ihren Absichten gefragt. Eine solche Fragestellung führt bis zu den Wurzeln der Existenzmöglichkeiten und Existenzaussichten einer Minderheit, da neben den sozialen und wirtschaftlichen Faktoren die kulturellen Kräfte die stärksten Impulse zur zukünftigen Entwicklung einer Minderheit beitragen. Aus diesem Grunde möchte ich hier kurz die Gedanken des Vorstandes der Südtiroler Hochschülerschaft zur Kulturpolitik unseres Landes darlegen.

Dr. Prior nennt Südtirol in seinen Ausführungen ein brautes und zugleich ein ewig junges Land, das übernimmt, bewahrt und erneuert. Hier werden alle jene Elemente aufgezählt, die eine Kulturpolitik sich zu eigen machen muß: der Boden einer bewahrenden Kulturtätigkeit, die tägliche Erneuerung der daraus hervorsproßenden schöpferischen Kulturtätigkeit und die Tendenz eines Volkes, im kulturellen Bereiche Eigenes abzugeben und Neues, Fremdes zu übernehmen.

Wie sieht es nun in Südtirol aus? Es herrscht unter der studierenden Jugend die allgemeine Meinung, und die zuständigen Stellen waren bis heute nicht in der Lage, durch Beweise und Unterlagen diese Meinung zu widerlegen, daß die Kulturpolitik unseres Landes fast ausschließlich sich auf eine bewahrende Funktion stützt, unter Ausblassung der zwei anderen Elemente, die ihr beigestellt sein müssen, das Übernehmende und das Erneuernde. (Ein Symptom dieser Situation ist auch der Beschluß der Südtiroler Hochschülerschaft, an den diesjährigen Meraner Hochschulwochen nicht mitzuwirken, sich offiziell nicht zu beteiligen.) Trotzdem stellt diese Kulturpolitik in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen das Postulat einer Stärkung und Förderung der deutschen Kultur in Südtirol.

Kultur erschöpft sich aber nicht im Bewahren von Traditionen, im Brauchtum! Die Tatsache, daß die Bauern in den Tälern am Sonntag die Tracht tragen, rettet das Deutschum in keiner Weise und eine Musikkapelle hat eben — abgesehen von dem gesellschaftlichen Aspekt, der sehr wichtig ist — keine schöpferischen Aspekte. Damit soll aber in keiner Weise gesagt sein, daß man die bewahrende Kulturtätigkeit nicht fördern sollte. Was wir hemängen ist das Verhältnis zwischen der Förderung dieser Tätigkeit und der der schöpferischen Richtung. Und hier möchte ich in aller Klarheit feststellen, daß dieses Verhältnis nicht mehr tragbar ist. Südtirol kann seine kulturelle Eigenart nur dann bewahren, wenn alle Kräfte des Landes geweckt, aktiviert, gefördert werden.

Bedenken Sie, meine Damen und Herren, daß aus der besonderen Lage heraus Südtirol notwendigerweise einen Teil der intellektuellen Schicht verliert, verlieren muß. Abgesehen von der Abwanderung von Akademikern, die vielleicht bei einer etwas dynamischeren und nicht so verspätet eingesetzten Wirtschaftspolitik auch in Südtirol eine Stelle gefunden hätten, abgesehen davon müssen z.B. Akademiker, die die Universitätslaufbahn ergreifen, notgedrungen abwandern, nach Italien, nach Österreich oder anderswohin. Bedenken Sie, daß ein Platter in Mailand wohnt, ein Flora in Innsbruck, ein Tumler in Berlin. Umso größer müssen dann unsere Anstrengungen sein, um diese Lücke immer wieder zu füllen. Und wir füllen sie nicht mit Musikkapellen in jedem Dorf, mit Trachtenumzügen. Obwohl — und das möchte ich ausdrücklich feststellen — auch diese Ausprägungen kulturellen Lebens notwendig und begrüßenswert sind.

Innerhalb Gesamtösterreich war Südtirol der kulturelle bestimmende Teil, sagt Dr. Nayer in seinen Ausführungen. Und wo stehen wir heute? Die faschistische Unterdrückung hat tiefe Wunden gerissen, heute dient diese Zeit oft auch als bequeme Ausrede. Seit zwanzig Jahren versuchen wir den kulturellen Rückstand aufzuholen; trotzdem stehen wir immer noch weit hinter Nordtirol zurück! Wir haben einen Musikkapellenverband, der ausgezeichnete Arbeit leistet und dem Nordtiroler Niveau ebenbürtig ist, ja ihn vielleicht übertrifft. Warum hinken wir dann auf dem Gebiet der schöpferischen Kulturtätigkeit nach? Hier zeichnen sich die Züge einer Kulturpolitik ab, die vom Großteil der studierenden Jugend abgelehnt

wird, da sie die Gefahr in sich birgt, die Substanz echter kultureller Tätigkeit zu verlieren: die schöpferische Kraft. Es nützt nichts, einen Boden gut vorzubereiten, ihn gut zu düngen, wenn darauf nicht gesät und geerntet wird.

Dr. Prior sagt in seinen Ausführungen: Das Beharrende war oft stärker als das Neue, das Neue setzte sich aber immer dort durch, wo das Alte morsch und nicht mehr lebensfähig war. Heute ist das Beharrende dank einer in dieser Richtung geprägten Kulturpolitik das Stärkste in Südtirol. Vielleicht setzt sich das Neue durch, vielleicht ist es aber dann zu spät. Dann hat man diese für ewige Zeit aufgerichtete Mauer bereits umgangen, untergraben und sie steht allein da im falschen Bewußtsein, Baulwerk wahrer Südtiroler Kultur zu sein.

Die Südtiroler Hochschülerschaft versucht seit Jahren, der Kulturpolitik unseres Landes neue Wege aufzuzeigen, die man nicht nur beschreiten kann, sondern beschreiten muß, um die Substanz unserer Kultur zu erhalten. Alle Bemühungen waren bisher vergeblich, alle Versuche im Amt für Schule und Kultur ein Reden im luftleeren Raum. Wir sind daher der Ansicht, getragen von der Sorge um unsere kulturelle Eigenart, getragen von der Erkenntnis, daß nur eine Kulturpolitik, die den schöpferischen Elementen eine weit größere Förderung angedeihen läßt und alle Kräfte unseres Landes aktiviert, diese Eigenart erhalten und stärken kann, daß die derzeitige Leitung des Amtes für Schule und Kultur für Südtirol in Zukunft nicht mehr tragbar ist. Südtirol kann es sich einfach nicht leisten, eine Kulturpolitik zu betreiben, die den Großteil der intellektuellen Schicht des Landes nicht gutgeheißen und nicht getragen wird. Wir verlieren nicht nur den Anschluß an die Kultur der Nachbarländer, wir verbleiben nicht nur für immer im Zustand der Nehmenden, denn die geben können, verlassen unser Land, wir können auch nichts unseren Nachbarn bieten, die unser Land bewohnen. Gerade die italienische Volksgruppe bedürfte und bedarf eines kulturellen Anspornes, eine Volksgruppe, die 1945 — wie Claus Gatterer am Grillhof sagte — ein Staub von Individuen war ohne innerer Integration. Nicht über die Reinmischkalender — um nochmals einen Satz von Gatterer zu zitieren — werden wir uns zusammenfinden. Wir können nicht über die Trachten unsere Kultur der italienischen Bevölkerung nahebringen, wohl aber über jene Gebiete der Kultur, die am Grillhof unter der Bezeichnung Hohe Kunst und Wissenschaft zusammengefaßt wurden.

Eng verknüpft mit der Frage der Kulturpolitik ist das Problem der Presse in Südtirol. Dr. Toni Ebner sprach über die Möglichkeiten der politischen Meinungsbildung durch die Presse. Der Kernpunkt seiner Überlegungen bestand darin, daß die Presse eine dauerhafte und meßbare Beeinflussung der politischen Meinung der Masse nur durch massive und moralisch nicht vertretbare Manipulation erreichen kann. Die Presse befaßt sich damit, dem Leser Argumente zu liefern, die seine bereits bestehende und kaum änderbare Meinung stützen. Der Nachvollzug der politischen Meinung des einzelnen wird durch rationale Argumente gestützt und nicht durch Schlagworte. Kurz, die Beeinflussung durch die Presse ist sehr gering: sie erfaßt nur eine schmale Schicht von Flugsand, d. h. jenen Bereich der Wankelmütigen, die bald nach links, bald nach rechts schwenken.

Dies sind die theoretischen Grundlagen: wie sieht aber die Wirklichkeit aus? Bereits gegen Ende des Referates widerlegt Doktor Ebner teilweise seine eigenen Worte, wenn er sagt: die Meinungsäußerung und die Beeinflussung gehören zu den legitimen Zielen der Zeitung. Ihr stehe das Recht zu, für ihre Ideen in geeigneter und zuverlässiger Weise zu werben, maßvoll und ohne Verzerrung.

Praktisch wurden wir zwei Wochen später mit Beginn der Wahlpropaganda für die Parlamentswahlen eines Besseren belehrt. Wenn die Presse wirklich eine so geringe Macht besitzt — die übrigens auch Dr. Nayer in der Diskussion bezweifelte — warum buhlt dann jeder Machthaber um die Gunst der Presse? Warum betrieb Dr. Ebner vor den Wahlen eine so massive Wahlpropaganda für die SVP und vertaufelte die SFP? Warum wurde diese Hexenjagd moderner Ausprägung veranstaltet? Kann es einer Presse nicht gleichgültig sein, für welche Partei sie wirbt, wenn ihre Werbung keinen oder einen verschwindenden Einfluß auf die Wähler ausübt? Die politische Meinung der Südtiroler steht ja fest: warum veröffentlichte dann die „Dolomiten“ nicht Wahlreden und Aufrufe der SFP im gleichen Maße wie die der SVP? Oder betrieb die „Dolomiten“ Agitation, da nur Agitatoren die öffentliche Meinung beeinflussen können?

Gestatten Sie, daß ich Ihnen kurz an einem bezeichnenden Beispiel aufzeige, wie sich die „Dolomiten“ an den Grundsatz hält, den Dr. Ebner am Grillhof aufstellte, daß Manipulation nicht Aufgabe der Presse sei. Am Donnerstag erschien ein Leitartikel mit dem Titel „Mini-Pluralismus“, gecoignet von einem, der sich mit dieser Studientagung befaßte. Nur ein paar Kostproben und ihre Stichhaltigkeit: Dr. Ebner weiß ganz genau, daß die Protosiedemonstration am Grillhof ein halbes Interniezzo war und keineswegs aus Versagen des Tagungsleiters die Szene des ersten Teiles für einige Stunden beherrschte. Wird mit dieser Bemerkung aber auf die Diskussion angespielt, so war es nicht ein halbes Dutzend, sondern ca. 40 Studenten und alles — in Terminologie — Dutschken.

Zu den Herausgebern obskurer Presseerzeugnisse, die weiterhin erwähnt werden, gehören die Redakteure des SKOLAST, der DIE BRÜCKE, des IL BOI. Ich weiß nicht, ob für et auch IL GIORNO und die SÜDTIROLER NACHRICHTEN darunter fallen.

Wie weit die wohlklingenden Namen Kenntnis von der sie umgebenden Gesellschaft hatten — ich selbst zähle auch zu dieser umgebenden Gesellschaft, bin aber weder lungenkrank, noch mit Lepra befallen, — könnte er persönlich hier in Brixen erfahren.

Neu, aber nicht ganz neu, ist der prophetische Zug des Referats. Tagung ist zum Scheitern verurteilt, die Kommunisten und Halbkommunisten werden nichts Verbindliches über Südtirol von sich geben, usw. Am Grillhof hatten wir Referenten eingeladen, die weder Kommunisten noch Halbkommunisten waren, und doch Unverbindliches von sich gegeben haben!

Ein klassisches Beispiel von Prosemanipulation, oder um die Terminologie von Dr. Ebner zu verwenden, von Agitation, ist die Tatsache, daß beim Abdruck des Tagungsprogrammes in den Dolomiten bei dem Vortrag: „Wandel im Zusammenleben der Volksgruppen“ nur Dr. Gouthier erwähnt wird, nicht aber der ausdrückliche Hinweis, daß für das gleiche Thema ein zweiter Referent vorgesehen ist. Dieser Referent lag zum Zeitpunkt der Drucklegung der Programme noch nicht fest. Ein Telefonanruf bei der SH hätte genügt, um hier die notwendige Klarstellung zu liefern.

Der Kulturreferent der SH, Josef Perkmann, verkohrt — oh Gott — mit Dr. Franzin, einem Kommunisten! Daß Dr. Franzin seit Jahren nicht mehr bei der Unità schreibt, ist ein Fehler, der uns leider unterlaufen ist, er hat aber an diese Tatsache seinen Artikel zur Hauptsache angelehnt, so daß ihm nun zumindest teilweise diese so notwendige Stütze fehlt.

Welche Argumente werden hier nun gestützt und wodurch wird diese Stütze geliefert: durch rationale Argumente oder Schlagworte?

Wir sind jedenfalls froh, daß wir Kinder unseres Volkes sind (Kinder wessen Volkes sollten wir sein, wenn nicht unseres Volkes), daß wir als gesunde und volksbewußte Studenten vorbehaltlos in voller Freiheit gefördert werden sollen. Wir werden es nicht versäumen, die Warnung vor den Berufsprotestierern, sowjet- und maohörigen Kommunisten und Dutschken ernst zu nehmen. Nur, wo sind sie? Das hat er vergessen uns zu sagen.

Im Arbeitskreis Massenmedien diskutierten 10 bis 15 Studenten über die Pressesituation im Lande und bemühten sich auch neue Vorschläge auszuarbeiten. Dabei mußten sie aber immer die Tatsache im Auge behalten, daß ein zweites deutschsprachiges Tagblatt in Südtirol aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist. Daher beschäftigte man sich vor allem mit dem Problem, wie allen Gruppen die Möglichkeit geboten werden kann, durch diese Tageszeitung mit ihren Ideen an die Öffentlichkeit zu treten. Auch die Diskussion mit Dr. Ebner fußt auf der Forderung, auch Minderheiten darin zur Sprache kommen zu lassen und sie nicht wie bisher zu unterdrücken. Das beste Beispiel dafür liefert unsere ehemalige Beilage, „Hochschüler unterwegs“. Auch aus diesem Grunde scheint mir der Vorwurf eines Mini-Pluralismus gänzlich fehl am Platze, denn wir würden es als einen ersten großen Schritt zur Demokratisierung der Presse in Südtirol betrachten, wenn die Leitung der „DOLOMITEN“ sich aus dem derzeitigen starren Uniformismus zumindest zu diesem hier angeprangerten Minipluralismus durchringen könnte.

Prof. Veiter, ein international anerkannter Fachmann auf dem Gebiet der Minderheitenprobleme, behandelt in seinem Referat am Grillhof unter dem Kspital: Gesellschaftspolitische Möglichkeiten als Aufgabe selbsthaltungswilliger Volksgruppen, auch die Frage der Presse und er sagt: Auf- und Ausbau einer eigenen Presse, sei es auch nur in Form von Wochen- und Monatsblätter, wobei auf größte

Vielfalt der Presse Bedacht zu nehmen ist, soweit diese durchsetzbar ist. Soweit dies nicht durchsetzbar ist, Beteiligung der verschiedenen Gruppen an der Presse.

Ich wende mich daher an den Aufsichtsrat der Dolomiten mit der Bitte, dieses so vitale Erfordernis für eine Minderheit endlich Wirklichkeit werden zu lassen.

Kultur und Presse standen also im Mittelpunkt der Überlegungen, sie waren aber nicht die einzigen Themen am Grillhof. Es ist aber aus Zeitgründen nicht möglich, näher auf die Fülle der angeschnittenen Probleme einzugehen, auch deswegen nicht, da sie zum Teil noch ausführlicher hier in Brixen behandelt werden sollen. Schon dieser Umstand allein deckt den Zusammenhang zwischen dem ersten und dem zweiten Teil auf. Als Bindeglied möchte ich die Frage nach dem Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol bezeichnen, die besonders in der abschließenden Forumdiskussion angeschnitten worden ist.

Diese Frage bildet auch das Fundament dieses zweiten Teiles, der ja unter dem Zeichen der Beziehungen zur italienischen Volksgruppe steht. Da die mir gestellte Aufgabe auch dahingehend lautet, einen Aufriß über die Zielsetzungen der Studientagung in Brixen zu liefern, so möchte ich noch abschließend ein paar Gedanken zum Problem des Zusammenlebens der Volksgruppen aufzeigen. Allerdings beschränke ich mich hierbei bewußt auf eine kurze Ausführung, da das Problem ja in den Referaten ausführlich behandelt werden soll und daher meine Ausführungen vielleicht manches vorwegnehmen. Ich beschränke mich auch deswegen, weil ich in dieser Frage nicht genau weiß, in welchem Ausmaße die nun folgenden Gedanken die allgemeine Meinung treffen.

Meinen Überlegungen möchte ich vorausschicken, daß wir italienische Staatsbürger sind, die dem deutschen Kulturraum angehören. Es gilt nun nicht, diese Andersgeartetheit durch ein Aufgeben unserer spezifischen kulturellen Züge, mag es mit den Begriffen europäische Kultur, oder Anpassung an die italienische Kultur bezeichnet werden, zu verwässern. Ich stelle mich entschieden gegen

eine Nivollierung der kulturellen Eigenart durch die Aufgabe der spezifischen Gegebenheit der deutschen oder der italienischen Kultur: nur an den Gegensätzen kann Neues entstehen. Stellen wir alles auf das gleiche Niveau, so geht die befruchtende Wirkung verloren, der Mensch spricht zwar noch eine Sprache, die sich von einer anderen unterscheidet, sonst aber lebt er in einem kulturellen Vakuum. Er gehört dann — um einen Ausdruck von Prof. Veiter zu verwenden — dem sogenannten schwebenden Volkstum an. Dies würde im gleichen Ausmaße die deutsche wie die italienische Volksgruppe gefährden.

Ich glaube daher, daß jede Volksgruppe ihre Eigenart ausbauen und fördern soll, daß jeder Angehörige zu dieser Volksgruppe diese kulturelle Andersgeartetheit seines Nachbarn kennenlernen soll, in sich aufnehmen soll (und kennenlernen heißt schon, in sich aufnehmen, denn ich kann nicht eine Fremdsprache lernen, ohne auch gewisse Elemente einer anderen Kultur in mich aufzunehmen), sich vom anderen befruchten lassen soll. Es muß in den Bewußtseins-horizont des einzelnen diese Tatsache eingebaut werden, daß seine Aufgabe nicht darin besteht, die Eigenart des Nachbarn auszulöschen. Es muß jedem klar werden, daß Südtirol, unsere Heimat und vielleicht schon die Heimat mancher Italiener, als dieses Südtirol nur bestehen bleiben kann, wenn die Entfaltungsmöglichkeiten aller drei Gruppen nicht geschmälert werden, wenn jede Gruppe sich darum bemüht, die eigene Eigenart zu fördern und gleichzeitig auch die des Nachbarn. Daß diese Frage komplex ist und alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens ergreift, ist klar. Wir dürfen über die ethnischen Probleme nicht die sozialen und wirtschaftlichen vergessen, wir dürfen aber auch nicht über den sozialen und wirtschaftlichen Leisten alle gesellschaftlichen Aspekte unseres Landes biegen.

So ist es wahrlich an der Zeit, und ich zitiere hier abschließend einen Satz von Claus Gatterer — daß Südtirol wieder zur Kernidee Tirols zurückkehrt, daß es die Freiheit als Wagnis im Innern auf sich nimmt und als Herausforderung nach außen aktiviert.

Die Auswirkung der Europaidee auf die nationalen Minderheiten

Alessandro Cavalli

Dies ist für mich die zweite Südtiroler Tagung, die ich mitmache. Das erste Mal nahm ich in Innsbruck vor vier Jahren teil. Und ich kann mich noch daran erinnern, daß einen Tag vorher ein Vertreter des Auswärtigen Amtes mir ins Ohr geflüstert hatte, vorsichtig zu sprechen. Da ich aber weiß, daß mit Vorsicht nichts anzufangen ist, habe ich nicht vorsichtig gesprochen und ich werde auch heute nicht vorsichtig sprechen. Oder doch: ich werde vorsichtig sein, ihre Muttersprache nicht zu sehr zu vergewaltigen. Wenn man seine eigene Muttersprache nicht benützt, fühlt man sich so, als ob man noch ein Kind wäre. Ich glaube, ich kann die deutsche Sprache eines fünfzehnjährigen Knaben sprechen; und ich werde alles versuchen, die Gedanken eines erwachsenen Menschen in der Sprache eines Fünfzehnjährigen ausdrücken zu können. Natürlich wird mein Deutsch nicht einwandfrei sein, aber ich hoffe, sie werden Verständnis dafür haben.

Die Schwierigkeit des Themas liegt nicht nur in der Sprache, sondern auch im Inhalt selbst. Auch wenn das Thema gerade im Bereich meines beruflichen Interesses liegt, so verlangt es von mir heute eine weitgehende Vereinfachung. So hoffe ich, daß sie auch dafür Verständnis haben werden, daß ich sehr vieles vereinfachen werde.

Zuerst eine naive Frage, aber vielleicht nicht so naiv wie es scheint. Warum gibt es nationale Minderheiten? Um diese Frage beantworten zu können, sollten wir zuerst wissen, was nationale Minderheiten überhaupt sind. Und es ist vielleicht ein wenig absurd diese Frage vor Mitgliedern einer nationalen Minderheit zu

stellen und sie würden berechtigt sein, mir vorzuwerfen, es sei nicht meine Aufgabe, ihnen zu sagen, was eine nationale Minderheit sei. Aber ich glaube, die Frage ist nicht so naiv. Denn um eine nationale Minderheit zu definieren, heißt es auch, den Begriff Nation zu definieren, und sie wissen Bescheid, daß eine Nation zu definieren nicht die einfachste Aufgabe ist. Bis jetzt sind meines Erachtens nur sehr wenige gewesen, die eine unanfechtbare Definition der Nation gegeben haben. Aber es sind sehr viele gewesen, die geglaubt haben, die Nation endgültig definiert zu haben. Warum gibt es so viele Definitionen des Begriffes der Nation? Unter dem Begriff Nation erfaßt man verschiedene Wirklichkeiten in den verschiedensten Fällen. Für manche ist eine Nation eine geographisch definierte Gemeinschaft. Ich glaube, die Italiener haben diese Theorie unter Anführungszeichen vertreten, z.B. was das Aostatal und Südtirol anbelangt. Dieselben Italiener haben aber dieselbe Theorie nicht vertreten, wenn es sich um den Tessin handelte. Manchesmal ist die Nation als eine Religionsgemeinschaft verstanden worden und es ist jetzt doch allen klar, daß eine Nation eine Religionsgemeinschaft sein kann, aber nicht sein muß. Manchesmal hat man die Nation als Sittengemeinschaft, als Traditionsgemeinschaft verstanden, aber man braucht nur einen Blick auf die Situation der sogenannten Nationen zu werfen, um zu verstehen, daß Nationen Sitten- und Traditionsgemeinschaften sein können; aber sie müssen überhaupt nicht eine solche Gemeinschaft sein. Es würde bedeuten, der Geschichte Gewalt anzutun, wenn man Italien eine Sittengemeinschaft nennen wollte. Manchesmal hat man die Nation als Ab-

stammungsgemeinschaft verstanden und manchmal sogar als eine Rassengemeinschaft. Anthropologen sind einig darüber, daß es Rassen überhaupt nicht gibt und daß besonders reine Rassen nicht existieren. So ist diese Theorie, die Nation als Rassengemeinschaft zu verstehen, natürlich eine ideologische Fälschung.

Ofters hat man unter Nation eine Sprachgemeinschaft verstanden. Dieser Begriff der Nation kommt dem gemeinen Sinn viel näher als die anderen Definitionen. Aber man kann auch die Tatsache nicht verkennen, daß es Nationen gibt, die keine Sprachgemeinschaften sind, oder daß es Nationen gibt, die erst später Sprachgemeinschaften werden. Als Beispiel mag hier die USA gelten. Hier hat sich die Sprache einer Minderheit, das Englische, auf die ganze Bevölkerung ausgedehnt. Also auch was Sprache anbelangt, kann man sagen, eine Nation ist häufig eine Sprachgemeinschaft, sie muß aber nicht unbedingt eine Sprachgemeinschaft sein. Ein anderes Beispiel, das allen bekannt ist, ist natürlich die Schweiz. Wenn die Nation so viele verschiedene Wirklichkeiten aufzählen kann, bedeutet das, daß die Nation keine endgültig definierte Wirklichkeit ist. In der Tat, und das ist meine persönliche Definition von der Nation, Nation ist eine Ideologie und gerade die Ideologie eines Staates, der einen Herrschaftsanspruch auf ein von Fall zu Fall verschiedenes definiertes Territorium erhebt. So wird ein Staat, der einen Herrschaftsanspruch auf ein Gebiet erhebt, den Begriff der Nation so definieren, daß sein Herrschaftsanspruch sich mit dem Territorium deckt. Wenn die Nation also die Ideologie eines Staates ist, und wenn die Staaten geschichtliche Wirklichkeiten, geschichtliche Erscheinungen sind — da der Herrschaftsanspruch der Staaten doch geschichtlich bedingt ist —, dann sind auch Nationen geschichtlich bedingt, sind keine ewigen Wirklichkeiten, sondern dem Wandel der Geschichte unterworfen und daher bedingte Wirklichkeiten. Die Grenzen der Nation entstehen durch das Zusammenspiel der Herrschaftsansprüche der verschiedenen Staaten. Die Grenzen also sind auch geschichtliche Erscheinungen, willkürliche Dinge, die nur in der wahnwitzigen Ideologie der Nation als heilig gedacht werden können. So geschieht es, daß Staaten, als Herrschaftsstrukturen, Dominationsstrukturen, Herrschaftsansprüche auf Gebiete erheben, die von Leuten bevölkert sind, die sich nicht als Glied der so definierten Nation verstehen können. Diese sind die sogenannten nationalen Minderheiten. Und da die Sprache der grundlegende gemeinschaftsbildende Faktor ist, so sind nationale Minderheiten fast ausnahmslos sprachliche Minderheiten. Also die nationalen Minderheiten sind das historische Ergebnis der Idee, daß Staaten sich aus Nationen zusammensetzen sollen. Diese Idee ist in der Geschichte eine verhältnismäßig neue Erscheinung. Erst in den letzten 150 Jahren ist man zu der Idee gekommen, daß die Realität Staat mit der Realität Nation sich decken soll. Diese Idee ist keine erfolgreiche gewesen. Sie hat eines erreicht, sie hat z.B. die industrielle Revolution hervorgebracht, oder die Bahn für diese Revolution geschaffen, aber dabei auch viel Negatives — um ein liebenswürdiges Wort zu gebrauchen — verursacht. Die nationalen Minderheiten stehen sicher auf der passiven Seite der Idee der Nation. Warum stehen die nationalen Minderheiten auf der passiven Seite der Idee der Nation? Welches sind die kulturellen und gesellschaftlichen Folgen des Status einer nationalen Minderheit? Zuerst: die Bevölkerung einer nationalen Minderheit fühlt sich in ihrem kulturellen, traditionellen, historischen Bestehen bedroht. Das ist selbstverständlich. Aber durch diese Bedrohung ist die nationale Minderheit notwendigerweise, ich betone notwendigerweise, gezwungen, eine defensive Rolle der größeren Gesellschaft gegenüber zu spielen. Um ihre Eigenschaft als Gemeinschaft zu bewahren, ist diese Bevölkerung gezwungen, gerade ihre kulturelle Eigenart in ihrem aktuellen Bestand zu versteinern. Jede Modifikation, jede Veränderung des angestammten Kulturgutes wird als Gefahr der Assimilation angesehen. Damit wird die Gemeinschaft traditionsgebunden. Aber diese Tradition ist dann eben eine unentstehbare Tradition geworden, eine Tradition, die mit dem dynamischen Ablauf der Geschichte keinen oder nur mehr wenig Kontakt hat. Eine Tradition, die der Wandlung nicht mehr fähig ist, die sich nicht erweitern kann, die sich nicht bereichern kann, wird, so sagen mindestens die Soziologen und ich gehöre dazu, ein kulturelles Überbleibsel. Sie ist nicht mehr lebendig, denn Leben bedeutet in allen Fällen, wandeln. Die Sitten, die Tradition, die Sprache selbst droht sich zu kristallisieren, droht sich zu versteinern. Ich war vor einigen Monaten im französischen Kanada, und ich war wirklich sehr froh, endlich einmal, nach einer längeren

Zeit, in der ich immer englisch sprechen mußte, wieder einmal die Gelegenheit zu haben, französisch zu sprechen. Und als ich auf der Autobahn von Toronto nach Montreal fuhr, hörte ich mir die französische Sendung im Radio an und ich hörte ein gutes und fließendes Französisch. Aber als ich dann nach Quebec und Montreal kam, war ich enttäuscht. Mit meinem Französisch konnte ich mich wirklich nicht verständigen. Denn die Leute dort sprachen nicht das Französische der Radiosendung, sondern ein — für mich — sehr eigenartiges Französisch, d.h. das Französisch des 18. Jahrhunderts. Und nach einigen sehr müßigen Versuchen französisch zu sprechen, ging ich schließlich doch auf Englisch über. Das Französische hatte sich versteinert, es wurde dem Wandel, dem alle Sprachen unterworfen sind, entzogen und wurde wirklich zu einem Museumsstück, auch wenn doch viele Leute es noch sprechen konnten. Aber es war trotzdem im großen französischen Kulturbereich ein Museumsstück. Also der Status einer nationalen Minderheit ist bedroht, daß die kulturelle Eigenart und selbst die Sprache sich dem Wandel entzieht und sich versteinert. Aber was die Kultur anbelangt, ist meines Erachtens auch für die ganze Gesellschaft gültig. Denn der Status einer nationalen Minderheit verlangt, ich betone wieder einmal das Wort verlangt politische Einheit im Innern. Wenn ich die Worte notwendigweise, verlangen usw. gebrauche, sage ich es im Sinne eines soziologischen Gesetzes, also eines objektiv nicht von dem Willen der Menschen abhängigen historischen Ablaufes. Also der Status einer nationalen Minderheit verlangt politische Einheit im Innern. Wenn eine Minderheit politisch nicht einig ist, so wird sie leichter durch die dominierende Mehrheit assimiliert. Es ist ein Imperativ für eine nationale Minderheit, einig zu bleiben. Aber damit ist die nationale Minderheit der Dynamik beraubt, die die Spannung der sozialen Kräfte mit sich bringt. Die natürlichen Konflikte zwischen Arm und Reich, zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, zwischen Landbevölkerung und Stadtbevölkerung, zwischen Freidenkern und Klerikalen, alle diese sehr gesunden Konflikte in einer Gesellschaft haben keinen Raum, sich zu entwickeln. Man kann froh sein, daß es keine Konflikte gibt, aber eine Gesellschaft ohne Konflikte ist m. E. kein Idealzustand. Konflikte sind das Leben der Gesellschaft, Konflikte sind die Mittel, durch die die Gesellschaft sich an einer veränderten Umgebung anpaßt. Konflikte sind die Elemente, die den dynamischen Ablauf und die Entwicklung der Gesellschaft ermöglichen. Und eine Gesellschaft ohne Entwicklung ist doch eine tote Gesellschaft. Eine nationale Minderheit droht weiter chauvinistische Züge zu entwickeln. Alles, was von außen kommt, scheint verdächtig und ist verdächtig. Eine nationale Minderheit möchte sozusagen eine Mauer um sich bauen. Die Freizügigkeit von Menschen und von Ideen wird gefährlich. Und sie ist objektiv gefährlich für die nationale Minderheit an sich. Um das zusammenzufassen: eine nationale Minderheit entwickelt daher eine Kultur, die nicht mehr gesellschaftsfähig ist und eine Gesellschaft, die nicht mehr zeitgemäß ist. Ich glaube, Versteinierung ist das richtige Wort dafür.

In diesem Zusammenhang kann wohl an die älteste und wohl auch die tragischste nationale Minderheit der Geschichte gedacht werden, nämlich an die jüdische Minderheit. Man kann wohl sagen, daß die höchsten Blüten der jüdischen Kultur in die Perioden der Auflockerung der Wände des Ghettos fallen. In diesen Perioden konnte die jüdische Kultur sich bereichern und bereichernd wirken. In den düsteren Zeiten war das Leben im Ghetto klein, eng, provinziell, weltfremd, entfremdet und die Orthodoxie versteinert. Aber sobald die Außenwelt die Wände des Ghettos aufzulockern begann, hat man zu mehreren Zeiten in der Geschichte eine Explosion der jüdischen Kultur erlebt. Im Hinblick auf Südtirol sollen wir Italiener aus Italien verstehen, was wir mit dem wahnsinnigen 1918 zu verursachen drohen. Wir drohen eine lebendige, alte Kultur versteinern zu lassen. Wir drohen einer Gesellschaft ihre Dynamik zu entziehen. Das Problem einer nationalen Minderheit ist also die Abschaffung der Wände des Ghettos. Die Abschaffung zuerst der unnatürlichen und widersinnigen Grenze, durch die der Nationalstaat die nationalen Minderheiten aus dem Leib seines großen Kulturraumes abgetrennt hat. Und dann die Abschaffung jener Mauer, die die nationale Minderheit selbst und völlig berechtigt aufgebaut hat, um seine kulturellen Eigenschaften nicht zu verlieren. Wir sollen uns also bemühen, eine Aktion der Destruktion zu begehen. Wenn man aber ein Gebäude demoliert, muß man auch genau wissen, was für ein neues Gebäude man aufbauen wird. Die Voraussetzung zur Befreiung der nationalen

Minderheiten überhaupt, nicht nur hier in Südtirol, sondern im Europa, ist die Destruktion, ich betone Destruktion, des Nationalstaates. Aber die Voraussetzung der Kulturreneuerung der nationalen Minderheiten der Gesellschaft der nationalen Minderheiten, ist der Aufbau einer neuen politischen Ordnung, die das Prinzip der höchsten Dummheit, ein Volk = ein Reich, nicht anerkennt. Diese neue politische Ordnung, die diese höchste Dummheit nicht anerkennt und nicht anerkennen soll, ist ein vereinigtes Europa.

Die nationalen Minderheiten sind diejenigen Volksgruppen gewesen, die am schwersten durch die Schaffung der Nationalstaaten gelitten haben. Ich glaube, dieselben nationalen Minderheiten sollten an der vordersten Front bei der Abschaffung der nationalen Staaten stehen, an der vordersten Front beim Kampf um einen europäischen Bundesstaat. Ist damit das Problem gelöst? Wird es durch einen europäischen Bundesstaat keine nationalen Minderheiten mehr geben? Sicher nicht! Aber es ist die erste Voraussetzung einer Lösung. Wenn der Brennerpaß nicht mehr die heilige — oder besser — die absurde Grenze eines nationalen Staates, eines unationalen Staates sein wird, wird es auch nicht mehr eine Grenze sein, die durch das Fließen der Gewässer auch das Schicksal der Menschen entscheidet. Eine echte Autonomie ist nicht mehr als die Drohung eines Staates im Staate angedroht. Eine Wiedervereinigung Tirols als gleichberechtigtes Mitglied des Bundesstaates würde durchaus nicht undenkbar sein. Aber in erster Linie würde Europa die Wiederfindung einer immer bestandenen europäischen Kultur bedeuten, die sich in mehreren Sprachen ausdrückt. Durch den nationalistischen Wahnsinn haben wir fast vergessen, daß es eine solche Kultur gibt, daß die verschiedenen Sprachen nicht Ausdruck verschiedener Kulturen sind, sondern Ausdruck der Vielfalt und des Reichtums einer und derselben Kultur. Durch Europa sollen wir wiedererkennen, daß der höchste Wert unserer Kultur nicht Volk, sondern Menschheit heißt. Vergessen wir die Worte Grillparzers nicht: der Weg der höchsten Bildung geht von der Humanität, durch die Nationalität zur Bestialität. Ich glaube diese Worte konnten nur von einem Österreicher ausgesprochen werden, denn Österreich war groß und war gerade deswegen groß, weil es keine Nation war. Mit diesen sehr kurzen Gedanken, hoffe ich Ihnen einen Beitrag zur Diskussion geleistet zu haben und ich hoffe, ein Ziel für die nationalen Minderheiten angezeigt zu haben.

Ich bin immer sehr skeptisch gewesen gegenüber den Möglichkeiten, eine endgültige Lösung des Problems der nationalen Minderheiten innerhalb der Struktur des Nationalstaates zu finden. Denn die nationalstaatliche Logik, diese brutale Logik: ein Volk = ein Reich, ermöglicht keine echte Autonomie der einheimischen Kulturen. Wir haben bis jetzt von nationalen Minderheiten gesprochen. Aber Minderheiten gibt es viele, nicht nur nationale. Gibt es auch kulturelle Minderheiten innerhalb des Nationalstaates? Unsere Nationalstaaten, besonders Deutschland und Italien, besonders diejenigen Nationalstaaten, die die nationale Einheit spät erreicht haben, begannen den Prozeß der Nivellierung der nationalen Kultur. Und es ist auch verständlich, daß diese Nationalstaaten so vorgegangen sind. Immer wieder, wenn ich für die Idee einer europäischen Einigung plädiere, taucht jemand auf, der sagt, wir Italiener haben in hundert Jahren noch nicht die nationale Einheit erreicht. Wie können wir jetzt schon an eine europäische Einheit denken. Meine Antwort lautet im allgemeinen so, daß wir ohne nationale Einheit in dem Sinne nicht brauchen, daß der Versuch, eine „Kultur“ einer ganzen Bevölkerung aufzuzwingen und auf die Gesamtheit auszuweiten, kein natürliches Phänomen ist, sondern eine politisch bedingte Gewalttat. In Italien und in Frankreich und in Deutschland und in allen europäischen Nationalstaaten gibt es jetzt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fast eine sprachliche Einheit. Aber Italien wurde in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts geeinigt. Und ich kann in diesem Zusammenhang nie die Worte Massimo d'Azeglio vergessen, die er zu jener Zeit ausgesprochen hat: „Wir haben jetzt Italien geschaffen, nun müssen wir die Italiener schaffen“. Es liegt in diesen paar Worten eine tiefgreifende Weisheit. Denn eine Nation ist nicht etwas urwüchsiges, originell aus der Ewigkeit Herkommendes, sondern ist eine künstliche Schöpfung, eine zum Untergang verurteilte Schöpfung.

Die Auflösung des Nationalstaates kann nur das Verschwinden dieser künstlichen Einheit bedeuten, das Wiederentdecken der Vielfalt unter einem gemeinsamen Dach, das Wiedererlebensmachten von alten lokalen Kulturen, die auch in einer modernen Gesellschaft Bestand haben können. Vielfalt ist kein Synonym von Zersplitterung, sondern Garantie einer nicht künstlichen Einheit. Der Sinn der deutschen Kultur in Südtirol kann in der heutigen Welt nur durch eine europäische Einheit aufrechterhalten werden.

Mitteilungen zum Tagesthema

Die europäische Integration aus österreichischer Sicht

Max Wratschgo

Mit Recht fordern die Studenten in Europa eine neue Ordnung, vor allem spüren sie, daß die heutige Ordnung in Europa mit der technischen Entwicklung nicht mehr übereinstimmt und nicht nachkommt. Unsere Nationalstaaten sind nicht in der Lage diese Probleme zu lösen. Um die Jahrhundertwende war dies noch anders, denn damals waren die europäischen Staaten wirklich noch Großstaaten. Inzwischen gab es 2 Weltkriege, die zuerst europäische Bruderkriege waren. Allein das Resultat des 2. Weltkrieges war 50 Mill. Tote, 50 Mill. Verletzte, 50 Mill. Vertriebene. Kein europäischer Staat ist seither Großmacht, es gibt nur mehr 2 Großmächte, die USA und die UdSSR.

Besonders für unseren technischen Nachwuchs werden die Lebensbedingungen in Europa immer schwieriger, da die Techniker in Europa nicht mehr die Möglichkeit haben, sich richtig weiter zu bilden und zu entfalten. Europa macht wohl Versuche. Es sollte die Europa-1-Rakete schon im Jahre 1966 in der Wüste Australiens fit sein. Aber noch heute weiß niemand, wann das Projekt endlich funktionieren wird. Die europäischen Wissenschaftler und Techniker indessen gehen nicht in die Luft angesichts dieses Raketen-Dramas. Sie gehen lieber nach Amerika, wo eine derart kleinkarierte und mit Eifersüchteleien durchwirkte Weltraumforschung, wie sie die ELDO betreibt, nicht auf der Tagesordnung steht. Die ELDO sollte beweisen, daß die Europäer gemeinsam auch so etwas Ähnliches vollbringen können wie das, was sich täglich auf Kap Kennedy abspielt. Die Wissenschaft und Technik

sind da sehr zuversichtlich. Unfähig sind jedoch die beteiligten europäischen Regierungen. Statt eines integrierten Weltraumprogramms mit dem Ziel des besten Nutzens für die europäischen Interessen, betreiben sie sogenannte Kooperation. Jeder will möglichst nichts in den gemeinsamen Topf zahlen, aber allen Nutzen für sich buchen.

Zahlreiche solche Beispiele könnten noch aufgezählt werden. Erwähnen möchte ich noch die Bodcutung der Weltraumforschung für die moderne Zeit. Man hat u. a. durch die Weltraumforschung über 3000 technische Verfahren und Materialien kennen gelernt, die jetzt bei verschiedenen Sektoren der Wirtschaft und Technik Anwendung finden.

Für die europäischen Staaten ergaben sich auch auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet große Schwierigkeiten, die nur durch einen Zusammenschluß gelöst werden könnten.

Österreich und Europa

Auf Grund der geschichtlichen und geographischen Lage ist Österreich besonders prädestiniert, sich für die europäische Integration einzusetzen. Österreicher haben schon lange gelernt, mit verschiedenen Völkern friedlich zusammenzuleben. Da Österreich jetzt ein Bundesstaat ist, ist es für Österreich nicht schwierig, den zukünftigen europäischen Bundesstaat zu verstehen. Auch die österreichische Mentalität war und ist immer mehr für den Aus-

gleich als für den nationalistischen Haß. In der Europa-Arbeit in Österreich sehen wir, daß die Bevölkerung für die europäische Integration sehr aufgeschlossen ist. Ich denke hier an die in vielen Orten Österreichs durchgeführten Europa-Wahlen. An diesen haben durchschnittlich 60 % der Wahlberechtigten der verschiedenen Wahlgebiete teilgenommen. Davon haben sich ungefähr 97 % für den Europäischen Bundesstaat ausgesprochen.

Wie Sie wissen, hat sich Österreich im Jahre 1955 freiwillig zur immerwährenden militärischen Neutralität verpflichtet. Dies hat unsere Regierungsdlegation schon zu Ostern 1955 den Sowjets zugesichert und aus diesem Grund waren die Sowjets auch bereit, die Besatzungstruppen aus Österreich abzuziehen und den Staatsvertrag zu unterzeichnen. Diese Neutralität ist aber eine rein militärische Neutralität. Im Artikel 1 der Bundesverfassung steht u. a.: „Österreich wird in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen“. Diese Neutralität ist aber kein Hindernis, an der europäischen Integration teilzunehmen, vorausgesetzt, wir bekommen eine Sonderklausel, was die militärische Neutralität angeht. Sie bedeutet auch keinen negativen Neutralismus. Laut den Satzungen der UNO (Österreich ist Mitglied der UNO), sind alle Mitgliedsstaaten sogar verpflichtet, dort zu protestieren und aktiv zu werden, wo die Menschenrechte verletzt werden. Wir haben schon im Jahre 1956 gegen die Intervention der Sowjets in Ungarn protestiert und den Flüchtlingen geholfen. Auch jetzt gehören unsere Sympathien dem Volk der CSSR und wir tun alles, um das Los der Flüchtlinge aus unserem nördlichen Nachbarstaat zu erleichtern. Hier möchte ich ein Wort von Prof. René Marcic zitieren, der in den Salzburger Nachrichten u. a. geschrieben hat: „Wo die Menschenwürde und wo die Freiheit zu erlöschen drohen, dort hört die Neutralität auf!“

Oft wird auch noch der Artikel 4 des Staatsvertrages erwähnt. In diesem heißt es u. a.: daß Österreich keine wie immer geartete politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland eingehen dürfte. Es gibt Politiker, die dies so auslegen, daß wir uns nicht einmal der EWG anschließen dürften, da dies einem Anschluß an Deutschland gleich käme. Daß diese Argumente nicht stichhaltig sind, ist vollkommen klar.

Derzeit ist Österreich bestrahlt, mit der EWG zu einem Arrangement zu kommen. Unsere Wirtschaft (besonders aber die Landwirtschaft) leidet sehr unter der Zolldiskriminierung durch die EWG-Staaten. Die Neutralität wird auch hier kein Hindernis sein, da wir bestimmt von der EWG eine Sonderklausel (Neutralitätsvorbehalt) bekommen werden.

Das Südtirolproblem aus der Sicht der europäischen Föderalisten Österreichs

Da am Vormittag Dr. Cavalli über das Thema: „Die Auswirkung der Europa-Idee auf die nationalen Minderheiten“ gesprochen hat und diese Tagung in Südtirol stattfindet, möchte ich auch noch kurz zum Südtirol-Problem Stellung nehmen. Das Südtirol-Problem ist ein vorwiegend europäisches Problem, nicht nur eines zwischen Italien und Österreich, auch nicht ein bloß nationalstaatliches. Es ist ein europäisches Problem, weil es nur in einem gesamt europäischen Geist gelöst werden kann. Die europäische Einigung ist die einzige und die notwendige Voraussetzung einer friedlichen und gerechten Lösung. Mit den Methoden und dem Geist der Vergangenheit kann dieses Problem, wie immer auch manches andere Problem der Gegenwart, nicht mehr gelöst werden. Fast allen Versuchen der Lösung des Südtirol-Problems liegt der veraltete Gedanke des engstirnigen Nationalismus zugrunde, die Idee des vollsovereänen Nationalstaates und die Idee der Identität von Volk und Staat, Ideen, die aus dem 18. und 19. Jahrhundert stammen, Ideen, die die Ursachen der beiden europäischen Bruderkriege waren (die beiden letzten Kriege wurden erst später aus europäischen Bruderkriegen zu Weltkriegen). Diese Ideen sind immer noch sehr mächtig und sie sind die einzigen wahren Hindernisse auf dem Wege zu einem geeinten Europa. Das Südtirol-Problem ist aber noch aus einem anderen Grunde ein vorwiegend europäisches, weil eine der Grundlagen der künftigen vereinigten Staaten von Europa der Schutz der Minderheiten, die Sicherung der Integrität ihres angestammten Heimatbodens ist. Wenn Europa nicht in der Lage ist, dieses Problem des Minderheitenschutzes zu lösen, dann würde das geeinte Europa auf

sehr schwachen Füßen stehen und es würde kein europäisches Europa sein, denn in einem geeinten Europa sollten alle Völker und Volksgruppen echten Schutz ihrer Eigenart finden. Umgekehrt könnte aber hier im konkreten Falle Südtirol durch christliche Zusammenarbeit Italiens und Österreichs ein Musterwerk gesamt-europäischen Geistes geschaffen werden. Von dem Zeitpunkt, in dem Italien und Österreich gemeinsam einen europäischen Bundesstaat angehören werden, wird das Problem Südtirol nur mehr in den Geschichtsbüchern unter „Fehler europäischer Nationalismen“ zu finden sein. Es müßte deshalb neben der europäischen Konvention der Menschenrechte ein europäisches Volksgruppenrecht geschaffen werden, eine große Aufgabe des Europarats.

Der Europarat, in dessen Kompetenz alle Bereiche des menschlichen Zusammenlebens, ausgenommen das militärische Gebiet, gehören und der 18 europäischen Staaten umfaßt, könnte doch auf vielen Gebieten Schritte zur menschlichen Annäherung tun. Wenn so das Problem der Minderheiten und damit auch das Problem Südtirol ein besonderer Teil der Aufgaben des Europarates wäre, dann würde z. B. Italien hier neben anderen Abmachungen im Rahmen des Europarats auf anderen Gebieten Verpflichtungen und Aufgaben übernehmen, die für alle europäischen Staaten verpflichtend sind und ich glaube, es würde damit auch das, was heute für jeden Nationalstaat scheinbar so wichtig ist, Prestige keinen Verlust erleiden. Die Schaffung eines europäischen Volksgruppenrechts durch den Europarat wäre deshalb nur zu begrüßen.

Der Weg nach Europa

Es ist klar, daß Europa nicht vom Himmel fällt. Es bedarf der gemeinsamen Arbeit der vereinten Europäer.

Der frühere italienische Botschafter in Bonn, Pietro Quaroni, hat anlässlich eines Kongresses der Deutschen Europa-Union folgendes gesagt: „... Für die Vereinigung Deutschlands und Italiens ist man auf die Straße, auf die Barrikaden gegangen. Solange dasselbe auch nicht für Europa möglich ist, werden wir nur Ersatz-Europas bekommen. Ob das möglich ist, weiß ich nicht; aber warum nicht? ...“

Vor einigen Jahren war ich bei einer Sitzung des Ministerrats irgendeiner europäischen Institution. Man verhandelte über Personalfragen. Und ich habe in einem gewissen Moment die große Versuchung gehabt: meinen Sitz zu verlassen, auf die Straße zu gehen, einige hundert Leute zu versammeln, um Steine in den Saal werfen zu können, wo die Minister lagten. Steine sind manchmal ein sehr gutes Argument, nicht immer demokratisch, aber nicht völlig undemokratisch. Ich habe das nicht getan. Ich bin ruhig weiter dageblieben. Warum? Ohne Zweifel war auch ein wenig Feigheit dabei. Das hätte mich meinen Botschafterposten gekostet. Aber auch die Überzeugung, daß ich die wenigen hundert Leute nicht hätte zusammenbringen können. Man hätte mich wahrscheinlich verhaftet und einer Blutanalyse unterzogen, um festzustellen, wieviel ich Alkohol absorbiert hätte. Weiter hätte ich nichts erreichen können.

So stehen die Dinge. Man muß eine solche Lage zustande bringen, die es ermöglicht, irgendwie und irgendwann einige hundert Leute zu versammeln, um die nicht genügend europäisch gesinnten Minister mit Steinen zu bewerfen. Ohne Stockhiebe geht ein Esel nicht vorwärts. Und dafür muß man einen Stock haben. Den haben wir nicht, den müssen wir uns schaffen. Dies sollte die Rolle der europäischen Bewegung sein: eine Peitsche für die Regierungen, die Verwaltungen, die Parlamente. Wenn das gelingt, dann haben wir gewonnen, sonst werden wir weiter nur Worte haben.

Es ist notwendig, daß alle Europäer aktiv für die europäische Integration arbeiten. Dieses große Ziel kann nämlich nicht von heute auf morgen erreicht werden. Wir müssen uns aber freuen, wenn wir immer wieder kleine Fortschritte sehen. Ein altes chinesisches Sprichwort sagt: „Fürchte Dich nicht vor dem langsamen Vorwärtsschreiten, fürchte dich aber vor dem Stehenbleiben!“ Unsere Aufgabe ist es, daß wir in unseren Bestrebungen nicht stehen bleiben, sondern langsam weiter kommen. Sonst besteht die Gefahr, daß wir das gleiche Schicksal wie die alten Griechen erleiden. Griechenland war das Kulturvolk Nr. 1 im Altertum. Durch die politische Unstetigkeit war es aber für die Römer nicht schwierig, Griechenland in das römische Reich einzuverleiben. Jetzt ist Griechenland fast ein Entwicklungsland und unsere Forscher

und Wissenschaftler können in Griechenland an Hand von Ausgrabungen feststellen, was Griechenland an Kultur und Wissenschaft vor 2000 Jahren alles geleistet hat. - Nur der Zusammenschluß der europäischen Staaten kann unsere Zukunft garantieren.

Aus diesem Grund bitte ich Sie, für dieses große Ziel zu werben und zu arbeiten. Schrecken Sie keine Mühen und Opfer, damit wir in naher Zukunft unser Ziel, den europäischen Bundesstaat erreichen.

Die Auswirkung der Europaidee auf die nationalen Minderheiten

Dr. Pepi Martner

Mein Freund und Lehrer Alessandro Cavalli hat heute vormittag einen ausgezeichneten Vortrag über das Verhältnis Europas zu nationalen Minderheiten gehalten und auch Freund Max Wratschko aus Österreich hat über das Verhältnis Europas und Österreichs gesprochen. Ich möchte nun kurz ein etwas aktuelleres Thema aufgreifen und vielleicht die theoretischen Darlegungen von Alessandro ein bißchen konkreter auf das Südtirolproblem anwenden. Meine Frage lautet: Was bedeutet es, das Südtirolproblem im europäischen Sinn zu lösen.

Wenn wir nämlich untersuchen, was die Italiener damit meinen, das Südtirolproblem im europäischen Sinn zu lösen, und wenn wir dann das mit dem vergleichen, was die Südtiroler unter denselben Ausdruck meinen, so sehen wir, daß zwischen beiden Auffassungen eine tiefe Kluft vorliegt. Die Italiener meinen, in unserer Epoche, die von der Einigung der Völker gekennzeichnet ist, soll eine Minderheit keine weiteren Grenzen, keine weiteren Teilungen hervorufen; sie soll sich nicht abtrennen, sondern sie soll mit dem Staatsgefüge zusammenarbeiten, sie soll sich ins Staatsgefüge einordnen. Die Minderheiten hingegen verstehen unter demselben Ausdruck, der Staat solle endlich aufhören sie weiterhin zu integrieren, sie als Teil der Nation zu betrachten. Der Staat soll ihnen die Möglichkeit geben, die eigene Volksgruppe in Zusammenarbeit mit dem eigenen Kulturraum weiterzuentwickeln. Hier stehen also die beiden Auffassungen vollkommen entgegengesetzt. Und warum das? Weil jeder den Begriff im nationalstaatlichen Sinne versteht. Die Bevölkerung unserer Nationalstaaten ist nämlich so erzogen, daß jeder Begriff irgendwie mit dem Begriff Nationalstaat in Verbindung gebracht wird und jeder Ausdruck des gesellschaftlichen, des politischen, des wirtschaftlich-sozialen Lebens irgendwie mit dem Nationalstaat in Verbindung gesetzt wird. Das ist aber keine richtige Auffassung, sondern das ist eine Auffassung, die der Nationalstaat hervorgerufen hat und eine solche Auffassung ist auch mit der Idee vom geeinigten Europa nicht vereinbar. Es ist nämlich oft so, daß Europa auf dem Mund vieler liegt, aber nicht in ihren Herzen, nicht in ihrer Lebensweise, nicht in ihrem Verhalten. Es ist leider so, daß Europa oft dasselbe Schicksal erfahren hat, wie das Wort Freiheit, wie das Wort Gleichheit, wie das Wort Demokratie, usw. Wenn also die nationalpolitischen Begriffe nicht geeignet sind, das europäische Problem richtig zu lösen, das europäische Problem richtig zu analysieren und auch das Verhältnis des europäischen Staates zur Minderheit in Betracht zu ziehen, so müssen wir neue Begriffe suchen, die vom nationalpolitischen Begriff abweichen. Und ich glaube, das beste Prinzip dafür ist das föderalistische Prinzip, das die Grundlage zur Theorie des Europäischen Bundesstaates bildet. Nach dieser Auffassung ist Europa nicht eine Summe von Nationalstaaten, ist nicht eine Summe von Staaten, die sich historisch gefestigt haben, sondern es zeigt sich im föderalistischen Zusammenarbeiten von Völkern, nicht von Staaten.

Ich möchte hier den Unterschied machen zwischen Nation und Staat. Unter Nation versteht man die Bevölkerung, die sich in einem bestimmten gesellschaftlichen Raum historisch gebildet hat oder zusammenlebt. Staat hingegen ist — würde ich sagen — die juristische Vereinigung einer Gemeinschaft. Wenn wir also das Problem vom föderalistischen Standpunkt aus betrachten wollen, so müssen wir uns kurz fragen, was wir unter Föderalismus verstehen. Der Föderalismus versteht die ganze Menschheit in eine Summe von Bündnissen aufgeteilt, nach dem Subsidiaritätsprinzip, nach welchem jede Gemeinschaft, von der Familie bis zum Weltbundesstaat, jene Probleme löst, die sie in der Lage ist zu lösen. Natürlich ist diese theoretische Einteilung ein bißchen schwierig durchzuführen, denn es kann sich auch die Möglichkeit ergeben, daß zwei ver-

schiedene Stufen der menschlichen Gesellschaft die Lösung desselben Problems in Anspruch nehmen. In diesem Falle ergibt sich die Frage, wer entscheidet, welche Stufe der menschlichen Gesellschaft oder welche politische Stufe dieses Problem zu lösen hat. Und diese Entscheidung trifft nach der föderalistischen Lehre die Jurisprudenz.

Ich glaube aber, daß gerade diese Auffassung, nach der jede Stufe der Gemeinschaft, jeder Bereich der Gemeinschaft jene Probleme löst, die es in der Lage ist zu lösen, gerade auch für die Lösung des Südtirolproblems von einer gewissen Bedeutung ist. Und in diesem Sinne glaube ich, müssen wir innerhalb Südtirols zwei Bereiche der Zusammenarbeit im föderalistischen Sinne erblicken. Erstens die Zusammenarbeit aller jener Menschen, die Zusammenarbeit der Bevölkerung, die innerhalb des geographischen Bereiches wohnt. Und in diesem Sinne glaube ich, daß sich vor allem auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet eine Zusammenarbeit bewerkstelligen läßt. Auf der anderen Seite gibt es den zweiten Bereich und das ist der ethnische Bereich, der Bereich der Volksgruppe, wo hingegen jene Kräfte zusammenarbeiten, die gemeinsam zur Verteidigung der Volksgruppe, zur Entwicklung des Kulturraumes, usw. beitragen. Ich glaube, daß wir in der Lage sein müssen, eine Synthese zwischen diesen zwei Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu finden. Auf der einen Seite die geographische Zusammenarbeit der gesamten Volksgruppe, besonders auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet und auf der anderen Seite die Entwicklung der einzelnen Volksgruppen innerhalb des geographischen Bereiches, besonders auf kulturellem Gebiet. Natürlich haben auch hier andere Bereiche ihre Bedeutung im Sinne des ethnischen Zusammenhaltens, der ethnischen Fortentwicklung.

Ich glaube, wenn wir in der Lage sind, in Südtirol eine Zusammenarbeit auf einer solchen Basis zu erreichen, dann kann Südtirol wirklich als Beispiel der Zusammenarbeit von Völkern im europäischen Bundesstaat angesehen werden. In diesem Sinne wäre Südtirol ein Beispiel der Zusammenarbeit mehrerer Völker, wobei jede der Volksgruppen ihre Eigenarten beibehalten kann. Und das ist ja — glaube ich — das Ziel, was wir erreichen wollen. Das ist ja der Sinn der europäischen Zusammenarbeit: die Einheit in der Mannigfaltigkeit. Die gemeinsame Lösung derjenigen Probleme, die alle gemeinsam lösen können, weil sie nämlich Probleme sind, die alle betreffen und die geteilte Lösung der Probleme, die die eine oder die andere Gruppe betreffen.

Eine Einigung Tirols zum Beispiel im nationalstaatlichen Sinne würde das Problem Südtirol nie lösen können. Es würde es höchstens verschieben, denn die Rolle von Mehrheit und Minderheit würde zum Beispiel in einem vereinigten Tirol von der deutschen zur italienischen Volksgruppe übergehen. Das wäre aber keine Lösung. Das Problem der Zusammenarbeit von Volksgruppen würde sich immer stellen. Und ich glaube, das Südtirolproblem ist ein Problem der Zusammenarbeit verschiedener Volksgruppen. Es läßt sich nicht anders lösen. Und in diesem Sinne ist es auch europäisch. Wenn wir in diesem Sinne auch Europa verstehen und in diesem Sinne für die Überwindung des nationalstaatlichen Denkens beitragen, besonders auch in der Erziehung unserer Jugend, wenn wir in diesem Sinne bemüht sind, die Grenzen zwischen den Nationalstaaten abzubauen, dann haben wir erstens etwas für Europa getan; und zweitens haben wir auch durch diese Zusammenarbeit in Südtirol, ein Beispiel den Europäern gegeben und dabei uns selbst geholfen, die Probleme gemeinsam zu lösen, die wir in der Lage sind zu lösen. Leider wird das nur im europäischen Bundesstaat möglich sein. Ich glaube gerade deshalb, daß wir unsere ganzen Kräfte für die Verwirklichung des europäischen Bundesstaates einsetzen müssen.

Zusammenfassung der Diskussion

Diskussionsleiter: Gottfried Ebnicher

Sprecher: Dr. Alessandro Cavalli, Max Wretschgo, Dr. Pepi Martiner

Ist der europäische Bundesstaat eine Utopie, wird auf die Europa-idee hin Machtpolitik betrieben, gibt es einen europäischen Nationalismus, können überhaupt wesentliche Probleme durch die Schaffung eines geeinigten Europa gelöst werden? — mit diesen Fragen könnte man den Raum abstecken, den die Diskussion einnahm.

Der Vorwurf, daß sich hinter der Europa-idee gewisse Aspekte einer Machtpolitik verbergen, wird zurückgewiesen. Der Zusammenschluß Europas stelle eine Notwendigkeit dar, um Raum für eine eigenständige Politik frei zu machen. Europa soll durch seine Einigung einen Beitrag zur Entspannung liefern, der Lebensstandard des Einzelnen soll gehoben werden. Ziel eines Zusammenschlusses ist nicht eine Machtpolitik im üblichen Sinne, eine Unterjochungspolitik, sondern die Unabhängigkeit und die Freiheit Europas.

Das Auftreten eines europäischen Nationalismus wird nicht ge-
leugnet. Die Vertreter einer solchen Haltung bilden aber eine sehr kleine Gruppe. Im allgemeinen loben die Föderalisten den Nationalismus ab.

Dr. Cavalli versucht in seinem Beitrag aufzuzeigen, daß manche Probleme allein durch das Vorhandensein von Nationalstaaten ge-

gelöst werden können. Allerdings dürfte Europa nicht als Mittel dienen um die Lösung bestimmter Probleme hinauszuschieben.

Das Jahr 1938 habe nun die Instabilität der Nationalstaaten gezeigt. Besonders deutlich trat dies durch die Studentenunruhen zum Vorschein. Daher gibt es Anzeichen, daß man darangeht, den politischen Kompromiß des zweiten Weltkrieges zu überwinden. Dies kann aber nur durch ein neues Bewußtsein der Menschen ermöglicht werden, ein Bewußtsein, das nicht darauf abzielt, sich in Opposition zu den bestehenden Regierungen zu stellen, sondern das sich gegen das System selbst richten muß.

Eng verknüpft damit ist die Frage nach der Souveränität der einzelnen Staaten im Rahmen des europäischen Bundesstaates, denn die einzelnen Staaten als Glied dieses Bundes müßten auf bestimmte Souveränitätsrechte zu Gunsten des Bundes verzichten. Dr. Cavalli betont, daß die Souveränität nicht unteilbar und daher nicht absolut sei. Ein Vereinigtes Europa werde daher mehrere Stufen von Souveränität aufweisen.

Forumsdiskussion

Engagierte oder funktionslose Jugend

Relazione di Marco Dogo

Kurzreferat von Marco Dogo

Premetto che parlo a titolo personale. Prometto questo, non tanto per rispetto formale di vincoli eventualmente posti alla funzione di redattore de «IL BO», quanto piuttosto in adesione al nuovo tipo di logica — di cui il regime assembleare, con il corollario del mandato vincolante, non è che uno degli aspetti — che si è venuta affermando nelle lotte degli studenti italiani. Molto si è detto e si è scritto circa la funzione esercitata dai vecchi Organismi Rappresentativi strutturati su base elettiva e base più o meno irrevocabile. Se ne è parlato generalmente in termini negativi, una volta qualificata la loro funzione come di freno, di imbrigliamento delle potenzialità politiche della massa studentesca. Intendiamoci: la stessa autocritica svolta da alcuni di coloro che, avendo ricoperto qualche «carica» nelle vecchie rappresentanze o nelle vecchie associazioni di politica universitaria, non hanno ritenuto solo per questo di aver raggiunto l'età della pensione — questa stessa necessaria autocritica sarebbe atto di eccezionale ipocrisia, se tale funzione di repressione fosse stata esercitata coscientemente e volutamente. In realtà, accanto al personale «tradimento» di alcuni — oggettivamente se non soggettivamente «venduti» — c'è stata, da parte di altri, la personale assunzione di rischi non indifferenti. Tuttavia, non era questo il punto. Anche nel migliore dei casi, quando cioè la rappresentanza eletta fosse energica e battagliera, il mandato irrevocabile si configurava come un invito al disimpegno nei confronti della base studentesca: o meglio, un invito all'impegno a scadenze periodiche, sollecitate dall'alto e contenuto nei canali stabiliti dai componenti della «cosa pubblica» studentesca.

Il nuovo tipo di logica che si è affermato attraverso l'autoresponsabilizzazione e l'impegno di ogni componente un'assemblea studentesca è quello che si fonda sul concetto politico di democrazia diretta. Politico, non tecnico: non si è trattato solo di cercare nuove forme organizzative più elastiche, più efficaci, meno suscettibili di esporre al ricatto personale gli assegnatari delle varie funzioni. Si è andati ben più in là di questo, nel rivoluzionare il tradizionale rapporto fra dirigenza e base studentesca e nell'affrontare in prima persona i vari avversari che le strutture repre-

Ich schicke voraus, daß ich nur im eigenen Namen spreche. Ich schicke das nicht so sehr deshalb voraus, um formell eventuelle Bindungen als Redakteur des „Il Bo“ zu respektieren, sondern vielmehr, um mich an diese neue Art der Logik anzufügen, welche sich in den Kämpfen der italienischen Studenten eingebürgert hat. Das „regime assembleare“ mit dem Anhängsel des bindenden Mandates ist nur einer der Aspekte dieser neuen Art von Logik.

Vieles ist schon über die von den alten Vertretungsorganismen ausgeübte Funktion gesagt und geschrieben worden, welche oder minder unwiderruflich gewählt werden.

Es wurde darüber meist mit negativen Begriffen gesprochen, nachdem man ihre Funktion als Hemmung, als Fesselung der politischen Potenz der Studentenmasse qualifiziert hatte. Um uns recht zu verstehen: sogar die Selbstkritik, die von einigen jener geübt wurde, die, nachdem sie so manches „Amt“ in den alten Vertretungen und politischen Vereinen an der Universität innegehabt hatten, nicht nur deshalb geglaubt hatten, pensionsreif geworden zu sein, selbst diese notwendige Selbstkritik wäre ein Zeichen von außerordentlicher Heuchelei, wenn jene Repressionen (von seiten der Vertretungen: Anm. d. Übersetzer) bewußt und gewollt ausgeübt worden wären.

Neben dem persönlichen „Verrat“ von einigen, welche objektiv wenn nicht subjektiv gekauft sind, nahmen andere nicht zu überschende Risiken auf sich. Das unwiderrufliche Mandat bedeutete bestenfalls — wenn also die gewählte Vertretung energisch und kämpferisch war — eine Ermunterung, sich der Wählerschaft nicht verpflichtet zu fühlen: oder besser, eine Ermunterung zu einem von „oben“ befohlenen und in gewissen, vorher von den Verantwortlichen festgelegten, Bahnen gehaltenen Engagement in periodischen Zeiteinheiten.

Diese neue Art von Logik, die sich eingebürgert hat durch „Selbstverantwortlichmachung“ („autoresponsabilizzazione“) und durch das Engagement eines jeden Mitgliedes einer Studentenversammlung, jene neue Art gründet sich auf das politische Konzept der direkten Demokratie.

Auf das politische Konzept, nicht auf das technische: es hat sich nicht nur darum gehandelt, neue elastischere und wirksamere Strukturen zu finden, welche die Inhaber der verschiedenen Funktionen weniger persönlichen Erpressungsvorsuchen aussetzen. Man ist viel weiter gegangen im radikalen Umgestalten des traditionellen

sive dell'università e della società via via opponevano agli studenti. Un'esperienza che ha lasciato una traccia positiva in ognuno di noi, che ha avuto per tanti una funzione educativa fondamentale.

Come si è arrivati a tale esperienza? Da anni, ben prima che gli studenti organizzati cominciassero ad assumere coscienza di sé quali forza sociale, il dipartimento come luogo di ricerca, di fusione tra ricerca e didattica, di superamento di quella passività di apprendimento che è riflesso del carattere frantumato in cui si esprime la divisione capitalistica del lavoro, il dipartimento concepito quindi come base di una nuova «filosofia» dell'Università più e prima che come concreta istituzione - il dipartimento concepito è stato posto al centro delle proposte e delle rivendicazioni di una rappresentanza, a livello locale come nazionale, non ancora completamente squalificata. Le burocrazie tradizionali del movimento studentesco «democratico» giocano la loro sopravvivenza sull'ipotesi di un centro-sinistra riformatore: o perdono la scommessa, di fronte ad un ordine che preferisce riaffermare se stesso nella propria staticità, nella conservazione dello «status quo», rinunciando all'integrazione di nuove forze.

Quali le implicazioni di tale rifiuto, per il movimento studentesco? Sostanzialmente, il trasferimento sulla società di quella critica che prima si esercitava sull'Università. Il trasferimento della critica avviene su una società che non permette il rinnovamento democratico dell'Università, che non permette a questa di assumere quella funzione di liberazione che le verrebbe dal porsi come luogo di ricerca e non di manipolazione ideologica. Per gli studenti ricominciare da capo significa superare le compartimentazioni nel momento in cui la società stessa viene posta come oggetto di ricerca. Ricerca come prassi, quindi, perché l'implicazione politica del metodo assunto è che se i conti non tornano, è la società che deve cambiare, non viceversa.

E così, si comincia con lo scoprire che sono finiti i tempi del sottoconsumo, economico come politico. Nel mondo della penuria, scrive Jean-Jacques Servan-Schreiber, il modello militare era anche quello della nostra organizzazione politica e amministrativa; ogni originalità, ogni creatività periferica costituiva una imperfezione: lo stato centralizzato si imponeva come un archetipo. Ma nell'epoca della potenziale ricchezza cominciano a cadere i miti politici che si sono venuti costruendo in una società gerarchizzata sulla base di motivazioni tecniche. Non possono più venire accettate spiegazioni tecniche a copertura di scelte politiche: è la stessa scoperta delle potenzialità della tecnologia moderna che suggerisce quel capovolgimento di posizioni così bene espresso dalla scritta apparsa sui muri della Sorbona: «l'immaginazione al potere». Non si tratta di fare solo dell'iconoclastia, ovviamente. Si tratta di individuare il corretto rapporto che deve intercorrere fra tecnica e distribuzione sociale del potere. Si tratta di trovare nuovi modi di ripartizione sociale del potere. Un ruolo importante gioca l'informazione. La conoscenza dei fatti è il presupposto necessario di una decisione libera dalle manipolazioni proprie della «democrazia manovrata». Non a caso, fra i più frequenti oggetti di attacco nel corso della insurrezione studentesca diagante in Europa troviamo i grandi organi di formazione dell'opinione pubblica: la ORTF, la catena Springer, il Corriere della Sera. Nel suo piccolo, «IL BO» denunciava un anno fa il lavaggio del cervello che il Gazzettino viene sistematicamente compiendo sulla popolazione veneta.

Quindi, democratizzazione dell'informazione quale presupposto di una scelta cosciente, che deve poter tradursi in una partecipazione alle decisioni: l'affermazione del principio della «democrazia diretta» è fra i risultati più positivi dell'esperienza di lotta studentesca. Ma se tale principio può trovare facile applicazione in una assemblea di studenti, non lo stesso avviene a livello sociale. Uno dei problemi della nuova democrazia sarà quindi quello di impiegare la tecnologia per trovare nuovi strumenti di partecipazione politica. Ciò che importa è fare uso di nuovi strumenti per liberalizzare l'iniziativa politica a tutti i livelli, dando sfogo alla generale rivendicazione all'autodeterminazione, abbattendo l'ostacolo - creato dai tecnocrati manipolatori della so-

lon Verhältnisses zwischen der Führungsschicht und der Basis der Studenten. Ebenso im direkten Anknüpfen gegen die verschiedenen Gegenspieler, die die repressiven Strukturen der Universität und der Gesellschaft nach und nach den Studenten gegenüberstellen. Eine Erfahrung, die in uns allen etwas Positives hinterlassen hat, die für viele eine wesentliche erzieherische Funktion hatte.

Wie ist man zu dieser Erfahrung gekommen? Seit Jahren, schon bevor die organisierten Studenten angefangen haben, sich ihrer sozialen Kraft bewußt zu werden, stand das Departement als Stätte der Forschung, der Verbindung zwischen Forschung und Didaktik, als Stätte, wo dieses passive Erernen als Widerspiegelung des zerstückelten Charakters der kapitalistischen Arbeitsteilung überwunden werde, im Mittelpunkt der Vorschläge und Forderungen einer sowohl lokalen als auch nationalen Vertretung. Das Departement muß also als eine neue „Philosophie“ der Universität verstanden werden und höher geschätzt worden als eine konkrete Institution. Die traditionelle Bürokratie der „demokratischen“ Studentenbewegung setzt ihre Überlebenschancen auf die Hypothese einer Mitte-Links-Reform: und sie verlieren die Wette gegenüber einer Ordnung, die es vorzieht, sich selbst in ihrer Statik, in der Erhaltung des „Status quo“, zu bestätigen, indem sie auf die Integration neuer Kräfte verzichtet.

Welche sind für die Studentenbewegung die Folgen dieser Weigerung? Grundsätzlich, das Übergreifen auf die Gesellschaft jener Kritik, die vorher der Universität galt. Diese Kritik trifft eine Gesellschaft, die eine Erneuerung der Universität ablehnt, die es der Universität nicht erlaubt, die befreiende Funktion zu übernehmen, die ihr zukommt, von dem Augenblick an, in der sie als Stätte der Forschung und nicht der ideologischen Manipulation betrachtet wird. Von vorne beginnen heißt für die Studenten, die Zergliederung in dem Moment überwinden, in dem die Gesellschaft selbst Objekt der Forschung wird. Das heißt, Forschung muß verstanden werden als praktische Erfahrung, denn die politischen Folgen dieser angewandten Methode sind, daß, sollte die Rechnung nicht aufgehen, die Gesellschaft sich ändern muß, nicht umgekehrt.

Und so fängt man an zu entdecken, daß die Zeiten der wirtschaftlichen und politischen Unterentwicklung vorbei sind. In einer Welt der Knappheit, schreibt Jean-Jacques Servan-Schreiber, war das militärische Modell auch jenes unserer politischen und administrativen Organisation; jede Originalität, jeder schöpferische Akt stellte eine Unvollständigkeit dar: der zentralisierte Staat drängte sich wie ein Vorbild auf. Aber in der Epoche des Wohlstandes fallen die politischen Mythen, die sich in einer hierarchisierten Gesellschaft herauskristallisiert haben. Technische Erklärungen unter der Hülle politischer Weltanschauungen können nicht mehr angenommen werden. Es ist die Aufdeckung der Möglichkeiten der modernen Technologie selbst, welche diesen Umsturz der Ordnungen heraufbeschwört, der so gut ausgedrückt ist in den Maueranschlägen an der Sorbonne: „Phantasie braucht die Macht“.

Es handelt sich aber natürlich nicht darum, nur einen Bildersturm zu entfachen. Es handelt sich darum, neue Wege sozialer Machtverteilung zu finden, wobei die Information eine wesentliche Rolle spielt. Die Kenntnis der Situation ist eine notwendige Voraussetzung für eine Entscheidung, die frei sein soll von den Manipulationen der „gelenkten Demokratie“. Es ist kein Zufall, daß bei den weitverbreiteten europäischen Studentenunruhen besonders die großen Zentren für Meinungsbildung Gegenstand heftigster Angriffe waren: der ORTF, der Springer-Konzern, der Corriere della Sera. Im kleineren Maßstab klagte vor einem Jahr „IL BO“ über die Gehirnwäsche, die das „Gazzettino“ systematisch bei der Bevölkerung Venetiens anwandte.

Demokratisierung der Meinungsbildung muß demnach Voraussetzung sein für eine bewußte Entscheidung; diese muß in eine Mitbestimmung übergeführt werden können: die Bestätigung des Prinzips der „direkten Demokratie“ zählt zu den positivsten Ergebnissen in der Erfahrung mit den Studentenunruhen. Wenn aber dieses Prinzip in einer Studentenversammlung leicht berücksichtigt werden kann, so gilt dasselbe nicht auf sozialer Ebene. Demnach wird es eines der Probleme der neuen Demokratie sein, sich der technologischen Entwicklung zu bedienen, um neue Wege politischer Mitbestimmung ausfindig zu machen. Was man benötigt, ist die Benützung neuer Mittel zur Befreiung der politischen Initiative auf allen Ebenen, indem man die allgemeine Forderung nach Selbstbestimmung berücksichtigt und indem man das Hindernis des Vor-

cietà con la trasformazione di ogni subordinazione organizzativa in una corrispondente «capitis deminutio» politica — di una «presunzione d' incompetenza» che si traduce in una costrizione alla irresponsabilità.

E' un fenomeno, questo, che non si verifica necessariamente solo a livello di società altamente industrializzato: là dove l'immaginazione politica delle fasi rivoluzionario ha saputo mantenersi viva, o viva è rimasta la lotta politica, il ridimensionamento della tecnica può verificarsi anche agli inizi dell'industrializzazione. Ciò è assai bene riassunto, nel contesto della rivoluzione culturale proletaria cinese, dall'antitesi fra l'agglomerato dei valori del razionalismo, economismo, efficienza ecc. e i valori di una rivoluzione umana e sociale, compendiabili nello slogan «Non la tecnica, ma la politica al comando!». Come scriveva recentemente Tiziano Terzani, «il valore dell'uomo è ora riposto nell'essere Rosso, piuttosto che nel suo essere Esperto; c'è un solo modo di essere l'esperto: essere esperto nell'essere "rosso"». Il fatto, poi, che durante la rivoluzione culturale proletaria la produzione nazionale cinese abbia ricevuto un forte impulso dovrebbe darci un'ulteriore indicazione, se ce ne fosse bisogno, di come efficienza e democrazia non siano incompatibili. E' una falsa alternativa, quella che da alcune parti si viene proponendo: o il caos, o il fedele ossequio alle forme tradizionali — di organizzazione didattica come di gestione del potere. Autodeterminazione nella propria formazione non significa anarchia antiscientifica: al contrario, è la scienza che non può convivere con la gerarchia. Diversamente, saremmo ancora al processo a Galileo. Sul piano sociale, autodeterminazione significa decolonizzazione della società, significa scomparsa della segregazione in livelli gerarchici: significa responsabilizzazione a tutti i livelli.

Quindi, alla base di tutto c'è la richiesta di nuovi metodi, prima che di nuovi contenuti: i contenuti seguiranno. E qual'è stata la risposta? Negativa a livello sociale, come negativa era stata a livello universitario. C'è tutta una corrente europea di risposte negative, come c'è stata (e continua) una corrente europea di rivolta. Nel migliore dei casi, viene applicato il vecchio principio colonial-riformista: «quest'indigeno ha bisogno prima di tutto di miglioramenti sociali, piuttosto che di riforme politiche». E abbiamo così Belgrado, dove la repressione politica delle agitazioni studentesche si è accompagnata alla demagogia di alcune concessioni sul piano sindacale. E abbiamo così Parigi, dove ad esempio ai giornalisti della Radio di Stato e della Televisione che rivendicavano il diritto di assicurare una informazione indipendente e obiettiva, il governo ha risposto concedendo aumenti salariali. Nei casi peggiori, la repressione è aperta, senza neppure il paravento di demagogiche contropartite: Praga, Milano Architetture, il denominatore comune è la scelta della conservazione, della stabilizzazione, a spese dello sviluppo economico, sociale, politico, di un aggregato di persone come di un intero popolo. Alla messa in crisi di una consolidata distribuzione del potere si preferisce il vecchio circolo «sicurezza-irresponsabilità-ristagno». Ad aggravare la situazione, è la mancanza di interpreti, sul piano politico, di questa spinta libertaria. Noi casi fortunati, una simpatia superficiale che non va alla sostanza delle cose. E, d'altra parte, troppi aspiranti, in giro, all'autotrasformazione da interpreti a cercherieri, appunto sul piano politico: troppe offerte di alleanze così spesso somiglianti all'abbraccio di Ercole ad Anteo. Senza entrare nel merito dei temi, basti accennare che proprio per questi motivi il movimento studentesco comincia a porsi il problema del partito in termini nuovi: in quest'epoca di Santo Alleanza a tutti i livelli, ci si chiede se una soluzione al problema dei troppi esclusi possa consistere nel consigliare gli esclusi stessi a porsi come oggetto di contrattazione fra gli aspiranti al monopolio di espressione politica delle tensioni sociali.

wandes der Unzuständigkeit, das die Technokraten durch Manipulation der Gesellschaft mit der Umänderung jeder organisierten Unterordnung in eine entsprechende „capitis deminutio“ - Politik geschaffen haben, beseitigt, das notwendigerweise in einen Zwang zur Unverantwortlichkeit übergeht.

Es ist dies ein Phänomen, welches notwendigerweise nicht nur auf der Basis einer hochindustrialisierten Gesellschaft in Erscheinung tritt: dort, wo die politische Erfindungskraft der revolutionären Entwicklungsphasen sich lebendig zu erhalten imstande war, und der politische Machtkampf, der ist lebendig geblieben, — dort also kann die Technik auch am Anfang der Industrialisierung auf ihre richtigen Ausmaße zurückgeführt werden. Dies ist in der Gesamtheit der proletarischen Kulturrevolution in China sehr gut zum Ausdruck gekommen durch die Antithese zwischen dem Werteagglomerat des Rationalismus, des Ökonomismus, der Leistungsfähigkeit usw. und den Werten einer humanen und sozialen Revolution, die sich zusammenfassen lassen in dem Slogan: „Ander Spitzo nicht die Technik, sondern die Politik!“ Tiziano Terzani schrieb unlängst: „Der Wert des Menschen liegt heute eher darin, rot zu sein, als fachkundig zu sein; es gibt nur eine Art der Fachkundigkeit, die darin besteht, rot zu sein.“ Die Tatsache übrigens, daß die nationale Produktion Chinas während der proletarischen Kulturrevolution einen enormen Aufschwung erhalten hat, dürfte für uns, wenn nötig, ein weiterer Beweis dafür sein, wie unvereinbar Demokratie und Leistungsfähigkeit seien. Es ist dies eine falsche Alternative, die von einigen Stellen vorgebracht wird: entweder das Chaos oder die treue Huldigung der traditionellen Formen. Es ist die Alternative des didaktischen Gesellschaftsgefüges sowie des Machtapparates, Selbstbestimmung innerhalb des eigenen Systems bedeutet nicht antiwissenschaftliche Anarchie — im Gegenteil, gerade die Wissenschaft ist unvereinbar mit der Hierarchie. Andernfalls stünden wir noch beim Prozeß gegen Galilei. Auf gesellschaftlicher Ebene bedeutet Selbstbestimmung Entkolonialisierung der Gesellschaft, bedeutet das Verschwinden der Unterteilung in hierarchische Stufen; sie bedeutet Teilhaben an der Verantwortung in allen Sektoren.

Am Anfang von alldem also steht die Forderung nach neuen Methoden und dann erst die Forderung nach neuen Inhalten, die Inhalte werden folgen. Und was war die Antwort? Negativ aus gesellschaftlicher Basis ebenso wie auf Universitätsbasis. Es gibt in Europa einen ganzen Strom von negativen Antworten, so, wie es in Europa einen ganzen Strom von Empörung gab und gibt.

Im besten Falle wird das alte, kolonial-reformistische Prinzip angewandt: „Dieser Bewohner bedarf vor allem sozialer Verbesserungen und nicht politischer Reformen.“ Da wäre das Beispiel Belgrads, wo der politische Druck der Studentenumruhen sich mit der Demagogie einiger Zugeständnisse auf gewerkschaftlicher Ebene verbinde. Da haben wir ferner das Beispiel von Paris, wo der Staat den Journalisten der staatlichen Rundfunk- und Fernsehgesellschaft, die das Recht auf unabhängige und objektive Information geltend machten, mit einer Gehaltserhöhung antwortete. In den ungünstigsten Fällen geschieht die Unterdrückung offen, ohne den Vorwand demagogischer Gegenleistungen: Prag, Fakultät für Architektur in Mailand. Der gemeinsame Nenner ist die Wahl der Erhaltung und der Stabilisierung auf Kosten des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fortschritts, sowohl kleinerer Kreise als auch eines gesamten Volkes. Der Aufrechnung einer konsolidierten Machtverteilung zieht man den alten Kreis „Sicherheit, Unverantwortlichkeit, Stokung“ vor. Das Fehlen von Verfechtern dieser Liberalisierung auf politischem Gebiet erschwert die Situation. Man kann also bestenfalls mit einer oberflächlichen Sympathie rechnen, die keineswegs an die Basis des Problems vorstößt. Andererseits ist gerade auf politischem Gebiet die Anzahl derer, die durch Selbstveränderung von Verfechtern zu Kerkern zu werden drohen, zu groß; allzu groß sind die Lockungen von Zusammenschlüssen, die so oft der Umarmung von Herkules und Anteus gleichen.

Ohne näher darauf einzugehen, genügt es anzudeuten, daß gerade aus diesen Gründen die Studentenbewegung neue Vorstellungen von der Partei zu entwickeln beginnt: In dieser Zeit der heiligen Allianzen auf allen Gebieten muß man sich fragen, ob eine Lösung des Problems der allzuvielen Ausgeschlossenen darin bestehen kann, daß man den Ausgeschlossenen selbst rät, sich jenen, die sich um das Monopol der politischen Formulierung der sozialen Spannungen bemühen, als Verhandlungsobjekt anzubieten.

Als ich das Thema dieser Forumsdiskussion zu sehen bekam und dazu eingeladen wurde, fürchtete ich, es würden fünf oder sechs Leute kommen, von denen dann jeder eine Lanze für die engagierte Jugend gebrochen hätte, so daß wir sechs mal ungefähr dasselbe zu hören bekommen hätten. Außerdem fürchtete ich ein bißchen, Dinge zu wiederholen, die schon bei anderen Gelegenheiten gesagt wurden, z. B. bei der Diskussion die damals die Hochschülerschaft und andere Gruppen zur Eröffnung des Waltherhauses im Perner Ratheussaal veranstalteten, oder bei anderen öffentlichen Diskussionen, vor allem in Bozen. Deshalb habe ich meinen Beitrag so ausgerichtet, daß er mehr im allgemeinen auf das Engagement der Jugend (und der Jugend in Südtirol) eingeht, aber in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Methode. Ich glaube, diese methodologischen Vorschläge dann auf inhaltliche Forderungen anzuwenden, und dabei ihren Wahrheits- oder Nützlichkeitssgrad festzustellen, soll dann der Diskussion überlassen bleiben, wobei Referenten und Publikum gleichermaßen mitreden müssen.

Es ist klar, daß dieses Thema gerade heute in Südtirol ein grundlegendes Thema ist, da nach den Entwicklungen besonders der letzten zwei Jahre kaum noch jemand an eine funktionslose Jugend glauben wird. Die Tatsache, daß die Jugend engagiert sein soll, daß sie „etwas tun soll“, gehört heute zu den Dingen, die von allen Seiten anerkannt, belohnt, mit großväterlicher Liebe betrachtet und schulterklopfend ermuntert werden und auf allgemeines Einverständnis stoßen; in der Praxis aber führt das — wie man ja gesehen hat — zu nichts, und wird im Gegenteil wieder behindert und gehemmt, so daß man es wieder unter den Begriff der repressiven Toleranz fallen lassen kann. Damit meine ich, daß alle im grundsätzlichen einverstanden sind, alle darüber sprechen und Teilnahme vorgeben, in Wirklichkeit dann aber nichts passiert oder, was trotzdem zu passieren versucht, gehemmt wird. Ein Beispiel im großen für solche repressive Toleranz mag das Schulwesen in ganz Italien sein, wo sich alle über die Notwendigkeit einer Reform einig sind, von den Lehrern zu den Schülern und den Politikern sämtlicher Schattierungen: es geschieht aber nichts, um die Reform durchzuführen, seit zwanzig Jahren.

Trotz des Gemeinplatzes von der engagierten Jugend ist es also vielleicht der Mühe wert, nicht nur ironisch, sondern ernsthaft über einige Charakteristiken oder über einige notwendige (meiner Ansicht nach notwendige) Züge des Einsatzes der Jugend zu sprechen. Es ist klar, daß sich die Zeit der Jugend, wenn man sie so nennen will — also die Zeit zwischen der Kindheit und der beginnenden moralischen Verkalkung oder Verfehlung, etwa weil man eine Karriere beginnt oder durch die Gründung einer Familie sich ins Privatleben zurückzieht oder sonstwie durch berufliche oder wirtschaftliche Interessen abgelenkt wird — daß also diese Zeit der Jugend eine günstige Zeit für jedweden Einsatz und für jedwedes Engagement darstellt. Diese Behauptung steht somit im Gegensatz zu dem, was uns normalerweise in Südtirol gepredigt wird, daß wir nämlich warten sollen, bis wir einmal eine Position haben und uns erst dann „engagieren“ sollten. Ich glaube nämlich persönlich (es ist ja klar, daß ich hier nur persönlich und nicht etwa im Namen der „Brücke“ spreche), daß die erwähnte Zeit die beste für jedes Engagement ist, auch wenn sie natürlich nicht das ganze Gepäck an Erfahrung aufweisen kann, das ältere mitzubringen haben. Ebenso möchte ich aber, wie schon Dogo vor mir, davor warnen, eine Art **Jugendideologie** oder eine **Ideologisierung der Jugend** (als Gesellschaftsphänomen) oder des jugendlichen Einsatzes aufzubauen, das also, was man in Italien „giovanilismo“ nennt. Das halte ich für falsch und gefährlich. Denn es würde bedeuten, das Engagement der Jugend zu einem Generationsproblem zu degradieren und es damit abzutun, daß man sich sagt: „Warten wir nur, bis sie älter werden, dann werden ihnen die Grillen schon vergehen.“ Das ist nämlich gerade die in Südtirol vorherrschende Interpretation all dessen, was sich bewegt und nicht konform geht. Aber ich halte diese Interpretation für falsch. Wenn heute die Jugend in vielen Bereichen (besonders einzelne Vertreter der Jugend und besonders der Studenten, die die geistigen Voraussetzungen dazu besser mitbringen) in erster Linie steht, so bedeutet das noch nicht, daß Engagement im allgemeinen, z. B. in der Politik, in der Kultur oder Gesellschaft oder in der Kirche eine besondere Eigenschaft der Jugend wäre. Dennoch aber dürfte die Zeit der Jugend die beste

Zeit dazu sein. Denn es ist klar, daß die Jugend — besonders in Südtirol — eine vornehmliche Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber hat. Wir wissen ja — und ich will jetzt nicht wiederholen, was ich bei anderen Gelegenheiten ausgeführt habe und was auch ziemlich allgemein akzeptiert scheint — daß die ältere Generation heute in Südtirol stark belastet ist, so daß auch deswegen die Jugend eine größere Verantwortung für das ganze Land trägt, und daß die Jugend beider Sprachgruppen heute mit ihrem Einsatz eine größere Wirkungsmöglichkeit und Erfolgchance hat. Es ist aber klar, daß jugendliches Engagement, wenn es nicht unreif, pubertär oder infantil wirken und somit wirkungslos verpuffen soll, einige besondere „Vorsichtsmaßnahmen“ (so dumm das klingt) gewärtigen sollte. Daß also einige methodologische Vorbedingungen durchzudiskutieren sind, ohne die jeder Einsatz entweder sofort gebrochen und überwunden wird, oder verpufft oder sich im Leerlauf verliert. Einige dieser Bedingungen möchte ich versuchen herauszuarbeiten und besonders auf Südtirol anzuwenden.

Vor allem scheint mir, daß auch **Kritik als solche ein Engagement** bedeutet. Das wird in Südtirol nicht anerkannt. Ein altes Schlagwort, das man in Südtirol noch gerne verwendet, ist eben das: „Ihr habt noch nichts geleistet“; man will also die Legitimation zur Kritik nur jenen vorbehalten, die schon auf Leistungen oder zumindest auf ein entsprechendes Sozialprestige, auf eine bestimmte Kollokation und auf eine gesicherte Position im „Establishment“ hinweisen können. Im großen schon wir es z. B. in der „Südtiroler Volkspartei“, wo der Obmann selbst sagt, man dürfe zwar kritisieren, aber nur, wenn man dazugehört; andere Beispiele lassen sich zahlreich in der Kirche (z. B. Kath. Aktion) oder in der Schule feststellen, wo es immer heißt, kritisieren sei nur demjenigen erlaubt, der eben dazugehört oder etwas geleistet hat und Erfahrung mitbringt.

Natürlich glaube ich auch, daß kritisieren allein noch zu wenig ist: das schlaue gewählte und von mir aus abzulehnende Schlagwort von der „konstruktiven Kritik“ sagt aber, daß Kritik nur dann zugelassen sei, wenn man sofort — Rezept zur Hand — das Alte durch Neues ersetzen kann; und insofern dient dieses Schlagwort natürlich dazu, um jeder Kritik sofort den Boden unter den Füßen wegzuziehen, und sie von vorneherein abzutun. Außerdem können wir in Südtirol sehen, daß im allgemeinen die Leute, die kritisieren, auch engagiert sind, und die — ausgehend von ihrer Kritik — sich umso mehr verpflichtet fühlen, etwas zu tun. Ich glaube also, daß eine intelligent und sachverständig geführte Kritik schon ein ganz großes Maß an Engagement beinhaltet: vor allem das Engagement der kritischen und exakten Analyse und die Verpflichtung, Schwerpunkte zu suchen und Maßstäbe zu wählen, um die Schwachstellen des Systems herauszuarbeiten und bloßzustellen. Denn es ist klar, daß nur eine an bestimmten Maßstäben und Schwerpunkten orientierte Kritik über das Niveau genereller und wirkungsloser Vordammungen hinauszugehen vermag.

Ein zweiter Punkt, den ich als wichtig für den Einsatz der Jugend und im allgemeinen für politisches und gesellschaftliches Engagement in jedem Sinn ansehe, ist die **Vorläufigkeit und Überprüfbarkeit** jeden Einsatzes. Wir sind es auch da gewohnt, besonders in Südtirol, jede Art von Engagement sehr schnell statisch, kristallisiert und definitiv zu sehen. Allgemein bedeutet Engagement ja in Südtirol, einen Verein zu gründen mit Vorstand und Statuten und sich bei der Obrigkeit vorzustellen, beim Landeshauptmann oder Vize-Regierungskommissär, je nach Volksgruppe, Geldhöhe offizieller Stellen anzupapen und dann in der legalen Bahn und unter allgemeinem Wohlgefallen die „Tätigkeit“ zu beginnen. Gerade die Jugend aber sollte sich, meiner Ansicht nach, ohne endgültige Festlegungen vor allem in spontanen Gruppen auch provisorisch engagieren können, ohne vor sich selbst und der Öffentlichkeit die Verpflichtung zu übernehmen, jahrelang in derselben Linie durchzuhalten; ohne die Verpflichtung, eine Struktur aufzubauen, die einen dann sowieso ermordet; ohne sich aber auch von anderen festlegen oder festfrieren zu lassen. Es ist eine der bequemsten Waffen des „Apparates“, des „Establishments“ und all jener, die vor engagierter Jugend Angst haben, den Gegner, den „Revoluzzer“ sofort zu etikettieren. Auch da hat ja der vorzügliche Artikel des Herrn „et“ ein Musterbeispiel geliefert: mit einer Mao-Etikette oder einem Sowjetstempel oder so etwas Ähnlichem wird der Aufständische sofort festgelegt, diffamiert und erledigt. Dieses Sich-Festlegenlassen beruht oft auch auf Unver-

fahrenheit oder zu großer Gutgläubigkeit der Betroffenen selbst; aber man kann und muß sich dagegen zur Wehr setzen und die schöpferische Kraft bewahren, sich gegen Versteinerung und Leerlauf zu verteidigen. Das bedeutet natürlich, daß auch das eigene Engagement ständig kritisch überdacht werden muß. Niemand kann sagen: „ich setze mich jetzt und immer dafür ein, dieses Ziel bleibt mir immer aktuell und wichtig“; das halte ich für einen Irrtum. In diesem Sinn würde ich durchaus dem „Revisionsismus“ das Wort reden: in dieser Auffassung heißt das, das eigene Engagement ständig kritisch zu überprüfen und sich durch keinen Struktur- oder Funktionsautomatismus (auch im eigenen Lager) treiben zu lassen. Ich glaube somit, daß hohe Wandelbarkeit und Elastizität letztlich Geschichtsabewußtsein bedeuten, und das wäre in Südtirol höchst an der Zeit, wenn wir nicht ein hoffnungsloses „Vereinsland“ werden wollen. Es gibt kaum irgendwo so viele und so gut ineinander verstrickte Vereine wie in Südtirol, die durch Personalunionen, durch Geldverbindungen, momentan auch im Walthorhaus durch die äußere Struktur, so gut zusammengehalten werden, daß sie einander gegenseitig absichern und eventuell gefährliche Bewegungen verhindern. Außerdem wissen wir ja alle genau, wieviele Vereine bestehen, die schon lange nichts mehr zu tun haben. Im Gegensatz dazu sollte sich besonders das Engagement der Jugend im Mut zum Experiment zeigen, auch mit der Aussicht auf allfällige Fehlschläge.

Man sagt uns auch oft (Dr. Ebner weist in seinem Referat am Crillhof auch darauf hin und zitiert mich implizit, natürlich ohne Namen), daß diese „Revolutioner“, mit und ohne Bart, eigentlich ja gar nicht wüßten, wohin sie gelangen wollen: gerade gegenüber diesen Versuchen, uns in die Enge zu treiben, müssen wir unser Recht auf Experimente ganz klar behaupten.

Eine weitere Bemerkung, die ich machen möchte, betrifft die Wichtigkeit, die Ziele richtig und intelligent auszuwählen, ich möchte sagen, die **politische Auswahl der Ziele**. Es passiert uns oft, daß besonders unter jungen Menschen emotive Faktoren (oft auch geschickt von oben gelenkt und ausgenutzt, ohne daß wir es überhaupt merken) das Engagement auf Scheinziele ablenken oder zumindest allzusehr konzentrieren. Politische Auswahl der Ziele hingegen würde bedeuten, daß man sich sehr gut das Verhältnis vom Einsatz der Mittel zu den kurz- oder langfristigen Zielen überlegt. Man muß sich dabei klar werden, daß bestimmt aus taktischen Gründen gewisse Vereinfachungen notwendig sind, daß diese Vereinfachungen aber ihre Grenzen haben und man sich dessen bewußt sein muß. Das heißt also, daß der Aufwand, den zu leisten man bereit ist und das Risiko, das man läuft, bedacht und überlegt werden muß, ebenso wie die Bedeutungsschwere der einzelnen Akte und Versuche (z.B. der einzelnen Protestaktionen) und zugleich die Verständlichkeit, also der Sinngehalt der Botschaft, die man durch sie vermitteln will. So glaube ich — um auf ein konkretes Beispiel dieser Tage einzugehen —, daß in Südtirol momentan von manchen Seiten her (wohl auch in der Polemik der „Brücke“) der Angriff gegen Ebner und Zelger zu hoch gespielt wird, was manchen sogar willkommen sein könnte, denn „es ist — unter Umständen“ — für das System sogar tragbar, daß einer „für das Volk“ stirbt, daß also um der Erhaltung der Macht willen ein kleiner, auch personeller Aderlaß sogar verkrattet werden könnte. Es ist also zu achten (und das gilt besonders für die Hochschülerschaft, die als größerer Apparat meist erst mit einiger Verspätung solch polemisches Engagement mitübernimmt), daß man sich nicht von Schreckbildern allzusehr ablenken läßt. Gestern hat Popi Schmid in seinem Arbeitskreis gesagt, den Ebner anzugreifen, bedeutet heute Konterrevolution, weil er ein so herrlich evidentes Beispiel einer bestimmten reaktionären Haltung darstellt und somit eine gewisse Zugkraft auch für uns hat, da durch ihn immer mehr Leute erkennen, was da gespielt wird. Deshalb passen wir auf: den Kopf z.B. Zelgers oder Ebners zu fordern ist kein letztes Ziel, sondern ein Mittel. Die Verhältnisse werden sich nämlich nicht oder kaum ändern, wenn etwa jemand anderer an Zelgers Stelle — aber im gleichen Gesamtrahmen — Kulturassessor wird. Hieraus entstammt z. B. auch meine Kritik an die

Südtiroler Fortschrittspartei, deren Richtigkeit mir aus der Lumsdiskussion von gestern anones bestätigt scheint. Praktisch unterscheidet sich diese zweite Partei von der SVP nur dadurch, daß sie eben die zweite ist. Also bringt sie als neues Element nur den Parteilpluralismus, der aber für mich bis jetzt nur ein Scheinziel und noch kein Ziel ist. Vorsicht also, damit man Schein- oder Zwischenziele jeweils als solche erkennt: sie sind taktisch notwendig, dürfen aber nicht überbewertet werden. Auch die Pressefreiheit etwa oder eine bessere Kulturpolitik in Südtirol sind noch nicht letzte Ziele, denn glauben wir ja nicht, daß wir alles erreicht haben, wenn wir eine freiere Presse und eine bessere Kulturpolitik, im übrigen aber dasselbe System wie jetzt haben. Es geht also darum, **nicht taktische mit strategischen Zielen zu verwechseln**.

Ferner: das Engagement der Jugend muß, so scheint mir, durch **in Eigenregie** formuliert und geführt werden. Das ist in Südtirol wohl besonders wichtig, denn sooft hier Jugendliche etwas unternehmen wollen, gibt es hundert Institutionen, die gerne bereit sind, diese jungen und noch unerfahrenen Menschen unter ihre Fittiche zu nehmen, ihnen Ratschläge zu geben und sie in irgendeiner Weise vor den eigenen Wagen zu spannen und dadurch zu mißbrauchen. Es ist dagegen, so glaube ich, notwendig, daß eine engagierte Jugend selbständig arbeitet, auch wenn das Establishment ihr noch so sehr den Hof macht und um ihre Gunst buhlt, wie es z.B. bei der Studentenbewegung und bei allen spontanen Gruppen passiert, die da und dort entstehen. Es gibt kaum etwas Schwerwiegenderes und Verbindlicheres als das freundschaftliche Schulterklopfen eines Politikers etwa, denn nie oder höchst selten tut er das „gratis et amore Dei“, sondern eher als einen Versuch, jemanden einzufangen. In Südtirol ist die Gefahr besonders akut, weil durch das Schlagwort vom völkischen Zusammenhalten, vom Verteidigungsnotstand usw. praktisch jedes neue Ferment so schnell als möglich von irgendwelchen offiziellen Stellen mitgeführt werden will. Denken wir nur an die „Südtiroler Hochschülerschaft“ etwa in der „vorletzten“ Zeit (jetzt geht es etwas besser), oder an die Geschichte der in Gründung befindlichen oder scheinbar in Gründung befindlichen Oberschüler-Verbände, für die sich verdächtigerweise schon jetzt das Kulturasessorat interessiert. Ähnliches mag z.B. von der neuen Gewerkschaft gelten, und kann noch fortgeführt werden: es ist geradezu „erstaunlich“, wie schnell sich Interessengruppen finden, die bereit sind, Vormundschaften zu übernehmen. Demgegenüber muß die Eigenregie unseres Engagements stark betont werden.

Eben wird mir angedeutet — zu Recht —, daß ich schon zu lange gesprochen habe, darum werde ich jetzt fast alles überspringen und gegebenenfalls weitere Punkte der Diskussion überlassen. Nur noch ganz das Wichtigste, in aller Kürze. Da ist einmal die Gefahr, nach denselben bürokratischen und strukturellen Schemata zu arbeiten, wie auch „das System“: das würde bedeuten, auf qualitative Änderungen zu verzichten und „neuen Wein in alte Schläuche“ zu gießen: ich würde mich also gegen die zahlreichen Integrationsversuche ins System (z. B. in die Partei usw.) entschieden zur Wehr setzen. Wie das konkret aussehen kann, können wir eventuell nachher diskutieren.

Ein weiterer höchst wichtiger Punkt, gerade für Südtirol, ist die Verständlichkeit dessen, was wir tun, also die Kommunikation gerade den großen Massen gegenüber. Sicher braucht es in Südtirol Avantgarden, aber es braucht auch besonders die große Kommunikation, und dafür kann sich vielleicht die Hochschülerschaft in hohem Maße einsetzen.

Das kann wohl vorläufig genügen. Beispiele haben wir für all diese Haltungen gerade noch gestern zur Gerüge geschoben (man denke an die Empfehlung, etwa ins Kulturinstitut einzuwandern, um vielleicht dann dies und das zu verändern). Wichtig ist es noch, daß jeder von uns, vielleicht am besten für sich selbst, darüber nachdenkt, welche **große Entwicklung zum Engagement** sich immerhin doch in Südtirol in den letzten zwei oder drei Jahren angebahnt hat und wieviel sich irgendwie schon in Bewegung setzt. Wenn man das mit dem Zustand vor drei Jahren z.B. vergleicht, kann man — glaube ich — doch ziemlich optimistisch sein.

Kurzreferat von Siegfried Mayr

Da sich meine Kollegen mit wissenschaftlichen und allgemeinen Argumentationen über dieses Thema befaßt haben, möchte ich mich vorerst beschränken an paar konkrete Probleme unserer Studentenjugend aufzuzeigen. Das vorwiegend kann dann wohl mit Recht als das Jahr der Jugendbewegungen, bzw. Studentenbewegungen betrachtet werden. An allen Ecken und Enden der Welt kramten sich mehr oder weniger in Revolutionen stehende Studentenbewegungen auf, die der Unzufriedenheit und dem Unbehagen der Studenten Ausdruck geben sollten. Während also in der ganzen Welt die Studentenjugend zum Angriff überging, blieb es in Südtirol ruhig, abgesehen von ein paar Unzufriedenheiten. Wenn es in Südtirol nie heute noch zu keiner Rebellion der jungen Generation gekommen ist, so bedeutet dies nicht, daß alles in bester Ordnung sei. Bei einer genauen Analyse der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und vor allem der kulturellen Lebensbereiche dieses Landes, wird jeder zugeben müssen, daß die Jugend nicht mit allem einverstanden sein kann. Wenn also Gründe zur Unzufriedenheit, zum Unbehagen unserer Jugend vorhanden sind, die Jugend jedoch ihre Kritik unter Bewahrung bestimmter Formen vorgebracht hat, so bedeutet das, daß die Jugend ein Zeugnis von Reife und Mündigkeit abgelegt hat. Unsere Jugend hat das Problem nicht nur erkannt, sondern sie wollte auch dazu beitragen, durch fruchtbare Kritik und durch Anbieten der eigenen Mitarbeit, verschiedene Probleme anzugehen. Es wird sicher zu einem größeren Erfolg, wenn man sich an den Verhandlungstisch setzt, als sich nur gegenseitig Vorwürfe in den Kopf zu werfen. Wir haben den ersten Weg gewählt.

Welches sind nun die Probleme, die die Jugend besonders beschäftigen?

Die Probleme der Jugend blieben in Südtirol viel zu lange von verantwortungstragender Seite aus zu wenig oder auch gar nicht beachtet. Nur um ein Beispiel zu nennen: erst nach 20 Jahren hat sich die Partei der Jugend in konkreter Form angenommen. Was geschieht aber mit jener Jugend, die sich nicht in den Parteien einbauen lassen will? Mancher der verantwortlichen Kreise versuchte, und versucht es heute noch, das Jugendproblem damit abzuschwächen, indem es als ein kleines und vorübergehendes Übel betrachtet wird. Andererseits versucht man immer, sich damit herauszureden, daß wir uns in einer ganz besonderen Situation befinden und daher auch für die Lösung aller anfallenden Probleme ganz besondere Maßstäbe anwenden müssen.

Der Umstand, daß diese Unruhen so plötzlich aufgetaucht sind, gilt dann oft als Alibi für die Fraglosigkeit und für die Indifferenz gewisser Kreise. Man sagt, weil diese Probleme so plötzlich aufgetaucht sind, seien sie auch nicht ernst zu nehmen, weil ihnen die Wurzeln fehlen. Aber dies ist nicht so; darauf kann man leicht antworten. Die Jugend auf dem Lande war und ist heute noch so in die verschiedenen Vereine und Organisationen eingebaut, daß die jungen Leute keine Zeit hatten, sich mit den verschiedenen geistigen Problemen auseinanderzusetzen. Wer heute offene Kritik an den derzeitigen Zuständen in Südtirol übt, das ist die Jugend in den Städten, und insbesondere die Studentenjugend.

Leider ist die Hochschullugend nur sehr selten im Lande vertreten, so daß sie nicht mit dem entsprechenden Nachdruck für gewisse Probleme eintreten kann. Das brachte einerseits mit sich, daß eine Minderheit sich dieser Probleme mit mehr oder weniger akzeptablen Methoden annahm. Dadurch bekam aber die andere Seite, gegen die sich die Proteste richten, ein bequemes Alibi für ihre Indifferenz, indem sie behauptete diese Aktion sei nur von einer kleinen Revoluzzerminderheit getragen, während der Großteil der Hochschüler brav bleibt und zu allem ja und Amen sagt.

Dem ist aber nicht so. Es ist eine Tatsache, daß unter den Hochschülern ein allgemeines Unbehagen und eine allgemeine Unzufriedenheit herrscht. Ich wage zu behaupten, daß man in Südtirol seit jeher die Jugend zu wenig ernst genommen hat und somit noch nicht vorstanden hat, eine Vertrauensbasis zwischen ihr und der älteren Generation herzustellen. Viele von uns haben schon erfahren müssen, welche Mentalität hierzulande herrscht: Solange man Student ist, soll man sich in verschiedene Dinge nicht einmischen; solange man studiert, kann man nichts verstehen. Man wird schließlich in die Isolierung gestellt. Es ist doch so, daß in manchen Orten der junge Mensch vom größten Bauernhof den Ton angibt. Der Student hat jedoch nichts zu sagen, wird nicht um seine Meinung gefragt, weil er ja noch studiert und deshalb noch nichts wissen kann.

Es ist eine prinzipielle Frage, die man hier aufgreifen möchte: Diesen Leuten kann man ihre Minderheit noch verzeihen, leider herr-

schon aber auch noch Ideen aus dem vorigen Jahrhundert in anderen Lebensvollzugsstellen. Andererseits verfährt man aber nicht — besonders zu Vorlesungen — die Jugend als Ausstiegs- und zu geistigen und zu betonen, daß die Jugend die Zukunft unseres Landes bestimmen wird. Aber die Kluft zwischen diesen Vorstellungen und der Wirklichkeit ist zu groß. Man kann nicht behaupten, die Jugend sei der Baumeister der Zukunft, wenn man sich weigert, ihr die Mitspracherecht einzuräumen. Wenn man Jugendaspektiven aufstellt, ohne die Vertreter der Jugend zu konsultieren; wenn man sich weigert, sie heute schon in ihrer beruflichen Formation zu verantwortungsvollen Tätigkeiten heranzuziehen. Und damit komme ich auf den Kern des Themas: engagierte oder funktionale Jugend.

Man kann nicht Meister werden, ohne die Lehrzeit durchgemacht zu haben. Dem Jugendlichen soll der Aufgabenbereich zugeteilt werden, nach dem er selbst verlangt; die Aufgaben, die seinen Interessen entsprechen und nicht solche, die ihmseitig — wenn auch mit väterlichem Rat — von oben bestimmt werden. Der junge Mensch soll sich schon während seiner Studienzeit mit den verschiedenen Problemen des praktischen Lebens auseinandersetzen, damit er Erfahrung sammeln kann, damit er nach Beendigung des Studiums nicht als Fremder den Problematiken aus den verschiedenen Lebensbereichen entgegensehen muß. Eine Materie kann man nur dann gut beherrschen, wenn man ihre verschiedenen Aspekte und Erscheinungsformen für lange Zeit studiert hat. Die Jugend muß heute also auch zu jenen Problemen herangezogen werden, die nach Meinung gewisser Leute nur in die Kompetenz der reifen Leute fallen. Natürlich muß man tolerant sein, man darf nicht bei jedem Nebengriff mit dem Finger auf die Jugend zeigen. Man darf sich nicht zu sehr entrichten, wenn der Ton der Jugend manchmal auch scharf ist. Der Elan, das impulsive Handeln ist doch ein typisches Kennzeichen der Jugend. Die Jugend ist der Sturmtrupp des Fortschritts, der sich den Weg freimachen und alle Hindernisse auf seinem Weg nach vorn abbauen will. Es ist besser, wenn man in der Jugendzeit manchmal daneben tritt, als später Fehler zu begehen, wenn man sie nicht mehr zugeben will. Denn aus diesen Fehlern kann man lernen und die Prüfung für ein späteres Handeln bestehen. Um aber die Interessensbereiche der Jugend erfassen zu können, muß man mit der Jugend diskutieren. Eine Diskussion zwischen der Jugend und der älteren Generation setzt aber folgende Bedingungen voraus:

Nicht alle Menschen sind zum Gespräch mit der Jugend geeignet, von seiten der älteren Generation können es nur reife, ausgeglichene Persönlichkeiten tun, die dynamisch genug sind, und ein offenes Herz haben für die etwas schnelle und temperamentvolle Jugend. Es müssen nicht unbedingt Erzieher sein. Es genügt, wenn es starke und gefestigte Persönlichkeiten sind. Sie dürfen auch keinen Nold haben auf die Jugend, weil sie selbst nicht mehr jung sind, oder weil die Jugend heute viele Vorteile genießt.

Aber auch von der jungen Generation ist nicht jeder zum Gespräch geeignet. Boshafte Revoluzzer und Maulreißer sind keine Gesprächspartner. Ungemein wichtig ist es aber, daß sich die Gesprächspartner aufeinander abstimmen können. Jedes Gespräch setzt ein Mindestmaß an Vertrauen seitens der Gesprächspartner voraus. Auf Grund der Erfahrungen aber muß man zugeben, daß es in Südtirol diesbezüglich noch arg fehlt. Als typisches Beispiel kann ich zitieren, daß trotz der aktuellen Problematik unserer Tagung sämtliche Politiker ferngeblieben sind. Das zeigt doch, daß man keinen guten Willen hat, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen. Man muß nicht unbedingt einverstanden sein, aber doch so viel demokratisches Gefühl aufbringen, den anderen wenigstens anzuhören. Man schafft keine Vertrauensbasis, wenn man nicht bereit ist, den Weg vom souveränen Monolog zu gegenseitigen und verständnisvollen Zuhören zu finden. Solange dieser Höhenunterschied zwischen unten und oben besteht, solange der Student sich auf Bettelfahrten bewegen muß, solange er demütig zum anderen aufschauen muß, wird eine Verständigung nicht möglich sein.

Worum muß sich die Südtiroler Hochschullerschaft immer wieder anklagen, daß die Gelder gekürzt werden, wenn diese und jene Richtungen zum Durchbruch kommen. Wobei man noch so tut, als ob man die Gelder aus den eigenen Säcken geben würde, so in Form von Almosen an die armen Studenten.

Hier muß etwas geändert werden! Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, daß man die Studenten unterstützt, die ja einen bedeutenden Teil der Jugend ausmachen und eine nicht zu unterschätzende Rolle in der kulturellen Entwicklung spielen. Kultur ist

nach meiner Meinung nicht etwas Statisches, sondern etwas Dynamisches; ist die dauernde kritische Auseinandersetzung mit den geistigen Problemen. Daß dann aus der gründlichen Analyse gewisser Zustände verschiedenfarbige Forderungen gezogen werden, das ist natürlich eine klare Sache.

Es geht hier also im wesentlichen um die Toleranz, die die Erkenntnis, daß die eigenen Ideen nicht immer unbedingt die richtigen sein müssen. Es geht um das Vertrauen, es geht um das Prinzip, das die Studentenschaft auch in den weiten Kreisen der Bevölkerung genießen sollte. Und dieses Vertrauen sollte sich aber

auch konkret äußern und vielleicht gerade auch auf dem sozialen Gebiet. Vielleicht müßte man sich weniger darüber beklagen, daß so und so viele Akademiker ins Ausland abwandern. Es sollte der Studentenschaft ein großes Mitspracherecht in allen Lebensbereichen gewährt werden, insbesondere aber in den kulturellen Gremien des Landes. Wir sind heute noch optimistisch, weil sich in letzter Zeit Aspekte abgezeichnet haben, die auf eine gegenseitige Zusammenarbeit, auf eine gemeinsame Vertrauensbasis hoffen lassen. Dann werden wir auch unserer Aufgabe leichter gerecht werden. Baumeister der Zukunft zu sein.

Kurzreferat von Rainer Rilling

Kapitalismus und Deutsche Universität

I. Fragestellung

Subjektives politisches Engagement bzw. subjektive politische Apathie als die hier genannten alternativen politischen Verhaltensweisen der Studenten innerhalb der Universität sind wesentlich das Resultat verschiedener Faktoren, wie etwa: Informationsmöglichkeiten, Leistungsanforderungen, Interessenlage der Studenten und ihre Möglichkeiten der Interessenkenntnis und Verwirklichung. Diese vielfältigen Faktoren sozialer, wirtschaftlicher, psychologischer und politischer Provenienz wiederum bestimmen sich u. a. aus der sozialen und ökonomischen Rolle wissenschaftlicher Arbeitskräfte, der Wissenschaft selbst unter kapitalistischen Bedingungen. Der — willkürlich eingegrenzten — Frage nach dem politischen Engagement der Studenten wäre demnach die Frage nach der gesellschaftlichen Funktion und wirtschaftlichen Verwertbarkeit der Wissenschaft bzw. der wissenschaftlich qualifizierten (oder sich qualifizierenden) Arbeitskräfte voranzustellen.

II. Allgemeine Entwicklung

In dem Maße wie die industrielle Produktionsweise wissenschaftliche Produktionsverfahren erforderlich machte und sich die Wissenschaft damit zu einem entscheidenden Produktionsfaktor entwickelte, hängt das wirtschaftliche Wachstum von den Ergebnissen des Sektors Forschung und Entwicklung und ihrer Umsetzung in den Produktionsprozeß ab. Die Universität ist somit in den Wirtschaftsprozess eingespannt und hat zwei zentrale Aufgaben zu erfüllen: sie hat Forschungsergebnisse bereitzustellen und wissenschaftlich qualifizierte Fachleute zu qualifizieren. Sie ist verantwortlich für den neben Kapital- und Arbeitskräftebestand „dritten“ Wachstumsfaktor: „Wissen“.

Anmerkung — Die zentrale Bedeutung der Universität für die kapitalistische Reproduktion der BRD ist von den staatlichen Stellen genau erkannt worden. So heißt es im „Forschungsbericht I“ der Bundesregierung (1985) etwa: „Der Förderung der wissenschaftlichen Forschung kommt eine von Jahr zu Jahr größere Bedeutung als Grundlage für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum zu“ (S. 21). „Zwischen der Wachstumsrate in der Industrie und der wissenschaftlichen Entwicklung im weitesten Sinne besteht ein sehr enger Zusammenhang [...] Vom Leistungsstand der Forschung [...] hängt heute die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft entscheidend ab“ (S. 25).

Die ungleiche Wichtigkeit des Faktors „Wissen“ für das Wirtschaftswachstum wurde am Beispiel der USA zu quantifizieren versucht: „H. Correa bestimmte für die Periode 1959–1967, daß nur 3,5 Prozent des Wachstums des US-Sozialprodukts den „klassischen“ Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zuzuschreiben seien, aber 69 Prozent von Faktoren Verbesserung des Gesundheitszustands, der Ausbildung und dem technologischen Fortschritt.“ (Einar Altvater: Ökonomie und Bildungspolitik, hrsg. von Stephan Leibfried (Hg.): Wider die Untertanenfabrik, Handbuch zur Demokratisierung der Universität, Köln 1997).

III. „Wissen“ und Privatwirtschaft

Das Produkt „Wissen“ (in Form von Forschungsergebnissen) ist im Produktionsprozeß beliebig oft anwendbar, ohne sich zu verbrauchen. Es kann daher nicht durch einzelne zur ausschließlichen Nutzung angeeignet werden. Insofern ist es keine Ware, die einen Preis haben und privatwirtschaftlichen Profit abwerfen kann. Das zu seiner Produktion eingesetzte Kapital wird nur dann profitabel verwertet, wenn das Produkt „Wissen“ monopolisiert wird (a). Investitionen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich bergen außerdem insbesondere in der Anfangsphase hohe Risiken und sind außerdem nur auf sehr lange Sicht hin gewinnbringend (Austil-

dung von Arbeitskräften!) (b). Bildungsinvestitionen werden daher von der Privatwirtschaft nicht im erforderlichen Umfang durchgeführt. Der Staat muß auf diesem Sektor tätig werden (c).

Anmerkung — (a) 70–90% aller bundesdeutschen Patente sind Sperrpatente. Da mit Wissen, das zum Nutzen der Gesamtheit vorverleitet werden könnte, zum Zweck der Gewinnmaximierung einiger privater Industriekonzerne monopolisiert. (b) Insbesondere die Verteilung der Maßnahmen zur Wissenschaftsförderung zwischen Staat und Wirtschaft der BRD zeigt, daß der Staat der Privatwirtschaft die risikoreiche Anfangsphase wissenschaftlicher Forschung abnimmt — die Ergebnisse aber in der Verfügungsgewalt privater Konzerne verbleiben: „Industrieforschung und Entwicklung kann man als den Ausgabenposten ansehen, der für den Unternehmer mit dem weitaus größten Risiko verbunden ist. Hoher Kostenaufwand, Langfristigkeit der Investitionen und Ungewißheit künftiger Verwertbarkeit zwingen zur Risikoverteilung oder Risikokostlastung (Gemeinschaftsforschung, Möblichkeiten steuerlicher Abschreibungen, Einrichtungen wissenschaftlich-technischer Dokumentation, Übernahme der kostenintensiven Anfangsphase bei neuen Techniken oder in der Großforschung durch den Staat usw.)“ („Forschungsbericht I“ der Bundesregierung S. 25). (c) Hierbei hat sich eine grobe Arbeitsteilung — wie (b) angedeutet — zwischen Staat und Wirtschaft eingependelt, die vor allem auch in Fragen der Wissenschaftspolitik die westdeutsche Privatwirtschaft wie nie zuvor in der deutschen Geschichte den Staat okkupiert hat: Im „Forschungsbericht I“ ist über diese Arbeitsteilung in kurz- und langfristig (oder unmittelbar und mittelbar) gewinnbringende Sektoren vermerkt: „Während die wissenschaftliche Forschung im engeren Sinne (Forschung an den Hochschulen und Max-Planck-Instituten), sowie die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses überwiegend vom Staat finanziert werden, nimmt sich die Wirtschaft stärker der marktorientierten Forschung und der darauf beruhenden technischen Entwicklung an.“ (S. 144).

IV. Qualifikation der Arbeitskraft

Für die Anwendung der in Produktionstechniken umgesetzten Forschungs- und Entwicklungsergebnisse bedarf es der entsprechenden Ausbildung der Arbeitskräfte. Hält die Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft nicht Schritt mit Forschung und Entwicklung, erweisen sich die Investitionen für Forschung und Entwicklung als Fehlinvestitionen, da ihrer Ergebnisse mangelqualifizierten Arbeitskräften nicht in die Produktion umgesetzt werden können. Das Ausbildungssystem bestimmt daher auf lang Sicht die Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft und damit die Realisierbarkeit von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in der Produktion.

V. Arbeit als Verstümmelung

Der qualitative Wandel der Arbeit stellt jedoch neue Anforderungen an die menschliche Qualifikationsstruktur. Einerseits ist heute nicht mehr unmittelbar anwendbares Wissen im Rahmen eines abgrenzbaren Berufes erforderlich, sondern die Fähigkeit, die Kenntnisse selbstständig weiterzuentwickeln, damit ein ganzer Tätigkeits- und Wissensbereich in seiner Verschränkung mit anderen Gebieten begrifflich und praktisch beherrscht werden kann. Andererseits jedoch muß unter kapitalistischen Bedingungen gleichzeitig mit der Entfaltung menschlicher Fähigkeiten die Indifferenz gegenüber den Produktionsganzen bewahrt werden, es muß verhindert werden, daß die Entfaltung der Fähigkeiten eine zunehmende Autonomie der Individuen mit sich bringt und dazu führt, die gegenwärtige Arbeitsteilung und Verteilung der Macht in Frage zu stellen.

Anmerkung — „Aus Furcht davor, Menschen auszubilden, die auf Grund ihrer Fähigkeiten eine disziplinierte Unterordnung unter die auszuführenden Aufgaben ablehnen könnten, will man sie von Anfang an verstümmeln: man wünscht sie kompetent, aber borniert; aktiv, aber fälschlich intelligent; für alles, was ihre eng funktionale betrifft, aber taub für alles andere. Kurz, man wünscht sie sich als Spezialisten, d.h. unfähig ihre Kenntnisse in der allgemeinen Bewegung der Wissenschaft, ihre beschränkte Tätigkeit im Gesamtprozeß der gesellschaftlichen Produktion zu integrieren.“ (S. 144).

die „Unternehmenfabrik“, Köln 1967, S. 48). Ebenso stellt Altvater fest: „Die Erweiterung des individuellen Selbstständigkeitsbereiches und die Möglichkeit gesamtgesellschaftlicher Kooperation der Produzenten tendieren dazu, die herrschaftsautoritären Herrschaftsformprinzipien des Kapitals zu überwinden.“ (LAI Ökonomie und Bildungspolitik, Loccums S. 55).

VI. Entwicklung in der BRD

Gegen Ende der Wiederaufbauperiode zeichnet sich in der BRD ein relativer technologischer Rückstand der westdeutschen Wirtschaft und damit verbunden eine Bedrohung der westdeutschen Außenhandelsposition ab. Die Wachstumskrise, die im wesentlichen auf die Begrenztheit der Qualifikationsstruktur zurückgeht, spiegelt u.a. die Versäumnisse der Ausbildungsplanung während der Rekonstruktionsperiode. Neben dem Nachholbedarf und der relativ leichten Kapitalbeschaffung (Abschreibungsvereinfachungen, Marshall-Plan-Hilfe) ist das rasche wirtschaftliche Wachstum in der BRD nach 1945 der gleichmäßigen Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte zuzuschreiben, die eine fast unbegrenzte Austauschbarkeit der Arbeitskräfte ermöglichte. Durch die Zuwanderung großer Bevölkerungsteile aus der DDR ergab sich zudem ein Arbeitskräfteüberschuß, der die niedrigen Lohnkosten und damit eine der Voraussetzungen des wirtschaftlichen Wachstums ermöglichte. Somit bestand bis in die sechziger Jahre hinein keine unmittelbare Veranlassung, sich um eine langfristige Planung des Ausbildungswesens zu bemühen. Mit der Vollbeschäftigung war die Profitstrategie der niedrigen Lohnkosten durch das Schwinden der dazu notwendigen Arbeitslosenarmee hinfällig geworden. Das Wachstumstempo, das in erster Linie auf die Ausdehnung des Arbeitskräftevolumens beruhend, war bei erreichter Vollbeschäftigung nicht aufrecht zu erhalten.

VII. Widerspruch

Um den technologischen Rückstand und die kapitalistische Reproduktion zu garantieren, mußte demnach die Produktivität der Arbeitskräfte durch Weiterentwicklung der Qualifikationsstruktur erhöht werden. Ein langfristiges Projekt aber wie eine gründliche Reform des Ausbildungswesens kann nur in dem Maße betrieben werden, wie es die Konjunktur erlaubt. Die Wachstumskrise in der BRD verringerte den staatlichen Finanzierungsspielraum und damit die Möglichkeit, wachstumsnotwendige Investitionen zu finanzieren. Die daraus resultierende „Hochschulreform“, der sich die Studenten in der BRD gegenüber sehen, deutet auf den grundlegenden Widerspruch, der als direkter Ausfluß spätkapitalistischer Grundverhältnisse zu begriffen ist: der gesellschaftliche Reichtum der Rekonstruktionsperiode kam nicht dem gesellschaftlichen Interesse nach langfristiger Planung des Reichtums durch weitere Qualifikation der Arbeitskräfte, sondern dem Partialinteresse privater Kapitaleigner zugute.

VIII. Situation der Universität

Entsprechend a) der Notwendigkeit, über den Staat als dem Garanten der langfristigen Interessen des westdeutschen privaten Kapitals in möglichst kurzer Frist eine möglichst große Anzahl qualifizierter, leistungsstarker Arbeitskräfte zu „produzieren“ und b) den spezifischen Anforderungen, die unter kapitalistischen Bedingungen an die Ausbildung gestellt werden (These V), verstärkte sich der Druck auf Studenten der BRD-Hochschulen seit Beginn der sechziger Jahre. Das Ergebnis einer von der westdeutschen Wirtschaft und dem Staat betriebenen und bisher dank des Widerstandes der Studenten kaum realisierten „Hochschulreform“ kann kurz zusammengefaßt werden: am Ende soll schlicht ein maximaler Ausstoß funktionierender Spezialisten stehen. Die Leistung der Universität soll erhöht werden durch Abbau der langen Studienzeiten, berufsgerechte Ausbildung und Erzielung eines früheren Eintritts der Studenten in das Berufsleben.

IX. Transmissionsriemen

Betrachtet man die Gremien und Planungsinstanzen der westdeutschen Wissenschafts- und Hochschulpolitik, so findet man eine frappante Kooperation von Vertretern der Wirtschaft und des Staates unter Ausschluß Mißachtung der Interessen des größten — lohnabhängigen — Teils der Bevölkerung. In diesen Gremien (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Gesprächskreis Wirtschaft und Wissenschaft, Wissenschaftsrat) sind fast ausschließlich Vertreter des Kapitals zugegen. In den Empfehlungen des „Wissenschaftsrates“

(a) spiegeln sich die in These VII aufgeführten Anforderungen an die Universität am deutlichsten wieder. Durch „straffere Ordnung“, „wirksame Führung“, durch Disziplinierungsmaßnahmen wie Zwischenprüfungen und Zwangsexmatrikulation sollen die Studenten zu maximaler Lernfähigkeit in den Grenzen der gewählten Fächer konditioniert werden. Wie in der innerbetrieblichen Praxis der Industrie wird die Gesamtleistung der Institution auf Kosten der unterprivilegierten Gruppen und unter Beibehaltung des antiquierten organisatorischen Rahmens (autoritäre Institutsverfassungen) gesteigert. Parallel zur Leistungsintensivierung läuft die Aufteilung des Studiums in eine berufliche und eine wissenschaftliche Ausbildung. Das „Normalstudium“ soll dem Studenten das unmittelbar anwendbare Wissen einer Disziplin vermitteln, es zwingt angesichts des Zeitdrucks zur Spezialisierung auf die Borniertheit eines speziellen Berufs. Das einer Elite vorbehaltene Aufbaustudium soll „besonders ausgewiesene Bewerber“ hervorbringen. Ergebnis des so reduzierten Studiums ist die Auflösung des durch die Beschäftigung potentiell kritischen Menschen in den politisch indifferenten, ohnmächtigen Spezialisten.

Anmerkung: — (a) In der wichtigsten wissenschaftspolitischen Institution, dem Wissenschaftsrat, sind vertreten: Neben den Vertretern von Bund, Ländern und „Wissenschaft“ etwa im Dezember 1966 die Herren Viktor Achter, Geschäftsführer der Gesellschaft der Viktor Achter GmbH & Co., Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Mönchengladbach; Otto A. Friedrich, Vorstandsvorsitzender der Phoenix Gummiwerke AG (Flick-Konzern); Heinz Gossel, Vorstandsmitglied der Siemens-Schuckertwerke AG; Carl Wurster, Vorstandsvorsitzender der BASF AG; Moritz Genswald, Direktor der Braunkohlwerke; Heinz Treger, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank. Unter den sechs „anerkannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“, die in den WR zu berufen sind, sind ausschließlich Interessenvertreter westdeutscher Großkonzerne und -banken.

X. Alternative

Die starke Erhöhung des Leistungsdrucks, die reale Verschlechterung seiner Arbeitssituation und die Berufswartung eines kantenrein funktionierenden Fachidioten geben dem Studenten zwei Möglichkeiten:

Anpassung. Die verstärkte Druck- und Konkurrenzsituation erzeugt beim Studenten Angst vor der Enttäuschung, die angestrebte soziale Position nicht zu erreichen. Diese Art der Angst bewirkt Anpassung. Wird sie im Ausbildungsprozeß als Druck wirksam (Klausuren, Zwischen- und Leistungsprüfungen, Tostate, Staatsexamen), so hält sie die Lernenden auf die Stufe unreflektierter Rezeptivität. Diese Anpassung an die leistungsnormierte Rolle wird durch systemkonformes Training (Hochschulpsychiatrie, Wohnheimzucht) gefördert.

Autonomie. Ausbruch aus der erwarteten Rolle. Mit der Gefährdung der Aufstiegschance in die privilegierte Schicht ist auch die abstrakte Fachidioten-Funktionalität der eigenen Tätigkeit und damit die Sicherung gegen die inhaltliche Beschäftigung mit dieser Tätigkeit gefährdet. Die untragbare Arbeitssituation kann erkannt werden und Widerspruch gegen autoritären Lehrformen und Lehrinhalte freizusetzen.

Die Perspektiven eines solchen — politisierten — Widerspruchs sind die Reflektion des gesellschaftlichen Interesses und Funktionszusammenhangs der eigenen Arbeit. Damit fällt heute zusammen, der Versuch, das Bild einer konkreten Utopie in die Universität und die eigene wissenschaftliche Arbeit wieder hineinzuholen. Einer konkreten Utopie, die beinhalten könnte Elemente wie:

- völlige Unabhängigkeit der Universität in ihrer materiellen Basis und ihrer ideellen Produktion vom Staat,
- Aufhebung jeglicher Leistungskontrollen als Ausfluß auch funktional kaum begründbarer, machgebundener Abhängigkeitsverhältnisse,
- gleichberechtigte Teilnahme aller von Entscheidungen Betroffenen an den Prozessen der Entscheidungsvorbereitung, -findung und -fassung,
- Aufhebung jeglicher materieller und ideologischer universitärer Schranken gegenüber jenen, denen man in dieser Gesellschaft das Bedürfnis zu lernen und zu wissen noch nicht ausgeht (Studienhonorar, Studienzeitebegrenzung),
- permanente Umsetzung theoretisch erarbeiteten Wissens in emanzipative, politisch-gesellschaftliche Praxis als Teil des Auftrags der Universität im Dienst der Erweiterung der Freiheit und Selbstbestimmung in allen Bereichen der Gesellschaft.

Kurzreferat von Dr. Otto Saurer

Man hat mich gebeten, den verbliebenen Kollegen Eliafer zu ersetzen, mit dem ich in der Beurteilung nicht weniger Aspekte der zu behandelnden Fragen übereinstimme wie sich in zwei Jahren enger Zusammenarbeit innerhalb der Hochschülerschaft oftmals gezeigt hat.

Großen wir zu Beginn einige Beispiele einer gelötigen und gesellschaftlichen Bestandsaufnahme heraus.

1. Alfred Schmeidler fragt in einer der letzten Nummern von Christ und Welt, wor denn dieser Mensch von 1968 sei. „Die Kunst, die blinde Steilen in uns behand macht, definiert ihn als besessen auf Status-Symbole, in arbeitender Stellung vor Konsum-Gelassenheit, verkörpert in Antinomien, dem Klischee verfallen, sex und crime liebend. Die Lustseite verbrüht Drogen und Fernsehen, auf der Schmerzseite rangieren Autounfall, und gewisse Formen des Totenkultes. Heraus steigt der verchromte, kunststoffverpackte Mensch der Konsumgesellschaft.“

2. Der französische Staatsrechtler und Publizist Maurice Duverger klagt über den parlamentarischen Sumpf, jener stets kompromißbereiten, weil zu eigenen ausgeprägten Auffassungen unfähigen Mittelgruppe. Vielleicht könnte man in Weiterführung des Gedankens von geistiger Konzeptlosigkeit, vom Fehlen schöpferischer Phantasie in der Politik und sozialen Menschenführung sprechen.

3. Der Hamburger Marxforscher Professor Manfred Lohr schreibt: „Die anonyme Struktur der dezentralisierten Welt, dieses eilige System von Betrieben, Verwaltungen, Organisationen, dieses unüberschaubare Netz abstrakter Gesetze und Verordnungen mit automatisch sich auslösenden Prozessen und Prozeduren reizt die Jugend in ihrer Ahnungslosigkeit zur Rebellion auf.“

4. Peter Coulmas stellt in der Zeitschrift „Der Monat“ fest: „Die Transmissionskanäle der demokratischen Willensbildung sind im wesentlichen verstopft; heterogene, nichtkonformistische Strömungen wurden zwar nicht ausdrücklich und gewaltsam unterdrückt, doch wurde ihnen die Chancen politisch relevanter Artikulation genommen.“

Dies zur Dokumentation einer Diagnose der geistigen und gesellschaftlichen Verfassung unserer Industriegesellschaft. (Ich sehe hier bewußt von den Situationen in den totalitären Systemen und von der in den Entwicklungsändern ab bei denen das Ringen um die Freiheit, bzw. die Erreichung einer materiellen Lebensbasis primär sind.

Hier nun ist es unsere Aufgabe anzusetzen. Keine Macht der Welt kann uns davon dispensieren, uns Gewißheit zu verschaffen über uns selbst und über unsere Zukunft, durch Reflexion, aber auch durch experimentelle Aktion. Denn Orientierung ist das Beginn aller Jugend.

Schon rein biologisch lebt der Mensch nur nach vorne; wir sind also in einem dauernden Prozeß der „Komplexifikation“ tätig.

Mit Karl Popper könnte man sagen, daß der Mensch die Welt als ein aufsteigendes Verhängnis der Schöpfung Gottes in einer geschichtlichen Werden erschafft, wobei aber der einzelne nicht als „Anteil“ einer künftigen Geschichte und Geschichte vernachlässigt wird, weil in die Geschichte selbst in die Endgültigkeit Gottes eingeleitet.

Kontrolle und in der Jahr 1970 protestiert, heißt das Entwicklungs-hilfe, Abrüstung, Unabhängigkeit, Schaffung einer Weltautorität, Demokratisierung aller Lebensbereiche, Chancengleichheit für alle usw. Dies ist aber nur möglich, wenn alle an einem und demselben „Handlungszusammenhang“ arbeiten, der auf die dauernde Verwirklichung dieser für alle gemeinsamen „objektiven“ Kulturwerte abzielt.

Der Beitrag der Jugend ist in diesem Zusammenhang indiskutabel. Wenn Duane McInveigh, als er einleitet in der ersten Arena von Palo Alto einen Film „Anarchie“ vorstellte, sagte, daß seine Filme die Funktion hätten, die Probleme nicht zu lösen, sondern wie ein Katalysator Probleme sichtbar zu machen, so gilt dies vorerst einmal auch von den Jugendbewegungen, auch wenn in einem zweiten Moment dann Elemente einer Lösung sichtbar werden sollten. Gerechtigt werden von daher auch die Provokationen, die viel öfter gesellschaftliche Frustrationen verdecken, als Revolutionen auslösen können.

Konflikte sind in der Lebensrealität jeder Gesellschaft, die sie offenhalten für Wandlungen und jede Dogmatisierung des Irrtums verhindern. Gerade das „Geld-Mittel-Zwischenfall“ wird häufig zu einer Fassade, hinter der sich die Egoismen gewisser Monopole verborgen.

Darum scheint mir die Überschneidung wohl zu den positiven Eigenschaften der heutigen Jugend zu gehören. Ich glaube, daß das moralische Verantwortungsbeußsein und das entschiedene Zurückweisen jeder Opportunitätsverwägung Garantien genug sind für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges.

Auch in Südtirol ist eine Generation im Kommen, die Heilige Köche schlechter. Entscheidende Impulse sind gerade von der Südtiroler Hochschülerschaft ausgegangen. Ich bin aber überzeugt, daß der Studentenschaft keine politische Sonderrolle zukommt, weil die Wissenschaft die Politik nicht a priori determiniert.

Deshalb wäre zu erwarten, daß auch hier bei uns die ganze Gesellschaft in Bewegung kommt, die Parteien, die Kirche, die Wirtschafts- und Sozialverbände, gedrängt von den nachkommenden jungen Kräften.

Zu hoffen bleibt nun, daß dieser Prozeß nicht durch eine Revolution in Gang kommt, die bei der jetzigen Haltung politischer und kulturpolitischer Parteien riskant von der Hand zu weisen wäre, denn daß es gelte, einen von der Erneuerung zu finden, der „Mitgefühl in der Mitte“ statt zwischen radikaler Bewegung und konservativer Abschreckung.

Zusammenfassung der Diskussion

Diskussionsleitung: Kurt Kadewy

Sprecher: Marco Dogo, Dr. Alexander Langer,

Siegfried Mayr, Rainer Rilling, Dr. Otto Saurer.

Die Diskussion am Vormittag sei durch zwei Erkenntnisse gekennzeichnet, sagte der Diskussionsleiter zu Beginn der Diskussion am Nachmittag. Es ging um die Frage, ob es sinnvoll sei, innerhalb der Institutionen (Dr. Saurer) zu handeln oder außerhalb der Institutionen (Dr. Langer).

(Beide Gesichtspunkte sind bereits in den einleitenden Referaten herausgearbeitet worden, so daß sich diese Zusammenfassung auf die wesentlichen Punkte beschränken kann.)

Dr. Langer geht von den Begriffen der Kritik und der Alternative aus. Für ihn beinhaltet die Kritik an sich bereits ein Engagement, denn zu etwas Stellung nehmen heiße auch etwas tun.

Die Kritik verlangt aber die Herausarbeitung von konkreten Alternativen. Dies berge eine große Gefahr in sich, denn diese Alternativen, z. B. Neugründung einer Partei für die Regionalratswahlen im Herbst, könnten wiederum zu einem Alibi des Systems werden.

Deshalb müsse ein kritisches Engagement solange andauern und solange durchgehalten werden, bis wirklich das Vorfeld so bearbeitet ist, daß nicht nur einige wenige Avantgardisten, sondern eine breite Masse daran teilhaben werde. Denn im Grunde geht es darum, die Verhältnisse zu revolutionieren, damit eine neue Gesellschaft aufgebaut werden könne, in der „das Maß an Freiheit wirklich heraufgesetzt wird“.

Voraussetzung dafür bilde die Information, da eine verantwortungsvolle Beteiligung in einem Zustand der kulturellen Unmündigkeit unmöglich sei. Hier räumt Dr. Langer den spontanen Gruppenbildungen ihren Platz ein. Man müsse die Masse, die Studenten aktivieren, denn eine Evolution kommt von unten, sie wird von vielen mitgetragen.

Im Rahmen der heutigen Gesellschaftsform nehmen die Institutionen einen Lehrsprechenden Platz ein. Diese entwickeln nun aus ih-

rem Inneren heraus eine Logik, die kein Experimentieren zulässt. Deswegen könnte man nur außerhalb – daneben oder dagegen, das wird nur eine taktische Frage sein – selbständig operieren. Gerade durch dieses Vorgehen könnte den Trägern der Institutionen die Brüchigkeit des Apparates bewußt werden; sie würden in eine Krise stürzen. Versucht man aber innerhalb der Institutionen die eigenen Ideen zu verwirklichen, so würde man entdecken, daß letztlich der Apparat doch mächtiger ist. Das Opfer ist dann der Einzelne und nicht der Apparat.

Dr. Saurer geht von dem Grundsatz aus, daß in der derzeitigen Entwicklung der Gesellschaft die Institutionen notwendig seien. Man könnte nun versuchen, anstelle der bestehenden Institutionen neue aufzubauen. Dies würde aber die Möglichkeiten der Jugend übersteigen. Bleiben nun jene Kräfte, die die Verwirklichung eines humanen Lebens gewährleisten sollten, außerhalb dieser Institutionen, so wird diese Gesellschaft in nächster Zukunft in eine große Krise stürzen. Gerade die Vorgänge in der CSSR haben gezeigt, daß die Möglichkeit, innerhalb der bestehenden Institutionen einen neuen Kurs zu prägen, gegeben ist.

Deshalb besteht die Aufgabe der Jugend darin, sich auf die Tätigkeit innerhalb jener Institutionen vorzubereiten, die „richtig“ sind. Sie soll jedoch zuerst im Vorfeld arbeiten, sich vorerst das geistige Rüstzeug holen, bevor sie sich in die Institutionen integriert.

Am Nachmittag wurden vor allem zwei Probleme erörtert: die Frage einer Universität in Südtirol und der Begriff „Revolution“. Dogo bezeichnet das Fehlen einer Landesuniversität als Hindernis

auf dem Wege zur Demokratisierung der Gesellschaft, denn dieses Fehlen könne eine beachtliche Lehre (vuoto notavole) zwischen Studenten und Bevölkerung als Folge haben. Gemeinsam mit Dr. Martinor vertritt er die Ansicht, daß diese Universität dem Gedankengut europäischer Kultur geöffnet sein müsse.

Rilling glaubt allerdings, daß das Hereintragen der studentischen Revolte in Südtirol durch eine Europauniversität das „Pferd beim Schwanz aufzäumen würde.“ Mit einer Universität will man, so scheint es ihm, etwas künstlich aufpfropfen. Denn es habe nicht viel Sinn eine Universität irgendwohin zu tragen, ohne daß die Leute da sind, die daraus etwas machen.

Im zweiten Teil der Diskussion beschäftigte man sich mit dem Begriff „Revolution“. Rilling weist darauf hin, daß man vorerst zwischen einer Mehrheitsrevolution und einer Minderheitsrevolution unterscheiden müsse. In der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sei eine Mehrheitsrevolution nicht mehr möglich.

Deshalb müsse die studentische Bewegung in ihrer Strategie daraufhin arbeiten, daß diese studentische Minderheit in einen Prozeß der Revolutionierung die Mehrheit der Bevölkerung für sich gewinne. Ziel der Revolution sei die Änderung, nicht die Zerstörung der bestehenden Gesellschaftsform. Man müsse die spezifische Form der Kapitalverwertung ändern, d. h. die Form der Verteilung und Verfügung von gesellschaftlichem Reichtum, der von wenigen angeeignet wird, die dann darüber unkontrolliert verfügen. Es geht nicht darum, Fabriken zu zerschlagen, sondern im Gegenteil, man müsse sie im Interesse der Gesellschaft und nicht im Interesse des einzelnen, des Privaten verwenden.

Selbstaufgabe oder Fortbestand der ladinischen Volksgruppe

Dr. Pepi Martinor

Da ich erst vor einigen Tagen gebeten wurde, an Stelle des Freundes Dr. Toni Sottriffer über das vorliegende Thema zu sprechen, werde ich mich darauf beschränken, einige Punkte dieses Problems kurz zu skizzieren.

Wenn wir auf die Geschichte der Alpenländer zurückblicken und nach dem Ursprung unserer Volksgruppe forschen, können wir mit ziemlicher Sicherheit feststellen, daß die Ladin oder Rätoromanen Überbleibsel der keltischen, rätischen und illyrischen Urbevölkerung des Alpengebietes darstellen, die nach Eroberung des Gebietes von Seiten der Römer romanisiert wurde.

Von dieser romanisierten Urbevölkerung des Alpengebietes haben drei ladinische Gruppen ihre Sprache und ihre Eigenheiten erhalten:

- die Dolomitenladiner, die ungefähr 25 000 Menschen umfassen, aufgeteilt in den Tälern Gröden, Gadertal, Buchenstein und Fassa;
- die etwa 48 000 Rätoromanen in Graubünden;

- schließlich die Friauliner, etwa 450 000 Bewohner der Provinz Udine, die noch die ladinische Muttersprache benutzen.

Mit Beginn des 7. Jahrhunderts wurde die rätoromanische Bevölkerung des Alpengebietes durch die Einwanderung der Bajuwaren in die Seitentäler verdrängt; es begann ein Prozeß der Germanisierung unseres Gebietes von Seiten dieses Volkestammes, der vor allem die großen Verbindungstäler zwischen Nord und Süd erfaßte. Man kann wohl mit ziemlicher Sicherheit feststellen, daß etwa um das Jahr 1000 das Etschtal bis Meran, das Passeiertal, das Samtal, das obere Eisacktal ab Brixen und das Fustertal zum Großteil germanisiert waren, während die übrigen Gebiete noch vorwiegend von der ladinischen Urbevölkerung besiedelt wurden.

Im Mittelalter ergaben sich auch – darauf möchte ich besonders hinweisen – rego politische Verbindungen zwischen den drei ladinischen Volksgruppen. Da die Grafen von Tirol gleichzeitig auch Grafen von Görz waren, war eine gewisse Einheit zwischen den Dolomitenladinern und den Friaulern gegeben. Das Haus Habsburg, das ab Mitte des 14. Jahrhunderts auch über Tirol herrschte, besaß

bis zum Beginn der Reformation ausgedehnte Gebiete in der Schweiz, darunter auch Graubünden. Diese geschichtliche Einheit darf nicht vergessen werden.

In der Geschichte der Ladinier nimmt die Reformation eine besondere Schlüsselstellung ein. Die Rätoromanen des Engadin traten nämlich bereits um 1520 zum protestantischen Glauben über und übersetzten die Bibel in ihre Muttersprache, die dadurch Schriftsprache wurde. Um der Reformation entgegenzutreten, übersetzten schließlich auch die Katholiken aus dem übrigen Graubünden, mit Erlaubnis des Bischofs von Chur, die Bibel in die rätoromanische Sprache. Dadurch hat sich die ladinische Sprache Graubündens am besten erhalten.

Um den Übergang des oberen Vintschgau zum protestantischen Glauben zu verhindern, setzte in diesem Gebiet eine gewaltige Germanisierung der Bevölkerung ein, die natürlich nicht von nationalistischen Absichten ausging, sondern vor allem der Erhaltung des katholischen Glaubens dienen sollte. In dieser Hinsicht war die Tätigkeit des Klosters Marienberg von besonderer Bedeutung.

Es gab in diesem Zeitraum auch mehrere Schlachten zwischen den Anhängern beider Konfessionen, besonders im oberen Vintschgau, im Grenzgebiet mit dem Engadin. Zum Abschluß dieser Vorgänge schloß sich die Bevölkerung Graubündens in die Union Ligiä grischia zusammen, trennte sich vom Hause Habsburg los und bildete zusammen mit dem Veltlin ein autonomes politisches Gebiet, das sich bis zur französischen Revolution als selbständige Einheit erhielt. Schließlich trat Graubünden der helvetischen Föderation bei.

Die Entwicklung im Vintschgau stellt im allgemeinen eine überaus interessante Richtlinie für den Übergang der Bevölkerung Südtirols von der ladinischen zur deutschen Muttersprache dar. Eine rätoromanische Inschrift auf der Kuppel der Pfarrkirche von Schlans, die vor etwa 15 Jahren durch eine bedauerliche Entscheidung leider entfernt wurde, lieferte einen deutlichen Beweis des ladinischen Ursprungs und Charakters des Vinschgaus: der Hauptort des Tales hieß demnach Solanères, das heißt Hügel, Abhang an der Sonne.

Wie im mittleren und oberen Vintschgau, so wurde auch in anderen Teilen Südtirols bis ins 17. Jahrhundert die ladinische Muttersprache benutzt, so im Ufzen- und Martelltal, in den Gegend von Lana bis zum Gampenpass, im Eggental mit Weischhofen, im unteren Eisacktal mit Lúzen, Villbóß und Kastelruth sowie in einigen Teilen des Pustertales.

Ich möchte hier nicht unerwähnt lassen, daß der Übergang von der ladinischen zur deutschen Sprache einen vollkommen, totalen und direkten Wechsel darstellt, da die ladinische Sprache einerseits und die deutsche andererseits zwei grundverschiedenen Sprachfamilien angehören. Dennoch hat die deutsche Sprache auf die ladinische einen Einfluß ausgeübt: etwa 20 % des ladinischen Wortschatzes ist nämlich deutschen Ursprungs.

In den ladinischen Tälern, die gegen Süden bzw. Südosten gerichtet sind, hat hingegen allmählich ein Italienisierungsprozeß eingesetzt, der jedoch nicht durch einen schroffen Übergang gekennzeichnet ist wie beim Wechsel zur deutschen Sprache, sondern durch eine stufenweise und allmähliche Verwässerung der ladinischen Sprache durch norditalienische Dialekte. Der Grund dafür liegt darin, daß sowohl die ladinische Sprache wie die norditalienischen Dialekte zum Teil in der romanisierten Sprache der Kelten ihren Ursprung haben, die zur Zeit der Römer die Gallia cisalpina bewohnten. Daraus ergeben sich einige sprachliche Analogien, die dazu geführt haben, daß sowohl die ladinische Sprache wie die norditalienischen Dialekte in ihrer Ureinheit zur Sprachfamilie der Westromania (Keltoromania) gezählt werden, während die eigentliche italienische Sprache zu den ostromanischen Sprachen gerechnet wird. Daraus ergibt sich, daß die Grenze zwischen dem ladinischen und dem deutschen Sprachraum sehr leicht festzusetzen ist, während die Begrenzung der ladinischen Sprache gegen Süden nur mit großen Schwierigkeiten nachgewiesen werden kann, da es Übergangsgebiete gibt, in denen eben eine stufenweise Verwässerung stattgefunden hat.

Im Tiroler Freiheitskampf haben die Ladinier bei der Verteidigung unserer Heimat mitgewirkt und sich auch ausgezeichnet. Unser Andreas Hofer stellte Tirol noch eine übernationale Einheit dar: die Landesregierung gebot über die gesamte Bevölkerung, ohne daß die Frage der Sprachzugehörigkeit aufgeworfen worden wäre.

Erst in der Folge rückte das Problem der nationalen Zugehörigkeit Tirols in den Vordergrund: die Zugehörigkeit zum deutschen Kulturraum trat immer mehr ins Bewußtsein der Bevölkerung.

Gleichzeitig begann auch bei den italienisch-sprechenden Tirolern des Trentino dasselbe nationale Bewußtsein wach zu werden.

Wor darunter am meisten gelitten hat, waren die Ladinier. Die Italiener begannen mit der Untersuchung, wie weit ihr Sprach- und Kulturraum gegen Norden reichte. Um diese Grenze möglichst weit ausdehnen zu können, wurde von einigen nationalistisch beeinflussten Gelehrten die Theorie ausgearbeitet, wonach die Ladinier eine italienische Dialektgruppe darstellten. Diese These wurde von der Tatsache erleichtert, daß die Ladinier etwa bis zum Jahre 1830 vom österreichischen Staat als Trentiner angesehen wurden. Der Grund dafür lag darin, daß die italienische Sprache als Unterrichtssprache und beim Religionsunterricht vorwiegend verwendet wurde, weil sie für die Bevölkerung leichter verständlich war.

Auf der anderen Seite standen die Bemühungen der Deutschtiroler, die Ladinier für das Tirolertum zu erhalten und zu bewahren. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich aber der Begriff des „Tirolers“ verändert: es war nicht mehr der Bewohner Tirols im ursprünglichen übernationalen Sinne gemeint, sondern ein Angehöriger des deutschen Kultur- und Sprachenraumes. Nach dieser neuen Auffassung konnte der Ladinier sich als Tiroler erhalten, nur wenn er zum deutschen Kulturraum überzutreten gewillt war. Vielleicht lag darin nicht so sehr die Absicht, die Ladinier zu verdeutschen, sondern vielmehr jene, die gegen den italienischen Nationalismus zu verteidigen.

Es wurde also gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Deutsche Bund gegründet, der unter anderem sich am Versuch beteiligt hat, die Ladinier allmählich zu germanisieren. Diese Aktion, die bis zum ersten Weltkrieg andauerte, war nicht sehr begrüßenswert, auch wenn sie geschichtlich zu verstehen ist.

Ich muß hier eigens feststellen, daß sich die Ladinier stets als Tiroler gefühlt haben, und sie haben diese Einigkeit auch im ersten Weltkrieg bewiesen, wo sie unsere Heimat zusammen mit den Tiroler Truppen verteidigt haben. Auch als unser Land in den italieni-

schen Staat einverleibt wurde, haben unsere Volksvertreter feierlich bestätigt: Tiroler sind wir und Tiroler wollen wir bleiben! Dieser Spruch wurde allerdings manchmal falsch verstanden, wobei das Tirolertum gleichzeitig als Deutschtum verstanden wurde. Ich bekräftige hingegen den ursprünglichen Sinn in der Überzeugung, daß wir Tiroler ladinischer Muttersprache sind und auch bleiben wollen.

Wie in Deutschtirol, so hat der Faschismus auch in Ladinien verheerend gewirkt. Nicht nur die deutsche Sprache wurde untersagt, sondern es wurde auch unsere ladinische Muttersprache unterdrückt. Im übrigen deckt sich in diesem Zeitraum unsere Geschichte mit der Südtirols.

Tiefe Wunden hinterließen bei uns Ladinern die Optionen: sie waren für uns viel schwieriger als für die deutsche Volksgruppe. Wenn ein Bürger deutscher Muttersprache für das Reich optierte, konnte er sich wenigstens für den eigenen Kulturraum entscheiden. Auf welche Seite sollte sich aber der Ladinier stellen? Die Auseinandersetzung war sehr heftig, die Bevölkerung wurde gespalten, es wurden Wunden aufgerissen, die bis heute noch nicht geheilt sind. Ich weiß von Ladinern, die sich gegen diese unnatürliche Spaltung wehrten und deshalb auch mit physischer Gewalt gezwungen wurden, sich für Deutschland oder Italien zu entscheiden. Viele wurden der Arbeit beraubt und auch mit anderen Druckmitteln gezwungen, eine Entscheidung zu treffen. In Gröden entschied die Mehrheit für Deutschland, im Gaderetal für Italien.

Diese Auseinandersetzung hatte auch im zweiten Weltkrieg ihre Folgen. Im Jahre 1943, nach dem Einmarsch der deutschen Truppen, wurden viele Ladinier, die für Italien optiert hatten, zur Strafe in deutsche Konzentrationslager deportiert, weil sie als feindliche Elemente angesehen wurden. Als Gegenleistung wurden im Jahre 1945 einige Ladinier, die in der deutschen Wehrmacht gewirkt hatten, vom FNL ausfindig gemacht und bestraft.

Diese Eingriffe des deutschen und italienischen Nationalismus haben die ladinische Bevölkerung zwischen 1939 und 1945 tief gespalten; die ladinische Volksgruppe durfte nicht mehr als autonome Einheit fortbestehen, sie mußte sich für die eine oder andere Volksgruppe entscheiden; diese Spaltung wird trotz meines Optimismus nur mit großer Mühe überwunden werden können. Hier unterscheidet sich unsere Lage wesentlich von jener der Südtiroler deutscher Muttersprache, weshalb es mir sehr am Herzen lag, dieses unser Problem objektiv zu beleuchten.

Als Folge der Optionen und der Ereignisse während des zweiten Weltkrieges folgten die Ladinier auch zwei verschiedenen Parteien. Jene, die für Deutschland optiert hatten, folgten der SVP, während die anderen auf Seiten der DC standen, wobei die Anhänger der christlich demokratischen Partei allerdings vor allem ihr auf ethischen Voraussetzungen aufbauendes wirtschaftliches und gesellschaftliches Programm befürworteten.

Ich persönlich bin ein Befürworter einer politisch-ideologischer Auseinandersetzung, hoffe aber, daß es mit der Zeit gelingen wird, wenigstens auf kulturellem Gebiet den Spalt zwischen deutschfreundlichen und italienischfreundlichen Ladinern zu überwinden und zur kulturellen Einheit der Ladinier zurückzufinden. Die Folge der Optionen werden um so leichter überwunden werden, je mehr die Eltern damit aufhören werden, an Hand ihrer Erlebnisse die Kinder gegeneinander aufzuhetzen, und je mehr der Unterricht in der Schulen sich frei von jedem Nationalismus gestalten wird.

Es wäre wünschenswert, daß sich die positiven Kräfte der deutschen und italienischen Volksgruppe in Südtirol bemühen würden, alle Versuche zur Spaltung der Ladinier zu Fall zu bringen, und sich hingegen mit uns dafür einsetzen, unsere Schwierigkeiten zu überwinden um zur kulturellen Einheit und Zusammenarbeit der Ladinier zurückzufinden.

•

Bevor ich auf das eigentliche Programm dieses Vortrags eingehe möchte ich kurz folgende Fragen beantworten: Wer ist ein Ladinier?

Vielleicht scheint diese Frage den meisten überflüssig; wir aber die, Lage der Ladinier besser kennt, weiß nur zu gut, daß hier die Meinungen sehr verschieden sind.

Viele sehen Ladinien nur mehr als geographischen Begriff und sind der Ansicht, daß alle Bewohner unserer vier Täler Ladinier seien.

Diese Meinung scheint mir nicht annehmbar. Ich bin fest davon überzeugt, daß man nur jene als Ladinier bezeichnen darf, die die ladinische Sprache als Muttersprache benutzen, das heißt jene, die

sich im täglichen Leben zumeist vorwiegend der ladinischen Sprache bedienen.

Nach meiner Auffassung gibt es also in den ladinischen Tälern Bürger ladinischer, deutscher und italienischer Muttersprache, wobei die große Mehrheit noch die ladinische Muttersprache benützt.

Die große Gefahr besteht natürlich in der Entnationalisierung der Ladinier, da sie von den großen Kulturen bedrängt und gelockt werden, ihre Muttersprache mit einer größeren Kultursprache auszutauschen, wodurch unsere ladinische Muttersprache aussterben würde.

In dieser Richtung müssen wir leider feststellen, wie in den letzten 20 Jahren in Gröden und zum Teil auch im Gadertal ein bedauerlicher Germanisierungsprozeß eingesetzt hat: von den 30 Kindern, die den Kindergarten von St. Ulrich besuchen, bekannst sich bereits die große Mehrheit zur deutschen Muttersprache.

Ein analoger Italienisierungsprozeß hat in den letzten Jahren im Fassatal und zum Teil in Buchenstein begonnen. Der Grund, weshalb dieser Entnationalisierungsprozeß im Gadertal und in Buchenstein am wenigsten festzustellen ist, liegt darin, daß in diesen Tälern die bäuerliche Bevölkerung noch die große Mehrheit darstellt. Diese ist naturgemäß konservativer und erhält deshalb ihre Eigenart und besonders die Muttersprache mit besonderem Erfolg.

Ich möchte nun kurz einige Gründe aufzeigen, die zur Verdeutschung unserer Täler beitragen. Für die Italienisierung gelten ungefähr dieselben Gründe.

Erstens: der Einfluß der höheren sozialen Schichten.

Bereits unter der österreichischen Monarchie begannen Vertreter des hohen Bürgertums, die besonders bevorzugt und mit Ehren bedacht wurden, ihre bessere soziale Lage dadurch zu bekunden, daß sie die deutsche Sprache als Muttersprache benützten, um sich so von den niederen Schichten der bäuerlichen Bevölkerung zu unterscheiden und hervorzuheben.

Die niederen Schichten strebten aber ebenfalls nach oben: sie wollten ebenfalls bürgerliche Ehren anstreben und glaubten, durch den Wechsel der Muttersprache einen Schritt in diese Richtung getan zu haben, ein höheres soziales Niveau zu erreichen.

Zweitens: der Einfluß des Deutschen Bundes, worüber ich bereits gesprochen habe.

Drittens: die Reaktion auf den Faschismus.

Die Ladinier fühlten sich als Tiroler: es war also natürlich, daß jeder neben der ladinischen Muttersprache auch die deutsche Sprache lernen wollte. Das hatte aber der Faschismus untersagt. Als Reaktion wurde die Erlernung der deutschen Sprache besonders betont, um so auch die Ablehnung gegen jede kulturelle und sprachliche Diktatur zu bezeugen.

Viertens: die Mischehen.

Sie werden immer häufiger. Ich bin kein Gegner der Mischehen: besonders in unserem Lande wird die Freiheit zur Wahl des Ehepartners nie genügend betont. Ich stelle nur als Beobachter fest, daß die Mischehen nicht zur Erhaltung unserer Muttersprache beitragen.

Viele Eltern sind der Ansicht, den Kleinkindern die deutsche Sprache beizubringen, da sie die ladinische Sprache ja im Umgang mit den anderen Kindern lernen werden. Diese Überlegung hat nur so lange Gültigkeit, bis die Mehrheit der Kinder ladinisch spricht. Sollten aber alle Kleinkinder deutsch sprechen, von wem sollen unsere Kinder noch die ladinische Sprache lernen?

Nebenbei bemerkt, habe ich in Gröden einen interessanten Über gangsprozeß festgestellt, dessen Gründe ich noch nicht ganz verstanden habe. Während nämlich viele Ladinier zur deutschen Muttersprache übergehen, sprechen viele Kinder von Italienern, die etwa vor 20—30 Jahren eingewandert sind, vorwiegend zuhause die ladinische Muttersprache.

Fünftens: die Sprache der Kirche.

Das II. Vatikanische Konzil hat dem Klerus besonders nahegelegt, bei der Liturgie die Sprache des Volkes zu benützen. In unseren ladinischen Tälern hat dieser Beschluß des Konzils nicht sehr häufige Anwendung gefunden, vielleicht auch deshalb, weil ein Teil des Klerus der ladinischen Sprache nicht mächtig ist. Infolge ihrer Autorität trägt die Kirche durch diese ihre Haltung nicht gerade zur Erhaltung der ladinischen Muttersprache bei.

Sechstens: der Fremdenverkehr.

Es handelt sich um einen der Hauptgründe. Er setzt nämlich nicht nur eine gute Kenntnis der deutschen und italienischen Sprachen voraus, sondern auch eine gewisse Offenheit. In unseren Tälern

während der Hochsaison mehr Gäste vorhanden sind als Einwohner, werden diese natürlich gezwungen, im Umgang mit diesen die Fremdsprache häufiger zu benützen als die eigene Muttersprache. Dadurch wird die ladinische Muttersprache allmählich verwässert und schließlich muß sie der neuen Sprache immer mehr den Platz lassen.

Nachdem ich nun versucht habe die Gründe darzulegen, warum unsere ladinische Muttersprache in Gefahr geraten ist, möchte ich nun wirklich die Frage stellen: Selbstaufgabe oder Fortbestand der ladinischen Volksgruppe?

Eine Beantwortung dieser Frage würde viel Zeit in Anspruch nehmen, weshalb ich mich ganz kurz fassen werde. Weiß das Problem anlässlich der ladinischen Kulturtag bereits in mehreren Vorträgen behandelt wurde. Ich hoffe, daß die Texte dieser Vorträge möglichst bald gedruckt erscheinen mögen.

Die ladinische Volksgruppe wird am Leben bleiben, so lange sich die ladinische Muttersprache erhalten wird. Dies hängt wiederum davon ab, welchen Wert die Bevölkerung der Erhaltung und Entwicklung der ladinischen Sprache und Kultur beimißt. Wenn sie nämlich davon überzeugt bleibt, daß die ladinische Sprache weiterhin in der Lage sein wird, den Überzeugungen, dem Gefühl und Bewußtsein, sowie allen Aspekten des geistigen und materiellen Lebens in ihrer Uneigenheit Ausdruck verleihen zu können, wird sie auch weiterhin den Willen finden, diese unsere Muttersprache zu erhalten. Denn ohne den Willen des Volkes kann keine lebendige Sprache am Leben bleiben.

Ich persönlich bin und bleibe natürlich der Überzeugung, daß die ladinische Muttersprache und Kultur erhalten und weiterentwickelt werden kann und soll, denn ohne unsere Muttersprache gibt es auch keinen Fortbestand der ladinischen Volksgruppe. Das wäre ein Nonsense.

Ich will damit natürlich nicht vorschlagen, daß wir uns in ein Ghetto zurückziehen sollten, davor möchte ich warnen. Ein ladinischer Nationalismus wäre das schlimmste, was ich mir vorstellen könnte. Wir Ladinier sind nämlich ein weltoffenes Volk. Wir sind mehr denn je bemüht, uns im Kontakt mit der deutschen und italienischen Sprach- und Kulturwelt auszubilden und zu bereichern.

Es ist nicht nur eine Voraussetzung, sondern vielmehr eine Notwendigkeit für die Erhaltung der ladinischen Volksgruppe, die deutsche und italienische Sprache nicht nur zu erlernen, sondern auch möglichst gut zu beherrschen. Trotz dieser Öffnung zu den großen Kultursprachen muß jedoch die ladinische Sprache unsere Muttersprache bleiben, wollen wir uns als eigene Volksgruppe erhalten.

Welches sind nun die Mittel zur Erhaltung unserer ladinischen Muttersprache und Kultur?

Am wichtigsten scheint mir, daß sich die ladinische Sprache als tägliche Umgangssprache in der Familie erhält. Heißt sie doch Muttersprache, weil sie jene ist, welche dem Kleinkind in der Familie als erste beigebracht wird und so zum tiefsten und sinnvollsten Ausdruck des Verhältnisses der Eltern zum Kinde wird.

Nicht alle teilen diese Überzeugung, daß die ladinische Sprache unsere Muttersprache bleiben soll. Sollte die Mehrheit der Ladinier unsere Muttersprache aus dem Familienleben verdrängen, sehe ich kaum einen Ausweg zur Erhaltung der ladinischen Volksgruppe.

Auch in der Schule hat der Unterricht der ladinischen Sprache seine Bedeutung, die darin liegt, daß er als Helff diene zur besseren Erlernung der deutschen und italienischen Sprache.

Wir haben das seltene Glück, eine eigene autonome Schulordnung zu besitzen, die beinahe europäischen Charakter trägt. Die deutsche und die italienische Sprache werden nämlich in gleichem Maße und mit gleichem Erfolg unterrichtet und gelernt. In der ersten Klasse der Volksschule geht der Lehrer von der ladinischen Muttersprache aus und beginnt mit dem Unterricht der italienischen Sprache. In der zweiten Klasse wird auf derselben Weise die deutsche Sprache vorwiegend gelehrt. Von der dritten zur fünften Klasse der Volksschule werden die deutsche und die italienische Sprache in gleichem Maße unterrichtet.

In den Mittelschulen hingegen wird die Hälfte der Fächer in deutscher und die andere Hälfte in italienischer Sprache beigebracht; die ladinische Sprache wird als eigene Kultursprache zwei Stunden pro Woche gelehrt.

Diese unsere Schulordnung war gleich nach 1945 Ursache schwerer und heftiger Auseinandersetzungen: der Ausgleich zwischen den verschiedenen Auffassungen hat sich aber in den letzten 20 Jahren

bewahrt und heute ist die große Mehrheit der Bevölkerung auf unsere Schule in berechtigter Weise stolz.

Was wir im Gröden- und Gadertal besitzen, ist im Fassatal und Buchenstein leider nur ein Wunsch. Dies ist sehr zu bedauern, da gerade der Unterricht der ladinischen Sprache in der Schule für deren Erhaltung von großer Wichtigkeit ist. Gerade dieser gibt unserer Muttersprache nämlich jene Hoffähigkeit und Würde, der sie notwendig bedarf, um von der Bevölkerung geschätzt und geachtet zu werden: eine Sprache, die in der Schule keinen Platz findet, wird von der Bevölkerung eher als ein Dialekt bewertet als eine Schriftsprache.

Die Ladinier aus dem Fassatal haben das Recht auf den Unterricht der ladinischen Muttersprache. Art. 87 des Regionalstatutes gewährleistet nämlich diesen Unterricht in allen Gemeinden beider Provinzen, die vorwiegend Einwohner ladinischer Muttersprache haben. Wir müssen uns deshalb gemeinsam dafür einsetzen, daß unsere Freunde aus dem Fassatal zu ihrem Recht gelangen.

In Buchenstein ist das Problem noch schwieriger, weil diese Gemeinde außerhalb unserer Region liegt. Gerade an Hand dieses Beispiels sieht man die schwerwiegenden Folgen der Trennung der Ladinier in drei verschiedene Provinzen, wobei leider sowohl die deutsche wie die italienische Volksgruppe gegen eine Vereinigung aller Ladinier eintritt. Wir Ladinier sind getrennt: in jeder Provinz erfahren wir eine unterschiedliche Behandlung, weshalb wir daran behindert werden, unsere Probleme gemeinsam zu besprechen und einer Lösung zuzuführen.

Auch die Presse und der Rundfunk sind wichtige Mittel für den Fortbestand der ladinischen Volksgruppe. Wir haben jeden Nachmittag 20 Minuten Nachrichten in ladinischer Sprache und zweimal wöchentlich eine ladinische Kultursendung von je 30 Minuten. Nun hoffen wir auf kurze Fernsehsendungen für die Ladinier.

Wichtig ist auch der Gebrauch der ladinischen Sprache in den öffentlichen Bezeichnungen: so werden bereits vielerorts Straßen, öffentliche und private Gebäude, Geschäfte und Büros mit ladinischen Namen benannt. Dies ist von großer Bedeutung, weil die Bevölkerung diese zum Teil auch neu geschaffenen Worte liest und so auch besser in den eigenen Wortschatz aufnimmt.

Schließlich soll unsere Muttersprache auch im öffentlichen Leben verwendet werden, was zum Glück allgemein üblich ist. Allerdings gibt es auch auf diesem Gebiet einige Schwierigkeiten. So bekennen sich zum Beispiel in der Gemeinde St. Ulrich 19 Gemeinderäte zur ladinischen Muttersprache, einer zur italienischen. Man möchte also meinen, es werde nur ladinisch gesprochen, wenn man vom italienischen Gemeinderat absieht. In Wirklichkeit aber sprechen einige Gemeinderäte vorwiegend deutsch, weil sie der ladinischen Sprache, zu der sie sich bekannt haben, kaum mächtig sind.

Über den Gebrauch unserer ladinischen Muttersprache in der Liturgie habe ich bereits gesprochen. Ich bin sicher nicht ein Verfechter der Meinung, die gesamte Liturgie sollte sich in unserer Muttersprache abwickeln. Was mir besonders nicht gefällt, ist die Tatsache, daß einige Kreise unseres Klerus grundsätzlich dagegen sind, was natürlich für die Erhaltung unserer ladinischen Muttersprache nicht gerade förderlich ist.

So hatten wir zum Beispiel 1963 und 1964 von der Kurie in Trient die Erlaubnis erhalten, anlässlich der ladinischen Kulturtage einige Teile der Liturgie in unserer Muttersprache vorzutragen. Das selbe Recht wurde uns anlässlich der Kulturtage 1965 und 1967 von der Kurie in Brixen abgesprochen, trotz der Beschlüsse des Konzils! Lediglich ein Besuch beim Kardinal Lercaro, Vorsitzender der päpstlichen Kommission für die Liturgie, verhalf uns im letzten Jahr zu unserem Recht.

Positiv war hingegen der Beschluß zu bewerten, das Gader- und Gröden- in die Diözese Brixen zu vereinigen: dadurch wurde der Austausch von Priestern zwischen beiden Tälern erleichtert und gefördert. Allerdings wurden gleichzeitig die Pfarreien von Buchenstein von unserer Diözese abgetrennt und so der ladinischen Einheit und Zusammenarbeit wiederum ein schwerer Schlag versetzt.

Ich lasse Sie selbst beurteilen, welche Schwierigkeiten wir auf allen Gebieten zu überwinden haben, wenn wir den Fortbestand unserer ladinischen Volksgruppe sichern und gewährleisten wollen.

*

Schließlich möchte ich noch einige kurze Gedanken zur politischen Lage der Ladinier vorbringen. Es handelt sich um eines der schwierigsten Probleme und ich bin mir bewußt, damit die Hände ins Feuer zu legen.

Haben die Ladinier zur Zeit eine wirkliche politische Vertretung? Wie oft wird im Regionalrat und im Landtag von den Ladinern gesprochen? Nur in ganz seltenen Fällen und dabei gar nicht über Probleme, die den Fortbestand unserer Volksgruppe betreffen.

Der Ladinier Ing. Pupp sitzt zwar bereits 20 Jahre im Regionalrat bzw. im Landtag, hat aber kaum einmal die Probleme unserer engen Heimat angeschnitten und öffentlich zur Diskussion gestellt. Nicht viel besser verhielt sich der Ladinier Dr. Deil'Antonio, der ebenfalls für eine Legislaturperiode im Regionalrat bzw. Landtag saß.

Die Schuld an diesem Versagen liegt nicht so sehr an den Personen, sondern vielmehr daran, daß heute eine echte politische Vertretung der Ladinier nicht möglich ist.

Das Gader- und Gröden- zusammen verfügen heute über ungefähr 8500 Wahlstimmen; davon stammen etwa 6000 von Wählern ladinischer Muttersprache. Überdies sind diese in zwei Parteien gespalten, wobei die SVI und die DC ungefähr 60 % bzw. 40 % der Stimmen auf sich vereinen. Es ist also zur Zeit unmöglich, daß ein Ladinier mit den Stimmen seiner eigenen Volksgruppe in den Regionalrat bzw. Landtag einziehen kann: soll er gewählt werden, müssen ihm die große Mehrheit der Stimmen aus dem außerladinischen Gebiet unseres Landes zukommen.

Daraus ergeben sich zwei Folgerungen:

- 1) Sollte ein Ladinier in den Landtag einziehen, wird er vor allem ein Vertreter der deutschen oder der italienischen Volksgruppe, weil er von diesen die Mehrheit der Vorzugstimmen erhalten hat.
- 2) Jede Partei unterstützt den Ladinier der eigenen Liste nur insofern, als sich seine Anschauungen mit jenen der Partei decken. Ich habe noch nie gehört, daß ein Ladinier gegen seine Partei ureigene Interessen seiner Volksgruppe verteidigt hat, obwohl es deren mehrere besonders auf kulturellem Gebiete gibt.

Ein Beispiel soll unsere Lage erläutern. Im Jahre 1962 hatten alle Gemeinden des Gader- und Grödentalen den Wunsch geäußert (durch einstimmige Beschlüsse der Gemeinderäte), daß ein eigener ladinischer Wahlkreis gebildet werde, der die Wahl ladinischer Vertreter in den Landtag und Regionalrat gewährleiste. Die Italiener zögerten geraume Zeit, nahmen jedoch einen Vorschlag in diesem Sinne an. Die SVI sah hingegen in diesem Vorschlag eine Schwächung der eigenen Volksgruppe. Schließlich überredete Ing. Pupp die ladinischen Bürgermeister, eine Verzichtserklärung zu unterschreiben, obwohl die jeweiligen Gemeinden keinen Beschluß in diesem Sinne gefaßt hatten. So mußte also ein ureigenes Interesse der ladinischen Volksgruppe den Interessen einer Partei, bzw. einer anderen Volksgruppe den Platz lassen.

Gibt es also nur einen Ausweg: eine ladinische Volkspartei?

Ich persönlich bin ein Gegner von Sammelparteien: ich kann mir eine Politik, die ausschließlich auf die Verteidigung ethnischer Interessen aufbaut, nicht vorstellen und sie auch nicht verantworten, weil sie nämlich einen Nationalismus voraussetzt. Ohne Weltanschauung, ohne ethische und ideologische Basis ist politisches Handeln nur schwer zu verstehen, auch wenn es darum geht, die Erhaltung von Volksgruppen zu verteidigen und zu fördern.

Als Gegner jeder Art von Nationalismen lehne ich also auch eine ladinische Volkspartei ab. Ich glaube außerdem, daß zur Zeit kaum eine Möglichkeit bestünde, den politischen Spalt zwischen den Ladinern rasch zu überwinden, um so den Weg für eine ladinische Sammelpartei zu ebnen.

Die beste Lösung wäre an und für sich die Schaffung einer Provinz Ladinien, die das Gader- und Gröden- sowie Fassa und Buchenstein umfassen würde. Eine solche Lösung wurde erst kürzlich von Albert Daverda in den „Dolomiten“ vorgeschlagen. Ein eifriger Verfechter derselben Idee ist auch Guido Iori aus Canazei, Herausgeber des Blattes „Il Postiglione delle Dolomiti“.

Dieser Vorschlag hat aber praktisch keine Aussichten auf Erfolg, weil er in diesem Augenblick von beinahe allen politischen Kräften außerhalb unserer Täler abgelehnt wird. Überdies hat die administrative Teilung unserer ladinischen Heimat in letzter Zeit zwischen der Bevölkerung des Gader- und Grödentalen einerseits, vom Fassatal und Buchenstein andererseits bereits eine gewisse psychologische Verfremdung hervorgerufen, die leider besonders auf politischem Gebiet schwer zu überwinden wäre.

Eine weitere Möglichkeit bestünde in der Angliederung des Fassatales und von Buchenstein an Südtirol. Auch dieser Vorschlag stößt auf beinahe unüberwindbare Schwierigkeiten. Die Provinz

von Trient und Belluno würden nämlich kaum eine Schmälerung ihres Gebietes zustimmen. Wenn ich richtig unterrichtete bin, stand eine solche Angliederung anfangs auf dem Programm der SVP, wurde aber leider vor einigen Jahren aus demselben gestrichen. Im Jahre 1954 bestätigte mir Dr. Magnago anlässlich einer Wahlversammlung, daß die SVP heute eher gegen eine solche Annexion sei, erstens weil die Ladinität der Fassaner in Frage gestellt sei und zweitens, weil damit mit großer Wahrscheinlichkeit die Wähler italienischer Parteien zunehmen würden.

Dieser letzte Vorschlag würde das Problem der Ladinier des Fassatales und von Buchenstein lösen, die bisher eher stiefmütterlich behandelt worden sind. Die Ladinier würden gleichzeitig in dieselbe Provinz vereint; dadurch wären endlich genügend ladinische Wähler vorhanden, um das Problem der politischen Vertretung der Ladinier einer gerechten und wirksamen Lösung zuzuführen.

Da auch diese Lösung unwahrscheinlich ist, andererseits die Bildung einer ladinischen Volkspartei aus den oben angeführten Gründen schwer zu verantworten ist, muß nach meiner persönlichen Ansicht eine Mischlösung gefunden werden, die dennoch eine tatsächliche Vertretung der Ladinier gewährleistet.

Da unsere Volksgruppe im Südtirol zahlenmäßig zu schwach ist, kann ein Ladinier mit den Stimmen seiner Landsleute allein nicht in den Landtag gewählt werden. Man sollte also vielleicht das Gader- und Grödenal in einen Wahlkreis zusammenschließen, dem, abgesehen vom Wahlquotienten in der Provinz, etwa zwei Landtagsabgeordnete zufallen würden. Jede Partei könnte sich in diesem Wahlkreis mit ladinischen Kandidaten um die Gunst der Wähler bewerben. Von den beiden Parteien (bzw. einer, falls sie etwa 75% der Stimmen auf sich vereinen könnte), die im Wahlkreis am meisten Stimmen erhalten haben, würden die ladinischen Kandidaten mit den meisten Vorzugsstimmen in den Landtag einziehen.

Diese, glaube ich, ist zur Zeit die einzig mögliche Lösung, die Wahl echter ladinischer Vertreter in unserem Lande zu gewährleisten. Man würde damit die Schaffung einer ladinischen Volkspartei überflüssig machen. Unsere Abgeordneten würden zu echten Vertretern der ladinischen Wählerschaft; in ihren Parteien könnten sie eine gewisse Autonomie für sich in Anspruch nehmen, besonders in jenen Fällen, in denen über wichtige Probleme der Erhaltung und Entwicklung unserer Volksgruppe beraten und entschieden würde. Eine tatsächliche und wirkliche Vertretung der Interessen der Ladinier wäre gewährleistet.

*

Ich habe nun versucht, aus meiner Sicht einige wichtige Probleme, die sich aus dem Problem der Selbstaufgabe und des Fortbestandes unserer Volksgruppe ergeben, kurz und in seinen wichtigsten Erscheinungen darzulegen. Der geschichtliche Teil sollte zum besseren Verständnis meiner Ausführungen dienen. Die Probleme, die wir in unserem täglichen Leben zu lösen haben, sind zahlreich und schwierig. Eines aber ist und bleibt sicher: die ladinische Volksgruppe wird sich erhalten, so lange die Bevölkerung den Willen dazu bezeugt, so lange die ladinische Sprache die Muttersprache unseres Volkes bleibt.

Wir Ladinier wollen und sollen uns aber damit nicht in ein Ghetto einschließen. Wir wollen uns auch der deutschen und italienischen Kulturwelt anschließen und mit allen Volksgruppen zusammenarbeiten für das Wohl und den Fortschritt unseres Landes und seiner gesamten Bevölkerung.

Ich hoffe, daß auch diese meine kurzen und lückenhaften Ausführungen zum Verständnis unserer ladinischen Probleme beitragen und daß demnach auch die anderen Volksgruppen uns bei der Lösung unserer sicher nicht leichten Probleme hilfreich zur Seite stehen mögen.

Zusammenfassung der Diskussion

Diskussionsleiter: Kurt Kadawy

Sprecher: Dr. Pepl Martinor

Die zentrale Frage, um die die ganze Diskussion über das Referat von Dr. Pepl Martinor kreiste, kann man kurz in folgender Weise zusammenfassen: was berechtigt den Versuch, eine so kleine und vom Untergang bedrohte Minderheit zu erhalten und deren Eigenart zu fördern? Denn die Kenntnis des Ladinischen birgt keinen praktischen Zweck in sich und setzt die Beherrschung einer zweiten Sprache voraus, um sich überhaupt im Staatsgefüge und im europäischen Raum bewegen zu können.

Diese Frage kann nur dann zwingend in positiver Weise beantwortet werden, wenn es gelingt, den Nachweis über eigenständige kulturelle Ausdrucksformen — abgesehen vom Nachvollzug bestimmter Gebräuche — zu erbringen.

So befaßte sich Dr. Martinor in der Beantwortung der ersten Frage ausführlich mit den ladinischen Veröffentlichungen. Die stattliche Anzahl an Druckwerken (Zeitung, Zeitschriften, Broschüren, Wörterbücher, usw.) zeigt vom Willen dieses Volkes, in der eigenen Sprache die Probleme unserer Zeit auszudrücken. Er deutete auf die Wichtigkeit der Sprache hin und auf die Notwendigkeit einer gründlichen Schulausbildung auf ladinisch. An diesem Punkte trafen dann die Meinungsvorstellungen aufeinander. Einerseits wird der Wille der Ladinier, die ladinische Sprache noch zu erlernen, bezweifelt. Außerdem bedauert die Erlernung von drei Sprachen (ladinisch, deutsch und italienisch) in der Volksschule eine zu große Belastung der Schüler, so daß sie im Grunde keine richtig beherrschen. Das

Problem der Muttersprache wird an diesem Ort besonders vordringlich, da die Kinder, zumindest in den großen Ortschaften, schon von klein auf in einem Sprachgewirr aufwachsen. Es sei daher schwierig, eine andere Sprache zu lernen, wenn man im Grunde keine Muttersprache besitzt.

Durch den nationalen Druck von zwei Seiten, der deutschen und italienischen Volksgruppe, entwickelte sich ein gewisser Minderwertigkeitskomplex gegenüber der ladinischen Sprache heraus, der auch durch den Stillstand der sprachlichen Entwicklung auf dem Niveau vor ungefähr 100 Jahren bedingt wird. Die ladinische Sprache ist noch immer ausschließlich in bäuerlichen Ausdrucksformen verwurzelt und es gilt nun, den Anschluß an die moderne Zeit durch Schaffung neuer Ausdrücke voranzutreiben, damit man sich über jedes Problem auf ladinisch unterhalten könne.

Als Grundfrage überhaupt kann das Problem des Erhaltungswillens der kulturellen Eigenart durch die einheimische Bevölkerung angesehen werden. (In diesem Zusammenhang wurde auch das Problem der Mischehen aufgeworfen.) Von manchen Diskussionsteilnehmern wurde dieser Wille in Frage gestellt. Ja, es wurde sogar der Vorwurf erhoben, die Erneuerungsbestrebungen auf dem Gebiet der ladinischen Kultur sei dem Volke aufgezwungen worden. Allerdings kann man nicht abstreiten, daß solange Leute ladinisch sprechen, zumindest bei diesen der Wille vorhanden ist, die sprachliche und kulturelle Eigenart zu bewahren. Und damit ist auch jede kulturelle Tätigkeit in dieser Hinsicht gerechtfertigt.

La posizione costituzionale delle minoranze etniche

Die verfassungsrechtliche Stellung der volklichen Minderheiten

Prof. Pietro Nuvolone

1. — Preliminare all'indagine sulla posizione costituzionale delle minoranze etniche è il problema del concetto di norma costituzionale. Escluso che esso si identifichi unicamente con quello di norma contenuta nella carta costituzionale, ci sembra che esso neppure possa identificarsi senz'altro con quello di norma contenuta solo nelle leggi formalmente costituzionali. Ciò vale soprattutto per le leggi entrate in vigore prima della costituzione, per le quali ovviamente non occorre il criterio formale, essendo state emanate sotto il presupposto di un diverso ordinamento.

In realtà, l'attributo di costituzionalità deriva anche dalla materia disciplinata dalla legge: ove essa attenga allo struttura fondamentali dello Stato e ai diritti fondamentali dei cittadini, la legge ha carattere costituzionale. Si può parlare, quindi, di costituzione come del complesso delle norme che regolano i poteri dello Stato e i rapporti tra Stato e cittadino, qualunque sia la fonte di tali norme.

Da questo punto di vista, non si può negare il carattere costituzionale a talune disposizioni della legge che ha dato esecuzione in Italia all'accordo De Gasperi - Gruber: precisamente le disposizioni che riconoscono il diritto all'autonomia e alla tutela delle caratteristiche etniche o culturali della minoranza di lingua tedesca in Alto Adige. Infatti esse formano la base di uno Statuto particolare di quel gruppo etnico e, quindi, nello stesso tempo sanciscono doveri dello Stato nei confronti di esso, autolimitandone il potere legislativo e amministrativo: quanto basta per affermare che incidono nella struttura stessa dello Stato e hanno, quindi, per definizione, il sigillo della costituzionalità.

2. — Una norma anche formalmente costituzionale è, invece, l'art. 6 della Costituzione che, come noto, recita: „La Repubblica tutela con apposite norme le minoranze linguistiche". E' questa una delle tante norme aperte, che rinvia per la sua applicazione a contenuti di future leggi ordinarie; ma enuncia anche un precetto che non si può eludere: e cioè, il dovere dello Stato di fare in modo che le minoranze linguistiche possano non essere sommerse dalla maggioranza della popolazione e conservare il diritto di parlare la propria lingua.

E' pure norma formalmente costituzionale lo Statuto della regione Trentino-Alto Adige: e pertanto, per quanto concerne specialmente la nostra indagine, la parte di esso che si riferisce alla provincia di Bolzano.

Riportiamo qui le disposizioni che ci sembrano più importanti.

Art. 13. — «Nella materia e nei limiti entro cui la Regione o la Provincia può emanare norme legislative, le relative potestà amministrative, che in base all'ordinamento preesistente erano attribuite allo Stato, sono esercitate rispettivamente dalla Regione e dalla Provincia.

Restano ferme le attribuzioni delle Province ai sensi delle leggi in vigore, in quanto compatibili con il presente Statuto. Lo Stato può inoltre delegare, con legge, alla Regione, alla Provincia e ad altri enti pubblici locali funzioni proprie della sua amministrazione. In tal caso l'onere delle spese per l'esercizio delle funzioni stesse resta a carico dello Stato.

La delega di funzioni amministrative dello Stato, anche se conferita con la presente legge, potrà essere modificata o revocata con legge ordinaria della Repubblica.»

Art. 14. — «La Regione esercita normalmente le funzioni amministrative delegandole alle Province, ai Comuni e ad altri Enti locali o valendosi dei loro uffici,

Le province possono delegare alcune loro funzioni amministrative ai Comuni o ad altri enti locali o avvalersi dei loro uffici».

Art. 15. — «Nella provincia di Bolzano l'insegnamento nelle scuole materne e nelle scuole d'istruzione elementare, post-elementare, media, classica, scientifica, magistrale, tecnica e artistica è impartito nella lingua materna degli alunni da docenti per i quali tale lingua sia ugualmente quella materna.

1. Voraussetzung für eine Untersuchung über die verfassungsrechtliche Stellung volklicher Minderheiten ist die Klärung des Begriffes der Verfassungsnorm. Auszuschließen ist, daß er sich nur mit der Norm deckt, die in der Verfassungsurkunde enthalten ist: es scheint uns, daß er sich auch nicht ohne weiteres mit dem der Norm decken kann, die bloß in formal verfassungsrechtlichen Gesetzen enthalten ist. Das gilt vor allem für die Gesetze, die vor der Verfassung in Kraft getreten sind, für die natürlich das formale Kriterium nicht weiterhilft, weil sie unter der Voraussetzung einer anderen Rechtsordnung erlassen worden sind.

In Wirklichkeit leitet sich das Kennzeichen der Verfassungsrechtlichkeit auch von der Materie her, die vom Gesetz geregelt ist: wenn sie zu den Grundstrukturen des Staates und zu den Grundrechten der Bürger gehört, ist das Gesetz verfassungsrechtlicher Natur. Man kann daher von der Verfassung als dem Zusammen der Normen sprechen, die die Gewalten des Staates und die Beziehungen zwischen Staat und Bürger regeln, welches immer die Quelle dieser Normen ist.

Unter diesem Gesichtspunkt kann man gewissen Bestimmungen des Gesetzes, das in Italien das De-Gasperi-Gruber-Abkommen zur Durchführung brachte, den verfassungsrechtlichen Charakter nicht absprechen: und zwar den Bestimmungen, die das Recht auf Autonomie und auf Schutz der volklichen und kulturellen Eigenheit der deutschsprachigen Minderheit in Südtirol anerkennen. Tatsächlich bilden sie die Basis eines Sonderstatutes dieser Volksgruppe und sanktionieren demnach gleichzeitig die Pflichten des Staates ihr gegenüber in einer Selbstbegrenzung seiner Gesetzgebungs- und Verwaltungsgewalt: das genügt, um behaupten zu können, daß sie auf die Struktur des Staates einwirken und deshalb — per definitionem — das Siegel der Verfassungsrechtlichkeit tragen.

2. Eine auch formal verfassungsrechtliche Norm ist dagegen der Artikel 6 der Staatsverfassung, der, wie bekannt, lautet: „Die Republik schützt mit besonderen Normen die sprachlichen Minderheiten". Es ist dies eine der vielen Normen, die für ihre Anwendung auf den Inhalt zukünftiger ordentlicher Gesetze verweist, sie beinhaltet aber auch eine Vorschrift, die man nicht umgehen kann: die Pflicht des Staates nämlich alles zu tun, daß die sprachlichen Minderheiten von der Mehrheit des Staatsvolkes nicht aufgesaugt werden und so ihr Recht behalten, die eigene Sprache zu sprechen.

Auch das Statut der Region Trentino-Tiroler Etschland ist eine formal verfassungsrechtliche Norm: und demnach, was in besonderer Weise unsere Untersuchung betrifft, der Teil desselben, der sich auf die Provinz Bozen bezieht.

Wir bringen hier die Bestimmungen, die uns als die wichtigsten erscheinen.

Art. 13 „In den Sachgebieten und innerhalb der Grenzen, in denen die Region oder die Provinz Gesetzbestimmungen erlassen kann, wird die entsprechende Verwaltungsgewalt, die nach der früheren Ordnung dem Staate zustand, von der Region beziehungsweise von der Provinz ausgeübt. Die Machtbefugnisse, die den Provinzen nach geltendem Recht zustehen, bleiben aufrecht, soweit sie mit dem vorliegenden Statut vereinbar sind. Der Staat kann darüber hinaus der Region, der Provinz und anderen öffentlichen Gebietskörperschaften mit Gesetz Aufgaben seiner eigenen Verwaltung übertragen. In diesem Fall geht der Kostenaufwand für die Durchführung dieser Aufgaben zu Lasten des Staates. Die Übertragung staatlicher Verwaltungsaufgaben kann, auch wenn sie durch dieses Gesetz erfolgt, durch ein ordentliches Gesetz der Republik geändert oder widerrufen werden."

Art. 14 „Die Region übt ihre Verwaltungsbefugnisse in der Regel in der Weise aus, daß sie dieselben den Provinzen, den Gemeinden und anderen Gebietskörperschaften überträgt oder sich deren Ämter bedient. Die Provinzen können einige ihrer Verwaltungsbefugnisse den Gemeinden oder anderen Gebietskörperschaften übertragen oder sich deren Ämter bedienen."

Art. 15 „In der Provinz Bozen wird der Unterricht in den Kindergärten, Volksschulen, Mittelschulen, in den altsprachigen, naturwissenschaftlichen und technischen Schulen und Kunstakademien und in den Lehrerbildungsanstalten in der Muttersprache der Schüler von Lehrkräften erteilt, für die diese Sprache ebenfalls die Muttersprache ist.

Il provveditore agli studi di Bolzano deve avere la piena conoscenza della lingua italiana e di quella tedesca o la sua assegnazione è disposta dal Ministro per la pubblica istruzione, sentito il parere del Presidente della Giunta Provinciale di Bolzano.

Per la gestione dei servizi relativi alle scuole di cui al primo comma e per la vigilanza sulle medesime sono assegnati al Provveditorato agli studi di Bolzano un viceprovveditore, nonché ispettori e direttori didattici la cui lingua materna sia la stessa di quella degli alunni.

Il gruppo linguistico tedesco deve essere rappresentato insieme con quello italiano nel Consiglio scolastico e in quello di disciplina per i maestri.

Nelle scuole con lingua d'insegnamento tedesco è obbligatorio l'insegnamento della lingua italiana, impartito da docenti la cui lingua materna sia l'italiana.

Art. 16. — «I Presidenti delle Giunte provinciali esercitano le attribuzioni spettanti all'autorità di pubblica sicurezza, previste dalle leggi vigenti, in materia di industrie pericolose, di mestieri ru-
In usi e incomodi, di spettacoli, esercizi pubblici, agenzie, tipografiche, mestieri girovaghi, operai e domestici, di malati di mente, intossicati e medicanti, di minori di anni diciotto e di meretricio.

Ai fini dell'esercizio delle predette attribuzioni di Presidenti delle Giunte provinciali si avvalgono anche degli organi di polizia statale.

Le altre attribuzioni che la legge di pubblica sicurezza vigenti devolvono al prefetto sono affidate ai questori.

Restano ferme le attribuzioni devolute ai sindaci quali ufficiali di pubblica sicurezza distaccati.

Art. 84. — «Fermo restando il principio che nella Regione la lingua ufficiale è l'italiano, l'uso della lingua tedesca nella vita pubblica viene garantito da quanto in materia dispongono le norme contenute nel presente Statuto e nelle leggi speciali della Repubblica.»

Art. 85. — «I cittadini di lingua tedesca della provincia di Bolzano possono usare la loro lingua nei rapporti con gli organi ed uffici della pubblica amministrazione situati nella Provincia o aventi competenza regionale.

Nelle adunanze degli organi collegiali della Regione, delle Province e degli enti locali può essere usata la lingua tedesca.

Gli organi e gli uffici, di cui al comma precedente, usano nella corrispondenza e nei rapporti orali la lingua del richiedente. Ove sia avviata di ufficio, la corrispondenza si svolge nella lingua presunta del destinatario.

Art. 86. — «Nella provincia di Bolzano le amministrazioni pubbliche devono usare, nei riguardi dei cittadini di lingua tedesca, anche la toponomastica tedesca, se la legge provinciale ne abbia accertata l'esistenza ed approvata la dizione.»

Art. 87. — «È garantito l'insegnamento del ladino nelle scuole elementari delle località ove esso è parlato.

Le province e i Comuni devono altresì rispettare la toponomastica, la cultura e le tradizioni delle popolazioni ladine.»

3. — Anche nell'ambito della Costituzione in senso formale, è possibile un contrasto tra norme: nel senso, ad esempio, che una limiti l'esercizio di una libertà o di un diritto riconosciuti incondizionatamente da un'altra. Ma tale contrasto è certamente anche più possibile allorché si applichi il concetto di costituzionalità in senso materiale di cui abbiamo parlato.

Invero, in questo caso, viene meno anche quella caratteristica di omogeneità di fronte che solitamente può garantire una maggiore coerenza legislativa.

A questo punto, però, si pone un gravissimo problema: quello del rimedio esperibile per eliminare il contrasto.

Der Leiter des Landesschulamtes von Bozen muß sowohl die italienische wie die deutsche Sprache vollkommen beherrschen; seine Ernennung wird vom Unterrichtsminister nach Einholung des Gutachtens des Präsidenten des Landesausschusses von Bozen verfügt.

Für die Verwaltung der Dienste hinsichtlich der im ersten Absatz genannten Schulen sowie für die Aufsicht über dieselben werden dem Leiter des Landesschulamtes Bozen ein Stellvertreter sowie Schulinspektoren und Direktoren zugeteilt, deren Muttersprache jene der Schüler ist. Die deutsche Sprachgruppe muß zusammen mit der italienischen, sowohl im Schulkollegium als auch im Disziplinarrat für den Lehrkörper vertreten sein.

In den Schulen mit deutscher Unterrichtssprache ist die italienische Sprache Pflichtgegenstand und der Unterricht darin muß von Lehrkräften erteilt werden, deren Muttersprache italienisch ist.

Art. 16. „Die Präsidenten der Landesausschüsse üben die den Behörden und der öffentlichen Sicherheit zustehenden und in den geltenden Gesetzen vorhergesehenen Machtbefugnisse aus, hinsichtlich der gefährlichen Industriezweige, der lärmenden und lästigen Gewerbe, der Schauspiele und öffentlichen Betriebe, der Agenturen und Druckereien, der Wanderhändler, der Arbeiter und Dienstboten, der Geisteskranken, der Alkoholiker und Bettler, der Minderjährigen unter achtzehn Jahren und der Prostituierten. Zur Ausübung der genannten Machtbefugnisse bedienen sich die Präsidenten der Landesausschüsse auch der Organe der staatlichen Polizei.

Die übrigen Machtbefugnisse, welche die geltenden Gesetze für die öffentliche Sicherheit dem Präfecten zuteilen, sind den Quästoren übertragen.

Die den Bürgermeistern in ihrer Eigenschaft als Sicherheitsbehörden oder den örtlichen Beamten für öffentliche Sicherheit zustehenden Machtbefugnisse bleiben aufrecht.

Art. 84. „Unter Aufrechterhaltung des Grundsatzes, daß in der Region das Italienische die Amtssprache ist, wird der Gebrauch der deutschen Sprache im öffentlichen Leben durch die einschlägigen Bestimmungen dieses Statutes sowie durch Sondergesetze der Republik gewährleistet.“

Art. 85. „Die deutschsprachigen Staatsbürger der Provinz Bozen können im Verkehr mit den Organen und Ämtern der öffentlichen Verwaltung, die ihren Sitz in der Provinz oder im regionalen Wirkungsbereich haben, die deutsche Sprache gebrauchen.

In der Versammlung der Kollegialorgane der Region, der Provinzen und der Gebietskörperschaften darf die deutsche Sprache gebraucht werden.

Die im vorhergehenden Absatz genannten Organe und Ämter gebrauchen im schriftlichen und mündlichen Verkehr die Sprache der Partei.

Wenn der Schriftverkehr von Amtes wegen eröffnet wird, so folgt er in der mutmaßlichen Sprache des Empfängers.

Art. 86. „In der Provinz Bozen müssen die öffentlichen Verwaltungsbehörden gegenüber den deutschsprachigen Staatsbürgern auch die deutschen Ortsbezeichnungen gebrauchen, wenn das Landesgesetz ihr Vorhandensein feststellt und die Bezeichnung genehmigt hat.“

Art. 87. „Der Unterricht im Ladinischen wird in den Volksschulen der Orte, wo man ladinisch spricht gewährleistet.

Die Provinzen und die Gemeinden müssen ebenfalls die Ortsbezeichnung, die Kultur und die Überlieferungen der ladinischen Bevölkerung achten.“

3. Auch im Bereich der Vorfassung im formalen Sinn, ist ein Widerspruch zwischen den Normen möglich: in dem Sinn zum Beispiel, daß eine die Ausübung einer Freiheit oder eines Rechtes, die von einer anderen bedingungslos anerkannt werden, begrenzt. Für einen solchen Widerspruch bestehen aber noch erhöhte Möglichkeiten, wenn man den Begriff der Verfassungsrechtlichkeit im materiellen Sinn anwendet, von dem wir gesprochen haben.

In diesem Fall besteht in der Tat jenes Charakteristikum der Quellengleichartigkeit nicht, die gewöhnlich eine größere gesetzgeberische Folgerichtigkeit gewährleistet.

Hier stellt sich nun aber eine schwerwiegende Frage: und zwar nach dem geeigneten Mittel zur Ausschaltung des Widerspruchs.

A nostro avviso, il ricorso alla Corte Costituzionale appare l'unico mezzo sul piano processuale: la Corte Costituzionale, avendo il compito di giudicare della costituzionalità delle leggi, non può non essere investita anche del potere di fare oggetto di suo giudizio anche le leggi costituzionali. Sappiamo che l'affermazione è contestata, ma ci sembra che essa sia giustificata dalla logica stessa dell'ordinamento che non può lasciare aperta una così grave lacuna.

Il problema grave è, tuttavia, quello di trovare un criterio di legittimità costituzionale per la pronuncia di un tale giudizio. Il criterio non può emergere se non dal riconoscimento di una gerarchia tra norme costituzionali. Vi sono norme che, pur avendo tutte carattere costituzionale, non possono considerarsi sullo stesso piano dal punto di vista della logica giuridica: per esempio tra le norme che regolano le strutture fondamentali dello Stato e i diritti fondamentali dei cittadini, ve ne sono alcune che si possono classificare come norme base e altre che possono essere classificate come norme derivate. Ove la norma derivata non costituisca esatta applicazione della norma base, essa dovrà ritenersi incostituzionale.

Rispetto ai principi che nell'ordinamento riconoscono diritti essenziali ad una minoranza etnica, lo statuto della regione, dove vive questa minoranza etnica, è indubbiamente una legge derivata, che potrà considerarsi incostituzionale, se in contrasto totale o parziale con quei principi.

4. — I diritti della minoranza di lingua tedesca dell'Alto Adige, in virtù delle norme costituzionali, così come da noi sopra definite, possono così riassumersi:

- a) diritto alla soggettività di minoranza;
- b) diritto all'autonomia;
- c) diritto all'uso della propria lingua su di un piano di parità con la lingua italiana;
- d) diritto alla tutela delle caratteristiche culturali proprie del gruppo etnico di lingua tedesca.

Prescindiamo, naturalmente, dai diritti che ciascun cittadino della minoranza ha come qualsiasi altro cittadino italiano.

5. — Il diritto alla soggettività di minoranza è forse il più problematico: esso implica anche il quesito relativo ai destinatari delle norme.

Secondo un'opinione autorevolmente rappresentata in dottrina, non si potrebbe parlare della minoranza come soggetti di diritti, in quanto si tratterebbe sempre di diritti individuali spettanti ai singoli membri del gruppo minoritario.

Se nonché, anche a non voler tener conto del fatto che l'art. 6 della Costituzione parla di «minoranza linguistica», a differenza dell'art. 3 che parla di «uguaglianza dei cittadini senza distinzione di lingua», l'accordo De Gasperi-Gruber considera globalmente la minoranza e le dà uno statuto internazionalmente protetto con una delimitazione etnica o territoriale che la individualizza come gruppo nell'ambito della comunità nazionale italiana.

Tutto ciò attribuisce indiscutibilmente alla minoranza di lingua tedesca dell'Alto Adige il carattere di una entità costituzionalmente differenziata che trascende la soggettività dei singoli membri.

Da questa constatazione deriva che ogni appartenente alla minoranza ha un diritto di natura mediata ad uno statuto personale che è la conseguenza di una posizione giuridica soggettiva che, in via immediata, fa capo alla minoranza.

6. — Il diritto all'autonomia, incontestato in linea di principio, è oggetto di contestazione per quanto concerne la sua ampiezza.

Senza volerci, qui, ad entrare nella particolarità di una impegnativa discussione, si sembra che possono essere affermati i principi seguenti:

- a) l'autonomia deve estrinsecarsi sia sul piano amministrativo, sia sul piano legislativo;
- b) l'autonomia ha un limite nella salvaguardia dell'unità territoriale dello Stato;
- c) l'autonomia concessa alla minoranza non può confondersi con l'autonomia di una regione mistilingue, senza che si introduca, nel sistema, una palese contraddizione.

Nach unserer Meinung erscheint die Verfassungsbeschwerde als das einzige Mittel auf prozeduraler Ebene: der Verfassungsgerichtshof, der die Aufgabe hat, über die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze zu befinden, muß auch befugt sein, ein Verfassungsgesetz zum Gegenstand des eigenen Entscheids zu machen. Wir wissen, daß diese Meinung umstritten ist, uns scheint aber, daß sie — durch eben die Logik der Rechtsordnung, die ohne so schwerwiegende Lücke nicht offen lassen kann — gerechtfertigt ist.

Ein schwerwiegendes Problem ist es aber trotzdem, ein Kriterium der Verfassungsmäßigkeit für eine solche Rechtsprechung zu finden. Das Kriterium kann nur gewonnen werden, wenn man eine Rangordnung zwischen den Verfassungsnormen anerkennt. Es gibt Normen, die auch, wenn sie verfassungsrechtlicher Natur sind, vom rechtslogischen Standpunkt aus nicht auf die gleiche Ebene gestellt werden können: zum Beispiel sind unter den Normen, die die Grundstrukturen des Staates und die Grundrechte der Bürger regeln, einige, die man als Grundnormen und andere, die man als abgeleitete Normen bezeichnen kann.

Wenn die abgeleitete Norm nicht eine genaue Anwendung der Grundnorm darstellt, muß sie als verfassungswidrig angesehen werden.

In bezug auf die Prinzipien, die in der Rechtsordnung einer volklichen Minderheit Grundrechte zuerkennen, ist das Statut der Region, in der diese volkliche Minderheit lebt, unzweifelhaft ein abgeleitetes Gesetz, das als verfassungswidrig betrachtet werden kann, wenn es sich gänzlich oder teilweise im Widerspruch zu diesen Prinzipien befindet.

Die Rechte der deutschsprachigen Minderheit in Südtirol, können auf Grund der Verfassungsnormen so zusammengefaßt werden:

- a) Das Recht auf Rechtssubjektivität der Minderheit
- b) Das Recht auf Autonomie
- c) Das Recht auf Gebrauch der eigenen Sprache auf gleicher Ebene mit der italienischen Sprache
- d) Das Recht auf Schutz der kulturellen Eigenheiten der deutschsprachigen Volksgruppe.

Wir sehen natürlich von den Rechten ab, die jedem Bürger der Minderheit wie jedem anderen italienischen Staatsbürger zukommen.

Das Recht auf Rechtssubjektivität der Minderheit ist vielleicht das fragwürdigste.

Nach einer angesprochenen Lehrmeinung kann man nicht von einer Minderheit als einem Rechtssubjekt sprechen, weil es sich immer um individuelle Rechte handelt, die den einzelnen Gliedern der Minderheitsgruppe zustehen.

Aber auch wenn man an der Tatsache vorbeigehen wollte, daß der Artikel 6 der italienischen Verfassung von „sprachlichen Minderheiten“ spricht zum Unterschied von Artikel 3, der von der „Gleichheit der Bürger ohne Unterschied der Sprache“ spricht, hat das De-Gasperi-Gruber-Abkommen die Minderheit als Gesamtheit im Auge und gibt ihr ein Statut, das völkerrechtlich geschützt ist, mit einer volklichen und territorialen Abgrenzung, die sie als Gruppe innerhalb der italienischen Staatsgemeinschaft individualisiert.

Das alles gibt der deutschsprachigen Minderheit in Südtirol den Charakter einer verfassungsrechtlich differenzierten Einheit, die die Subjektivität ihrer Glieder übersteigt.

Aus dieser Feststellung geht hervor, daß jeder Angehörige der Minderheit ein mittelbares Recht auf ein persönliches Statut hat, das die Folge der subjektiven Rechtsstellung ist, die unmittelbar der Minderheit zukommt.

Das Recht auf Autonomie, das grundsätzlich unumstritten ist, ist nun aber Streitgegenstand in bezug auf den Umfang.

Ohne daß wir uns hier auf eine eingehende Diskussion einlassen, scheint uns, daß folgende Prinzipien aufgestellt werden können:

- a) die Autonomie muß sowohl auf Verwaltungs- als auch auf Gesetzgebungsebene zum Ausdruck kommen;
- b) die Autonomie ist begrenzt durch den Schutz der territorialen Einheit des Staates;
- c) die Autonomie, die der Minderheit gegeben worden ist, kann nicht mit der Autonomie einer gemischtsprachigen Region verwechselt werden, ohne daß man ins System einen offenen Widerspruch hineinträgt.

Da questo punto di vista non può non rilevarsi, per esempio, che lo Statuto della Valle d'Aosta attribuisce alla minoranza francese un'autonomia molto maggiore di quella accordata alla provincia di Bolzano che, oltre tutto, non è assunta al rango di regione.

7. — Il diritto all'uso della propria lingua ha come contenuto essenziale la parità assoluta, nell'ambito territoriale di competenza, dell'italiano e del tedesco. Anche il tedesco dev'essere, cioè, lingua ufficiale così come l'italiano.

Le norme dello Statuto della Regione Trentino-Alto Adige non sembrano realizzare, o quanto meno enunciare, questo riconoscimento. Si tratta piuttosto del riconoscimento del diritto di usare la lingua tedesca, ma senza il crisma della parità ufficiale. Il diritto di minoranza diventa, così, un semplice diritto individuale. Anche qui è da notare una differenza tra lo Statuto della Valle d'Aosta e quello della provincia di Bolzano.

8. — Il diritto alla tutela delle caratteristiche culturali del gruppo minoritario può dar luogo a controversie.

E', anzitutto, controverso il concetto di etnicità. Secondo alcuni si può parlare di minoranze linguistiche ma non di minoranze etniche. Tuttavia, pur essendo a nostro avviso indiscutibile che non ha senso parlare di etnicità in una prospettiva biologico-razziale, è altrettanto indubbio che una minoranza può essere caratterizzata rispetto al resto della popolazione da un complesso di elementi, che, traendo la loro origine dalle tradizioni, dal territorio, dai costumi, le conferiscono una individualità al di là di quella che può derivare dalla semplice comunanza della lingua: sotto questo aspetto, il parlare di una tutela dal punto di vista etnico, è perfettamente giustificato, ed è certo che l'accordo De Gasperi-Gruber ebbe per oggetto anche questa finalità.

Da questo angolo visuale, devono considerarsi le pretese, che, in sede politica alto-atesina, sono state spesso avanzate per una limitazione dell'emigrazione italiana. Ci sembra, però, di dover escludere che tali pretese siano fondate, là dove intendono limitare la libertà di locomozione o di residenza che è stabilita dalla Carta Costituzionale per tutti i cittadini. Esse hanno fondamento solo in quanto si oppongono ai trasferimenti collettivi pianificati di nuclei provenienti da altre regioni al fine di assimilare la popolazione di lingua tedesca in una maggioranza di lingua italiana artificiosamente creata: qui avremmo, in realtà, l'uso di un mezzo vincolato o fraudolento per eludere un impegno costituzionale o internazionale. Nel primo caso, invece, si tratta di un comune e spontaneo fenomeno di osmosi dovuto alla libera e insopprimibile iniziativa individuale.

9. — Un problema costituzionale di grande rilievo in tema di minoranze, è quello relativo all'ambito del diritto di propaganda politica per gli appartenenti ad esse.

Muovendo dal principio della libertà della propaganda politica, che riposa a sua volta sul principio dell'indifferenza dei fini in un'istituzione aperta, salvi i limiti dei mezzi e salvo il limite invalicabile dell'autoconservazione dell'ordinamento, occorre stabilire se i membri di una minoranza possono valicare i limiti come sopra tracciati. Alla domanda ci sembra che si debba dare risposta negativa, anche se, ovviamente, il fatto di appartenere ad una minoranza apre prospettive di propaganda politica inconcepibili per altri cittadini. Tale, per esempio, la propaganda in favore di un plebiscito che, tra le sue alternative, possa avere quella di un distacco parziale o totale dalla sovranità dello Stato.

Qui non si tratta di stabilire se il cosiddetto diritto di auto-decisione spetti o non spetti sul piano internazionale anche alle minoranze o solo ai popoli, argomento estremamente complesso e controverso: si tratta, solo, di stabilire se sia lecito fare propaganda, con l'uso di mezzi consentiti dall'ordinamento giuridico, affinché lo Stato, attraverso i suoi organi legittimi, conceda l'auto-decisione.

Unter diesem Gesichtspunkt muß darauf hingewiesen werden daß z. B. das Statut des Autonomes der französischen Minderheit eine viel größere Autonomie zuerkannt, als die der Provinz Bozen eingeräumte, die überdies nicht einmal in den Rang einer Region erhoben wurde.

Das Recht auf Gebrauch der eigenen Sprache hat die absolute Gleichstellung der deutschen und italienischen Sprache im territorialen Bereich zum wesentlichen Inhalt. Auch das Deutsche muß deshalb offizielle Sprache wie das Italienische sein. Die Normen des Statutes der Region Trentino-Tiroler Etschland scheinen die Anerkennung nicht zu verpflichten, oder wenigstens zum Ausdruck zu bringen. Es handelt sich vielmehr nur um die Anerkennung des Rechtes, die deutsche Sprache zu gebrauchen, ohne das Krisma der öffentlichen Gleichstellung. Das Recht der Minderheit wird so ein einfaches individuelles Recht. Auch hier ist ein Unterschied zwischen dem Statut des Autonomes und dem der Provinz Bozen zu bemerken.

Das Recht auf Schutz der kulturellen Eigenheiten der Minderheitsgruppe kann zu Streit Anlaß geben.

Vor allem ist der Volkstumsbegriff umstritten. Nach manchen kann man nur von sprachlichen, nicht aber von volklichen Minderheiten sprechen. Obwohl es unserer Meinung nach sinnlos ist, von Volkstum in einer biologisch-rassistischen Perspektive zu sprechen, unterliegt es keinem Zweifel, daß sich eine Minderheit von der übrigen Bevölkerung durch eine Fülle von Elementen abhebt, die ihr von der Tradition, vom Territorium und vom Brauchtum her eine Individualität geben, die über jene hinausgeht, die durch die einfache Gemeinsamkeit der Sprache entstehen kann. Unter diesem Aspekt ist es vollkommen gerechtfertigt, von einem Schutz unter dem volklichen Gesichtspunkt zu sprechen, und es ist sicher, daß das De-Gasperi-Gruber-Abkommen auch diesen Zweck zum Gegenstand hatte.

Aus dieser Sicht müssen die Forderungen betrachtet werden, die von Südtiroler politischer Seite bezüglich der Beschränkung der italienischen Einwanderung gestellt wurden. Uns scheint aber, ausschließen zu müssen, daß diese Forderungen dort begründet sind, wo sie die Freizügigkeit und die freie Wahl des Aufenthaltes einschränken wollen, die verfassungsmäßig allen Bürgern zugesichert wird.

Sie sind nur dann gerechtfertigt, wenn sie sich gegen die planmäßig betriebene, kollektive Umsiedlung von ganzen Gruppen stellen, die von anderen Regionen herangezogen werden, um die deutschsprachige Bevölkerung in einer künstlich geschaffenen italienischsprachigen Mehrheit zu assimilieren: hier hätten wir in Wirklichkeit die Anwendung eines gewaltsamen und betrügerischen Mittels, um eine verfassungs- und völkerrechtliche Verpflichtung zu umgehen. Im ersten Fall handelt es sich hingegen um eine allgemeine und spontane Erscheinung von Osmose, die der freien und ununterdrückbaren Initiative des einzelnen entspringt.

Ein nicht geringes verfassungsrechtliches Problem in der Minderheitenfrage ist jenes bezüglich des Umfangs des Rechtes auf politische Propaganda und Betätigung für die Angehörigen der Minderheit.

Ausgehend vom Prinzip der Freiheit der politischen Propaganda, das seinerseits auf dem Prinzip der Zweckindifferenz einer offenen Institution beruht — mit Ausnahme der Grenzen der Mittel und der unüberschreitbaren Grenze der Selbsterhaltung der Rechtsordnung — muß festgestellt werden, ob die Glieder einer Minderheit die eben abgesteckten Grenzen überschreiten können. Auf diese Frage scheint uns, daß man negativ antworten muß, auch wenn natürlich die Tatsache der Zugehörigkeit zu einer Minderheit Perspektiven für eine politische Propaganda eröffnet, die für die anderen Staatsbürger undenkbar wären. So zum Beispiel die Propaganda für die Volksabstimmung, die unter ihren Alternativen jene einer teilweisen oder gänzlichen Lösung von der Souveränität des Staates haben könnte.

Hier geht es nicht darum, festzustellen, ob das sogenannte Recht auf Selbstbestimmung auf völkerrechtlicher Ebene auch den Minderheiten und nicht nur den Völkern zukommt oder nicht. Es ist dies eine äußerst schwere und umstrittene Frage: es handelt sich nur, festzustellen, ob es erlaubt ist, mit den Mitteln, die die Rechtsordnung zuläßt, Propaganda zu machen, auf daß der Staat durch seine rechtmäßigen Organe das Selbstbestimmungsrecht gewähre.

Da questo punto di vista, dato il principio di sovranità che reca con sé implicito anche il potere di rinuncia alla medesima, sempre che effettuata in piena libertà e secondo le procedure costituzionali, è esatto concludere che una propaganda svolta nel senso di cui sopra, non può essere proibita e rientra nell'ambito dei diritti politici di ogni cittadino, anche se acquista maggiore attualità storica nel quadro delle minoranze.

10. — In conclusione, possiamo dire che l'ordinamento costituzionale italiano, se correttamente applicato (e un'applicazione corretta implica anche la dichiarazione di incostituzionalità di talune norme formulamente costituzionali) offre la possibilità di una civile tutela delle minoranze etnico-linguistiche con particolare riferimento a quella alto-atesina. Ma è altrettanto necessario riconoscere che, ove non si accolga la tesi della gerarchia tra leggi costituzionali, la tesi della Costituzione in senso materiale e quella dell'eliminazione attraverso pronunce della Corte Costituzionale, delle norme derivate in contrasto con le norme base, il potere legislativo dovrà intervenire con leggi di revisione costituzionale.

Ma, prima di chiudere, vorremmo dire una parola su di un piano non strettamente giuridico, ma che può costituire la fonte di norme giuridiche.

Il problema delle minoranze dovrebbe scomparire in un'Europa nella quale cadessero finalmente le barriere dei nazionalismi ormai superati e nella quale germanesimo e latinità comprendessero finalmente, dopo tanti secoli di lotte e di sventure, che il contrapporsi è un nonsenso, il collaborare, per una unità politica superiore, il solo compito degno del nostro secolo, per non perire.

Politisches Delikt und ethnische Minderheiten

Prof. Friedrich Nowakowski

Zunächst darf ich für die Einladung, hier zu sprechen, danken. Ich habe sie mit Freude angenommen. Weniger gefreut habe ich mich über das Thema. Ich habe es nicht selbst gewählt, die Veranstalter haben es mir gestellt. Es bringt mich in eine schwierige Lage. Ich bin kein Völkerrechtler und schon gar nicht ein Fachmann für Minderheitenfragen. Überdies bin ich kein Anhänger des Naturrechts. Allos das wußten die Herren, die mich eingeladen haben. Nun können Sie von mir also nicht erwarten, daß ich aus naturrechtlichen Perspektiven geltendes Recht zu ergänzen oder zu berichtigen versuche.

Geltendes Recht: Damit komme ich zur eigentlichen Schwierigkeit für mich. Von welchem Recht aus soll ich über das politische Delikt sprechen? Ein mit der Frage nicht Vertrauter könnte meinen, der Begriff sei im internationalen Recht bestimmt. Aber dem ist nicht so. Das politische Delikt ist von Rechtsordnung zu Rechtsordnung verschieden abgegrenzt. Wenn ich meinem Thema gerecht werden will, muß ich für einzelne Fragen jeweils von mehreren Rechtsordnungen ausgehen. Zur Grundlage muß ich in diesem Kreise aber zweifellos das italienische Strafrecht nehmen. Damit begabe ich mich als Ausländer auf das Glatteis. Ich kann nur darauf vertrauen, daß unter Ihnen viele Nichtjuristen sind. Nun sitzen aber die hochverehrten Herren Professoren des italienischen Strafrechts als Zuhörer da und schauen mich kritisch an, und das kann für mich nur mit einer Blamage enden. Tatsächlich kann ich nur um Verständnis für meine Lage bitten.

Nach dieser Einleitung zum Thema selbst:

1.

Genau genommen ist jedes Delikt ein politisches. Das Strafrecht schützt nur Rechtsgüter, deren Beeinträchtigung das soziale Zusammenleben schwerwiegend stört. Für welche Rechtsgüter das zutrifft, ist eine politische Entscheidung. Bei manchen Delikten wird

Unter diesem Gesichtspunkt muß man richtigerweise schließen, daß, gerade weil das Souveränitätsprinzip auch die Möglichkeit des Verzichts darauf mit einschließt immer natürlich, wenn er in Freiheit und unter Beachtung der verfassungsmäßigen Verfahren vollzogen wird, die Propaganda im eben angeführten Sinn nicht verboten werden kann und in den Bereich der politischen Rechte des einzelnen Bürgers fällt, auch wenn sie größere Geschichts-Aktualität im Rahmen der Minderheiten erhält.

Abschließend können wir sagen, daß die italienische Verfassungsordnung, wenn sie richtig angewandt wird (und die richtige Anwendung schließt auch die Erklärung der Verfassungswidrigkeit einiger formal verfassungsrechtlicher Normen ein), die Möglichkeit eines gerechten Schutzes der völkisch-sprachlichen Minderheiten bietet mit besonderer Berücksichtigung auch der Südtiroler Minderheit. Aber es ist ebenso notwendig, zuzugeben, daß, wo man die These von der Rangordnung der Verfassungsgesetze, die These von der Verfassung im materiellen Sinn und jene der Ausschaltung der abgeleiteten Normen, die im Widerspruch stehen zu den Grundnormen, nicht akzeptiert, der Gesetzgeber mit Gesetzen der Verfassungsrevision eingreifen muß.

Bevor wir aber ans Ende kommen, möchte ich ein Wort sagen von einer nicht rein juristischen Warte aus, das aber zur Quelle rechtlicher Normen werden könnte.

Das Problem der Minderheiten sollte verschwinden in einem Europa, in dem endlich die Barrieren bereits überholter Nationalismen fallen sollten und in dem Deutschum und Latinität nach so vielen Jahrhunderten des Kampfes und der Schicksalsschläge bergehen sollten, daß die Frontstellung sinnlos, die Zusammenarbeit aber für eine höhere politische Einheit die einzige wirklich würdige Aufgabe unseres Jahrhunderts ist, wenn wir nicht dem Untergang entgegen gehen wollen.

das besonders deutlich. Denken Sie z. B. an die Auseinandersetzung über die Strafbarkeit der Abtreibung. In Österreich ist gegenwärtig eine heftige Diskussion darüber im Gange, ob die Homosexualität strafbar bleiben soll. Ich könnte mir denken, daß in Italien vielleicht eine Diskussion über die Strafbarkeit der Propaganda für Empfängnisverhütung — Art. 553 des C.P. — aufflammen könnte. Wir in Österreich haben eine derartige Strafdrohung nicht. Tatsächlich sind nicht nur einzelne Bestimmungen, sondern ist das ganze Strafrecht in ein Geflecht weltanschaulicher, kultureller und politischer Entscheidungen eingebunden. Die große Menge der Deliktstypen betrifft allerdings Rechtsgüter, von denen es für uns selbstverständlich ist, daß sie der Staat durch Strafdrohungen zu schützen hat. Daß aber auch dahinter politische Entscheidungen stehen, erkennen Sie, wenn Sie sich für einen Augenblick in anarchistische Vorstellungen hineinreden. Die politische Natur jeder Strafordnung wird in den östlichen Strafrechten besonders evident gemacht. So sagt z. B. das tschechoslowakische Strafgesetzbuch in seinem § 3 Abs. 1: „Straftat ist eine für die Gesellschaft gefährliche Tat, deren Merkmale in diesem Gesetz angeführt sind.“

Wenn ich hier vom politischen Delikt sprechen soll, ist dieses natürlich nicht in einem solchen allgemeinen Sinn verstanden. Die Spezialbedeutung, in der es gemeint ist, ist kaum älter als 150 Jahre. Sie hat sich im Zusammenhang mit dem Auslieferungsrecht entwickelt. Auch die Einrichtung der Auslieferung (estradizione) ist verhältnismäßig jung. Zwar finden wir etwa in Venedig Auslieferungsverträge schon im frühen Mittelalter. Im großen und ganzen hatte die Strafverfolgung aber auch noch in der Neuzeit an der Grenze des Landes ihr Ende. Wenn es dem Verbrocher gelang, in das Ausland zu entweichen, war er zunächst in Sicherheit. Bei Delikten, die wir heute als politische bezeichnen würden, galt das nicht in gleicher Weise. Wenn jemand z. B. einen Anschlag gegen den Landesfürsten oder dessen Herrschaft begangen hatte, so versuchte man, den Übeltäter doch noch irgendwie zu errei-

chen. Je nach dem Verhältnis zwischen den beiden Herrschern oder Staaten erstrebte man eine Vereinbarung, die eine Androhung der Tat ermöglichte, oder trachtete, sich des Täters, allenfalls auch durch List oder Gewalt, zu bemächtigen. So war das politische Delikt zunächst gleichsam negativ ausgezeichnet, und zwar gerade unter dem Gesichtspunkt einer Erweiterung der Strafverfolgung über die Staatsgrenze hinaus.

Das hat sich in der Folge in das Gegenteil verkehrt. Im 19. Jahrhundert hat sich der Gedanke der Auslieferung auf Grund zwischenstaatlicher Verträge zunehmend durchgesetzt. Die politischen Delikte wurden von der Auslieferung jedoch ausgenommen. Wesentlich war dafür vor allem die Labilität der innerstaatlichen politischen Verhältnisse, die ab der französischen Revolution, und vor allem in Frankreich, offenbar wurde. Wer heute als politischer Verbrecher betrachtet wurde, konnte morgen als Held gelten, und umgekehrt. Damit wurde die Auslieferung politischer Delinquenten politisch problematisch. Die Mächtigen des Staates, die kaum die Auslieferung begehrt hatten, konnten morgen durch andere abgelöst sein, die sie als Vorrat an heiligsten Idealen betrachteten. Wollte man also mit der heutigen Regierung, aber auch mit der Regierung von morgen gut Freund sein, dann war es am besten, wegen politischer Verbrechen grundsätzlich überhaupt nicht auszuliefern. Das ist vermutlich die wesentlichste Wurzel der besonderen Behandlung des politischen Delikts im Auslieferungsrecht. Andere kommen hinzu. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte per politische Verbrecher, der in einen anderen Staat zuflieh, typischerweise für liberale, z.B. konstitutionelle Ideale gekämpft. Naturgemäß floh er, wenn möglich, in einen Staat, in dem diese Ideale geschätzt wurden. Den dort herrschenden politischen Vorstellungen hätte die Auslieferung eines solchen Täters widersprochen. Als dritte Wurzel kommt die allgemeine Einstellung hinzu, daß der politische Täter als Überzeugungsverbrecher achtbar sei und das von den Vertretern der politischen Ordnung, gegen die er sich vergangen hatte, nicht richtig gewürdigt werden könne. Alles das wirkte dahin zusammen, daß man ab der Mitte des vergangenen Jahrhunderts politische Delikte von der Auslieferung ausnahm.

Eine derartige Klausel wurde so regelmäßig in die zwischenstaatlichen Verträge aufgenommen, dieser Grundsatz wurde so regelmäßig beachtet, daß man heute gelegentlich die Auffassung vertreten findet, die Nichtauslieferung wegen politischer Delikte sei ein Satz des allgemeinen Völkerrechts. Das ist aber nicht richtig. Nach den beiden Weltkriegen wurde die Auslieferung sogenannter „Kriegsverbrecher“, also bestimmter „politischer“ Verbrecher, besonders nachdrücklich verlangt. Tatsächlich dreht es sich beim Auslieferungsrecht und auch bei der Frage der Nichtauslieferung politischer Verbrecher auf der völkerrechtlichen Ebene immer nur um partielles Völkerrecht.

Wenn nach den letzten beiden großen Kriegen die Auslieferung speziell von politischen Verbrechern verlangt worden ist, ist das vielleicht ein Symptom für eine allgemeine Entwicklung. Hat man den politischen Delinquenten eine Zeit lang als Überzeugungstäter geachtet, so hat sich in den letzten Jahrzehnten hierin offenbar ein gewisser Umschwung vollzogen. Die Achtung vor der Meinung des anderen beschränkt sich nun auf einen Kreis grundsätzlich ungefähr gleicher Vorstellungen. Bestimmte andere Überzeugungen werden dagegen so radikal abgelehnt, daß man ihre Anhänger schon bloß um dieser ihrer Überzeugung willen beinahe als Verbrecher betrachtet. Das kann man — zwar nicht in Italien, aber in manchen anderen Staaten — anscheinend z.B. Vertretern der kommunistischen Ideenwelt gegenüber beobachten. Ich will diese Tatsache hier nur feststellen, nicht bewerten. Jedenfalls: Eine derartige Kluft zwischen gegensätzlichen Gruppen politischer Überzeugungen stellt die Grundlagen in Frage, auf denen die Nichtauslieferung politischer Verbrecher geistesgeschichtlich beruht. Dies umso mehr, wenn der ideellen Spaltung der Zusammenschluß von Staatenblöcken entspricht und damit auch der Gedanke einer Neutralität gegenüber wechselnden innerpolitischen Konstellationen in den Hintergrund tritt. Man wird erwarren müssen, wie sich diese soziologischen und politischen Verhältnisse weiter entwickeln und welche Auswirkung sie etwa auch auf das Auslieferungsrecht haben werden. Gegenwärtig ist es jedenfalls so, daß wegen politischer Verbrechen nicht ausgeliefert wird. Rechtsquelle dafür sind Auslieferungsverträge, teils auch innerstaatliche Auslie-

ferungsgesetze, die sich an die Organe dieser Staaten wenden, und schließlich Verfassungsbestimmungen, die ein sogenanntes Asylrecht gewähren.

Das Asylrecht verbietet die Auslieferung politischer Verbrecher und gewährt ihnen Aufenthalt im Inland. In manchen Verfassungen ist ein solches Recht vorgesehen. In anderen nicht. Die italienische Verfassung gewährt das Asylrecht in ihrem Art. 10, das Bonner Grundgesetz in seinem Art. 16. Die österreichische Bundesverfassung kennt kein Asylrecht. Auf einem etwas komplizierten Weg und auf bestimmte engere Voraussetzungen beschränkt, kann es aber aus der Flüchtlingskonvention abgeleitet werden. Flüchtlinge sind Personen, die in ihrem Heimatland aus Gründen der Rasse, der Religion, der Nationalität, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten nationalen Gruppe — was hier besonders interessant ist — oder der politischen Gesinnung Verfolgung befürchten müssen. Derartige Flüchtlinge dürfen dem Heimatstaat nicht ausgeliefert und dürfen grundsätzlich auch nicht des Landes verwiesen werden. Die Konvention kennt jedoch Umstände, bei denen Vorliegen die Flüchtlingsqualität nicht zuerkannt wird. Dazu gehört, daß die betreffende Person ein schweres, nicht politisches Verbrechen begangen hat. Die Begehung eines wenn auch schweren, jedoch politischen Verbrechens schließt die Anerkennung als Flüchtling also nicht aus. Daraus ergibt sich ein Asylrecht für Flüchtlinge. Aber man wird nicht schon dadurch politischer Flüchtling im Sinne der Konvention, daß man ein politisches Verbrechen begangen hat. Die Flüchtlingsqualität setzt, wie schon gesagt, bestimmte, nach unseren Vorstellungen nicht rechtsstaatliche Gegebenheiten im Heimatstaat voraus. Wer in einem Rechtsstaat — wie etwa in Italien — ein politisches Delikt begeht und dann in einen Konventionsstaat zuflieht, wird nicht zum Flüchtling im Sinne der Konvention. Ein Asylrecht kommt ihm dann aus diesem Gesichtspunkt nicht zustatten.

II.

Welche Bedeutung hat es, daß ein Delikt ein politisches ist?

Die erste Auswirkung, die Nichtauslieferung, haben wir schon kennengelernt.

Gleichsam die Kehrseite ist es, daß die staatlichen Rechtsordnungen wegen politischer Delikte, die gegen einen anderen Staat begangen worden sind, grundsätzlich keine Strafdrohungen vorsehen. Dies nicht einmal gegen die eigenen Staatsbürger. Das ergibt sich unmittelbar aus den Deliktstypen des jeweils in Betracht kommenden Strafrechts. Die einzelnen Strafrechte pflegen ihren eigenen Staat und dessen Einrichtungen zu schützen, nicht aber die Einrichtungen fremder Staaten. Hochverrat begeht nach italienischem Recht, wer sich gegen Italien, nach österreichischem Recht, wer sich gegen Österreich in entsprechender Weise vergeht. Wer den Bestand oder die Einrichtungen eines anderen Staates angreift, erfüllt diese Deliktstypen nicht. Unter anderen Gesichtspunkten kann allerdings Strafbarkeit begründet sein. So z.B. wegen Gefährdung der Beziehungen zum Ausland (Art. 244 C.P.). Hier wird das politische Delikt, das als Anschlag gegen einen ausländischen Staat gemeint war, als politisches Delikt gegen den eigenen Staat erfaßt, weil eben auch er in seinen politischen Interessen gefährdet worden ist.

Eine dritte Auswirkung der Tatsache, daß eine strafbare Handlung ein politisches Delikt ist, haben wir auch schon im historischen Abriss berührt: Daß nämlich die Staaten politische Delikte, die sich gegen sie gerichtet haben, auch dann zu verfolgen pflegen, wenn sie im Ausland und wenn sie von Ausländern begangen worden sind. Damit treten wir in das Gebiet des sogenannten internationalen Strafrechts ein. Nur vom Deliktstypus aus betrachtet, wäre eine Tat, die ihm entspricht, strafbar, gleichgültig wer sie und wo er sie begangen hat. Der Deliktstypus des Mordes ist in gleicher Weise hergestellt, ob in Italien ein Italiener einen anderen tötet oder ob ein Inder in Paraguay einen Araber. Es liegt im Belieben des einzelnen Staates, ob er zusätzlich eine bestimmte Beziehung der Tat auf seine eigenen Interessen als Voraussetzung der Strafdrohung verlangt. Solche Interessenbeziehungen festzusetzen, ist die Aufgabe des sogenannten internationalen Strafrechts. Die einzelnen Staaten stecken diesen Rahmen sehr verschieden ab. Die Oststaaten pflegen sehr weit zu gehen, wir neigen eher zur Zurückhaltung. Wir verlangen, daß die Tat in irgend-

einer Weise die Interessen des Staates berührt, der sie zu bestrafen unternimmt. Bei politischen Delikten, die sich gegen den betreffenden Staat richten, trifft das immer zu. Daraus ergibt sich, daß der Staat ähnliche Delikte auch dann bestraft, wenn sie im Ausland und von einem Ausländer begangen worden sind. Es dreht sich hier um einen Fall des sogenannten Realschutzprinzips.

Ein besonderes Problem, das sich speziell bei politischen Delikten ergibt, ist rein innerstaatlicher, und zwar prozessualer Natur. Das politische Delikt wendet sich gegen den Staat und dessen Organisation. Wenn nun derselbe Staat dieses Delikt verfolgt, so entsteht in der Allgemeinheit leicht ein Mißtrauen im Hinblick darauf, daß sozusagen der Angegriffene selbst über den Angriff richtet. Dieses Mißtrauen wendet sich, historisch gesehen, vor allem gegen den beamteten Richter. Daher wurde insbesondere für politische Delikte früh und mit Nachdruck die Laiengerichtbarkeit gefordert, ursprünglich die Jury nach englischem Vorbild. Der Laienrichter wird, auch wenn er in dieser Funktion als Organ des Staates tätig ist, doch nicht mit ihm und seinen Interessen so identifiziert wie der Berufsrichter. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

III.

Bisher haben wir mit dem politischen Delikt operiert wie mit einer unbekannten Größe. Wir müssen uns nun endlich fragen: Was ist ein politisches Delikt? Diese Frage wird — wie schon einleitend gesagt — von Rechtsordnung zu Rechtsordnung sehr verschieden entschieden. Im großen und ganzen lassen sich drei Typen herausstellen. Einmal das rein politische oder absolut-politische Delikt. Zum zweiten das gemischt-politische oder relativ-politische Delikt. Zum dritten das konnex-politische Delikt. Diesen drei Formen des politischen Delikts begegnen wir immer wieder. Die Abgrenzungen schwanken jedoch.

Die Kernform ist das rein politische Delikt. Es ist dadurch gekennzeichnet, daß es sich nur gegen politische Rechtsgüter richtet, gegen das Bestehen oder das Funktionieren des Staates und seiner Einrichtung oder gegen politische Rechte der Staatsbürger. Wenn sich die strafbare Handlung ausschließlich gegen diese Lebens- und Interessenbereiche wendet, haben wir ein rein politisches Delikt vor uns. Solche Delikte lassen sich in ihrer ideellen Reinheit aber kaum vorwirklichen. Der Angriff auf ein politisches Rechtsgut berührt meist auch andere Rechtsgüter. Ein Attentat gegen einen Staatspräsidenten, das ihm in dieser seiner Funktion gilt, tötet mit dem Präsidenten doch auch schlechthin einen Menschen. Der Staatspräsident ist eben nicht nur Zurechnungspunkt von Funktionen, er ist auch ein Mensch aus Fleisch und Blut. Das politische Delikt wird damit zu einem — sagen wir es gleich — gemischt-politischen Delikt. Im Zusammenhang mit der Beeinträchtigung des politischen Rechtsgutes wird ein allgemeines oder, wie man zu sagen pflegt, ein „gemeines“ Rechtsgut beeinträchtigt.

Die gemischt-politischen Delikte sind das eigentliche Problem. Bei ihnen werden ein politisches und ein allgemeines Rechtsgut berührt. Zwischen der Beeinträchtigung dieser Rechtsgüter besteht ein Sachzusammenhang. Es fragt sich, wie er beschaffen sein muß, damit das Gesamtgeschehen den Charakter des politischen Deliktes hat. Die Auslieferungsverträge pflegen sich mit dieser Frage nicht zu befassen. Sie sprechen schlechthin vom politischen Delikt. Die innerstaatlichen Rechtsordnungen bestimmen den Kreis der gemischt-politischen Delikte sehr verschieden — oder auch gar nicht. Wir können ein objektives System, das z. B. in Deutschland verwirklicht ist, ein subjektives System, das z. B. in Italien breiten Raum einnimmt, oder eine Situation wie in Österreich: die innerstaatliche Rechtsordnung schweigt sich über diese Frage aus.

Um mit diesem dritten Fall zu beginnen. Wie kommt man dann zu einer Abgrenzung der gemischt-politischen Delikte? Für den Bereich des Auslieferungsrechtes ergibt sich eine Möglichkeit aus dem Prinzip der Gegenseitigkeit. Dieses spielt im Völkerrecht und insbesondere im Auslieferungsrecht eine große Rolle. Der eine Staat gewährt dem anderen nur, was ihm dieser in einem gleichgelagerten Fall ebenfalls gewähren würde. Diese Maxime ermöglicht, wenn die eigene Rechtsordnung schweigt, die Festlegung des politischen Deliktes in der Relation zu anderen Staaten, deren Rechtsordnung die Frage entschieden hat. Wenn in Deutschland oder wenn in Italien das politische Delikt definiert ist und es im

Auslieferungsvertrag, wie üblich, einfach heißt, daß wegen politischer Delikte nicht ausgeliefert werde, dann wissen wir doch, unter welchen Voraussetzungen Deutschland und unter welchen Italien die Auslieferung wegen des politischen Charakters nicht gewähren würde. Nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit haben wir nach Deutschland nur unter der Voraussetzung auszuliefern, daß nach deutschem Recht kein politisches Delikt vorläge, nach Italien nur unter der Voraussetzung, daß nach italienischem Recht keines gegeben wäre. Der Ausdruck „politisches Delikt“ hat dann je nachdem, welcher Staat Auslieferungspartner ist, verschiedenen Inhalt. Das ist allerdings meine persönliche Auffassung, die mit solcher Klarheit üblicherweise nicht vertreten wird. Man bemüht sich vielmehr, den Begriff des politischen Deliktes aus irgendwelchen allgemeinen Prinzipien abzuleiten. Dafür sehe ich in der innerstaatlichen Rechtsordnung jedoch keine hinlängliche Grundlage. Die Lösung, die ich eben angedeutet habe, scheint mir dagegen zwingend vorgezeichnet zu sein. Allerdings erledigt sie das Problem nicht vollständig.

Nun, als Paradigmata klarer rechtlicher Bestimmungen, das deutsche und das italienische System. Das deutsche System stellt auf einen rein objektiven Zusammenhang ab. Im deutschen Auslieferungsgesetz werden politische Taten dahin definiert, daß sie sich gegen eines der vorhin genannten Rechtsgüter richten. Das rein politische Delikt ist der Kernpunkt. Verletzungen anderer Rechtsgüter, die in Tateinheit (in Handlungseinheit) mit einem Angriff auf ein politisches Rechtsgut verbunden sind, fallen mit in den Bereich des politischen Delikts. Nur unter der engen Voraussetzung der Handlungseinheit liegt ein gemischt-politisches Delikt vor. Allein dieser objektive Zusammenhang vermag es zu schaffen. Ganz anders nach italienischem Recht. Hier müssen wir zwei Gruppen unterscheiden. Wir haben einmal objektiv-politische Delikte im eben gemeinten Sinn, die Delikte, die im Art. 7, Punkt 1 genannt sind, die „delitti contro la personalità dello stato“. Das sind im Gesetz aufgezählte Delikte, die nach ihrem Schutzzubjekt ein für allemal als politische Delikte betrachtet werden. Diese Liste enthält nicht nur rein politische, sondern auch gemischt-politische Delikte. Vom Deliktstypus her gesehen, muß die Tat oft ein allgemeines Rechtsgut mit verletzen. Das deutlichste Beispiel ist der Anschlag gegen das Leben des Staatsoberhauptes (Art. 276 des C.P.). Aber das italienische Recht begnügt sich nicht mit diesen Fällen. Nach Art. 8 C.P. sind politische Delikte alle Taten, die ganz oder zum Teil auf politischen Motiven beruhen. Man hat dieser Definition den Vorwurf gemacht, daß sie eine Tautologie enthalte, weil sie das Wort „politisch“ gebraucht. Dieser Vorwurf verliert sein Gewicht, wenn man sich das Entscheidende der Aussage Augen hält: daß nämlich das Motiv zum Kriterium erhoben wird. Das will der Gesetzgeber aussagen und sagt es mit aller erforderlichen Klarheit. Ein politisches Motiv im Sinne dieser Gesetzesstelle liegt dann vor, wenn die Tat begangen wird, um im Interesse des Staates oder der Gesellschaft oder eines Teiles der Gesellschaft (einer Klasse oder Gruppe) Ideale, Ideen oder Ziele einer politischen Richtung zu begünstigen, zu verwirklichen oder zu bekämpfen. Diese subjektive politische Zielsetzung, die nicht auf ein politisches Delikt, sondern nur auf eine politische Wirkung ausgerichtet sein muß, genügt, um das Delikt zu einem politischen zu machen. Und zwar jedeswelches Delikt, gleichgültig, gegen welches Rechtsgut es sich richtet.

Manche sind der Meinung, daß die Regelung zu weit gehe. In Entwürfen wurde eine Einschränkung in dem Sinne vorgesehen, daß das politische Motiv überwiegen, das Hauptmotiv gewesen sein müsse. Aber das ist nicht geltendes Recht. So genügt es, wenn die politische Zielsetzung im Gesamtzusammenhang der Motive nur eine Rolle gespielt hat. Damit wird der Begriff des gemischt-politischen Delikts sehr weit gefaßt.

Das hat zur Folge, daß die konnex-politischen Delikte an Bedeutung verlieren. Konnex-politische Delikte sind allgemeine Delikte, deren Zielrichtung mit einem politischen Delikt zusammenhängt. Sie werden begangen, um ein politisches Delikt vorzubereiten, in seinem Erfolg zu sichern, zu decken oder abzuwehren. Für eine Rechtsordnung, die, wie das italienische Recht, das gemischt-politische Delikt subjektiv vom Motiv — genauer gesagt, vom Ziel — her bestimmt, kommen diese konnex-politischen Delikte so gut wie überhaupt nicht in Betracht. Jedes Delikt ist zumindest zum Teil aus einem politischen Motiv (zu einem politischen Zweck) begangen und damit schon selbst ein politisches Delikt. Geht man dagegen von einer objektiven Begriffsbestimmung

des politischen Deliktes aus, wie sie z.B. das bundesdeutsche Recht vornimmt, so gewinnen die konnex-politischen Delikte erheblich an Raum. In den Auslieferungsverträgen werden sie oft neben den politischen Delikten genannt und von der Auslieferung ausgeschlossen.

IV.

Ist der Begriff des politischen Deliktes nun umrissen, so wird die Frage unabwieslich, die durch den Titel des Vortrages aufgegeben ist: Welche Beziehung besteht zwischen politischem Delikt und ethnischer Minderheit?

Eine formallogische Beziehung liegt nicht vor. Das ist nach dem Gesagten ohne weiteres offenbar. Aber das schließt tatsächlich Zusammenhänge nicht aus. Der Einsatz für eine ethnische Minderheit, die um die Erhaltung und Bekräftigung ihrer Eigenart und um die dazu erforderlichen Rechte kämpft, kann tatsächlich leicht in die Nähe des politischen Deliktes führen. Darauf muß man achten. Andererseits aber auch darauf, daß nicht als politisches Delikt aufgefaßt wird, was in Wahrheit rechtlich zulässiger Einsatz für die Belange der Minderheit ist. Beides gilt besonders unter einem Strafrecht wie dem Italienischen, das den Strafschutz des Staates, seiner Einrichtungen und der nationalen Interessen durch objektiv-politische Tatbestände sehr intensiv gestaltet und jedes beliebige Delikt durch seine Zielsetzung zum politischen werden läßt.

Einige Beispiele zunächst aus dem Kreis der objektiv-politischen Delikte, der delitti contro la personalità dello stato. Man darf hier nicht nur an massive Dinge wie Hochverrat, Aufruhr oder dgl. denken. Beispielsweise sei das Delikt nach Art. 246, die „Corruzione del cittadino da parte dello straniero“ genannt. Ein Inländer wird von einem Ausländer gegen Zusicherung eines Vorteiles dazu bestimmt, irgendwelche Akte „gegen die nationalen Interessen“ zu setzen. Der Deliktstypus legt es nahe, sich als Täter den Angehörigen einer völkischen Minderheit zu denken, den ein Angehöriger des gleichen Volkes, der ausländischer Staatsbürger ist, gegen Belohnung zu einem Verhalten im wirklichen oder vermeintlichen Interesse der Minderheit bestimmt. Freilich: Wann sind solche Handlungen „atti contrari agli interessi nazionali?“ Der Begriff ist sehr weit und unbestimmt. Mit Sicherheit wird man Handlungen ausschließen können, die rechtlich zulässige Ziele auf rechtlich unbedenklichen Wegen verfolgen. Aber auch das kann schwer zu entscheiden sein. Ein Beispiel dafür hat uns der hochinteressante Vortrag Prof. Nuvolones eben geboten. Er hat untersucht, ob Propaganda für eine Volksabstimmung über die allfällige Selbständigkeit eines Teilgebietes mit ethnischer Minderheit in den Rechten der Minderheit verfassungsrechtlich gedeckt ist oder nicht. Ein weiteres kommt hinzu: Die überwiegende Auffassung versteht die Eigenschaft der Handlung, nationalen Interessen zuwiderzulaufen, als eine objektive Bedingung der Strafbarkeit. Danach kommt es nicht darauf an, wie der Täter selbst seine Handlung beurteilt. Das Gericht hat vielmehr nach objektiven Maßstäben unabhängig davon zu entscheiden. Man ersieht aus alledem, wie gering die Rechtssicherheit ist, die die Typusmerkmale des Art. 246 C.P. bieten können. Ein anderes Beispiel: Art. 253, die Zerstörung oder Unbrauchbarmachung von militärischen Werken. Es liegt nahe, daß sich irgendwelche Sabotageakte gerade gegen militärische Werke richten, auch wenn diese Anschläge bloß als Demonstration gemeint sind. Der Begriff des militärischen Werkes wird sehr weit gezogen und ist von der Wichtigkeit des Objekts unabhängig. Oder Art. 269. Diese Bestimmung richtet sich gegen die antinationale Tätigkeit eines Inländers im Ausland. Sie erfaßt insbesondere auch den Staatsbürger, der im Ausland falsch, übertriebene oder tendenziöse Gerüchte oder Nachrichten über innere Verhältnisse Italiens auf solche Weise verbreitet, daß dadurch das Ansehen des Staates im Ausland bedroht worden kann. Darüber hinaus aber überhaupt jede Tätigkeit eines Inländers im Ausland, die nationale Interessen schädigen kann. In seinem ersten Fall könnte das Delikt etwa durch ein Interview hergestellt werden, das im Ausland gegeben wird. Auch hier entscheidet das Gericht über die Qualifikation der Äußerung unabhängig vom persönlichen Urteil des Täters, der es vielleicht gar nicht so böse gemeint haben mag.

Das sind nur einige Beispiele. Sie ließen sich leicht vermehren. Von den Bestimmungen der Art. 290 und 291 — Schmähung der Republik, der verfassungsmäßigen Einrichtungen, der Armee — brauche ich nicht zu sprechen. Sie sind dem allgemeinen Bewußtsein gegenwärtig zweifellos präsent. Hinzuweisen wäre auch auf

die Art. 362 bis 397. Art. 393 erfaßt z.B. die öffentliche Verherrlichung objektiv-politischer Delikte.

Die herausgestellten Beispiele unterstreichen, wie vollständig die besprochene Materie vom Recht des einzelnen Staates abhängt. Strafdrohungen wie die der Art. 243, 269 sind dem Österreichischen Strafrecht unbekannt. In Österreich ist das Gewebe der Strafdrohungen zum Schutz des Staates und der öffentlichen Einrichtungen nur sehr locker. Anscheinend besteht eine Tendenz, manche Lücken zu schließen. Dies jedoch nicht, um völkische Minderheiten im Zaum zu halten. Wir haben solche Minderheiten kaum, und soweit wir sie haben, bilden sie kein Problem.

Soweit zu den objektiv-politischen Delikten. Bei ihnen spielt es keine Rolle, ob der Täter einer ethnischen Minderheit angehört oder nicht. Die Qualität des Deliktes als politisches ist mit der Erfüllung des Typus ein für allemal verbunden. Anders bei den subjektiv-politischen Delikten. Wie schon gesagt, sind sie dadurch gekennzeichnet, daß die Tat ganz oder zum Teil auf politischen Motiven beruht, genauer, politische Zwecke verfolgt. Diese Ziele müssen nicht den Staat als ganzen betreffen. Es genügt, daß sie auf die Änderung (oder die Hintanhaltung einer Änderung) der politischen Stellung einer Gegend oder einer Gruppe oder Klasse abzielen. Literaturstellen und Entscheidungen lassen schon die Beeinflussung der Verhältnisse nur einer einzigen Gemeinde genügen. Selbstverständlich ist es ein politisches Motiv, die politische Stellung einer ethnischen Minderheit zu verändern.

Dabei muß der Täter keine klare Vorstellung von dem Ziel haben, dem seine Tat dienen soll. Es genügt schon die Vorstellung, daß die Verhältnisse geändert, die bestehenden Zustände erschüttert und in Frage gestellt werden sollen. Ein positives Programm ist nicht Voraussetzung für ein politisches Motiv. Diese Frage ist in Lehre und Rechtsprechung insbesondere im Zusammenhang mit dem Anarchistenproblem erörtert worden. Die Rechtsprechung hat, ohne Zweifel, die Lehre ist, soweit ich erscha, einmütig. Daraus ergeben sich Folgerungen auch für Handlungen von Angehörigen ethnischer Minderheiten.

Der Täter muß nicht in der Vorstellung handeln, das politische Ziel durch seine Tat unmittelbar erreichen zu können. Sie muß ihm nur dienen, seine Erreichung fördern sollen.

Eine Grenze darf bei alledem nicht übersehen werden: Ein politisches Motiv im Sinne des Art. 8 C.P. liegt nur dann vor, wenn die Tat um politischer Auswirkungen willen begangen worden ist. Nicht das Motiv im eigentlichen Sinn, der Beweggrund, sondern das Ziel entscheidet. Eine Wirtshausaufräuferei wird nicht dadurch zum politischen Delikt, daß die Gegner wegen der Verschiedenheit ihrer politischen Gesinnung aneinandergeraten sind. Nur wenn die Tat wenigstens zum Teil auch um politischer Auswirkungen willen gesetzt worden ist, ist sie politisch im Sinn des Art. 8 C.P. Auch das kann bei Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen einer ethnischen Minderheit und anderen Staatsbürgern eine Rolle spielen.

V.

Für das italienische Recht ist besonders zu betonen, daß Art. 1 und Schwere der strafbaren Handlung für ihre Qualifikation als gemischt-politisches Delikt gleichgültig sind. Auch schwerste Verbrechen, selbst Morde, sind gemischt-politische Delikte, wenn sie ganz oder zum Teil auf einem politischen Motiv beruhen. Das ist keineswegs selbstverständlich. Der Begriff des gemischt-politischen Deliktes oder auch die Beachtlichkeit dieser Qualifikation wird unter diesem Gesichtspunkt oft eingeschränkt. Ein klassisches Beispiel ist die sogenannte Belgische Attentatsklausel. Im Jahre 1850 wurde gegen Napoleon III. ein Attentat verübt, der Täter floh nach Belgien. Nun entstand die Frage der Auslieferung. Sie belastete das Verhältnis zwischen Frankreich und Belgien schwer. Diese Situation führte zur Entwicklung des Rechtssatzes, daß ein politisches Delikt nicht anzunehmen, die Auslieferung also zu gewähren sei, wenn es sich um einen vorsätzlichen Anschlag auf das Leben eines regierenden Monarchen oder eines seiner Familienangehörigen handle. Mangel gekrönter Häupter ist die Klausel in dieser Fassung immer unbedeutender geworden. Seitdem sind jedoch andere Einschränkungen entstanden. So ist nach dem deutschen Auslieferungsgesetz ein vorsätzlicher Anschlag gegen das Leben kein politisches Delikt. Von dieser Ausnahme gibt es freilich wieder eine Ausnahme für den Fall, daß die Tat im offenen Kampf begangen worden ist. Eine andere Formel ist von der Schweiz ausgegangen. Danach ist zu prüfen, ob der Charakter des gemeinen, also allgemeinen Deliktes oder der politische Charakter überwiegt. Nur im

zweiten Fall wird das Gesamtgeschehen als politisches Delikt betrachtet. Die Abwägung unterliegt dabei dem ersuchten Staat, der die Auslieferung gewähren soll. Diese Formel ist sehr elastisch.

Italien kennt derartige Einschränkungen des Begriffs des politischen Deliktes nicht. Art. 10 der Verfassung gewährt schlechthin die Nichtauslieferung. Er sieht keine Einschränkung im Sinn der eben dargestellten Formeln vor. Für sich allein wäre das freilich noch nicht schlüssig, weil der Begriff des politischen Deliktes im Art. 10 vorausgesetzt wird. Er wird durch die Bestimmungen des Codice Penale festgelegt, und dessen Art. 7 und 8 kennen keine derartigen Einschränkungen. Damit steht fest, daß die Behandlung eines Deliktes als politisch nach italienischem Recht unabhängig davon ist, wie schwer die Beeinträchtigung des allgemeinen Rechtsguts wiegt. Allerdings hat italien Auslieferungsverträge abgeschlossen, in denen einschränkende Klauseln wie die erwähnten enthalten sind. Wenn ich richtig sehe, ist es in der italienischen Literatur unstritten, ob Art. 10 der Verfassung im Zusammenhang mit Art. 8 des C.P. diese Vertragsbestimmungen beseitigt hat oder nicht. Ich persönlich halte es für unmöglich, daß die Verfassung völkerrechtliche Vorränge ändert. Die aus ihnen erfließenden Verpflichtungen können nur innerstaatlich als verfassungswidrig disqualifiziert werden. Die völkerrechtliche Verpflichtung liegt jedoch auf einer anderen Ebene. Aber das ist eine Frage, die ich letztlich nicht zu behandeln habe. Ich wollte sie nur am Rande, allenfalls zur Vorbereitung der Diskussion, kurz streifen. Im Verhältnis von Österreich und Italien spielt das Problem keine Rolle. Der Auslieferungsvertrag zwischen diesen beiden Staaten aus dem Jahre 1922 enthält keinerlei Beschränkung in der besprochenen Richtung. Wohl ist dort die Rede davon, daß zu prüfen ist, ob der Charakter des gemeinen Deliktes überwiegt, dies jedoch nur im Hinblick auf konnex-politische Delikte. Bei den politischen Delikten selbst, gleichgültig, ob sie rein-politisch oder gemischt-politisch sind, wird dieser Gesichtspunkt nicht berücksichtigt. Im Verhältnis zwischen Italien und Österreich ist das konnex-politische Delikt jedoch, wie schon gesagt, bedeutungslos, weil Art. 8 C.P. auch diese Taten gemischt-politische Delikte sein läßt und das auf dem Wege über die Gegenseitigkeit auch für Österreich im Auslieferungswesen maßgebend wird. Daher hat die Einschränkung im Art. 5 des Vertrages, solange Art. 8 C.P. nicht geändert wird, für uns keine praktische Bedeutung. Zwischen Österreich und Italien ist eine Auslieferung nicht möglich, wenn es sich um ein politisches Delikt handelt, und zwar auch dann, wenn ein gemischt-politisches Delikt vorliegt und der Charakter des gemeinen Deliktes eindeutig überwiegt. Das darf man nicht dem österreichischen Recht in die Schuhe schieben. Es ergibt sich für Österreich auf dem Wege über die Gegenseitigkeit aus dem italienischen Recht.

VI.

Geht nach italienischem Recht auf der einen Seite der Schutz gegen Auslieferung sehr weit, so umgekehrt auch die Strafbarkeit eines Deliktes wegen seines politischen Charakters in Italien, mag es auch im Ausland und von einem Ausländer begangen worden sein. Für diese Frage ist allerdings zwischen den objektiv-politischen Delikten nach Art. 7 Nr. 1 und den subjektiv-politischen Delikten nach Art. 8 C.P. zu unterscheiden. Bei der ersten Gruppe ist die Verfolgung zwingend vorgesehen, bei der zweiten Gruppe dagegen ein Antrag des Justizministeriums erforderlich. Damit ist eine gewisse Elastizität gewährleistet, die es ermöglicht, Erfordernissen der innen- und außenpolitischen Opportunität Rechnung zu tragen.

VII.

Materiellrechtlich werden politische Delikte nicht anders als gemeine behandelt. Welche Bedeutung das politische Motiv für die Strafzumessung hat, ist im Gesetz nicht gesagt. In der Regel wird man bei solchen Taten wohl den Milderungsgrund nach Art. 62 Z. 1 C.P., „motivi di particolare valore morale o sociale“, annehmen können. Die Rechtsprechung betont jedoch, daß dies nicht ein für allemal gelte, sondern von Fall zu Fall zu prüfen sei. Die Entscheidung liegt beim Gericht. Gerade im Hinblick auf ethnische Minderheiten wird es dabei eine erhebliche Rolle spielen, mit welchem Maß von Verständnis oder vielleicht umgekehrt von emotionaler Ablehnung die Richter dieser Minderheit und ihren Anliegen gegenüberstehen.

VIII.

Damit kommen wir zur letzten Seite des politischen Deliktes, zur Besetzung der Gerichte.

Wie schon kurz bemerkt, wurde sehr bald, insbesondere seit dem Jahre 1848, mit großem Nachdruck gefordert, daß politische Delikte nicht von osanzten Richtern, sondern von Volksrichtern (Geschworenen) abgeurteilt werden sollten. In Österreich ist dem durch Art. 81 B.V.G. Rechnung getragen. Dort heißt es: „Bei allen politischen Verbrechen und Vergehen entscheiden Geschworene über die Schuld des Angeklagten.“ Was damit angesprochen wird, ist das Geschworenengericht im klassischen Sinn. Es ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß die Laien einen selbständigen Spruchkörper bilden, der allein, nicht in Gegenwart von Berufsrichtern, sondern ganz sich selbst überlassen die Schuldfrage entscheidet. Das ist für die Laien eine sehr schwere Aufgabe. Daher wird ihnen von den Berufsrichtern ein Frageschema vorgelegt, eine Reihe von Fragen, die die Laien nur mit ja oder mit nein zu beantworten haben. Der Einfluß der Berufsrichter auf diese Entscheidung ist außerordentlich gering.

Man kann das unter dem Aspekt der unbeeinflussten Entscheidung aus dem Volkswissen, der vollen, nicht nur rechtlichen, sondern auch tatsächlichen Unabhängigkeit der Volksrichter positiv bewerten. Das Geschworenengericht geht ja historisch auf das Mißtrauen gegen den Berufsrichter zurück, der als Beamter sein Brot von einem Mächtigen — heute vom Staat — empfängt und — meinte man — daher nicht völlig unabhängig sein kann. Die Laiengerichtbarkeit sollte den Beschuldigten vor einer solchen Abhängigkeit und darüber hinaus vor gewissen Vorurteilen des beamteten Richters schützen. Aber die Laiengerichtbarkeit kann sich auch anders auswirken. Sie kann den umgekehrten Akzent erhalten. Wir haben das in einer hinter uns liegenden Epoche erlebt. Damals hat man gerade für politische Delikte die Laiengerichtbarkeit beibehalten, als Laienrichter aber nur Person mit politischem Engagement berufen. Diese Laiengerichtbarkeit sollte nicht die Vorurteilslosigkeit der Richter gewährleisten, sondern der Ideologie der herrschenden politischen Richtung gerade bei der Aburteilung politischer Delikte besonderen Einfluß sichern. Das liegt hinter uns. Heute ist die Laiengerichtbarkeit in Österreich gerichtsorganisatorisch völlig unbedenklich gestaltet und wird wieder als Garant im ursprünglichen Sinne hochgehalten. Der objektive und kritische Beobachter kann aber nicht übersehen, daß die Geschworenengerichtbarkeit auch unter solchen Voraussetzungen bei politischen Strafsachen immer Gefahren in sich schließt. Der Laie ist emotional ansprechbar und gegen Strömungen der öffentlichen Meinung nicht immer gefestigt. Auch eine gewisse Angst vor politischen Wechselfällen liegt ihm nach den Erfahrungen vergangener Zeiten vielleicht nicht ganz fern. Die Atmosphäre des Verhandlungssaales, der von Gesinnungsgenossen des politischen Täters gefüllt wird, die Stimmung, die von der Verteidigung hochgespielt wird, eine Presse, die sich wenigstens zu einem nicht unerheblichen Teil dem anschließt: alles das wirkt auf den Laienrichter ein. Die Berufsrichter können dem nicht wirksam entgegentreten. Die Laien sind von ihrem Einfluß ja bewußt abgeschirmt. Auch die Möglichkeiten einer Überprüfung der Entscheidung sind im geschworenengerichtlichen Verfahren beschränkt. Die Tatsachenfeststellungen, die die Geschworenen zugrunde gelegt haben, können nicht überprüft werden. Wohl kann der Wahrspruch von den Berufsrichtern aufgehoben werden, wenn sie meinen, daß die Geschworenen in der Hauptsache geirrt haben. Aber wenn ein zweites geschworenengerichtliches Verfahren zum gleichen Ergebnis führt, hat es damit sein Bewenden. Dasselbe unrechte Tatsachenfeststellung kann nicht zweimal zur Aussetzung führen. Alles das muß man sich vergegenwärtigen, um manche Urteile zu verstehen, die sonst nur schwer verständlich wären.

Wie schauen diese Dinge in Italien aus? Hier gibt es keine Geschworenengerichte im klassischen Sinn. Für politische Delikte sind die Assisen Gerichte zuständig. Sie sind nach dem Sprachgebrauch der Wissenschaft Schöffengerichte. Der Unterschied liegt darin, daß die Geschworenen arbeitsteilig über die Schuldfrage allein entscheiden, bei einer Reihe anderer Fragen dagegen überhaupt nichts mitzureden haben, die Schöffen hingegen sämtliche in der Hauptverhandlung anfallende Entscheidungen gemeinsam mit den Berufsrichtern treffen. Berufsrichter und Schöffen beraten und entscheiden gemeinsam. Daher können die Berufsrichter die Schöffen in stärkerem Maße anleiten als die Geschworenen. Die Assisen Gerichte sind jedoch so besetzt, daß das Laienlement zahlenmäßig ein eindeutiges Übergewicht hat. Zwei Berufsrichtern stehen sechs Laien gegenüber. Damit sehen wir auch in Italien die Tendenz verwirklicht, daß politische Delikte von einem Gericht erledigt werden

sollen, bei dem das beruflicherliche Element in den Hintergrund tritt.

Aber nicht alle politischen Delikte in dem Sinne, wie wir den Begriff vorher herausgearbeitet haben, kommen in Österreich vor die Geschworenen, in Italien vor die Assisengerichte. In den Zuständigkeitsbestimmungen werden die Deliktstypen aufgezählt, die um ihres politischen Charakters willen vor diesen Gerichte kommen. In Italien trifft das nur für die politischen Delikte im Sinne des Art. 7 Nr. 1 C.P., nicht aber für die subjektiv-politischen Delikte zu. Sie können zwar unter andern Gesichtspunkten, nicht aber wegen ihres politischen Charakters vor die Assisengerichte gebracht werden. In Österreich enthält die Strafprozeßordnung eine taxative Liste von Delikten, die vermöge ihres typischen politischen Charakters von den Geschworenengerichten abzuurteilen sind. Diese Delikte kommen immer vor die Geschworenengerichte, gleichgültig ob sie im einzelnen Fall aus politischen Motiven begangen worden sind oder nicht. Andere als die aufgezählten Delikte kommen nie aus dem Gesichtspunkt ihrer politischen Qualität vor die Geschworenengerichte, mögen sie auch ausschließlich auf politische Motive zurückzuführen sein und politische Ziele verfolgen. Man könnte vielleicht bezweifeln, ob das verfassungsrechtlich ganz in Ordnung ist, denn die Bundesverfassung sagt „alle politischen Verbrechen und Vergehen“. Wenn man den Begriff des subjektiv-politischen Delikts anerkennt, enthält die Liste der StPO nicht alle politischen Delikte. Aber das innerstaatliche österreichische Recht kennt diese Gruppe eben nicht. In Italien entsteht kein verfassungsrechtliches Problem, denn die Verfassung sagt über die Bereiche, die den Laien in der Rechtsprechung zugewiesen sind, nicht aus. Sie überläßt diese Festsetzung dem einfachen Gesetz.

Wie wirkt sich der entscheidende Einfluß der Laien bei der Beurteilung politischer Delikte nun just für ethnische Minderheiten tatsächlich aus? Man kann nicht übersehen: Er kann — „kann“ sage ich, nicht „muß“ — zur Gefahr werden. Sind die Laienrichter nicht Angehörige der ethnischen Minderheit, sondern des Volkes, das die Mehrheit des Staatsvolkes ausmacht, und bestehen zwischen der ethnischen Minderheit und dem Gesamtvolk emotionale Spannungen, so kann es leicht geschehen, daß die Laienrichter eine gewisse — man möchte fast sagen — Aggressionstendenz gegen die Angeklagten haben. Dann wirkt sich die Laiengerichtbarkeit, die den Angeklagten gegen politische Bindungen und Abhängigkeiten des Berufsrichters schützen soll, gerade umgekehrt aus. Das muß nicht auf bösem Willen der Laienrichter beruhen, sondern erfließt aus ihrer inneren Einstellung, die von

vorherem schon nach der gesamten politischen Situation vorgegeben sein mag. Würde man das Gericht mit Angehörigen der ethnischen Minderheit besetzen, so wäre unter solchen Voraussetzungen das Umgekehrte zu befürchten. Ebenso wie das gelegentlich bei Vorfahren in Nachbarstaaten vorkommen mag, deren Staatsvork der zugezogene Täter angehört. Man findet gerichtsorganisatorisch kaum einen voll befriedigenden Ausweg. Vielleicht wäre an einen Proporz zu denken. Aber damit wäre ein Spannungszustand zwischen den Volksgruppen gleichsam von Gesetzes wegen anerkannt.

Das Problem der Gerichtsbesetzung ist nur ein Beispielfall für die Schwierigkeiten, die sich in einem Staat einstellen müssen, in dem zwischen Bürgern verschiedener Volkszugehörigkeit emotionale Spannungen bestehen.

Gewiß: Politische Spannungen und Gegensätze gehören zur Demokratie. Sie werden im demokratischen Prozeß der Meinungsbildung und Mehrheitsbildung ausgetragen. Eine ethnische Minderheit befindet sich dabei jedoch in einer tragischen Lage. Sie hat nicht die Hoffnung, jemals zur Mehrheit zu werden. Mögen ihre Argumente noch so gut sein, sie können die ethnische Minderheit nicht zur ethnisch bestimmten Mehrheit machen. Deshalb ist die ethnische Minderheit gerade in der Demokratie auf das Verständnis der Mehrheit angewiesen. Das bedeutet für die Mehrheit eine Verpflichtung, der Minderheit den Raum zu geben, der ihr der Sache nach zukommt und zu dessen Klarstellung Prof. Nuvolone gerade so Wesentliches gesagt hat. Andererseits: Wenn der ethnischen Minderheit dieser Bereich der Selbstentfaltung und Selbstgestaltung gewährleistet ist, muß sie sich innerseits integriert fühlen in dem Staatswesen, das sie in ihrer Eigenart und Freiheit auf solche Weise achtet. Unter solchen wechselseitigen Voraussetzungen entfallen die Spannungen, die wir in der Problematik der Laiengerichtbarkeit für politische Delikte im Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit geradezu in exemplifikatorischer Weise in den Griff bekommen können.

Wenn ich am Ende eines wissenschaftlichen Vortrages einen Wunsch außerhalb des Bereiches strenger Wissenschaftlichkeit äußern darf, dann ist es der, daß es möglichst bald gelingen möge, im Sinne einer derartigen Harmonisierung, die wirklich jedem das Seine gewährt, die emotionalen Spannungen abzubauen und damit die Problemverbinding, die den Titel meines Vortrages „Politisches Delikt und ethnische Minderheit“ geprägt hat, zu überwinden und historisch werden zu lassen.

Zusammenfassung der Diskussion

Diskussionsleiter: Siegfried Mayr

Sprecher: Prof. Nuvolone, Prof. Nowakowski, Prof. Gallo

In der Diskussion beschäftigte man sich zunächst mit der Frage der Rangordnung der Verfassungsnormen. Nuvolone stellte fest, daß es in dieser Frage bis zur Zeit kein Urteil des Verfassungsgerichtshofes gebe. In der Lehre habe Carnelutti die Kompetenz des Verfassungsgerichtshofes, über die Verfassungsmäßigkeit der Verfassungsnormen zu urteilen, bejaht. Pallieri aber verneint. Im übrigen habe man sich damit wenig beschäftigt. Das Problem existiere aber, auch wenn es bisher noch wenig untersucht wurde. Schwierig sei es vor allem ein Kriterium zu finden, durch das der Konflikt der Verfassungsnormen gelöst werden könne. Nach Nuvolone ist es in der Unterscheidung zwischen Grundnormen und abgeleiteten Normen zu finden. Dazu bemerkte Nowakowski, daß dieses Problem in Österreich unter dem Schlagwort „verfassungswidriges Verfassungsrecht“ läuft. Heute werde der rein formalen Rechtsauffassung die materielle entgegengestellt, die davon ausgehe, daß man in der Verfassung materielle Wertaussagen und Organisationsvorschriften unterscheiden müsse. Eine Organisationsvorschrift sei dann verfassungswidrig, wenn sie die in der Verfassung enthaltenen Grundrechte, die sie präzisieren und realisieren möchte, verfehlt.

Nowakowski wurde dann weitere gefragt, ob es seiner Meinung nach eine Utopie wäre anzunehmen, daß die Staaten früher oder später auf Teile ihrer Souveränitätsgewalt verzichten, und die Entscheidung über politische Delikte auf internationale Instanzen über-

tragen. „Das ist eine prognostisch-politische Frage. Eine Utopie im logischen Sinne ist es nicht. Es ist auch vernünftig, Ob es eine Utopie im politischen Sinn ist oder nicht, diese Frage muß man an andere stellen. Ich habe zu wenig Einblick in die derzeitigen internationalen Vorgänge. Von daher könnte man die Dinge sehen. Für unsere Generation dürfte eine solche Frage nicht verwirklicht sein.“

Bezüglich der Unterwanderung ist nach Nuvolone ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der individuellen Freiheit zu machen. seinen Wohnsitz dort aufzuschlagen, wo man es für günstig erachtet, und einer bewußt geforderten Masseneinwanderung, mit der man einen bestimmten politisch-gesellschaftlichen Zweck erreichen will. Hier würde man außerhalb des Art. 16 der Verfassung stehen und zudem gegen das Gruber-DeGasperi-Abkommen verstoßen, das seiner Ansicht nach ein Verfassungsgesetz darstelle.

Im weiteren forderte Nuvolone, daß auch der Provinz das Recht zugesprochen werde, Verfassungsklagen einzubringen.

Prof. Gallo kam in der Diskussion ausführlich auf zwei Punkte des Referates von Prof. Nowakowski zu sprechen. Bezüglich des Schwurgerichtes habe Nuvolone den Finger auf eine Wunde Stelle gelegt. Dieses Institut sei nicht nur anachronistisch, sondern auch zwitterhaft und mit seiner ursprünglichen Funktion nicht vereinbar. In der Tat sei an der Wunde des Schwurgerichtes die Bankrott-

erklärung der Berufsrichter und zum Teil auch der Rechtslehre gestanden, die in ihrer Abstraktheit das Verbrechen nur in seinen objektiven Aspekten beurteilt hätte. Die Zeit der liberalen Revolution habe dann mehr den politischen Aspekt herausgestrichen, den sie in der Teilnahme des Volkes an der Justizverwaltung gesehen habe. Die Laienrichter erhielten damit das Monopol, über den Sachverhalt zu urteilen, dem Berufsrichter aber blieb es vorbehalten, das Recht anzuwenden. Man müsse aber trotzdem zugeben, daß das Institut des Schwurgerichtes irgendwie seine Aufgabe erfüllt habe, zudem habe es dazu beigetragen, daß jene besondere Rhetorik gepflegt wurde, die aber darauf abzielt, habe allein die Gefühle der Geschworenen anzusprechen. Im Urteilspruch selbst überwiege aber meistens die Meinung des Berufsrichters, wovon sich die Folgerung ergebe, daß bei den schwersten Verbrechen nur zwei Richter urteilten, während es vor dem Landesgericht drei seien. Heutzutage komme es vor allem darauf an, die Spezialisten zu Wort kommen zu lassen: man denke an die medizinischen, an die psychiatrischen usw. Fragen. Wollte man deshalb die Schwurgerichte beibehalten, dann müßten Spezialisten mit hineingeeingeworfen werden. Gallo wies dann weiters auf die zwiespältige Rolle des Staates hin, wo er Passivsubjekt und Urteiler zugleich sei, und sprach die Hoffnung aus, daß solche Delikte im europäischen Rahmen gelöst werden.

Bezüglich der gemischt politischen Delikte erwähnte Gallo, daß die italienische Gesetzgebung als einzige europäische das politische Delikt unter dem subjektiven Gesichtspunkt betrachte, was mit der Entstehung des Strafgesetzbuches in der faschistischen Zeit zu erklären sei. Damals wollte man vor allem darauf achten, daß in diesem Bereich ja kein strafbarer Raum freigelassen werde. Heute komme aber die Einführung des subjektiven Elementes dem Angeklagten immer dann zugute, wenn die Gesetzesbestimmungen

günstiger für das politische Delikt seien. Darum lasse sich die Frage, die Nowakowski aufgeworfen habe, in dem Sinn beantworten, daß unsere Gesetzgebung nicht ausdrücklich das Prinzip der „predominance“ vorsehe. Im übrigen sei Italien über vielen Abkommen beigetreten, denen dieses Prinzip zugrunde liege. Im Grunde sei dieses Prinzip aber nichts anderes als die Anerkennung des subjektiven neben dem objektiven Element. Und gerade weil in unserer Rechtsordnung die subjektive Definition des politischen Deliktes geht, bestehe die Möglichkeit die gemischt politischen Delikte auf Grund des Prinzips der „predominance“ zu lösen.

Darauf entgegnete Nowakowski: er wolle nicht grundsätzlich zum Geschworenengericht Stellung nehmen. Er glaube aber, daß — abgesehen vom Problem der ethnischen Minderheit — das Geschworenengericht immer noch der beste Schutz sei gegen die Identifikation von Geschädigten und Richter, von Bedrohtem und Richter. Eine andere Frage sei, ob die Geschworenengerichte, ob überhaupt die Laiengerichte überzuleiten wären auf fachmännische Laien, wie wir das etwa im Jugendgericht hätten. Diese Fragestellung sei ambivalent. Wenn nämlich der Richter die wissenschaftlichen Fachfragen von Sachverständigen beziehen müsse, die im Gerichtssaal gehört worden, ist das Fragerecht gewährleistet, können der Verteidiger und der Staatsanwalt gegen die Daten der Sachverständigen aufstehen. Was aber der Richter in der Urteilsverkündung auf Grund der Ergebnisse der Fachleute zu erkennen gebe, das entziehe sich der Polemik der Prozeßparteien und darin liege eine gewisse Gefahr. Daher vertrete er persönlich eine Zwischenlösung, und zwar einen Richter, der eine Allgemeinbildung habe, die es ihm ermögliche, die Aussagen des Sachverständigen zu begreifen, und sie kritisch zu beurteilen, wenn er auch nicht so viel wisse, daß er sich einbilden könne, er brauche keinen Sachverständigen, er verstehe es selbst am besten.

Sviluppo della convivenza tra i gruppi etnici del Sudtirolo Entwicklung im Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol

Dr. Anselmo Gouthier

I problemi dello sviluppo della convivenza nel Sud Tirolo si identificano, a mio avviso, con lo sviluppo di tutte le forze democratiche e di sinistra, laiche o cattoliche, di tutti i gruppi etnici, sul piano politico, culturale ed ideale.

Questa affermazione — che riconosco apparire un po' categorica ed assiomatica — mi sembra però ovvia.

E' infatti indiscusso ed indiscutibile che se oggi è ancora aperta — in termini assai gravi — la questione del Sud Tirolo, la causa è da trovarsi essenzialmente nel lungo monopolio (non so trovare un termine più significativo) che di questa questione hanno avuto e tuttora hanno le forze nazionaliste o, in generale, di destra o moderate.

Non è il caso di tornare, in questo momento, su aspetti ormai noti a tutti della vicenda altoatesina: dalla brutale e nefasta opera di snazionalizzazione fascista, al permanente nazionalismo politico, burocratico ed amministrativo delle forze che hanno governato l'Italia dalla liberazione in poi, e che hanno rappresentato, su scala locale, i partiti di governo: dall'insorimento che è all'origine del terrorismo, alla perdurante e decisiva capacità di attrazione — fatta propria, alimentata e strumentalizzata dalla SVP — sulla maggioranza del gruppo di lingua tedesca, del monolitismo etnico come idea-forza e come ideale assorbente e subordinante ogni altro valore morale o materiale del singolo sudtirolese e del gruppo cui appartiene. Il che comporta lo stravolgimento quindi di giuste esigenze nazionali in degenerazione nazionalistica.

Sul punto tornerò più avanti.

Die Probleme, die mit der Entwicklung des Zusammenlebens der Volksgruppen in Südtirol sich ergeben, stehen — meiner Meinung — auf der gleichen Ebene wie die Entwicklung aller demokratischen und von links kommenden Kräfte, die weltlichen und katholischen Kräfte, aller ethnischen Gruppen auf dem politischen, kulturellen und ideellen Gebiet.

Diese Feststellung — die, wie ich zugeben muß, ein wenig kategorisch und axiomatisch klingt — scheint mir klar zu sein. Es ist in der Tat unzweifelbar und undiskutabel, daß der Grund dafür, daß das Problem Südtirol noch auf schwerwiegender Weise offen steht und ungelöst ist, vor allem im langen Monopol (ich kann keinen treffenderen Ausdruck dafür finden) gegeben ist, das in dieser Frage die nationalistischen Kräfte und — allgemein — die rechtsstehenden und gemäßigten Kräfte ausübten und immer noch ausüben.

Dies sei nicht der Augenblick, um über Gesichtspunkte des Südtirolproblems zu sprechen, die bereits allen bekannt sind: von der brutalen und verbrocherischen Entvölkerung politisch durch den Faschismus, bis zum andauernden Nationalismus politischer, bürokratischer und verwaltungsmäßiger Natur, durch jene Kräfte, die seit der Befreiung in Italien regierten und die auf lokaler Ebene die Regierungsparteien bildeten: von der Heroisierung des bestehenden Neonazismus in die Südtirolfrage, der den Anfang des Terrorismus setzte, bis zur andauernden und entscheidenden Anziehungswirkung des ethnischen Blockes, eine Idee, die sich die SVP zu eigen gemacht, genährt und ausgeübt hat. Diese Anziehungskraft übt ihre Wirkung auf die Mehrheit der deutschen Volksgruppe aus. Diese Idee des ethnischen Blockes wird als Ideal betrachtet, daß jeden anderen Wert moralischer und materiel-

Se queste sono state o sono per gran parte tuttora le caratteristiche di fondo della società sudtirolese si pone la domanda: quale è stata la «risposta» delle forze democratiche a questa situazione e a questa tendenza che ne sono le componenti essenziali e tradizionali?

Mi sembra, a questo proposito, di poter e di dover dire con assoluta franchezza ed anche con estrema franchezza che questa «risposta» non c'è stata, che non esistono purtroppo, allo stato attuale delle cose, non solo linee generali di una strategia per il problema del Sud Tirolo, ma che nemmeno su queste questioni è avviato un dibattito.

E' vero che ci sono i partiti politici e i cosiddetti gruppi di lavoro esterni ai partiti — la cui importanza viene via via, a mio avviso, sempre più crescendo — che hanno loro programmi, loro ricerche, loro elaborazioni. In questo senso non siamo all'anno zero. E' un dato di fatto indiscutibile però che tra questi programmi, ricerche ed elaborazioni non è mai stato sollecitato alcun processo di verifica reciproca di modo che ogni partito, è andato in questi anni avanti (o indietro!) per conto suo, guardando al proprio «ortello» particolare (quando non puramente elettorale) senza tener conto, o comunque gravemente sottovalutando, le esigenze poste dalla situazione generale, che può essere modificata, data le sue caratteristiche di estrema complessità e di estrema «resistenza» ad ogni rinnovamento, solo da un movimento di **tutte** le forze democratiche, movimento che sia capace di investire l'opinione pubblica, di «rompere» le pesanti incrostazioni di luoghi comuni che operano a livello di coscienza comune.

Questa incapacità delle forze politiche democratiche, questo loro disinteresse pressoché totale di avviare un dibattito, una verifica reciproca delle loro posizioni ha una ragione profonda, che è necessario chiarire se si vuole superare «l'impasse» in cui tutti ci troviamo.

E questa ragione, o causa, va identificata, a mio avviso, nella incapacità di una valutazione, sul piano teorico-critico, della situazione locale.

Sta qui, secondo me, il centro del problema. Le forze politiche — e specialmente quelle che si richiamano al marxismo, — marxismo inteso non come „corpus“ dottrinario in sé concluso, quindi astratto, quindi dogmatico, ma come metodologia critica del pensiero capace di interpretare la realtà mutevole e composita nei suoi molteplici nessi o quindi di indicare le vie d'azione per modificarla — operando in una data situazione, nel caso nostro la situazione del Sud Tirolo, devono necessariamente fondare i loro programmi, le loro elaborazioni, su una «**ricognizione critica**» della situazione stessa, su una ricerca oggettiva, vorrei dire scientifica.

Che significa «ricognizione critica»? Significa innanzitutto, impadronirsi dei dati caratterizzati la situazione stessa (conoscenze statistiche sul piano demografico, economico, sociale ecc.). Significa in secondo luogo avere un quadro esatto della situazione complessiva nelle sue molteplici componenti, nelle loro reciproche interrelazioni e nel loro reciproco equilibrio (problema nazionale, rapporti religione — cultura — folklore, condizione operaia, particolari struttura agraria, «tipo» di borghesia ecc.).

Potremmo parlare, a proposito di questo tipo di ricerca, di analisi «sincronica», i cui risultati per essere compresi criticamente, devono necessariamente essere compresi nel loro divenire, nel loro sviluppo storico (analisi diacronica).

Soltanto possedendo un quadro di questo tipo, un programma politico può avere — ed offrire — non solo garanzie di completezza,

lor Art des einzelnen Südtirolers oder der gesamten Gruppe anpaßt und ihm unterordnet. Diese Tatsache bringt deshalb die Verdrängung von gerechten nationalen Bedürfnissen in nationalistische Entartung mit sich.

Auf diesen Punkt werde ich später zurückkommen.

Wenn nun diese die drei Grundaspekte der Südtiroler Gesellschaft waren und zum großen Teil heute noch sind, stellt sich die Frage: welche „Antwort“ wurde auf diese Situation und auf die Ausrichtung von den demokratischen Kräften gegeben, welche sind davon wichtige Komponenten, welche traditionellen?

Ich glaube in diesem Zusammenhang mit absoluter Sicherheit und auch mit größter Offenheit sagen zu können und sagen zu müssen, daß diese „Antwort“ nicht gegeben worden ist, daß bei der derzeitigen Lage der Dinge nicht nur keine allgemeinen Richtlinien eines Vorgehens im Problem Südtirol vorliegen — leider —, sondern daß nicht einmal ein Gespräch über diese Fragen in Gang gekommen ist.

Es stimmt, daß die politischen Parteien und die sogenannten Arbeitsgruppen außerhalb der Parteien — die meiner Meinung nach an Bedeutung immer mehr zunehmen — eigene Programme aufweisen, eigene Untersuchungen anstellen, eigene Arbeitsdokumente besitzen. In dieser Hinsicht stehen wir nicht auf dem Nullpunkt. Es ist aber eine unleugbare Tatsache, daß zwischen diesen Programmen, Untersuchungen und Dokumenten noch nie eine gegenseitige Überprüfung angeregt worden ist. So ist jede Partei in diesen Jahren vorangeschritten auf eigene Faust (oder zurückgefallen!), indem sie nur das eigene, partikuläre „Gärtchen“ in Augenschein nahmen (wenn auch nicht aus reinen wahlpolitischen Überlegungen), ohne auf die Bedürfnisse zu achten, die die allgemeine Situation erfordert, oder sie in unverantwortlicher Weise zu unterschätzen. Diese allgemeine Lage kann aber nur durch eine Bewegung, die alle demokratischen Kräfte erfaßt, verändert werden, da sie in sich sehr vorsichtig ist und jeder Erneuerung mit aller Kraft widersteht. Diese Bewegung müßte in der Lage sein, die öffentliche Meinung zu ergreifen, die drückende Kruste der Gemeinplätze, die die öffentliche Meinung bestimmen, zu zerbrechen.

Diese Unfähigkeit der demokratischen Kräfte, dieses beinahe gänzliche Desinteresse, ein Gespräch in Bewegung zu bringen, eine gegenseitige Prüfung der eigenen Positionen vorzunehmen, besitzt einen tiefen Sinn, der geklärt werden muß, wenn man die „Sackgasse“ [l'impasse], in welcher wir uns alle befinden, überwinden will.

Und dieser Sinn, dieser Grund findet seinen Ausdruck, meiner Meinung nach, in der Unfähigkeit, eine theoretisch-kritische Begutachtung über die örtliche Situation abzugeben.

Hier liegt meiner Meinung nach das Hauptgewicht des Problems. Die politischen Kräfte — und vor allem jene, die den Marxismus vertreten — einen Marxismus, der nicht als ein in sich geschlossenes, doktrinäres „System“ und deshalb abstrakt und dogmatisch verstanden wird, sondern als kritische Methode des Denkens, die einen in die Lage versetzt, die veränderliche und durch ihre vielfältigen Verknüpfungen mehrschichtige Wirklichkeit zu verstehen [interpretieren] und daraus jene Wege der Aktionen abzuleiten, die sie verändern — die politischen Kräfte also, wenn sie in einer bestimmten Situation handeln, in unserem Falle also im Rahmen der Südtiroler Problematik, so müssen sie notwendigerweise ihre Programme ihre Entwürfe auf ein „**kritisches Erkennen**“ der Lage selbst stellen, auf eine objektive Basis der Forschung, ich würde sagen, auf eine wissenschaftliche.

Was bedeutet nun „kritisches Erkennen“? Das heißt vor allem, sich jene Unterlagen zeigen machen, die die Situation selbst klar herausstellen (statistische Kenntnisse auf demokratischen, wirtschaftlichen, sozialen, usw. Gebiet). Das bedeutet in zweiter Linie, ein genaues Bild über die Gesamtlage in ihren vielfältigen Komponenten zu besitzen, in ihren wechselseitigen Zwischenbeziehungen und in ihrem gegenseitigen Gleichgewicht (nationales Problem, Beziehungen Religion — Kultur — Brauchtum, Lage der Arbeiter, spezielle Struktur der Landwirtschaft, „Art“ des Bürgertums, usw.).

Wir könnten im Zusammenhang mit dieser Art von Untersuchungen von einer „synchronen“ Analyse sprechen. Die daraus gewonnenen Ergebnisse müssen notwendigerweise, um kritisch verstanden zu werden, in ihrer zukünftigen und in ihrer historischen Entwicklung (diachronische Analyse) begriffen werden.

Nur wenn man sich ein solches Bild geschaffen hat, kann ein politisches Programm nicht nur die Garantie auf Vollständigkeit besitzen — und bieten — sondern auch der Gefahr entgehen, der

ma anche sfuggire al pericolo della superficialità, dell'occasionalità, degli stimoli ed impulsi puramente istintivi o sentimentali.

Individuare manchevolezze di questa natura nelle scelte dei vari partiti democratici è sin troppo facile.

L'esempio più clamoroso e più recente è quello della contestazione della legittimità della proporzionale etnica da parte del PSU, contestazione che — al di là di motivi strumentali — trova origine appunto nella assenza di una visione storico-critica del problema altoatesino.

Di qui il carattere occasionale, moralistico, estratto, di sostanziale improvvisazione dell'iniziativa.

Altro esempio, che vale per un partito democratico del gruppo di lingua tedesca, l'SFP.

Mi sembra evidente che la debolezza e i limiti politici di questo movimento vadano ricercati soprattutto nella **parzialità, settorialità** o superficialità delle scelte e della linea politica, limitate ad una contestazione puramente negativa condotta su un piano prevalentemente propagandistico, della politica della SVP.

Altro esempio, che investe più o meno tutti i partiti di sinistra di lingua italiana: la posizione di fronte al terrorismo e quindi al neonazismo. Anche qui si è caduti e si cade in una denuncia generale e generica — cui paradossalmente si possono unire anche le forze di destra e gli stessi fascisti — laddove sarebbe necessario quantomeno specificare che il neonazismo si è **inserito** nella questione altoatesina in una situazione guastata dall'inerzia dei governi nazionali.

Altrimenti si creano equivoci ed errori che possono avere le più gravi conseguenze e cacciare il movimento democratico in un vicolo cieco, con la condanna alla totale passività e all'attosismo sterile: l'equivoco e l'errore cioè che la questione del Sud Tirolo abbia origine nel neonazismo, che in fondo, tutti i tedeschi — e quindi anche i sudtirolesi, sono, in fatto o in potenza dei neonazisti e così via discorrendo.

Altro esempio, che riguarda sempre i partiti di sinistra. Quello della politica economica. Anche qui non s'è andati oltre il rivendicazionismo indifferenziato (più posti di lavoro, più industrie ecc.) in sé e per sé astrattamente giusto, ma, appunto perché astratto incapace di assumere la forza, la spinta necessaria perché non **motivato** da un'analisi del «perché» e del «come» si è arrivati ad una certa situazione. Manca un discorso sulle responsabilità, sui fattori di politica economica a livello nazionale soprattutto che condizionano la situazione locale.

Ed è fatale che questo «vuoto» di motivazione razionale venga riempito da elementi di superficialità e di emotività nazionalistica (tutta la colpa della SVP).

Con la conseguenza appunto, della scarsa incidenza della rivendicazione perché non è individuato chiaramente l'avversario contro cui si lotta, perché limitata a parte del gruppo di lingua italiana, perché vista con sospetto dal gruppo di lingua tedesca.

Particolare attenzione merita però l'esame della questione nazionale in sé e per sé considerata. E su questo punto mi sembra che non solo noi, anche se in primo luogo proprio noi, qui, nella nostra provincia, ma che tutte le forze di sinistra, ed in primo luogo quelle che si richiamano al marxismo, debbano rivedere tutto il problema con maggiore rigore ed approfondimento.

E' necessario dire subito che noi marxisti, proprio qui nella provincia di Bolzano, siamo per lungo tempo caduti in una visione semplicistica del problema nazionale, frutto questo, indubbiamente, di una interpretazione altrettanto semplicistica del marxismo, per lungo tempo — e purtroppo tuttora — dominante tra alcuni partiti comunisti e, in generale, in certi settori del movimento operaio.

Questo semplicismo, e, possiamo ben dire, schematismo, «grosso modo» si può sintetizzare in un ragionamento di questo tipo: la nazionalità con quanto ad essa attiene (lingua, costumi, storia, tradizioni, folklore ecc.) è una sovrastruttura (Überbau); questa sovrastruttura viene, per così dire, «menovrata» dai ceti dominanti

Oberflächlichkeit, der Zufälligkeit, den rein instinktiven und gefühlsmäßiger Anregungen und Impulsen anheimzufallen.

Es ist nun sehr leicht, in der Auswahl der verschiedenen demokratischen Parteien Nachlässigkeiten festzustellen. Das bekannteste und naheliegendste Beispiel stellt die Anfechtung der Rechtmäßigkeit des ethnischen Prozesses von Seiten des PSU dar, eine Anfechtung, die — abgesehen von allgemeinen Motiven — eben im Fehlen einer historisch-kritischen Vorstellung über das Südtirol-Problem ihren Ursprung findet. Von hier aus geht der zufällige, moralisierende, abstrakte Charakter aus, die fehlende Vorbereitung der Initiative.

Ein anderes Beispiel, das für eine demokratische Partei der deutschen Volksgruppe, der SFP, gilt.

Mir scheint, daß die Schwächen und die Grenzen dieser politischen Bewegung vor allem in der **Parzialità, Beschränktheit** und Oberflächlichkeit der Auswahl und der politischen Linie zu finden sind, die sich auf einen rein negativen Widerspruch zur Politik der SVP, der vor allem auf propagandistischer Ebene geführt wird, beschränkt.

Ein anderes Beispiel, das mehr oder weniger für alle Linksparteien der italienischen Volksgruppe zutrifft: die Stellungnahme gegenüber dem Terrorismus und damit gegenüber dem Neonazismus. Auch hier verfiel und verfällt man einer allgemeinen und pauschalen Verurteilung, der sich in paradoxer Weise auch die Rechtskräfte und selbst die Faschisten anschließen können. Denn hier wäre es notwendig, mindestens aufzuzeigen, daß der Neonazismus in die Südtirol-Frage, in eine durch die Beweglosigkeit der nationalen Regelungen verdorbenen Lage, hineingetragen wurde.

Ansonsten entstehen Mißverständnisse und Fehler, die die schwerwiegendsten Folgen mit sich ziehen und die demokratische Bewegung in eine Sackgasse jagen könnten, mit der daraus folgenden Verurteilung zur totalen Untätigkeit und zum fruchtlosen Hinwarten. Es ist das Mißverständnis und der Fehler, daß das Südtirol-Problem seinen Ursprung im Neonazismus findet, daß im Grunde alle Deutschen — und demnach auch die Südtiroler — in Wirklichkeit, oder der Möglichkeit nach, Neonazisten seien, usw.

Ein weiteres Beispiel, das immer noch die Linksparteien betrifft: die Wirtschaftspolitik. Auch hier ging man nicht über die undifferenzierte Forderungspolitik (mehr Arbeitsplätze, mehr Industrie, usw.) hinaus, die in sich oder durch sich selbst in abstrakter Weise gerechtfertigt und daher unfähig ist, die notwendige Kraft, den notwendigen Anstoß zu erlangen: dies vor allem deswegen, weil sie nicht durch eine Analyse des „Warum“ und des „Wie“ man zu einer bestimmten Situation gelangt ist, **begründet** wird. Es fehlen Gespräche über die Verantwortung, vor allem aber über jene Faktoren der nationalen Wirtschaftspolitik, die die örtliche Situation bedingen.

Und es ist schwerwiegend, daß diese „Leers“ an rationalen Motiven von Elementen aufgefüllt wird die sich durch Oberflächlichkeit und durch nationalistische Emotion kennzeichnen. (Die Schuld liegt ganz bei der SVP).

Die Folge davon ist die Beiläufigkeit dieser Forderungspolitik, weil der Feind, gegen den man kämpft, nicht klar herausgestellt wird, weil sie sich auf einen Teil der italienischen Volksgruppe beschränkt und weil sie mit Argwohn von der deutschen Volksgruppe gesehen wird.

Besondere Aufmerksamkeit verdient jedoch die Untersuchung der nationalen Frage in sich und isoliert betrachtet. Und in dieser Hinsicht scheint mir, daß nicht nur wir, wenn auch in erster Linie gerade wir, hier in unserer Provinz, sondern daß die linksstehenden Kräfte, vor allem aber jene, die im Zeichen des Marxismus stehen das ganze Problem mit größerer Strenge und Tiefe neu überprüfen müssen.

Es ist notwendig sogleich anzumerken, daß wir Marxisten, gerade hier in der Provinz Bozen, lange Zeit hindurch einer vereinfachten den Schau des nationalen Problems verfallen waren. Sie war ohne Zweifel das Ergebnis einer gleichfalls oberflächlichen Interpretation des Marxismus, die für lange Zeit in einigen kommunistischen Parteien und im allgemeinen in gewissen Bereichen der Arbeiterbewegung vorherrschte und leider auch heute noch vorherrscht.

Dieser Vereinfachung, und wir können genauso gut sagen, dieser Schematismus, kann man in groben Zügen (grosso modo) in folgen der Überlegung zusammenfassen:

Die Nationalität stellt mit dem was ihr angehört (Sprache, Gebräuche, Geschichte, Traditionen, Brauchtum, usw.) einen Überbau dar; dieser Überbau wird, wenn sie mir den Ausdruck erlauben, von den herrschenden Schichten der beiden Volksgruppen „gelenkt“

dei due gruppi etnici — nel nostro caso della borghesia italiana e tedesca — che hanno interesse ad alimentare i nazionalismi contrapposti per tenere divisi i lavoratori dei due gruppi etnici: quindi — conclusione — compito del movimento operaio deve essere quello di sviluppare esclusivamente — o quasi — la lotta di classe contro la borghesia — o, meglio, la borghesia italiana e sudtirolese.

In questa visione la lotta di classe è quindi destinata ad essere il fattore unificante dei lavoratori dei due gruppi etnici: i problemi economici e «strutturali» non solo vengono messi in evidenza primaria, ma viene attribuita loro una funzione «assorbente» del problema nazionale stesso. Questo, evidentemente, nella credenza che lo scontro tra la nazionalità fosse — e sia — il risultato della presenza di una struttura capitalistica della società — e che questo scontro sia destinato a scomparire con l'avvento della società che ha eliminato gli antagonismi di classe, della società socialista.

Questa concezione dei problemi della nazionalità non solo non mi sembra conforme al marxismo, ma, quel che è più decisivo, è oggi drammaticamente contraddetta dalla realtà, e proprio dalla tragica e drammatica realtà dei fatti di Cecoslovacchia, che dimostrano, se ancor ve ne fosse bisogno, che non è sufficiente l'avvento di una società socialista per risolvere di per sé la questione nazionale.

E' indubbio infatti che oggi, in Cecoslovacchia, si ha un'esplosione di sentimento anti-russo, così come lo si ha in Romania, così come viene alimentato nella Cina popolare facendo leva sul sentimento nazionale dei rispettivi paesi.

E' noto, penso, che nella stessa Cecoslovacchia uno dei problemi che aveva determinato il cosiddetto «nuovo corso» era proprio quello nazionale, tra cechi e slovacchi, che durante la gestione novotniana del potere non solo non era stato risolto, ma che aveva subito un processo di eccezionale acutizzazione.

La via per la sua soluzione, era stata individuata, dal popolo cecoslovacco, prima dell'invasione armata, in una nuova struttura federale dello stato e dello stesso partito comunista.

Anche e proprio dall'esame di questa realtà odierna — e il marxismo, correttamente inteso, non solo non prescinde dai contenuti empirici della realtà, ma procede nell'astrazione proprio partendo dalla realtà empirica (il «Capitale» di Marx insegna) — è necessario innanzitutto chiarire meglio il concetto di nazionalità come sovrastruttura.

Non ho, evidentemente, la pretesa e la presunzione di dire molto a questo proposito: mi sembra che però quella che chiamiamo «nazionalità» — e che è composta oltre che dalla lingua, dalla storia, dai costumi, dal modo di vita, dalla cultura ecc. di un dato paese sia una sovrastruttura — se vogliamo continuare a chiamarla così — non solo formata da componenti autonome ed eterogenee che sarebbe necessario studiare separatamente e nelle loro interrelazioni, ma sia una sovrastruttura particolare destinata a permanere a lungo, a differenza, ad es. della sovrastruttura giuridica, anche con la trasformazione radicale della società in senso socialista.

La «rilevanza» della nazionalità, la sua «resistenza» di fronte anche alle più radicali trasformazioni strutturali, la sua autonomia quindi rispetto alla struttura, impongono al movimento operaio — ecco la conseguenza pratica delle considerazioni sopra svolte — da un lato di rivedere la visione «restrittiva» della nazionalità e, dall'altro, quindi, di impostare una politica nazionale, nel quadro, beninteso, di una linea politica complessiva che comprenda con il dovuto rilievo i problemi di classe, economici e «strutturali».

Guardando in modo più ravvicinato alla situazione del Sud Tirolo mi sembra quindi urgente ed indifferibile, per le forze democratiche di lingua italiana — e in primo luogo proprio per i marxisti — approfondire i problemi della dimensione territoriale dell'autonomia, della difesa e dello sviluppo della lingua, scuola, e in genere della cultura tedesca in Sud Tirolo, della difesa e dello sviluppo del gruppo di lingua tedesca in quanto tale (e non solo del cittadino sudtirolese uti singulus), della difesa e dello sviluppo dei caratteri positivi della struttura sociale del Sud Tirolo (difesa del paesaggio, bellezza artistica, naturali ecc.). Sono pro-

[manovrata], in unserem Falle von der deutschen und der italienischen Bürgerschicht. Diese sind daran interessiert, die entgegengesetzten Nationalismen zu nähren, damit die Trennung der Arbeiter schicht der beiden Volksgruppen beibehalten wird. Schlussfolgerung: die Aufgabe der Arbeiterbewegung besteht ausschließlich — oder fast ausschließlich — darin, den Klassenkampf gegen das Bürgertum, oder besser, gegen die italienische und Südtiroler Bürgerschicht zu entfachen und zu entwickeln.

In diesem Konzept wird der Klassenkampf als einigender Faktor der Arbeiter beider Volksgruppen bestimmt: die wirtschaftlichen und die „strukturellen Probleme“ stehen nicht nur an erster Stelle, sondern es wird ihnen eine „aufsaugende“ [assorbente] Funktion des nationalen Problems selbst zugesprochen. Es ist klar, daß diese Überlegungen nur entwickelt werden können, wenn man glaubt, der Zusammenstoß zwischen den Nationalitäten wäre — und sei — das Ergebnis einer vorhandenen kapitalistischen Struktur der Gesellschaft; dieser Zusammenstoß sei, mit der Verwirklichung jener Gesellschaft, die die Klassengegensätze ausgeschaltet hat, nämlich der sozialistischen Gesellschaft, zum Verschwinden verurteilt.

Diese Auffassung des Nationalitätenproblems scheint mir nicht nur im Widerspruch zum Marxismus zu stehen, sondern — und das ist entscheidender — sie steht heute im offenen Gegensatz zur Realität. Und gerade die tragischen und dramatischen Vorgänge in der CSSR zeigen uns, wenn dies noch notwendig wäre, daß die Verwirklichung einer sozialistischen Gesellschaft nicht genügt, um die nationalen Frage von sich aus zu lösen.

Es ist in der Tat unbezweifelbar, daß sich heute eine Explosionsart russischer Gefühle in der CSSR abzeichnet, gleich wie in Rumänien, gleich wie in China, indem man sich der nationalen Gefühle in diesen Ländern bedient.

Ich glaube, es ist bekannt, daß gerade das nationale Problem zwischen Tschechen und Slowaken eines jener Probleme darstellte, das den sogenannten „neuen Kurs“ in der CSSR hervorgerufen hat. Diesen Problem fand während der Nowotny-Ära nicht nur keine Lösung, sondern es hat sich auch außergewöhnlich zugespitzt.

Der Weg zu einer Lösung wurde vom tschechischen Volke, vor der bewaffneten Invasion, in einer neuen föderalistischen Struktur des Staates und der kommunistischen Partei selbst ausgemacht.

Gerade aus dem Studium dieser heutigen Wirklichkeit — und der Marxismus, wenn er richtig verstanden wird, sieht nicht nur in keiner Weise vom empirischen Gehalt der Wirklichkeit ab, sondern gelangt gerade über die empirische Wirklichkeit zur allgemeiner Aussage (das „Kapital“ von Marx lehrt) — ergibt sich vor allem die Notwendigkeit, den Begriff der Nationalität als Überbau besser zu klären.

Ich habe nun sicher nicht die Absicht, noch die Voreingenommenheit, viel in diesem Zusammenhang zu sagen: mir scheint, daß das, was wir Nationalität nennen — und die sich außer in Sprache, Geschichte, Gebräuche, Lebensgewohnheit, Kultur usw., auch in einem bestimmten Gebiet ausdrückt — doch einen Überbau darstelle, wenn wir diesen Begriff weiterhin verwenden wollen. Diese Struktur setzt sich nicht nur aus autonomen und heteronomen Elementen zusammen, die man getrennt und in ihren Zwischenbeziehungen studieren müßte, sondern es handelt sich hierbei um eine Struktur mit langer Lebensdauer, die im Unterschied zum rechtlichen Überbau zum Beispiel, auch bei einer radikalen Umwandlung der Gesellschaft in Richtung Sozialismus verbleiben würde. Die „Entdeckung“ der Nationalität, ihr „Widerstand“ gegenüber den auch noch so radikalen Strukturänderungen, ihre Unabhängigkeit also gegenüber der Grundstruktur, stellt die Arbeiterbewegung vor die Aufgabe — das ist die praktische Folgerung aus den oben entwickelten Gedanken — einerseits den „einschränkenden“ Begriff der Nationalität neu zu überlegen, andererseits eine nationale Politik selbstverständlich im Rahmen einer Gesamtpolitik, ins Werk zu setzen, die mit entsprechender Schwergewichtsverlagerung die Probleme der Klassen, der Wirtschaft und der „Struktur“ umfaßt.

Betrachtet man die Lage in Südtirol etwas genauer, so scheint mir das vertiefte Studium folgender Probleme vordringlich und unabweisbar notwendig für die demokratischen Kräfte italienischer Muttersprache und vor allem gerade für die Marxisten, die territoriale Abgrenzung der Autonomie, der Schutz und die Entwicklung der Sprache, Schule und, im allgemeinen, der deutschen Kultur in Südtirol, der Schutz und die Entwicklung der deutschsprachigen Gruppe als solcher (und nicht allein des Südtirolers als Einzelnen), der Schutz und die Entwicklung der positiven Seiten der sozialen Struktur im Südtirol (Landschaftsschutz, Kunstdenkmäler, Natur

blemi questi uno non possono e non devono più essere monopolio della SVP (o da essa strumentalizzati) ma che devono essere fatti propri dai partiti operai, entrare a far parte integrante del loro programma politico.

Non solo, ma su questi problemi il movimento operaio deve proporre concrete iniziative anche a livello parlamentare.

Personalmente ritengo, ad es., che il problema di una riforma della scuola cosiddetta «italiana» in Sud Tirolo, nel senso di renderla effettivamente «bilingue» con un insegnamento adeguato della lingua tedesca da parte di insegnanti di madrelingua tedesca, sia non solo attuale, ma ormai maturo nella coscienza della maggioranza della popolazione.

Dunque è necessario un ripensamento nostro in merito alla questione nazionale, le cui componenti devono essere considerate non come manifestazioni secondarie dello spirito e dell'attività umana, ma come valori primari da difendere, potenziare ed esaltare.

Le forze democratiche e di sinistra in Sud Tirolo devono quindi tenere un atteggiamento estremamente aperto su queste questioni, devono essere all'avanguardia nel rivendicare per il singolo cittadino di lingua tedesca e per il gruppo etnico in quanto tale la massima possibilità di espansione di vita culturale ed ideale.

Un sì quindi, chiaro e deciso all'intensificazione dei rapporti culturali con il «Kulturraum» tedesco, in ogni senso.

Una questione di fondo si apre però a questo punto. E' evidente innanzitutto che, nella valorizzazione dello caratteristico nazionale di un popolo, è necessario tendere soprattutto alla diffusione della cultura e delle forme più elevate di essa. Le manifestazioni di folklore — che pur hanno valore ed importanza — sono sempre espressioni secondarie e subordinate di vita spirituale.

In secondo luogo di quale cultura si parla? Non esiste infatti una «cultura italiana», ma «cultura tedesca», inglese ecc. in senso indifferenziato.

Si può pensare, certo, ad una cultura tedesca, ad es., in senso unitario unicamente sotto il profilo linguistico, cioè estrinseco e formale.

Ma nell'ambito di una cultura così intesa, ci sono sempre stati, ci sono tuttora, e sempre ci saranno **filoni** e correnti diverse, quando non antitetiche, sul piano dei contenuti ideali.

Il razionalismo umanistico di Goethe non è ravvicinabile all'irrazionalismo di Nietzsche ad es.

Né evidentemente si possono mettere sullo stesso piano il grande filone marxista che va da Marx a Lassalle a Mehring, alla Luxemburg, a Liebknecht, o il pensiero di un borghese illuminato come Max Weber con le follie della sociologia nazista o, per venire ai nostri giorni, le ricerche della scuola di Francoforte (Horkheimer, Adorno) con le bestialità criminalità naziste che si possono leggere sulla «Soldatenzeitung».

Inconciliabile è pure il mirabile periodo dell'espressionismo tedesco che così importanti opere ha lasciato nel cinema, nella letteratura e nella arti figurative, con l'attuale pressoché totale vuoto ideale che caratterizza la vita culturale (all'infuori di ristrette élites) della Germania occidentale.

Questi esempi — e tanti altri se ne potrebbero fare, evidentemente non solo per la cultura tedesca, ma per ogni cultura — dimostrano che ciò che è determinante di una cultura non è solo o non è tanto l'aspetto linguistico, ma il contenuto ideale, la «Weltanschauung» che caratterizza un'opera letteraria e filosofica, una ricerca storica o sociologica.

Sostenere il contrario, sostenere cioè il carattere prioritario della lingua rispetto al contenuto dell'idea o peggio, arrivare a identificare la lingua con quelli che si pretendono essere i caratteri fondamentali di un determinato popolo o nazione, è una tesi senza dubbio irrazionalistica e reazionaria che può portare a conseguenze catastrofiche.

La lingua è in primo luogo uno strumento di trasmissione del pensiero nella quale, certo, possono essere riflessi, sempre però in modo assai labile, particolari aspetti di quello che potremmo chiamare «l'animo» di un popolo, ma non di più.

schönheiten, usw.) Es handelt sich hierbei um Fragen, die nicht mehr unter den Monopolanspruch der SVP fallen dürfen (und von ihr verwendet werden dürfen), sondern die sich die Arbeiterparteien zu eigen machen müssen, indem sie sie zum integrierenden Bestandteil ihres politischen Programmes machen. Die Arbeiterbewegung muß außerdem auf diesem Gebiet konkrete Initiativen auch auf parlamentarischer Ebene ergreifen. Persönlich glaube ich, daß z.B. das Problem einer Reform der sogenannten „italienischen“ Schule in Südtirol, in dem Sinne, daß sie wirklich zu einer „doppelsprachigen“ Schule mit einem entsprechenden Unterricht der deutschen Sprache durch Lehrkräfte deutscher Muttersprache umzugestalten sei, nicht nur aktuell ist, sondern auch vom Großteil der Bevölkerung als notwendig gesehen wird.

Es ist daher ein Überdenken der nationalen Frage unsererseits notwendig, deren Bestandteile nicht als zweitrangige Ausdrucksformen des menschlichen Geistes und seiner Tätigkeit verstanden werden sollen, sondern als primäre Werte, die man verteidigen, verstärken und in den Vordergrund stellen muß.

Die demokratischen Kräfte und jene der Linken in Südtirol müssen daher in diesen Fragen eine extrem offene Haltung einnehmen. Sie müssen die Vorhut bilden bei der Forderung nach der größten Expansionsmöglichkeit kulturellen und ideellen Lebens des einzelnen deutschsprachigen Südtirolers und der ethnischen Gruppe als solcher.

Daher ein klares und entschlossenes Ja zur Intensivierung der kulturellen Beziehungen zum deutschen „Kulturraum“, in jeder Hinsicht.

An diesem Punkt ergibt sich jedoch ein grundlegendes Problem. Es ist klar, daß man vor allem danach trachten müsse, im Rahmen der nationalen Eigenart eines Volkes, vor allem die Ausdrucksformen einer Hochkultur zu verarbeiten. Die Formen des Brauchtums — auch wenn sie ihren Wert und ihre Bedeutung besitzen — sind immer zweitrangige Ausdrucksformen und als solche dem geistigen Leben untergeordnet. Weiterhin, von welcher Kultur spricht man? Es existiert nämlich keine undifferenzierte „italienische Kultur“, „deutsche Kultur“, „englische Kultur“, usw.

Man kann sicher z.B. an eine einheitliche deutsche Kultur, einzig und allein vom Gesichtspunkt der Sprache, d.h. von einem äußeren und formalen Gesichtspunkt her denken.

Aber im Rahmen einer so verstandenen Kultur gab, gibt es und wird es immer **Hauptströmungen** und verschiedene, wenn nicht gegensätzliche Richtungen auf der Ebene der Inhalte geben.

Der humanistische Rationalismus eines Goethe kann nicht mit dem Irrationalismus eines Nietzsche auf die gleiche Ebene gestellt werden. So kann man auch offensichtlich diese große marxistische Strömung, die von Marx über Lassalle, Mehring, Luxemburg, Liebknecht geht, nicht auf die gleiche Ebene stellen; oder den Gedanken eines aufgeklärten Bürgers wie Max Weber mit dem Wahnsinn nazistischer Soziologie oder, um von unseren Tagen zu sprechen, die Untersuchungen der Frankfurter Schule (Horkheimer, Adorno) mit den nazistischen Bestialitäten, die man in der „Soldatenzeitung“ lesen kann.

Unvereinbar ist auch die bewundernswerte Epoche des deutschen Expressionismus, der so wichtige Arbeiten auf dem Gebiet des Films, der Literatur, der Bildhauerkunst, hervorgebracht hatte, mit der derzeitigen nahezu totalen Leere, die heute das kulturelle Leben Westdeutschlands (angesehen von kleinen Elitengruppen) kennzeichnet.

Diese Beispiele — und viele weitere könnte man nicht nur für die deutsche Kultur, sondern für jede Kultur angeben — zeigen, daß das Bestimmende einer Kultur nicht allein und nicht vor allem die Sprache ausmacht, sondern der ideale Inhalt, die Weltanschauung, die ein literarisches oder philosophisches Werk, eine historische oder soziologische Untersuchung kennzeichnet.

Will man das Gegenteil behaupten, nämlich den Vorrang der Sprache vor dem Inhalt der Idee festhalten oder, noch schlimmer, die Sprache mit den Kennzeichen eines bestimmten Volkes, die man als fundamental ansieht, gleichsetzen, so handelt es sich hierbei ohne Zweifel um eine irrationalistische und reaktionäre These, die verheerende Konsequenzen mit sich bringen kann.

Die Sprache ist in erster Linie ein Mittel zur Weitergabe der Gedanken. Gewiß können sich darin besondere Aspekte widerspiegeln, immer jedoch in einer sehr ungefestigten Weise, die wir als „Seele“ [Animus] eines Volkes bezeichnen können, mehr nicht.

Se fosse vero il contrario, sarebbero in traducibili le opere letterarie, ad es., e un'opera d'arte tradotta non sarebbe più, come tale, gustabile e perderebbe questo suo carattere, il che non è palesemente vero.

La politica, o la politica culturale di un partito quindi, non può assolutamente limitarsi alla difesa della lingua.

Una politica culturale che abbia esclusivamente o prevalentemente questo obiettivo mira in realtà ad alimentare il nazionalismo, ad impedire ad un popolo l'acquisizione di idee e di concezioni di vita razionali: è, in sostanza, una politica nell'interesse delle classi dominanti.

Questo è solo un aspetto: ma quello che decide, sono gli indirizzi, i contenuti culturali, gli orientamenti ideali. Una politica culturale è moderna o positiva se essa marcia al passo con i tempi, se tende a fornire al gruppo sociale che ne è il destinatario una concezione di vita critica, la cui premessa non può non essere la possibilità della conoscenza più ampia e più libera di quanto è accaduto e accade, nei vari campi dell'operare umano in ogni momento storico.

Partendo da questo criterio valutativo, è evidente che la politica culturale della SVP è fallimentare e destinata a sollevare sempre più decise e radicali contestazioni a causa della sua «chiusura», del suo prevalente, pesante clericalismo vecchia maniera, del suo preconcetto ed assurdo rifiuto di quanto non rientra in questi logori schemi.

Ma il nazionalismo «tedesco» in Sud Tirolo non si manifesta solo in questa utilizzazione della lingua e in questa distorsione della sua funzione.

Si manifesta anche — come dicevo all'inizio — nella esaltazione pressoché assoluta, per l'appunto, della nazionalità in quanto tale o, peggio, nella assunzione della nazionalità come criterio interpretativo di ogni fatto sociale e come valore subordinante ogni altro aspetto della vita umana e sociale.

Voglio fare un esempio che è di attualità e che è di grande rilevanza.

Voi avrete certamente preso visione della bozza del piano di coordinamento territoriale, predisposta dall'assessorato competente della Giunta provinciale.

Ebbene si può notare facilmente, ad es., l'insistenza con cui si sottolinea la diversità di reddito tra agricoltura ed industria — afferire una pretesa migliore condizione della popolazione di lingua italiana — che notoriamente è in prevalenza impiegata nel settore industriale — rispetto a quella di lingua tedesca, operante in quello agricolo. Non è che tali considerazioni, che riguardano piuttosto la storia del processo di insediamento industriale nella nostra provincia che non il suo attuale meccanismo di funzionamento, non abbiano elementi di verità: il fatto è, però, che il divario di reddito in Sud Tirolo tra industria ed agricoltura ha origini quasi totalmente economiche (tant'è vero che questo divario si registra in tutti i paesi avanzati) e solo in scarsa misura è una conseguenza di una politica nazionalistica. Ragione per cui è illusorio e demagogico pretendere di risolvere questi squilibri facendo ricorso a qualcosa di diverso, che non sia appunto una diversa politica economica.

Anche nei problemi economici, come in quelli culturali, fare leva sul criterio di nazionalità come canone determinante di interpretazione dei fenomeni è profondamente reazionario e rappresenta una gravissima e sfacciata mistificazione.

Nelle questioni economiche, quello che decide è il livello delle forze produttive e dei rapporti di produzione, sono, anche nella società del Sud Tirolo, i rapporti di classe. Voler per forza accomunare il salariato agricolo o il piccolo coltivatore diretto al grande proprietario terriero in quanto tutti parlano la lingua tedesca (così come si vuole accomunare l'industriale e l'operaio di lingua italiana) non è altro appunto che una manifestazione di politica nazionalistica diretta a tenere assoggettati i ceti meno abili nell'interesse delle classi dominanti.

Per questo la logica di una politica culturale e di una politica economica facenti leva sul criterio nazionale o meglio, nazionalistico, è una logica di divisione tra i gruppi etnici.

Wäre das Gegenteil wahr, so könnte man die literarischen Werke nicht übersetzen. So wäre z. B. eine Übersetzung nicht mehr als solche genießbar. Sie würde ihren Charakter verlieren, was offensichtlich nicht wahr ist.

Die Politik und die Kulturpolitik einer Partei kann sich daher keinesfalls auf den Schutz der Sprache beschränken.

Eine Kulturpolitik, die ausschließlich oder vorwiegend dieses Ziel im Auge behält, zielt in Wirklichkeit darauf ab, den Nationalismus zu nähren, sie will ein Volk daran hindern, sachliche Ideen und Lebensauffassungen aufzunehmen: sie ist im Grunde eine Politik im Interesse der herrschenden Klassen.

Dies ist aber nur ein Aspekt: entscheidend sind die Bezugspunkte, die kulturellen Inhalte, die ideellen Ausrichtungen. Eine Kulturpolitik ist modern und positiv, wenn sie mit der Zeit Schritt hält, wenn sie den Betroffenen, der Gesellschaft, eine kritische Lebenshaltung zu geben versucht. Die Voraussetzung dieser Lebenshaltung besteht in der Möglichkeit, sich so weit und so frei wie möglich über all das zu informieren, was in jedem historischen Augenblick auf den verschiedenen Gebieten menschlichen Handelns geschah und geschieht. Geht man von dieser Prämisse aus, so ist es klar, daß die Kulturpolitik der SVP zum Scheitern verurteilt ist. Sie wird immer entschlossener und radikalere Anfechtungen hervorrufen, gerade auf Grund ihrer Abkapselung, wegen ihrer vorherrschenden, drückenden Klerikalismen alten Stiles, wegen ihrer vorgeingenommenen und absurden Weigerung, etwas aufzunehmen, was nicht in diese abgepölkten Schemen paßt.

Aber der „deutsche“ Nationalismus in Südtirol äußert sich nicht nur im Gebrauch der Sprache und in der Verdrehung ihrer Funktion.

Er zeigt sich auch, — wie ich zu Beginn ausgeführt habe — in der absoluten Erhebung der Nationalität als solcher oder, schlimmer noch, indem man den Begriff der Nationalität als Kriterium zur Interpretation für jede soziale Frage verwendet und ihn zum übergeordneten Wert für jeden anderen Aspekt des gesellschaftlichen und menschlichen Lebens macht.

Ich möchte ein Beispiel, das aktuell und von großer Bedeutung ist, anführen. Ihr habt sicherlich in den Raumordnungsplan, der vom zuständigen Assessorat des Landesausschusses ausgearbeitet worden ist, Einsicht genommen.

Man kann nun leicht feststellen, mit welcher Hartnäckigkeit man z. B. den Unterschied im Einkommen zwischen Landwirtschaft und Industrie unterstreicht, damit man die angeblich bessere Lage der italienischen Volksgruppe im Verhältnis zur deutschen behaupten könne. Denn diese arbeitet bekanntlich vorwiegend im Industriesektor, während letztere vorwiegend auf dem landwirtschaftlichen Sektor tätig ist. Ich möchte nun nicht behaupten, daß diese Überlegungen, die mehr die Geschichte der Industrialisierung in unserer Provinz betreffen und weniger den derzeitigen Funktionsmechanismus — nicht auch wahre Inhalte besäßen: Tatsache ist aber, daß das Einkommensgefälle in Südtirol zwischen Industrie und Landwirtschaft fast ausschließlich wirtschaftliche Hintergründe aufweist (denn dieses Gefälle zeichnet sich in fast allen fortgeschrittenen Ländern ab) und nur in einem kleinen Ausmaß Folge einer nationalistischen Politik ist. Deshalb ist es illusorisch und demagogisch, dieses Gefälle ausgleichen zu wollen, indem man auf etwas anderes als auf eine geänderte Wirtschaftspolitik zurückgreift.

Auch in den wirtschaftlichen Problemen, genau wie in den kulturellen, ist es zutiefst reaktionär und stellt eine schwerwiegende und unverschämte Irreführung dar, wenn man das Kriterium der Nationalität zum bestimmenden Gesetz macht, um die Phänomene zu interpretieren.

In den Wirtschaftsfragen ist das Niveau der Produktionskräfte entscheidend und die Arbeitsverhältnisse sind — auch in der Gesellschaft Südtirols — Klassenverhältnisse. Die Gleichstellung des landwirtschaftlichen Arbeiters oder des Kleinbauern mit dem Grundbesitzer auf Grund der gemeinsamen Sprache (so wie man den italienischen Industriellen mit dem italienischen Arbeiter gleichstellen will) ist nichts anderes als Ausdruck einer nationalistischen Politik, die darauf abzielt, die weniger wohlhabenden Schichten im Interesse der herrschenden Klassen zu unterdrücken.

Deshalb zielt das Vorgehen einer Kulturpolitik und einer Wirtschaftspolitik, die auf den nationalen, oder besser, auf dem nationalistischen Prinzip fußt, auf notwendige Trennung der Volksgruppen ab.

Diese Logik, facendo leva sugli elementi estrinseci (lingua, appartenenza ad un gruppo etnico) comporta la divisione tra i gruppi etnici, perché comporta il pratico impedimento di scambio e comunicabilità di esperienze e di una reciproca comprensione, proprio in quanto determina profondi squilibri nelle condizioni e nelle concezioni di vita degli appartenenti ai gruppi etnici.

Per questo, per garantire la convivenza è necessario imporre una logica e una linea diversa di sviluppo. Una linea cioè che sappia dare un contenuto moderno ed avanzato ai valori nazionali, nel duplice senso di una cultura libera e critica e di una politica economica che tenda all'emancipazione delle classi lavoratrici. E questa è la prospettiva del socialismo.

Dieses Vorgehen, indem es auf äußerlichen Elementen beruht (Sprache, Volkszugehörigkeit), bringt die Trennung zwischen der Volksgruppen mit sich, denn es verhindert praktisch den Austausch von Erkenntnissen, es verhindert die gegenseitige Verständigung gerade indem es grundlegende Unterschiede in den Lebensbedingungen und Lebenshaltung unter den Angehörigen zu den ethnischen Gruppen bewirkt.

Aus diesem Grunde ist es notwendig, um ein Zusammenleben zu garantieren, einen anderen Weg und eine andere Linie der Entwicklung einzuschlagen; eine Linie, die es versteht, den nationalen Worten einen modernen und entwickelten Inhalt zu geben im doppelten Sinne: einerseits durch eine freie und kritische Kulturpolitik und andererseits durch eine Wirtschaftspolitik, die auf die Mündigwerden der Arbeiterklassen abzielt.

Und dies stellt der Sozialismus in Aussicht.

Wandel im Zusammenleben der Volksgruppen

Dr. Peter Brugger

Schon in anderen Referaten dieser XII. Studientagung, besonders im ersten Teile, wurde hervorgehoben, daß die Bevölkerung Südtirols durch die Abtrennung des Landes und dessen Einverleibung in den Staat Italien vor neue Erfordernisse zur Regelung der gesellschaftlichen Verhältnisse gekommen ist. Die bisherige organische, natürliche Entwicklung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Belange, die allerdings durch den Krieg bereits arg gestört war, brach ab und die Südtiroler Gemeinschaft mußte sich rasch mit dem neuen Gedankengut und den vielfach anders gearteten Verhältnissen des italienischen Nationalstaates auseinandersetzen.

Die Bevölkerung Südtirols, welche die Abtrennung des Landes und dessen Einverleibung in den italienischen Staat im Jahre 1918 bewußt miterlebt hat, bestand aus deutsch- und ladinischsprachigen Tirolern, die bereits über Jahrhunderte in guten nachbarlichen Beziehungen nebeneinander lebten, ohne daß die einen befürchten mußten, daß sie von den anderen assimiliert oder unterwandert würden.

Wenn auch die Ladinier des Cadortales, des Grödentales, von Ampezzo und Buchenstein ständig mit den Deutschtirolern in Verbindung standen, ihre Sprache erlernten und dem deutschen Kulturgut recht aufgeschlossen gegenüberstanden, so behielten sie doch ihre eigene Prägung, ihre Eigenart, obwohl sie selbst wohl über eine eigene Sprache, eine eigene Volkskultur, eigene Sitten und Gebräuche verfügten, nicht jedoch über jene kulturellen Werte, welche eine ladinische Hochkultur ausmachen würden. Die Feststellung mag nicht nützlich sein, daß seit der Einverleibung Südtirols in den italienischen Staat und seit der Zuteilung des Gebietes von Buchenstein und Ampezzo an die rein italienische Provinz Belluno die ladinische Eigenart in den Gebieten mit italienischem Einfluß viel mehr aufgesogen und verschwommen ist als in den Gebieten des Cadortales und Grödens, deren Nachbarn auch heute noch Deutschtiroler sind.

Die Tatsache muß festgehalten werden, daß die kleine Volksgruppe der Dolomitenladiner über viele Jahrhunderte ihre Eigenart erhalten konnte, solange sie von deutschsprachigen Nachbarn umgeben war oder unter deren Einfluß stand. Dabei ist erwähnenswert, daß die ladinische Eigenart sicherlich nicht durch eine solche Vielzahl von echten kulturellen Werten geprägt ist und sich von der italienischen Eigenart unterscheidet wie die Tiroler Eigenart, die durch das deutsche Kulturgut ihre maßgebliche Prägung findet. Die Zuteilung eines Teiles der Ladinier unter die italienische Einflußsphäre hat einen Schwund der ladinischen Eigenart zur Folge gehabt. In Ampezzo und in Buchenstein, aber noch mehr im Fleims- und Fassatale wird die ladinische Sprache und das ladinische Brauchtum bald verschwunden sein.

Nach meiner Meinung gehört die Denkungsweise in zentralistischen Staatsbegriffen, die Identifizierung der Begriffe Staat und

Nation, die durch das Risorgimento unter bestimmten Voraussetzungen angebahnt und durch den Faschismus unter anderen Voraussetzungen auf die Spitze getrieben wurde, auch heute noch zur selbstverständlichen und undiskutierten Voraussetzung im Denken eines beträchtlichen Teiles der italienischen Jugend, wenn sie sich, besonders außerhalb Südtirols, mit Fragen von volklicher Minderheiten befaßt. Aus der Selbstverständlichkeit der Identifizierung der Begriffe von Staat und Nation ist der italienische Jugendliche verständlicherweise bestrebt, dort behilflich zu sein, die Verhältnisse dieser ihm selbstverständlichen Ordnung anzupassen, wo Abweichungen bestehen. Und diese bestehen in der Gebieten, die von volklichen Minderheiten bewohnt sind.

Von einer Jugend, die den nationalen Zentralstaat bejaht, können sich volkliche Minderheiten kein echtes entgegenkommen erwarten, auch wenn die Staatsverfassung „besondere Maßnahmen zum Schutze der volklichen Minderheiten“ vorsieht.

Die erste Voraussetzung zum Verständnis der Belange einer volklichen Minderheit scheint mir die Bejahung der Eigenständigkeit der natürlichen Gemeinschaften in der Gesellschaft zu sein. In anderen Worten, die Bejahung der echten Lokalautonomien. Der Staat sollte immer mehr als eine Einrichtung aufgefaßt werden, welche deswegen entstanden ist, weil die natürlichen Gemeinschaften zum Beispiel die Gemeinden, eigene Befugnisse zur besseren und rationelleren Regelung gleich gearteter Verhältnisse einer größeren Gemeinschaft oder zur Befriedigung gemeinsamer Bedürfnisse dieser größeren Gemeinschaft freiwillig nach oben abgetreten haben.

Durch die endliche Verwirklichung der in der Verfassung vorgesehenen Regionen mit Normalstatut, gegen welche sich bekanntlich die zentralistischen Parteien, die Neofaschisten und die Liberalen mit Händen und Füßen gewehrt haben, dürfte ein erster Schritt getan worden sein, um die allgemeine Auffassung des Staatsbürgers über die Allmacht des zentralen Nationalstaates langsam abzubauen. Man ist mit der Einführung der Regionen mit Normalstatut nunmehr in Italien dazu übergegangen, zentrale Machtbefugnisse des Staates teilweise und wohl in sehr bescheidenem Ausmaße nach unten, an die Regionen zu verlagern.

Wenn die heutige italienische Jugend nicht nur in Südtirol sondern auch außerhalb unserer engeren Heimat die Stärkung der Bedeutung und des Einflusses der natürlichen Gemeinschaften, der lokalen Körperschaften auf Kosten der Staatsmacht bejaht, wird eine wesentliche Voraussetzung geschaffen zum echten Verständnis der Belange und Erfordernisse von volklichen Minderheiten.

Wenn in einem Staate wie in Italien eine volkliche Minderheit in geschlossenem Siedlungsraume wie bei uns in Südtirol lebt, die selbst wieder dem Kulturkreise eines großen europäischen Volkes angehört, so ist für das Staatsvolk Italiens die Kenntnis und das Verständnis für die Eigenart dieser volklichen Minderheit die

Voraussetzung, um im Zuge der europäischen Integration ein gutes Verhältnis gegenseitiger Achtung zwischen den beiden großen Völkern, dem italienischen und dem deutschen anzubahnen. Eine europäische Integration wird nie verwirklicht wenn wir heute schon Zustände anstreben, die bei Berücksichtigung der natürlichen Entwicklung der Gesellschaft erst frühestens in einem Jahrhundert zu erwarten sind. Die auf zu lange Sicht gesteckten Ziele ohne Unterteilung in Teilziele sind kaum jemals erreicht worden.

Ich möchte deshalb behaupten, daß man den Grad der Reife eines europäischen Volkes oder eines europäischen Staates für ein gemeinsames Europa, das über eine lange Phase der Entwicklung zunächst ein Europa der Völker sein wird, im Verständnis messen kann, das dieser Staat oder dieses Volk den volklichen Minderheiten entgegenbringt.

Selbstverständlich muß auch die andere Seite, müssen die Angehörigen der volklichen Minderheit sich gegenüber dem Staatsvolk und dem Staat dann loyal verhalten und den Staatsbürgerpflichten nachkommen, wenn sie sich in ihrer Eigenart und in ihrer natürlichen Entwicklung als volkliche Minderheit gesichert fühlen können. Der Grad der Achtung und der freiwilligen, nicht erzwungenen Wertschätzung des Staatsvolkes durch die Minderheit soll die Plattform darstellen, auf welcher sich die Minderheit mit den kulturellen und ethischen Werten und mit den Einrichtungen des Staatsvolkes im allgemeinen auseinandersetzt.

Solange die volkliche Minderheit den Eindruck haben muß, daß sie Gefahr läuft, vom Staatsvolke gegen ihren Willen aufgesaugt, assimiliert zu werden, präge Mißtrauen und oft gegenseitiger Haß die Verhältnisse zwischen Staatsvolk und Minderheit. Haß und Mißtrauen vergiften die Gesellschaft.

Alle diese Erwägungen, die ich soeben angestellt habe, gelten nur, wenn die volkliche Minderheit den Willen hat, ihre Eigenart zu erhalten und sich in ihrer Eigenart weiterzuentwickeln. Wenn der Staat imstande ist, diesen Willen der Minderheit zu brechen oder wenn die Minderheit die Energie verliert, um diesen Willen zu erhalten, erübrigen sich die Maßnahmen zum Schutze einer volklichen Minderheit. Der Staat Italien löst auch dann die Frage der volklichen Minderheit in Südtirol, wenn er imstande ist, den Willen zur Eigenständigkeit und zur Erhaltung der Eigenart der Südtiroler zu brechen. Deshalb ist es Aufgabe derer, welche sich die Pflege und Festigung des kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Bestandes der Südtiroler in ihrer Eigenart vorgenommen haben, dafür Sorge zu tragen, daß der Wille der Südtiroler, Südtiroler zu bleiben, gefestigt wird.

Es muß zugegeben werden, daß oft, aber nicht immer und gemeist nicht auf Dauer, größere wirtschaftliche und soziale Vorteile erreicht werden könnten, wenn man bereit wäre, Werte dafür preiszugeben, welche die Südtiroler Eigenart charakterisieren.

Diese dargelegten Gedanken spielen eine recht wesentliche Rolle, wenn man die Entwicklung der Verhältnisse im Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen in Südtirol seit der Zeit der Eingliederung Südtirols in den Staat Italien einer näheren Prüfung unterzieht.

Über die Ladiner wurde bereits gesprochen.

Im Jahre 1918 gab es in Südtirol eigentlich kaum Italiener, wenn man von den paar Tausend absieht, die in Bozen und in den Gemeinden des Bozner Unterlandes damals schon lebten und sich eigentlich als Tiroler fühlten. Infolge der recht unbedeutenden Zahl ergaben sich damals aus dem Zusammenleben der italienischen mit den deutsch- und ladinischsprachigen Tirolern keine Probleme.

Die Eingliederung Südtirols in den Staat Italien erfolgte gegen den Willen der damals in Südtirol lebenden Bevölkerung, welche ihre Denkungsweise noch nach den gesellschaftlichen Verhältnissen ausgerichtet hatte, die in Österreich-Ungarn und besonders in Tirol bestanden. Alle durch Italien eingeführten Neueregungen wurden zumindest mit Mißtrauen entgegengenommen. Die italienischen Ordnungskräfte und Beamte, die zuerst ins Land kamen, wurden von der ansässigen Bevölkerung als Okkupanten und Eindringlinge angesehen. Entsprechend dieser Einschätzung richtete sich der Haß der im Lande wohnenden Bevölkerung gegen sie.

In der ersten Zeit der Besetzung verhielten sich die nach Südtirol gezogenen Italiener, denen die Übernahme der öffentlichen Dienste oblag, sehr klug gegenüber der ansässigen Südtiroler Bevölkerung. Der Haß loderte eher einseitig bei den Südtirolern gegen die ins Land gezogenen Italiener und kaum umgekehrt bei den eingezogenen Italienern gegen die Südtiroler.

Infolge der Entwicklung des Faschismus in Italien um das Jahr 1922 kamen immer mehr Italiener nach Südtirol, die sich zur Aufgabe stellten, aus Südtirol eine rein italienische Provinz zu machen. Sie bekämpften die Eigenart der Südtiroler und wollten der Bevölkerung die italienische Kultur mit Gewalt aufzwingen. Durch den ausgeübten Zwang wuchs bei den Südtirolern der Wille zum Widerstande und zur Erhaltung ihrer Eigenart, denn die Werte dieser Eigenart kamen den Südtirolern aus dem Kampfe um deren Erhaltung immer mehr ins Bewußtsein.

Da zur Zeit des Faschismus fast ausschließlich Italiener ins Land kamen, welche die Tiroler Eigenart bewußt bekämpften, wurde der Haß zwischen Südtirolern und Italienern gegenseitig. Der Druck zur Italianisierung der Provinz Bozen kam ständig von Rom her und wuchs mit zunehmender Festigung des faschistischen Systems. Die Südtiroler sahen nun in den Italienern nicht mehr nur die Eindringlinge, sondern besonders auch die Unterdrückten.

Die Generation der Südtiroler und wohl auch der Italiener, welche die Zeit des Faschismus, der Option und des zweiten Weltkrieges bewußt miterlebt hat, also in dieser Zeit im Denken geprägt wurde, ist aus dem gegenseitigen Haße der damaligen Zeit zwischen Südtirolern und Italienern auch heute noch belastet. Auf Grund der sich geänderten Verhältnisse hat sich bei dieser Generation heute der Haß in Mißtrauen umgewandelt. Heute noch sieht diese Generation der Südtiroler in den Italienern jenen Bevölkerungsteil, der mit der Staatsmacht im Rücken stets bevorzugt wird, wenn es gilt, sich eine Existenzgrundlage in Südtirol aufzubauen, zum Schaden der Südtiroler, welche das erste Recht beanspruchen, sich im angestammten Lebensraume natürlich entwickeln zu können, ohne von Zuwanderern aus dem Süden verdrängt zu werden. Sie finden sich allerdings immer mehr mit der Tatsache ab, daß die Italiener, die nun einmal im Lande sind, auch dahleiben sollen unter der Voraussetzung, daß sie sich mit den Südtirolern gemeinsam bemühen, einen weiteren Zuzug von Italienern aus anderen Provinzen zu verhindern, um die durch gemeinsame Anstrengungen geschaffenen und noch zu schaffenden Arbeitsplätze in den verschiedenen Erwerbszweigen im Lande der kommenden Generation, die im Lande geboren ist, zu erhalten. So würde sich die Zahl jener Jugendlichen verringern, die gezwungen sind, auszuwandern, weil die eigene Heimat für sie keine Existenzmöglichkeiten bietet.

Wenn sich eine volkliche Minderheit wirtschaftlich und sozial besser entwickeln sollte als das Staatsvolk, weil sie dazu die Voraussetzungen hätte, ist eine Korrektur der verfassungsrechtlich eingeräumten Freizügigkeit notwendig, um sie in diesem Bestand zu erhalten. Der höhere Lebensstandard und der größere wirtschaftliche und soziale Wohlstand in einem bestimmten Gebiete des Staates übt einen Sog auf die in der Entwicklung zurückgebliebenen Gebiete und deren Einwohner aus, wie dies besonders aus den Erfahrungen in den industriell sehr hochentwickelten Gebieten Mailand, Turin und Genua ersichtlich gemacht werden kann.

Die Generation der Südtiroler aus der Faschisten-, Options- und Kriegszeit will zur Festigung der Südtiroler Eigenart und Eigenständigkeit sowie zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung der Minderheit klare und bleibende Garantien seitens des Staates, damit ihr Mißtrauen zum italienischen Bevölkerungsanteil im Lande und zu zahlreichen Einrichtungen des Staates, besonders zu jenen, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung eingesetzt sind, abgebaut werden kann. Diese Garantien stehen heute noch aus, deshalb besteht das Mißtrauen weiter. Dieses Mißtrauen hinwiederum ist gegenseitig, weil die Angehörigen der italienischen Volksgruppe dieser Generation, die zum Großteil zugewandert und nicht im Lande geboren sind, befürchten, daß die Südtiroler an ihnen das während der Faschistenzeit angelane Unrecht rächen möchten und sie aus dem Lande vertreiben würden, wenn sich dazu die Möglichkeit böte. Aus diesem Grunde will ein nicht unbedeutender Teil der in Südtirol lebenden Italiener verhindern, daß dem Lande Südtirol, in welchem der italienische Teil der Bevölkerung noch in Minderheit ist, die Voraussetzungen zu einer echten Selbstverwaltung vom Staate eingeräumt werden, wenn nicht gleichzeitig mit der Einaräumung solche Korrekturen an den demokratischen Spielregeln in den gesetzgebenden und verwaltenden Gremien angebracht werden, daß der sogenannten italienischen Minderheit ein mehr oder weniger vorklauseltes Votumrecht vorbehalten bleibt.

Die Generation, welche die Besetzung des Landes im Jahre 1919 bewußt miterlebt hat, ist heute als alte Generation zu bezeichnen. Die mittlere Generation, die den Faschismus, die Operationen und den 2. Weltkrieg bewußt miterlebt hat und die infolge mangelnder Möglichkeiten in ihrer Jugendzeit sehr schlecht geschult und ausgebildet ist, beeinflußt zur Zeit die Gestaltung der Verhältnisse in Südtirol noch am maßgeblichsten.

Die dritte Generation seit der Einverleibung Südtirols in den italienischen Staat, die heutige Jugend, ist in bessere Verhältnisse hineingewachsen, die sich nach dem zweiten Weltkriege vor allem durch die demokratischen Einrichtungen der jungen italienischen Republik und durch die Auswirkungen des zwischen Österreich und Italien für Südtirol abgeschlossenen Pariser Vertrages ergeben haben. Diese dritte Generation weiß nichts mehr von den Opfern, welche die vorigen Generationen zur Erhaltung der Tiroler Eigenart bringen mußten, sie ist aber auch viel freier von Vorurteilen gegenüber dem italienischen Teile der in Südtirol lebenden Bevölkerung.

„*Marcet sine adversario virtus*“ lautet ein bekannter Spruch.

Unsere Südtiroler Jugend will gegenüber den Italienern genau so sicher auftreten wie gegenüber den eigenen Südtirolern. Die gleichaltrigen italienischen Jugendlichen wollen Verbindung zu den Südtiroler Jugendlichen, um sich besser kennenzulernen und so sich gegenseitig mehr zu schätzen. Die italienischen Jugendlichen in Südtirol interessieren sich weniger um die Werte des deutschen Kulturgutes, als sich die Südtiroler Jugendlichen um die Werte des italienischen Kulturgutes interessieren. Die italienischen Jugendlichen wollen vielmehr die Südtiroler als Partner in sportlicher und freizeitgestaltender Tätigkeit sehen.

Unsere Jugend hat erkannt, daß sich im Leben nur der Tüchtige durchsetzt. Sie ist deshalb bestrebt, die Möglichkeiten zur Erläuterung für das Leben auszunutzen. Unsere Jugend denkt sachlicher und recht oft auch ehrlicher als die ältere Generation.

Sie sieht im Bestreben und in den Bemühungen zur Erhaltung der Tiroler Eigenart nicht selten die nutzlose Pflege eines romantischen Reliktes. Vielleicht darf vieles von dem, was wir Ältere als zum Idealbild der Tiroler Eigenart gehörend ansehen, abgestreift werden, denn auch die Tiroler Eigenart soll kein statischer Begriff werden, sondern muß dynamisch, zeitgemäß sein.

Wenn unsere dritte Generation, unsere heutige Jugend, eine Eigenständigkeit, eine eigene Prägung als volkliche Minderheit im Staate Italien erhalten will, sollte sie sich in der Bildung der Persönlichkeit in erster Linie nach den Maßstäben ausrichten, die in Nordtirol und darüber hinaus im deutschen Sprachraume Geltung haben. Wir Südtiroler deutscher Muttersprache gehören zum deutschen Kulturkreise und müssen uns in erster Linie in dessen Werten festigen. Sobald wir dort gefestigt sind, wollen wir in anständiger und objektiver Art mit den Werten des italienischen Kulturgutes vertraut werden, die wir um so mehr schätzen können, als wir aus der guten Kenntnis der Werte des deutschen Kulturgutes bessere Vergleiche ziehen können.

Die Südtiroler Jugendlichen sollen gutnachbarliche Verhältnisse zu den Angehörigen des italienischen Staatsvolkes in Südtirol anstreben. Die Südtiroler Jugendlichen sollen mit den italienischen Partnern in kameradschaftliche Beziehung treten, sobald sie über die notwendige Urteils- und Kritikfähigkeit verfügen, damit sie den italienischen Partnern ohne Komplexe, sondern aufrecht und sicher entgegentreten können, um so die Voraussetzungen gegenseitiger Achtung zu schaffen. Ich glaube, daß unsere Jugend so echte und konkrete Vorarbeit im Sinne der angestrebten europäischen Integration leisten würde, die nur auf der Plattform begründeter gegenseitiger Achtung ohne Übervorteilungsabsicht zustandekommen kann.

Anmerkung: Die Zusammenfassung der Diskussion fehlt, da darüber keine Tonbandaufnahme vorliegt.

Il Sudtirolo nella società italiana Südtirol im Rahmen der italienischen Gesellschaft

Prof. Lidia Menapace

Il tema che mi è stato assegnato è abbastanza difficile e complesso e per poterlo contenere nei termini di tempo che i lavori prevedono, ho pensato di esporlo in una forma schematica e senza alcuna pretesa, evidentemente, di esaurirlo. Ho cercato cioè di mettere insieme alcuni punti che mi sembrano di particolare interesse e sui quali si potrebbe successivamente approfondire un lavoro di analisi e anche un lavoro di ricerca di forme organizzative.

Volevo premettere che la formulazione del tema «Il Sudtirolo nella Società Italiana» mette in luce un rapporto particolare, un aspetto particolare dei rapporti tra le popolazioni della nostra terra e il resto dello stato italiano. Infatti, se si considera il Sudtirolo nello stato italiano, nella Repubblica Italiana, ci si trova di fronte a un rapporto prevalentemente giuridico, fondato sulle norme scritte o da scrivere, comunque un rapporto in un certo senso impersonale e che può essere anche caratterizzato da un alto grado di passività o di assenza. Non solo nel Sudtirolo, ma in genere ovunque, visto che le attuali forme della democrazia rappresentativa consentono o addirittura suggeriscono e qualche volta addirittura obbligano il cittadino a una alta forma di passività e addirittura di assenza. Cosicché, per assurdo, potremmo anche figurarci un rap-

Das mir übertragene Thema ist ziemlich schwierig und vielschichtig. Will ich mich an die vorgeschriebene Zeit halten, so kann ich es nur schematisch und ohne Anspruch auf Vollständigkeit behandeln. Ich versuche deshalb, einige Gesichtspunkte herauszuarbeiten, die mir von allgemeinem Interesse scheinen und die man dann anschließend durch Analysen und durch Untersuchungen über Formen der Gemeinschaft vertiefen könnte.

Ich möchte vorausschicken, daß die Themenstellung „Südtirol im Rahmen der italienischen Gesellschaft“ bereits einen besonderen Aspekt in den Beziehungen zwischen den Volksgruppen unserer Provinz und dem restlichen Italien aufzeigt. In der Tat, betrachtet man Südtirol im Rahmen des italienischen Staates, der italienischen Republik, so steht man vor einer Beziehung vorwiegend juristischer Art, die sich auf die geschriebenen und noch zu schreibenden Normen gründet. Es handelt sich also um eine in einem gewissen Sinne unpersönliche Beziehung, die auch durch einen hohen Grad an Passivität oder Nicht-Teilnahme gekennzeichnet sein kann. Das zeigt sich nicht nur in Südtirol, sondern im allgemeinen überall, da die gegenwärtigen Formen der repräsentativen Demokratie dem Bürger erlauben, oder ihm sogar anraten, oder ihn sogar manchenmal

porto tra il Südtirol e lo Stato italiano che non raffiguri nessun rapporto tra il Südtirol e la Società italiana. Al limite i Südtirolesi potrebbero avere ottimi e comunque pacifici e indiscussi rapporti con lo Stato italiano semplicemente adeguandosi alle leggi o chiedendo che le leggi vengano adeguato o adeguandolo là dove possiedono un potere legislativo senza con questo entrare — dico per assurdo, esprimo la tesi nella sua forma estrema — praticamente mai in contatto con la società italiana, mantenendosi cioè nell'ambito di quei rapporti giuridici e di quelle forme di potere delegato e correlativamente in quegli atteggiamenti di passività, in quel rapporto, che si realizza una volta ogni 4 anni, o una volta ogni 5 anni alle scadenze elettorali, o che è di carattere, in fondo, molto formale ed esterno. Se invece il convegno ha voluto dare il titolo a questa relazione «Il Südtirol e la Società italiana», significa che almeno i proponenti desidererebbero superare un rapporto puramente formale e giuridico, che non cambierebbe niente — qui nel Südtirol come dovunque. Mi riferisco al Südtirol, perché è l'oggetto della nostra ricerca in questo momento, ma l'atteggiamento è poi di tutti i cittadini delle attuali democrazie rappresentative e non solo di quelle.

Sembra desiderabile che si possa andare un po' avanti rispetto a questo rapporto giuridico, formale e tutto sommato passivo, che potrebbe essere configurato nella formula «Südtirol e Stato italiano»; infatti, mentre si può parlare di un rapporto del Südtirol con lo Stato italiano, perché lo stato è sempre anche configurabile come qualche cosa a sé stante, non si potrebbe definire il tema di oggi se non come «Südtirol **nella** società», dal momento che la società è per definizione il luogo delle partecipazioni volontarie, organizzate, di persone o di gruppi, il luogo degli impegni culturali, politici, sociali, volti appunto a stabilire determinati rapporti tra persone, non ancora formalizzati dalle leggi, non ancora definiti in norme e quindi caratterizzati da uno sporadicamente alto livello di inventività, di flessibilità e di partecipazione.

Allora, per collocare la nostra terra nel tema della società italiana, è opportuno, io credo, conoscere sia pure sommariamente, le caratteristiche della società sudtirolese e le caratteristiche della società italiana in questo momento storico, per vedere, quale tipo di impegno è augurabile che assumano coloro che si riconoscono elementi attivi nella società sudtirolese nei confronti della società italiana. Vorrei precisare che, quando parlo di società sudtirolese ne parlo, considerandomi appartenente ad essa, cioè ne parlo come una persona che intendo assumere la società sudtirolese così come essa è, cioè caratterizzata dalla presenza di due culture, di due gruppi nazionali e dalla problematica inerente a questo fatto. Di conseguenza assumo subito come caratteristica della società sudtirolese appunto questa bilinguità o mistilinguità o compresenza di due culture, compresenza di due gruppi nazionali e di tutta una tematica relativa. Che cosa sembra venirci, come conseguenza immediata? Evidentemente l'esigenza che sia mantenuto vivo in tutta la società, nella quale poi questa minoranza territoriale è minoranza, il tema del pluralismo, eventualmente anche del pluralismo culturale, in genere del pluralismo o il tema della autonomia gestione di se stessi, poiché non pare — sia pure arrivando a conclusioni forse non provate, ma che per la maggior parte dei presenti dovrebbero essere quasi vissute — che si possa conservare questa caratteristica storicamente dominante della società sudtirolese, se non tenendo conto, anzi puntando sulla sua caratteristica essenziale che è la presenza dei due gruppi nazionali e sullo strumento che dovrebbe servire — non dico che serva e che sia servito sufficientemente fino ad oggi — sulla forma organizzativa dello stato, che dovrebbe servire per conservare questa tematica e svilupparla, cioè essenzialmente l'autonomia.

zwingen, eine Haltung der Passivität oder geradezu der Nicht-Teilnahme einzunehmen. Aus diesem Grunde können wir uns — es handelt sich hier um einen absurden Gedankengang — eine Beziehung zwischen Südtirol und dem italienischen Staat vorstellen, die aber keinesfalls eine Beziehung zwischen Südtirol und der italienischen Gesellschaft darstellt. Als Grenzfall gedacht könnten die Südtiroler in den besten oder zumindest friedlichsten und unbezweifelbaren Beziehungen mit dem italienischen Staat stehen, indem sie sich ganz einfach den Gesetzen anpassen oder indem sie verlangen, daß die Gesetze angepaßt werden, oder indem man sie dort anpaßt, wo sie (die Südtiroler) gesetzgebende Kraft besitzen; dies heißt aber nicht — ich bringe hier ein absurdes Beispiel, indem ich es bis an die äußerste Grenze treibe — daß die Südtiroler Gesellschaft praktisch in Beziehung zur italienischen Gesellschaft getreten sei. Denn diese Beziehungen bewegen sich im Rahmen der Gesetzesbestimmungen und der übertragenen Formen von Machtausübung. Die Wechselbeziehungen zeichnen sich durch eine passive Haltung aus und sie realisieren sich alle vier Jahre oder alle fünf Jahre einmal zur Wahlzeit. Diese Beziehung besitzt aber im Grunde einen sehr formalen und äußerlichen Aspekt. Wenn hingegen die Fagung diesem Referat den Titel „Südtirol und die italienische Gesellschaft“ verliehen wollte, so zeigt das, daß zumindest die Veranstalter diese rein formale und juristische Beziehung überwinden wollen, was weder hier in Südtirol noch anderswo etwas ändern würde, ich beziehe mich auf Südtirol, weil es den Gegenstand unserer Untersuchungen im Augenblick darstellt. Aber diese Haltung bezieht sich auf alle Bürger der derzeitigen repräsentativen Demokratie und nicht nur auf diese.

Es scheint wünschenswert zu sein, über diese juristische, formale, kurz passive Beziehung, die man mit der Formel „Südtirol und der italienische Staat“ darzustellen vermag, hinausgehen zu können. In der Tat könnte man in dieser Form über die Beziehung zwischen Südtirol und dem italienischen Staat sprechen, da der Staat immer ein in sich bestehendes Gebilde darstellt. Man könnte das heutige Thema jedoch nicht anders bezeichnen als mit dem Titel „Südtirol im Rahmen der Gesellschaft“, wenn die Gesellschaft der Definition nach den Raum für lose und organisierte Zusammenarbeit von Personen und Gruppen bildet, den Rahmen für kulturelle, politische, soziale Verpflichtungen absteckt. Sie dient dazu, bestimmte Beziehungen zwischen Personen herauszustellen, die noch nicht dem Formalismus der Gesetze verfallen sind, die noch nicht durch Normen definiert sind; die daher durch einen erwartungsmäßig hohen Grad an Erfindungsgeist, Beweglichkeit und Teilhabe gekennzeichnet sind.

Um nun im Thema unser Gebiet mit der italienischen Gesellschaft zu verknüpfen, ist es notwendig, glaube ich, zumindest im Überblick die Eigenart der Südtiroler Gesellschaft und die Eigenarten der italienischen Gesellschaft in diesem historischen Zeitraum kennenzulernen, damit man erkennen könne, welche Art an Einsatz wünschenswert wäre, den jene auf sich nehmen sollten, die sich als aktive Elemente in der Südtiroler Gesellschaft in Beziehung zur italienischen Gesellschaft betrachten. Ich möchte betonen, daß ich unter Südtiroler Gesellschaft — ich zähle mich offen zu ihr — die derzeit bestehende Gesellschaft verstehe, d. h. eine Gesellschaft, die durch die Anwesenheit zweier Kulturkreise, zweier nationaler Gruppen und durch die damit verbundenen Probleme gekennzeichnet ist. Folglich führe ich gleich als Charakteristik der Südtiroler Gesellschaft gerade diese Zweisprachigkeit oder Mehrsprachigkeit an, oder dieses gleichzeitige Vorhandensein zweier Kulturen, zweier nationaler Gruppen und einer damit verbundenen Problematik. Was scheint daraus unmittelbar zu folgen? Offensichtlich die Notwendigkeit, das Thema des Pluralismus, vielleicht auch eines kulturellen Pluralismus, in der Gesamtbevölkerung wachzuhalten, in die diese territorial kleinere Gesellschaft sich einfügt. Es soll also der Pluralismus im weitesten Sinne und die Frage der Selbstverwaltung der eigenen Angelegenheiten, wach gehalten werden. Denn es scheint nicht — wenn man auch zu Schlüssen kommt, die vielleicht nicht Zustimmung finden werden, die aber vom größten Teil der hier Anwesenden fast schon gelebt worden sollten —, daß diese historisch vorherrschende Charakteristik der Südtiroler Gesellschaft bewahrt werden könne, wenn man nicht die wichtigste Bestimmung beachtet, ja sogar auf sie hinweist, nämlich auf die Anwesenheit zweier Volksgruppen und jenes Mittel, jene Organisationsform des Staates nicht in den Vordergrund stellt, das dazu dienen sollte — ich sage nicht es dient oder es habe bisher im ausreichenden Maße gedient —, diesen Grundzug zu erhalten

Quando parlo di autonomia in riferimento alla società, non mi attardo in questo momento alle forme particolari in cui l'autonomia si definisce poi sul terreno degli ordinamenti e delle istituzioni. Mi riferisco al mantenimento, al ravvivere, al rproporre continuamente un tipo di cultura politica, un tipo di atteggiamento mentale, un tipo di intrapresa pratica che risponda alle esigenze di mantenere viva in questa società la richiesta di potersi organizzare autonomamente. A questo punto ci si potrebbe domandare: ma, questo poi non serve per distaccare ancora di più il Südtirol come società che ha questa sua nota di complessità, dal resto della società italiana? No, credo io, se appunto il tema dell'autonomia e della complessità culturale viene poi dalla società sudtirolese presentato nelle sue forme positive e anche organizzativamente diverse a tutta la società italiana, perché il pluralismo culturale e la gestione autonoma dei propri affari sono, diciamo, cose positive in sé, — se vogliamo adoperare questa formula. Di conseguenza sfruttando, giocando positivamente su questi dati storici, una delle relazioni che la società sudtirolese può intrattenere con la società italiana, è quella di dare alla società italiana dei valori, proponendo — se non vogliamo adoperare termini così commerciali come dare e avere, dare o ricevere — il tema del pluralismo culturale, che ovviamente per il resto del territorio — tranne là, dove esistono altre minoranze linguisticamente differenti — assumerà aspetti diversi che qui da noi. Ma, comunque noi siamo in grado di proporre il tema del pluralismo culturale, come cultura politica, prima ancora che come organizzazione delle istituzioni pubbliche, nell'autonoma gestione dei propri affari. Si potrebbe successivamente specificare questo tema, per vedere che caratteristiche può assumere, per esempio nella gestione della scuola, o nei valori da proporre o da mettere accanto ai temi dello sviluppo economico e sociale, in tutta una serie di esemplificazioni che lascio alla fantasia di ciascuno, appunto per non occupare troppo spazio di tempo con questo solo tema, che, come ripeto, acconno. Allora, uno dei rapporti e forse l'essenziale della società sudtirolese con la società italiana è un rapporto, per il quale la società sudtirolese date le sue caratteristiche che sono quelle già dette, mantenendole vive in positivo, può proporre alla società italiana una, — sia pur diversa per la diversità dei territori — accettazione o organizzazione di questi stessi valori positivi del pluralismo culturale e dell'autonomia.

Naturalmente le caratteristiche della società sudtirolese non sono solo quelle che ho fino a qui indicate. Quelle che ho indicate, pluralismo culturale e nazionale e richiesta o esigenza o cultura politica di tipo autonomistico, sono le due caratteristiche che saltano immediatamente agli occhi di tutti, anche perché sono, tutto sommato, estranee alla cultura politica italiana dopo l'unità. Dopo la formazione dello stato nazionale, si è infatti in certa misura impoverita la dialettica politica e culturale, che era assai più ricca e varia per la presenza di parecchie culture regionali assai significative nel nostro paese. Ma le caratteristiche da sottolineare sono anche altre. Quelle che riguardano, per esempio, la composizione sociale e le prevalenti attitudini o atteggiamenti di fronte alla organizzazione economica: in questo caso noi sappiamo tutti, che la società sudtirolese presenta in una specie di microcosmo molti problemi simili a quelli che si presentano nella società italiana in generale. Per esempio, nella società italiana in generale tra regione e regione — dico regione in senso generico o in senso economico, non nel senso della divisione amministrativa dello Stato italiano —, squilibri tra settore e settore della vita economica, squilibri tra livelli culturali, squilibri si può dire di ogni genere, sotto qualche profilo anche assai gravi. Anche nella società sudtirolese d'altra parte, come in un microcosmo, questi squilibri esistono: esistono sia squilibri territoriali che squilibri di settore, non c'è dubbio. Per esempio la condizione di vita, le possibilità di par-

und zu entwickeln, das heißt im wesentlichen die Autonomie.

Wenn ich von der Autonomie in Beziehung zur Gesellschaft spreche, so halte ich mich nicht in diesem Augenblick an jene besonderen Formen, in welchen sich die Autonomie auf der Ebene der Bestimmungen und der Institutionen versteht. Ich beziehe mich auf die Erhaltung, auf die Wiederbelebung, auf das dauernde Erstellen einer Art von Kultur in politischer Hinsicht, einer Art von Geisteshaltung, einer Art praktischen Vorgehens, das der Notwendigkeit entspricht, das das Bedürfnis dieser Gesellschaft, sich unabhängig zu entfalten, lebendig hält. Hier müßte man sich fragen: aber bewirkt dieses Vorgehen nicht noch mehr, Südtirol als Gesellschaft mit ihrer Vielschichtigkeit vom Rest der italienischen Gesellschaft zu trennen? Ich glaube, gerade dann nicht, wenn der Begriff der Autonomie und der kulturellen Vielschichtigkeit von der Südtiroler Gesellschaft in ihren positiven Formen aufgegriffen und auch unterschiedlich zur italienischen Gesellschaft ausgerichtet wird. Denn der kulturelle Pluralismus und die Selbstverwaltung der eigenen Angelegenheiten sind positiv in sich, wenn wir diese Formel verwenden wollen. Folglich könnte die Südtiroler Gesellschaft, indem sie diese historischen Tatsachen in positiver Weise verwendet und ausnützt, mit der italienischen Gesellschaft eine von den möglichen Beziehungen in der Form eingehen, indem sie der italienischen Gesellschaft Werte vermittelt — wenn wir nicht rein handeltechnische Ausdrücke verwenden wollen, wie Geben und Haben, Geben und Nehmen —, die im kulturellen Pluralismus ihren Ausdruck finden. Dieser wird selbstverständlich im restlichen Staatsgebiet andere Züge annehmen als bei uns, ausgenommen in jenen Gebieten, wo andere sprachliche Minderheiten leben. Auf jeden Fall sind wir in der Lage, den kulturellen Pluralismus als Kultur in politischer Hinsicht aufzuzeigen, der, bevor er in Organisationen der öffentlichen Hand sich darstellt, in der Selbstverwaltung der eigenen Angelegenheiten seinen Ausdruck findet.

Man könnte in der Folge dieses Themas ausbauen, um zu sehen welche Besonderheiten es annehmen könnte, z. B. in der Schulverwaltung, oder in den Worten, die man auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aufzeigen oder aufnehmen müßte. Ich überlasse es der Phantasie des einzelnen, hier eine Reihe von Beispielen aufzuzählen, um nicht zuviel Zeit allein für dieses Thema, auf das ich, wie ich sagte, nur hinweise, zu verwenden. Kurz, eine der möglichen Beziehungen und vielleicht die wichtigste zwischen der Südtiroler Gesellschaft und der italienischen Gesellschaft besteht in dem Umstand, daß sie durch ihre besonderen, bereits erwähnten Ausprägungen, die sie im positiven Sinne lobendig erhalten soll, der italienischen Gesellschaft eine — sei es auch durch die Verschiedenheit der Gebiete andergeartet — Annahme oder Organisationsform dieser positiven Werte des kulturellen Pluralismus und der Autonomie vorschlagen könnte.

Natürlich erschöpfen sich die Besonderheiten der Südtiroler Gesellschaft nicht in den bis jetzt angeführten. Diese hier erwähnten, der nationale und kulturelle Pluralismus und das Bedürfnis oder die Notwendigkeit einer autonomen Kultur in politischer Hinsicht zählen zu den Besonderheiten, die unverzüglich allen auffallen, auch deswegen, weil sie — allgemein gesprochen — der italienischen Kultur in politischer Hinsicht nach der Ertung fremd sind. Nach der Bildung des Nationalstaates verkümmerten in der Tat in einem gewissen Ausmaße die politische und kulturelle Dialektik, die vorher durch das Vorhandensein mehrerer bedeutender Kulturkreise auf regionaler Ebene in unserem Lande viel deutlicher und mehrschichtig sich zeigte.

Aber es gibt auch andere Besonderheiten hervorzuheben: z. B. jene, die die soziale Struktur und die vorherrschenden Gewohnheiten und Haltungen den wirtschaftlichen Organisationen gegenüber betreffen; auf diesem Gebiet, wissen wir, stellt Südtirol eine Art Mikrokosmos dar mit allen jenen Problemen, die jenen in der italienischen Gesellschaft im allgemeinen gleichen. So besteht z. B. zur Zeit in der italienischen Gesellschaft im allgemeinen ein starkes Unterschiedsgefälle territorialer und sektorieller Art. Es sind Mißverhältnisse zwischen Region und Region gegeben — Region im allgemeinen oder im wirtschaftlichen Sinne verstanden, nicht im Sinne der verfassungsmäßigen Aufteilung des italienischen Staates —, Mißverhältnisse zwischen Sektor und Sektor im Wirtschaftsleben, Mißverhältnisse im kulturellen Niveau, Mißverhältnisse allgemeinstor Art, die manchenmal in mancher Hinsicht ein schwerwiegendes Ausmaß annehmen. Auch in der Südtiroler Gesellschaft andererseits bestehen diese Differenzen, wie in einem Mikrokosmos:

tecipazione ai beni d'ogni genere delle popolazioni più disperse territorialmente oppure in condizioni di maggiori difficoltà per la conformazione orografica del nostro territorio, raffigura uno stato di obiettivo squilibrio rispetto alle popolazioni che vivono nei centri urbani. Così come c'è un obiettivo squilibrio di possibilità di sviluppo umano, per questo stesso fattore. Inoltre esistono degli squilibri di settore come dovunque, tra il reddito agricolo o il reddito industriale, per esempio. Rimane caratteristico in questa specificazione della società sudtirolese, il fatto che molto spesso questi squilibri territoriali o di settore sono anche squilibri di gruppo. Quindi permane caratteristica della società sudtirolese la tematica etnica, anche in relazione all'aspetto dello squilibrio, perché, come sappiamo tutti, la popolazione dispersa nelle vallate e abitante in montagna, in alta montagna, è soprattutto di lingua tedesca, la popolazione concentrata nei centri urbani è prevalentemente, numericamente, direi maggioritariamente di lingua italiana.



Gli addotti all'industria sono ormai quasi in equilibrio quantitativo, ma non certo in equilibrio culturale come senso di attaccamento all'industria. Ancora oggi la cultura di tipo industriale — se vogliamo adoperare questo termine — appartiene più ai sudtirolesi di lingua italiana che non ai sudtirolesi di lingua tedesca. Allora, qui troviamo un tipo di rapporto tra società sudtirolese e società italiana, cioè una somiglianza, ma aggravata o arricchita, secondo se vogliamo dare un significato negativo o positivo a queste cose, per la società sudtirolese dalla compresenza del fattore etnico accanto ai fattori di squilibrio. Questo ci suggerisce però che forse è possibile modificare certi squilibri etnici, impegnandoci ad agire per la modificazione degli squilibri territoriali e di settore: sotto questo profilo la somiglianza della società sudtirolese con la società italiana si accentua. Possiamo dunque proporla a noi stessi come tematica comune alla società italiana e peraltro non alla sola società italiana. (Al solito mi limito alla società sudtirolese o alla società italiana, perché questi sono i due oggetti proposti alla nostra indagine: una analisi si potrebbe ostendere almeno a tutti i paesi europei). Nella società sudtirolese e nella società italiana si può allora trovare un punto di contatto nella constatazione degli squilibri e dunque nell'obiettivo, che dovrebbe essere comune, anche se nella nostra società non disgiunto dalla tematica etnica, già prima indicata, e dalla richiesta di gestione autonoma dei propri affari. Uno dei punti da approfondire è quello degli squilibri che l'attuale società, anche mediamente o altamente sviluppata non risana e qualche volta aggrava. Questo tema è comune alla società italiana e alla società sudtirolese e quindi può essere un tema di interscambio di esperienze organizzative, di cultura politica e anche di approfondimenti culturali. Uno squilibrio particolarmente sentito nella società italiana è lo squilibrio educativo culturale — squilibrio diciamo genericamente scolastico — sia per la insufficienza materiale delle strutture scolastiche, sia per l'insufficienza storica dei contenuti della scuola, — anche questa tematica, come tutti sanno, non è della sola società italiana, è in questo momento un fatto planetario, come si dice. Essa esiste evidentemente anche per la società sudtirolese, anche qui aggravata, complicata o arricchita se volete, dalla particolare variante etnica: ma anche sotto questo profilo penserei che sia possibile proporre un tipo di relazione o di interscambio culturale organizzativo e pratico tra società sudtirolese e società italiana, perché l'insoddisfazione o il rifiuto, a seconda dello sfumato di atteggiamento, della struttura scolastica non mi pare che possa essere molto differente nel Sudtirolo che nel resto del paese, semmai ci possono essere motivi di accentuato dissenso o fastidio, perché non è realizzata nemmeno la possibilità di uno sviluppo autonomo nel settore dell'organizzazione della cultura attraverso la scuola, e non è nemmeno fornita la possibilità di avere un tipo di istruzione, non dico di

es bestehen ohne Zweifel Differenzen, sei es in territorialer, sei es in sektorialer Hinsicht. Die Lebensbedingungen z.B., die Möglichkeit der Teilhabe an den allgemeinen Gütern durch die geographisch verstreuten Bevölkerungsschichten oder jenen Schichten, die größeren Schwierigkeiten, bedingt durch die orographische Struktur unserer Landschaft, ausgesetzt sind, alles dies zeigt ein objektives Mißverhältnis zu jenen Bevölkerungsschichten, die in den Städten wohnen. Gleichfalls besteht aus diesen Gründen ein objektives Mißverhältnis bezüglich der Entwicklungsmöglichkeit seiner Persönlichkeit. Außerdem besteht ein Einkommensgefälle — wie überall —, z.B. zwischen Landwirtschaft und Industrie. Es gehört zur Eigenart der Südtiroler Gesellschaft, daß diese Mißverhältnisse territorialer und sektorialer Art auch Mißverhältnisse der Gruppen darstellen. Es verbleibt daher als Eigenart der Südtiroler Gesellschaft die ethnische Frage, auch in Beziehung zu diesen Mißverhältnissen, da die in den Tälern und im Gebirge, im Hochgebirge, verstreut wohnende Bevölkerungsschicht vorwiegend zur deutschen Volksgruppe zählt, die in den Städten konzentrierte Bevölkerung ist hingegen zahlenmäßig vorwiegend, mehrheitlich würde ich sagen, italienischer Muttersprache.

Die Industriearbeiter befinden sich nun in einem zahlenmäßigen Gleichgewicht, nicht jedoch in einem kulturellen Gleichgewicht, was die Beziehungen zur Industrie überhaupt betrifft. Heute noch gehört die Kultur mit industrieller Ausprägung [tipo industriale? — wenn wir diesen Ausdruck verwenden wollen — mehr den Südtirolern italienischer Muttersprache als den Südtirolern deutscher Muttersprache. Hier liegt nun eine Art von Beziehungen zwischen der Südtiroler Gesellschaft und der italienischen Gesellschaft vor, eine Ähnlichkeit, die aber erschwerend oder bereichernd wirkt, je nachdem man die Tatsache, daß in der Südtiroler Gesellschaft neben den Mißverhältnissen auch der ethnische Faktor vorhanden ist, eine negative oder positive Bedeutung verleihen will. Das zeigt uns aber, daß es vielleicht möglich sein könnte, gewisse ethnische Mißverhältnisse zu ändern, indem man sich für die Änderung der territorialen und sektorialen Differenzen einsetzt. In dieser Hinsicht wird die Ähnlichkeit der Südtiroler Gesellschaft mit der italienischen Gesellschaft betont. Wir können sie daher als allgemeines Thema der italienischen Gesellschaft und nicht nur dieser allein, stellen. (Gewöhnlich beschränke ich mich auf die Südtiroler Gesellschaft und auf die italienische Gesellschaft, denn diese bilden den Hintergrund unserer Untersuchung; eine Analyse könnte man aber zumindest auf alle europäischen Gebiete ausdehnen.) Zwischen der Südtiroler Gesellschaft und der italienischen Gesellschaft kann man deshalb einen Berührungspunkt in Hinblick auf die Mißverhältnisse und auf das Ziel, das gemeinsam sein sollte, auffinden, auch wenn in unserer Gesellschaft das bereits vorher erwähnte ethnische Problem und die Forderung nach Selbstverwaltung der eigenen Angelegenheiten nicht abgespannt werden darf. Eines der Probleme, die es zu vertiefen gilt, ist jenes der Mißverhältnisse, die die heutige Gesellschaft, sei sie auch durchschnittlich oder hoch entwickelt, nicht zu lösen versteht und es manchenmal sogar verschlimmert. Diese Frage gilt in gleicher Weise für die italienische Gesellschaft wie für die Südtiroler Gesellschaft und kann daher eine Frage des gegenseitigen Austausches von Organisationserfahrungen, von Kultur in politischer Hinsicht und auch von kulturellen Vertiefungen sein. Ein in der italienischen Gesellschaft besonders gefühltes Mißverhältnis ist jenes auf der Ebene der Erziehung — man kann es allgemein als das Schulproblem bezeichnen —, sei es durch die materiellen Unzulänglichkeiten der Schulstrukturen, sei es durch die historischen Unzulänglichkeiten der Inhalte. Auch dieses Problem beschränkt sich nicht, jeder weiß es, auf die italienische Gesellschaft allein, sondern weitet sich in diesem Augenblick zu einem Weltproblem aus. Es besteht selbstverständlich auch für die Südtiroler Gesellschaft und es wird durch den ethnischen Hintergrund erschwert, oder, wenn man will, bereichert. Aber auch unter diesem Gesichtspunkt, glaube ich, müßte es möglich sein, eine Art von Beziehung oder einen kulturellen bzw. praktischen Austausch zwischen Südtiroler Gesellschaft und italienischer Gesellschaft, vorschlagen zu können. Denn diese Unzufriedenheit über die Schulstrukturen oder die Zurückweisung dieser Strukturen, je nachdem welche Haltung man einnimmt, kann meiner Meinung nach in Südtirol sich nicht anders ausdrücken, als wie im restlichen Italien. Wenn aber, dann handelt es sich um zugespitzte Meinungsverschiedenheiten oder um einen Ausdruck von Ärger, weil nicht einmal die Möglichkeit geschaffen wurde, eine eigenständige Entwicklung auf dem Gebiet der kulturellen Organisation, die sich über

culture, fungibile alla società sudtirolese almeno per la preparazione linguistica: semmai ci sarebbero nel Sudtirolo ulteriori punti di frizione che si potrebbero aggiungere alla generale insoddisfazione per tutta l'organizzazione della vita scolastica e culturale.

La società italiana è caratterizzata, in questo momento, anche da una accentuata crisi del sistema politico, oltreché da squilibri di settore e territoriali o da una accentuata crisi del sistema scolastico. Anche questa caratteristica della società italiana — crisi del sistema politico — non è esclusiva della società italiana, come sappiamo, ma riguarda almeno tutta l'Europa, per lasciar stare altri problemi di più difficile conoscenza personale o di gruppo. Quando continuo a dire, certamente con monotonia, che questi problemi non sono caratteristici ed esclusivi della società italiana e, perché vorrei evitare in ogni modo il sospetto di stare attirando l'attenzione dei sudtirolesi di lingua tedesca esclusivamente verso la società italiana, come se i loro rapporti a livello di società — o i nostri rapporti a livello di società — dovessero essere esclusivamente nei confronti della società italiana. Dico semplicemente che la conoscenza della società italiana può consentire di verificare la somiglianza di certi problemi e di rendersi conto, di capire, perché certi problemi stanno venendo a maturazione o esplodono almeno in tutta Europa. Non è insomma un tentativo di proporre in forme velate una volontaria assimilazione dei sudtirolesi di lingua tedesca alla società italiana — per dire le cose molto chiaramente, ma è soltanto perché la società italiana può essere intesa come uno dei canali o uno dei test, attraverso i quali si vede come sta andando in genere la società europea, dal momento che ci sono accentuati caratteri di somiglianza e nello sviluppo economico e nella crisi politica e nella crisi culturale. Dicevo dunque: esiste in questo momento in Italia e non solo in Italia una accentuata crisi del sistema politico, sia per la non rispondenza dei partiti, per motivi di invecchiamento culturale e ideologico, per una non rispondenza culturale dei partiti, sia per una non rispondenza dei partiti come strumenti di partecipazione, per una non rispondenza potremmo dire organizzativa delle forze politiche nei confronti della società. Mi pare che anche questa crisi del sistema politico, pure più coperta da una certa lontananza di reazioni, che è un po' caratteristica della nostra società, esiste però anche nella società sudtirolese: essa si evidenzia per l'esistenza di un partito unico per gli appartenenti al gruppo di lingua tedesca, per un frazionamento qualche volta artificiale di partiti tra gli appartenenti al gruppo di lingua italiana, ma in sostanza si caratterizza anche qui più che altro per le due note che ho detto prima, cioè per l'insufficienza culturale e ideologica delle forze politiche, e per la loro insufficienza organizzativa. A me personalmente — scandalizzerò molti — fa meno impressione forse che ad altri, la tematica pro o contro il partito unico, qualche volta mi sembra che sia un problema, un tentativo artificioso, mentre mi interessa molto di più la tematica del reale potenziale di cultura politica che esiste dentro i partiti, nelle forze politiche che agiscono e della loro reale adeguazione organizzativa ai bisogni della società. Quindi, quasi quasi suggerirei di non perdere molto tempo pro e contro il partito unico o due, tre partiti, quanto di utilizzare piuttosto il tempo in una critica, che potrebbe essere abbastanza generale, all'insufficienza politico-culturale delle attuali organizzazioni politiche e alla loro incapacità di consentire uno spazio di partecipazione non dico ottimale, ma almeno soddisfacente alle nostre popolazioni. Tra l'altro, l'attuale distribuzione delle forze politiche, per così dire, ignora la problematica etnica, se non nella forma dello scontro o, nel migliore dei casi, della contrapposizione, e quindi il sistema politico sudtirolese non ha mai posto la domanda, se l'organizzazione

die Schule vermittelt, einzuschlagen. Und es wurde nicht einmal die Möglichkeit geschaffen, eine Unterrichtsform — ich sage nicht Kulturform — zu erhalten, die der Volksgruppe zumindest durch die sprachliche Ausbildung dient. Es würden sich also in Südtirol weitere Reibungsflächen ergeben, die die allgemeine Unzufriedenheit über die Organisation des schulischen und kulturellen Lebens vergrößern würde.

Die italienische Gesellschaft wird in diesem Augenblick auch durch eine verstärkte Krise im politischen System gekennzeichnet, die über die Mißverhältnisse auf der territorialen und sektoriellen Ebene und über die zugespitzte Krise im Schulsystem hinausgeht. Auch dieses Kennzeichen der italienischen Gesellschaft — Krise des politischen Systems — betrifft bekanntlich nicht nur die italienische Gesellschaft, sondern es findet sich in ganz Europa, abgesehen von anderen Problemen, die eine genaue Kenntnis von Personen oder Gruppen voraussetzen. Ich betone deshalb mit einer gewissen Monotonie immer wieder, daß es sich hier nicht um Probleme handelt, die die italienische Gesellschaft allein kennzeichnen und nur sie betreffen, da ich auf jeden Fall den Verdacht vermeiden möchte, ich würde die Aufmerksamkeit der Südtiroler deutscher Muttersprache ausschließlich auf die italienische Gesellschaft lenken, als ob ihre gesellschaftlichen Beziehungen — unsere gesellschaftlichen Beziehungen — sich ohne Ausnahme im Rahmen der italienischen Gesellschaft erschöpfen müßten. Ich möchte ganz einfach feststellen, daß die Kenntnis der italienischen Gesellschaft es ermöglichen kann, die Ähnlichkeit gewisser Probleme aufzudecken. Von hier kann man sich bewußt werden, kann man verstehen, warum gewisse Probleme zumindest im gesamten Europa sich einem Zustand von Reife nähern oder eine explosive Kraft erhalten. Es handelt sich also nicht um einen Versuch, in verschleierter Form eine freiwillige Assimilation der Südtiroler deutscher Muttersprache in die italienische Gesellschaft — um die Sachlage klar herauszustellen — vorzuschlagen. Sondern es geht darum, die italienische Gesellschaft als Modell oder als Testfall zu verstehen, über den man zur Kenntnis über die allgemeine Fortentwicklung der europäischen Gesellschaft gelangen kann. Dies ist möglich, sobald man die Ähnlichkeit, sei es in der wirtschaftlichen Entwicklung, sei es in der politischen und kulturellen Krise, entdeckt hat.

Ich sagte also, daß in unserer Zeit in Italien, und nicht nur in Italien, sich eine verschärfte Krise des politischen Systems abzeichnet. Die Gründe dafür sind: die fehlende Übereinstimmung der Parteien, wegen ihrer kulturellen und ideologischen Alterserscheinungen, also die fehlende kulturelle Übereinstimmung der Parteien als Mittel der Teilnahme, die fehlende Übereinstimmung organisatorischer Art der politischen Kräfte im Verhältnis zur Gesellschaft. Mir scheint, daß auch diese Krise des politischen Systems, sei es durch eine gewisse Bewegungslosigkeit, die unsere Gesellschaft ein wenig kennzeichnet, verdeckt, in der Südtiroler Gesellschaft vorhanden ist: sie zeigt sich im Vorhandensein einer Einheitspartei für die Zugehörigen zur deutschen Volksgruppe und in der manchmal künstlichen Aufspaltung in Parteien unter den Zugehörigen zur italienischen Volksgruppe. Im Grunde wird diese Krise auch hier vor allem durch die zwei Kennzeichen, die ich früher angeführt habe, umrissen: durch die kulturelle und ideologische Untauglichkeit der politischen Kräfte und durch ihre organisatorische Untauglichkeit.

Mich persönlich beeindruckt weniger als vielleicht andere — ich werde damit viele entsetzen — das Problem für oder gegen eine Einheitspartei. Manchmal scheint es mir ein künstlich aufgeblähtes Problem zu sein. Mich interessiert hingegen vielmehr die Frage nach den realen, kulturpolitischen Möglichkeiten innerhalb einer Partei, innerhalb jener politischen Kräfte, die handeln, und die Frage nach ihrer wirklichen Anpassungsfähigkeit auf organisatorischer Ebene an die Bedürfnisse der Gesellschaft. Deshalb würde ich beinahe vorschlagen, nicht allzuviel Zeit für das Für und Wider einer Einheitspartei oder zwei, drei Parteien zu verlieren, sondern vielmehr die Zeit zur Kritik zu verwenden, zu einer sehr allgemeinen Kritik, über die politisch-kulturelle Unzulänglichkeit der derzeit bestehenden politischen Organisationen und über ihre Unfähigkeit, unseren Völkern, ich will nicht sagen einen optimalen, aber zumindest einen zufriedenstellenden Raum an Mitbestimmung zu gewähren. Darüberhinaus kennt die derzeitige Verteilung der politischen Kräfte das ethnische Problem nicht, außer auf der Ebene der Zusammenstöße oder, im besten Fall, der Entgegensetzung. Daher hat sich das politische System in Südtirol nie die Frage gestellt, ob die politische Organisationsform den kulturellen, politischen, wirtschaft-

politica debba rispondere a problemi culturali, politici, economici o sociali o debba rispondere a una distinzione di cultura e di lingua che finisce per superare qualsiasi altra.

Personalmente credo che l'attuale sistema politico nella società sudtirolesca, non per il fatto che i sudtirolesi di lingua tedesca sono politicamente organizzati in un partito, i sudtirolesi di lingua italiana sono organizzati in dieci partiti, ma direi per l'insufficienza generale, che l'attuale sistema politico non giovi allo sviluppo di un elemento che mi pare assolutamente essenziale e che, in questo caso, il Südtirol dovrebbe ricevere dalle altre società sviluppate europee — non voglio nemmeno dire dalla società italiana in esclusiva, proprio per evitare quel sospetto che già avevo detto prima —. E' vero infatti, io credo, che l'accusa principale che si può fare da parte della società sudtirolesca all'attuale distribuzione delle forze politiche o organizzazione delle forze politiche nella nostra terra, è che essa sorvo ottimamente per impedire che vengano affrontati in maniera realistica tutti quei problemi dei quali prima avevo parlato. A cominciare dalla tematica etnica, per venire a quella della cultura autonomistica, di una cultura politica fondata sui temi dell'autonomia, a quella degli squilibri territoriali, sociali ed economici, per arrivare a quella della crisi scolastica ed educativa ecc. ecc.: tutto queste cose sono, diciamo, rallentate nella loro soluzione, ma meglio ancora rallentate nella loro presa di coscienza da parte della popolazione, dal modo con il quale la società sudtirolesca è organizzata attraverso le forze politiche. Perché dico questo: perché mi pare che l'accusa più grossa che si possa fare — e in questo senso appunto penso che si potrebbe prendere invece esempio da altre società per l'organizzazione politica — l'accusa più grossa che si possa fare, è che praticamente la SVP organizza quasi totalitariamente — dico quanto al numero, non sto facendo un giudizio di totalitarismo politico, si potrebbe anche fare, ma non è poi l'unico partito a cui si potrebbe rivolgere questa accusa ed è fuori dalla tematica che oggi affrontiamo — organizza nella loro quasi totalità i contadini sudtirolesi, mentre i partiti di lingua italiana organizzano la quasi totalità degli operai. Questo tipo di organizzazione politica ancora una volta fa diventare pseudonazionalistica una tematica che dovrebbe essere affrontata sulla base dei comuni interessi di classe dei contadini e degli operai o degli eventuali conflitti, che comunque bisogna superare nell'ambito di una comune consapevolezza di classe di questi due ceti della società. Invece e l'uno e l'altro di questi due ceti sono estremamente importanti e significativi in qualsiasi forma di evoluzione che non voglia essere di tipo elitario, di tipo radicale, intellettualistico — fatto da quelli che si mettono a tavolino e studiano lo stato perfetto e poi lo realizzano senza chiedere agli altri se gli va bene o non gli va bene —, siccome dunque nessuna forma di sviluppo e di modificazione della società può prescindere da questi due così importanti ceti, l'attuale struttura attraverso cui passa la società sudtirolesca per far diventare politicamente efficaci le sue volontà, impedisce proprio, che si formi una coscienza di classe comune tra questi due ceti e anzi impedisce addirittura che questi due ceti in genere avvertano la stessa tematica di classe della quale sono spesso vittime più o meno accorgendosi. In sostanza fino a non molti anni fa i partiti, e qualche volta ancora oggi i sindacati, presentano agli operai italiani il tema di una condizione operaia particolarmente difficile, che richiederebbe però di essere sopportata con maggiore pazienza che altrove, perché in fondo gli operai sono in una trincea e stanno difendendo qui certi insediamenti industriali e una certa presenza del gruppo di lingua italiana. In fondo la scarsa combattività sindacale degli operai di lingua italiana viene anche da un tipo di sfruttamento nazionalistico che è stato fatto per molti anni e che non è ancora del tutto scomparso e in qualche modo appartiene alla cultura operaia di Bolzano. Domandate anche a militanti di partiti di estrema sinistra o a sindacalisti della CGIL, o vi diranno quante volte hanno a che fare con una imprevidenza, altrove comunque non incontrata, resistenza nazionale nel ceto operaio italiano: si può dire che questo sfruttamento nazionalistico di una condizione operaia particolarmente

difficile e sociali problemi entsprechen soll oder ob sie einer Unterscheidung in Kultur und Sprache, die damit ordet, jede andere zu überwinden, entsprechen soll.

Ich persönlich glaube, daß das derzeitige politische System in der Südtiroler Gesellschaft — nicht so sehr, weil die Südtiroler deutscher Muttersprache in einer Partei zusammengeschlossen sind und die Südtiroler italienischer Muttersprache in zehn Parteien, sondern wegen der allgemeinen Untauglichkeit — nicht der Entwicklung jenes Elementes dient, das ich für äußerst wichtig halte und das in diesem Falle Südtirol von anderen entwickelten Gesellschaften Europas erhalten sollte. Ich beziehe mich bewußt nicht ausschließlich auf die italienische Gesellschaft, gerade um jenen Verdacht zu vermeiden, den ich schon vorher angedeutet habe. Es ist in der Tat wahr, ich jedenfalls glaube, daß die Hauptanklage, die man von seiten der Südtiroler Gesellschaft gegen die derzeitige Verteilung der politischen Kräfte oder gegen den Aufbau der politischen Kräfte auf unserer Erde, erheben kann, darin besteht, daß sie vorzüglich dazu dient, zu verhindern, daß sie jene vorhin erwähnten Probleme in realistischer Weise in Angriff genommen werden. Vom ethnischen Problem bis zu jenem einer eigenständigen Kultur in politischer Hinsicht, einer Kultur in politischer Hinsicht, die auf der Basis der Autonomie ruht, von jenen territorialen, sozialen und wirtschaftlichen Mißständen, bis zur Krise der Schule und der Erziehung, usw.: die Lösung aller dieser Probleme wird durch die Art, wie die Südtiroler Gesellschaft durch ihre politischen Kräfte organisiert ist, verzögert, mehr noch, auch die Bewußtmachung im Volke wird verzögert. Warum erwähne ich diesen Umstand? Deswegen, weil mir scheint, daß die größte Anklage, die man vorbringen kann — und in dieser Hinsicht könnte man, was die politische Organisation betrifft, andere Völker als Beispiele nehmen — darin besteht, daß die SVP in beinahe totaler Weise die Südtiroler Bauern organisiert. Ich beziehe mich dabei auf die Anzahl, denn ich möchte nicht über den politischen Totalitarismus ein Urteil abgeben. Man könnte auch dieses Urteil treffen, aber sie ist nicht die einzige Partei, an die man diese Anklage heranbringen könnte, und dann würde es über das heute zu behandelnde Thema hinausgehen. Die SVP organisiert also beinahe die Totalität der Südtiroler Bauern, die italienischen Parteien hingegen beinahe die Totalität der Arbeiter. Diese politische Organisationsform läßt wiederum ein Problem in pseudonazionalistischer Weise entarten, ein Problem, das auf der Ebene der gemeinsamen Klasseninteressen der Bauern und der Arbeiter oder deren mögliche Konflikte in Angriff genommen werden müßte. Diese müßte man im Rahmen eines gemeinsamen Klassenbewußtseins dieser zwei Gesellschaftsgruppen überwinden. Sowohl die eine wie die andere dieser beiden Gruppen ist äußerst wichtig und bedeutsam, in jeder wie auch immer gearteten Form der Evolution, die nicht elitärer, radikaler oder intellektualistischer Art sein will, gemacht von jenen, die sich an den Tisch setzen und den perfekten Staat ausbrüten und ihn dann zu verwirklichen suchen, ohne die anderen zu fragen, ob sie einverstanden sind oder nicht. Da nun keine Form der Entwicklung oder der Änderung der Gesellschaft von diesen zwei so wichtigen Ständen absehen kann, verhindert gerade jene Struktur, durch die die Südtiroler Gesellschaft hindurchgeht, um seinem Willen politische Durchschlagskraft zu verleihen, daß sich ein gemeinsames Klassenbewußtsein zwischen diesen zwei Ständen herausbilde. Ja sie verhindert geradezu, daß diese zwei Stände im allgemeinen die gleichen Klassenprobleme bemerken, dessen Opfer sie meistens sind, was sie mehr oder weniger merken. Bis vor nicht wenigen Jahren zeigten die Parteien und manchmal auch heute noch die Gewerkschaften dem italienischen Arbeiter das Problem der äußerst schwierigen Arbeitsbedingung. Es wird dann die Forderung erhoben, sie mit größerer Geduld als anderswo zu tragen, denn im Grunde befinden sich die Arbeiter (in Südtirol) in einem Schützengraben und müßten hier die Errichtung gewisser Industrien und die Anwesenheit der italienischen Gruppe verteidigen. Im Grunde kommt die geringe gewerkschaftliche Kampffreudigkeit der italienischen Arbeiter auch von einer Art nationalistischer Ausbeutung, die viele Jahre hindurch durchgeführt wurde und die bis heute noch nicht gänzlich verschwunden ist. Irgendwie gehört sie zur Arbeiterkultur von Bozen. Ihr könnt auch die Mitglieder der extremen Linksparteien fragen oder die Gewerkschaft der CGIL, und sie werden euch berichten, wieviele Male sie sich mit einem unvorhergesehenen, anderswo jedenfalls nicht aufgetretenen nationalen Widerstand im italienischen Arbeiterstand befassen mußten. Man kann sagen, daß diese nationalistische Ausbeutung eines Arbeitsverhältnisses, das beson-

depressa, o compressa politicamente, è diventato un dato culturale del ceto operaio italiano. D'altra parte anche nei confronti dei contadini sudtirolesi di lingua tedesca non si può negare che sia stato spesso, più o meno esplicitamente indicato il tema del sacrificio, come un prezzo che si deve necessariamente affrontare per la salvezza di certi valori etnici, culturali, nazionali, linguistici, che vengono presentati come valori primari; in fondo si chiede un grossissimo prezzo di carattere umano, culturale, educativo, proponendo come contropartita la conservazione e il mantenimento di certi valori, che il più delle volte poi si esprimono nella vita di ciascuno essenzialmente come folclore. Ora, io non ho niente contro il folclore, contro il mantenimento del folclore, però ho qualche cosa da dire sul prezzo che si deve pagare per mantenere il folclore. Se alla fine si deve impedire un autonomo sviluppo culturale per conservare certe caratteristiche folcloristiche, mi comincio a domandare se lo si debba fare o no, o se, al limite, la persona di sviluppo culturale più autonomo non sia poi in grado di recuperare anche i dati folcloristici che la interessano e che le sono cari, diciamo volontaristicamente e liberamente, invece che essere compressa nel suo sviluppo culturale per poter rimanere lì a fare da museo vivente delle tradizioni folcloristiche di questa terra. Allora si potrebbe dire che l'attuale organizzazione politica nel nostro territorio, l'attuale distribuzione delle forze politiche ha praticamente impedito, agli operai o ai contadini di avvertire i loro comuni interessi. Non servirebbe nemmeno il passaggio dal partito unico al pluralismo: anche se la Volkspartei si dividesse in dieci partiti, ciascuno dei quali fosse il controaltare dei dieci partiti di lingua italiana, il problema non cambierebbe, perché ci sarebbero semplicemente due schieramenti nazionali, suddivisi in frazioni pseudo-politiche che continuerebbero a conservare la popolazione divisa usando il nazionalismo come copertura di interessi di classe precisi e come modo perché altri interessi di classe, sacrificati in questo caso, non vengano acquisiti e non arrivino alla coscienza dei più. Mi sembra allora che sotto questo profilo, mentre il Sudtirolo può dare e proporre alla società italiana la tematica del pluralismo culturale, e di una cultura politica di tipo autonomistico possa ben ricevere, accollarla di ricevere, non dico necessariamente o solo dalla società italiana, ma in genere da tutte le società europee, la tematica più specifica di una organizzazione politica che non veli sistematicamente e volutamente gli interessi delle classi e che non impedisca di fatto l'incontro, là dove esistono comuni interessi. Evidentemente il tema di provocare un incontro tra operai — che dico schematicamente sudtirolesi di lingua italiana, benché non lo siano più tutti o solo, o i contadini, ancora oggi tutti prevalentemente sudtirolesi di lingua tedesca — questo tema di provocare un incontro mi pare un po' il tema centrale, il punto centrale di interesse, al quale dovrebbero dedicarsi tutti coloro che pensano di dover dare una mano a correggere gli squilibri, che avevo prima indicato esistere nella società sudtirolese, come peraltro nella società italiana. Sotto questo profilo penso che bisognerebbe appunto inventare delle forme organizzative di incontro; tutti quelli che sono in grado in qualche modo di conoscere le due culture, non solo nei loro aspetti letterari, ma nei loro aspetti sociali ed economici, dovrebbero proporsi proprio di organizzare, ma vastamente su tutto il territorio, non soltanto nei centri urbani, dove gli incontri sono già facilitati da un mucchio di altre circostanze, dovrebbero proprio proporsi di organizzare capillarmente una reciproca scoperta dei comuni interessi esistenti tra la popolazione del nostro territorio, diciamo in certa misura di là o insieme agli interessi culturali che possono per l'aspetto linguistico appartenere a una parte della popolazione o a un'altra parte della popolazione.

Naturalmente per mettere in piedi strutture organizzative, che facciano incontrare operai e contadini con il tramite dei possessori delle due culture — come vedete ho abbozzato una specie di schema leninista di incontro tra operai e contadini tramite gli intellettuali, ma è un puro dato venuto dalla realtà, non un pregiudizio preesistente — bisogna fare tuttavia una analisi precisa della situazione economica e avere una precisa conoscenza degli elementi culturali ed economici, che, a onor del vero, non si può dire che sia stata ancora fatta. In fondo anche i dati conoscitivi sul

dors erdrückend und politisch unterdrückend ist, zu einer kulturellen Gegebenheit des italienischen Arbeiterstandes geworden ist. Andererseits kann man auch in Hinblick auf die südtiroler Bauern deutscher Muttersprache nicht leugnen, daß oft — mehr oder weniger ausdrücklich — das Thema des Opfers angeschnitten wurde, cinco Preis, den man zur Rettung gewisser ethnischer, kultureller, nationaler, sprachlicher Werte, die als höchste Werte dargestellt worden, bringen muß. Im Grunde fordert man einen ungeheuren Preis menschlicher, kultureller, erzieherischer Art, indem man als Gegenleistung die Erhaltung, die Bewahrung gewisser Werte vor schlägt, die in den meisten Fällen im Leben der Einzelnen vorwiegend als Folklore ihren Ausdruck finden. Ich habe nun keinen Einwand gegen Brauchtum, gegen die Erhaltung des Brauchtums, ich habe aber etwas gegen den Preis zu sagen, den man zur Erhaltung des Brauchtums zahlen muß. Wenn man nun zum Schluß eine eigenständige kulturelle Entwicklung verhindern muß, um gewisse folkloristische Eigenarten zu bewahren, so muß ich mich allerdings fragen, ob man sie nur durchführen soll oder nicht, oder ob im Grunde eine Person, die im Zeichen einer mehr eigenständigen kulturellen Entwicklung steht, nicht doch in der Lage wäre, jene Brauchtumsformen, die sie interessiert und die ihr teuer sind, freiwillig und in freier Entscheidung aufzunehmen, anstatt daß sie ihrer kulturellen Entwicklung eingeengt wird und als lebendes Museum traditioneller Brauchtumsformen auf dieser Erde einhergeht. Deshalb kann man sagen, daß die derzeitige politische Form in unserem Lande, daß die derzeitige Verteilung der politischen Kräfte praktisch die Arbeiter und die Bauern daran hindert, ihre gemeinsamen Interessen zu entdecken. Es würde nicht einmal der Übergang von der Einheitspartei zum Pluralismus etwas dienen: auch wenn sich die Volkspartei in zehn Parteien aufspalten würde, wobei jede das Gegenstück zu den zehn italienischen Parteien darstellen würde, so würde sich das Problem nicht ändern. Denn man besäße dann ganz einfach zwei nationale Gruppierungen, gegliedert in pseudopolitische Unterteilungen, die die Trennung der Bevölkerung aufrecht erhalten würden. Sie würden den Nationalismus als Deckmantel benutzen, um damit die präzisen Klasseninteressen zu vertreten damit andere Klasseninteressen, die in diesem Falle aufgeopfert worden, nicht aufgenommen werden und nicht zum Bewußtsein der Mehrheit gelangen können.

Unter diesem Gesichtspunkt, scheint mir, kann Südtirol der italienischen Gesellschaft den Gedanken des kulturellen Pluralismus vorschlagen und weitergeben und eine Kulturpolitik autonomer Prägung erhalten. Aber es könnte wegen, ich sage nicht allein von der italienischen Gesellschaft, sondern allgemein von allen europäischen Gesellschaften, den mehr spezifischen Gedanken einer politischen Organisationsform aufzunehmen, die nicht mehr systematisch bewußt die Klasseninteressen verdeckt und die nicht mehr die Begegnung, dort wo gemeinsame Interessen vorherrschen, verhindert. Offensichtlich ist der Gedanke, ein Zusammentreffen herbeizuführen zwischen Arbeitern — die, schematisch formuliert, wenn auch nicht alle oder allein, Südtiroler italienischer Muttersprache sind — und Bauern, die heute vorwiegend Südtiroler deutscher Muttersprache sind, meiner Meinung nach das zentrale Thema, der Mittelpunkt des Interesses. Diesem müßten sich alle jene widmen, die glauben, zur Verbesserung jener Mißstände beitragen zu können, die ich vorher als in der Südtiroler Gesellschaft und darüberhinaus, als in der italienischen Gesellschaft vorhanden aufgezeigt habe. Unter diesem Gesichtspunkt, glaube ich, müßte man Aktionsformen der Begegnung erfinden. Alle jene, die in der Lage sind, irgendwie die zwei Kulturkreise nicht nur in ihrem literarischen Ausdruck, sondern auch in den sozialen und wirtschaftlichen Aspekten zu kennen, sollten sich vornehmen, die gemeinsamen Interessen, die zwischen der Bevölkerung unseres Landes vorherrschen, aufzudecken. Dieses Vorgehen dürfte sich nicht auf die Städte beschränken, wo diese Begegnungen durch eine Vielzahl anderer Umstände erleichtert werden, sondern es müßte das ganze Land erfassen. Man könnte von den gemeinsamen Interessen ausgehen, oder von den gemeinsamen kulturellen Interessen, die auf Grund der sprachlichen Ausdrucksformen dem einen Teil oder dem anderen Teil der Bevölkerung angehören können.

Um nun solche Weisen des Vorgehens verwirklichen zu können, die die Begegnung der Arbeiter und Bauern über die Vermittlung der Träger der zwei Kulturen ermöglicht, muß man allerdings eine genaue Analyse der Wirtschaftslage leisten und man muß eine genaue Kenntnis der kulturellen und wirtschaftlichen Elemente besitzen. Das ist in Wahrheit noch nicht geleistet worden. Ich habe

Südtirol sono tutto sommato abbastanza limitati e parziali per cui se si volessero trovare forme di impegno, ce ne sarebbero e di tipo più specificamente conoscitivo e analitico (raccolta di dati, analisi di situazioni particolari) e di tipo più spiccatamente pratico e organizzativo. Una esigenza importante, e concludo per non portar via altro tempo a quello che mi era stato stabilito e destinato, mi sembra questa: coloro che per vocazioni personali nell'interno dell'uno o dell'altro gruppo linguistico si dovessero dedicare o alla ricerca analitica o all'organizzazione, non si costituiscano in gruppi separati e distinti, perché in questo modo perderebbero di mira quello che mi pare essere il punto principale, la chiave di volta della situazione sudtirolese, cioè la partecipazione della popolazione a questo processo di consapevolezza crescente fino ad oggi frenato dagli squilibri economici, dagli squilibri culturali e dalla crisi del sistema politico.

Come ripeto, questo fa la situazione sudtirolese molto simile alla situazione di tutti gli altri paesi sviluppati, compresa l'Italia; però spelta evidentemente a noi di trovare i modi per far emergere questo che è il volto vero della società sudtirolese entro le specificazioni etniche, entro le specificazioni culturali e linguistiche, cioè non cancellandole, perché sarebbe ingiusto, non ascendole nazionalisticamente come fino ad oggi in pratica si è fatto.

Mitteilungen zum Tagesthema

I movimenti delle minoranze nazionali e la trasformazione rivoluzionaria della democrazia nel socialismo in Europa

Die Bewegungen der nationalen Minderheiten und die revolutionäre Umwandlung der Demokratie in den Sozialismus in Europa

Dr. Elio Franzin

Le minoranze nazionali ed i loro movimenti sono un elemento importante della lotta politica in corso in alcuni paesi europei (occidentali o orientali) quali: la Spagna, la Francia, il Belgio, l'Italia, la Cecoslovacchia, la Jugoslavia.

I movimenti politici delle minoranze nazionali presentano delle caratteristiche che li differenziano fra di loro. Ed infatti essi si sviluppano in situazioni diverse. Sarebbe assurdo non vedere le differenze fra il movimento basco dell'*Euzkadi Ta Azkatasuna*, del quale proprio in queste ultime settimane abbiamo visto alcune azioni militari, e i problemi delle regioni sottosviluppate della Jugoslavia.

Tuttavia i movimenti politici delle minoranze presentano anche dei caratteri comuni che vanno individuati per evitare la frantumazione dei giudizi e delle soluzioni proponibili.

In generale l'azione dei movimenti delle minoranze va contro le strutture statali dei paesi all'interno dei quali le minoranze sono costrette. Spesso l'azione politica assume caratteri di grande violenza, arrivando anche alla lotta armata. Vi sono in questo momento almeno tre movimenti delle minoranze che si sono manifestati o si manifestano ancora mediante azioni armate: il tirolese, il bretone, il basco.

Per i marxisti, l'analisi dei movimenti delle minoranze nazionali è strettamente legata alla elaborazione leninista sui problemi

hier, wie ihr schon könnt, eine Art leninistisches Schema über die Begegnung zwischen Arbeitern und Bauern mit Hilfe der intellektuellen entworfen, aber es handelt sich dabei um eine rein von der Wirklichkeit her entwickelte Überlegung und nicht um ein bereits bestehendes Vorurteil. Im Grunde sind auch die bereits erarbeiteten Ergebnisse über Südtirol im großen und ganzen ziemlich beschränkt und einseitig, weshalb man im Falle von Aktionen, davon sowohl mehr von der spezifischen erkennenden und analytischen Art (Sammlung von Daten, Analyse besonderer Situationen), als auch von hervorragender praktischer und organisatorischer Art benötigte. Ein wichtiges Erfordernis, und ich komme damit zum Schluß, um nicht mehr Zeit, als mir zugesprochen worden ist, in Anspruch zu nehmen, scheint mir folgendes: jene, die aus einem persönlichen Bedürfnis heraus sich innerhalb der einen oder der anderen Sprachgruppe entweder der analytischen Untersuchung, oder der Organisation überhaupt widmen wollen, sollten sich nicht in getrennte und unterschiedene Gruppen zusammenschließen. Denn in diesem Falle würde man das, was mir als der wichtigste Punkt überhaupt scheint, der Schlüssel zur Änderung der Situation in Südtirol, aus dem Blickfeld verlieren: und zwar die Teilnahme der Bevölkerung an dieser Entwicklung zu immer größerer Mündigkeit hin, die bis heute durch die wirtschaftlichen und kulturellen Mißverhältnisse und durch die Krise des politischen Systems gehemmt worden ist.

Ich wiederhole, dies macht die Situation in Südtirol sehr ähnlich der Situation in allen anderen entwickelten Ländern, Italien eingeschlossen, aber es ist offensichtlich uns überlassen, jene Weisen zu finden, die das wahre Gesicht der Südtiroler Gesellschaft im Rahmen der ethnischen Differenzierungen, im Rahmen der kulturellen und sprachlichen Differenzierungen, auftauchen lassen; und zwar nicht indem man diese Differenzierung auslöscht, denn dies wäre ungerecht, aber auch nicht indem man sie auf nationalistische Weise, wie es bis heute gemacht worden ist, gebraucht.

Die nationalen Minderheiten und ihre Bewegungen sind ein wichtiger Bestandteil des politischen Kampfes, der sich in einigen europäischen Ländern (Osten und Westen) im Augenblick zeigt: in Spanien, in Frankreich, in Belgien, in Italien, in der CSSR, in Jugoslawien.

Die politischen Bewegungen der nationalen Minderheiten weisen Kennzeichen auf, die sie unterscheiden: In der Tat, sie entwickeln sich in unterschiedlichen Situationen. Es wäre absurd, die Unterschiede zwischen der baskischen Bewegung *Euzkadi Ta Azkatasuna*, die gerade in den letzten Wochen durch militärische Aktionen hervortrat, und den Problemen der unterentwickelten Gebiete von Jugoslawien nicht zu sehen.

Trotzdem zeigen die politischen Bewegungen der Minderheiten auch gemeinsame Merkmale, die herausgearbeitet werden müssen, will man eine Zersplitterung der Urteile und der möglichen Lösungen vermeiden.

Im allgemeinen richtet sich die Aktion der Minderheitenbewegung gegen die staatlichen Strukturen jener Länder, innerhalb der die Minderheiten unterdrückt werden. Oft erhält das politische Vorgehen Merkmale großer Gewalttätigkeit, sogar bis zum Kampf mit der Waffe. Es gibt im Augenblick mindestens drei Bewegungen von Minderheiten, die mittels bewaffneter Aktionen hervortreten oder noch hervortreten: der Tiroler, der Bretonen, der Baske.

Die Marxisten sind in der Analyse der nationalen Bewegung eng an die Ausführungen Lenins über die Probleme des Imperialismus gebunden. Aus diesem Grund ist das Urteil über die derzeitige Be-

dell'imperialismo. E quindi il giudizio sulla attuale funzione della lotta delle minoranze nazionali è collegato alla analisi delle contraddizioni esistenti, in primo luogo, fra l'alleanza controrivoluzionaria USA-URSS e le borghesie nazionali, o, in secondo luogo, fra le varie borghesie nazionali e le minoranze nazionali.

Il generico solidarismo con le minoranze nazionali, così come il generico anti-imperialismo, è privo di significato politico se non è accompagnato dalla analisi esatta delle contraddizioni intercapitalistiche e dalla contraddizione fra le due grandi potenze dell'alleanza controrivoluzionaria USA-URSS ed il resto del mondo.

Dal punto di vista dei rapporti formali con i vari stati nazionali, si possono distinguere due gruppi di minoranze nazionali: quelle che si riconoscono come facenti parte di nazionalità organizzata in uno stato diverso da quello al quale le minoranze sono state annesse (come, per esempio, la minoranza tirolese) e quelle che hanno dei legami molto deboli con la nazionalità che è costituita in uno stato diverso (come, per esempio, la minoranza bretone).

Ma indipendentemente dal modo con il quale la singola minoranza si colloca nei rapporti fra gli stati, le minoranze sono vittime di una oppressione dello stesso tipo, oppressione politica, culturale, economica e cioè oppressione da parte dell'apparato statale con tutti i suoi strumenti.

Le minoranze finiscono per trovarsi tutte in regioni economicamente sfruttate dal grande capitale finanziario e oppresse dallo stato.

In questo momento in Europa, l'ostacolo fondamentale contro il quale le minoranze finiscono per scontrarsi è la difesa della stabilizzazione europea, la difesa degli attuali confini statali e delle aree di influenza, nella quale si trovano strettamente uniti gli USA e l'URSS.

Entrambi questi paesi sono, sostanzialmente d'accordo perché gli attuali rapporti di forza in Europa rimangano invariati ed anzi gli accordi di spartizione dell'Europa, stabiliti alla fine della guerra mondiale, siano riconfermati da una conferenza per la sicurezza in Europa della quale si parla da molto tempo e che non è stata rifiutata né dagli USA né dall'URSS.

Nell'ambito della politica internazionale del blocco USA-URSS, le minoranze nazionali europee si trovano ora nella stessa situazione nella quale si sono trovate alla fine della seconda guerra mondiale con i risultati ben noti.

Alla base dell'alleanza internazionale USA-URSS, vi è la precisa consapevolezza che qualsiasi mutamento delle sfere di influenza in Europa significa un rafforzamento della borghesia europea sia dell'Europa occidentale che di quella orientale.

Le rivendicazioni delle minoranze nazionali, sia che esse consistano in proposte di cambiamenti di confini fra gli stati, sia che esse consistano in proposte di cambiamenti all'interno degli stati, si scontrano con la politica di stabilizzazione europea del blocco USA-URSS.

Da questo scontro deriva l'attuale radicalizzazione della lotta delle minoranze.

In pratica ogni singolo stato nazionale difende le minoranze quando si trovano nello stato delle altre borghesie e le opprime quando si trovano nel proprio territorio.

L'avallio della propria politica di oppressione delle minoranze viene richiesto, come merce di scambio, dagli stati che si trovano nell'area sovietica o americana. Il consenso americano o sovietico viene dato ai singoli stati oppressori di minoranze in cambio della adesione alla politica dell'una o dell'altra delle superpotenze.

USA e URSS sono poi perfettamente d'accordo nel ritardare i tentativi del capitale finanziario europeo di risolvere „democraticamente“, borghesemente, le contraddizioni intercapitalistiche nell'ambito di un fantomatico „stato federale europeo“. Per il capitale finanziario europeo, non vi è ragione di sfruttare la manodopera offerta dalle minoranze in misura maggiore della manodopera europea. Mentre a tale tipo di sfruttamento marginale possono ancora essere interessati singoli settori, i più arretrati, del capitale nazionale di singoli paesi.

deutung des Kampfes der nationalen Minderheiten mit der Analyse der bestehenden Gegensätze verbunden, vor allem jener zwischen dem konterrevolutionären Bündnis USA - UdSSR und den Schichten des nationalen Bürgertums und an zweiter Stelle jener zwischen den verschiedenen Schichten des nationalen Bürgertums und den nationalen Minderheiten

Die allgemeine Übereinstimmung mit den nationalen Minderheiten birgt gleich wie der allgemeine Anti-Imperialismus in sich keinen politischen Sinn, wenn sie nicht von einer genauen Analyse der interkapitalistischen Gegensätze und des Gegensatzes zwischen den zwei großen Mächten des konterrevolutionären Bündnisses USA - UdSSR einerseits und dem Rest der Welt andererseits begleitet wird.

Vom Gesichtspunkt der formalen Beziehungen mit den verschiedenen Nationalstaaten kann man zwei Gruppen von nationalen Minderheiten unterscheiden: jene, die einem Volke angehören, das in einem anderen Staate organisiert ist als in jenem, dem die nationale Minderheit angeschlossen worden ist (z. B. die Tiroler Minderheit) und jene Gruppe, die sehr schwache Beziehungen mit der Nationalität, die in einem anderen Staate vorankert ist, aufrecht erhält (z. B. die bretonische Minderheit).

Aber unabhängig von der Art, wie sich die einzelnen Minderheiten in die Beziehungen zwischen den Staaten einfügt, sind die Minderheiten immer Opfer einer gleichgearteten Unterdrückung, einer politischen, kulturellen, wirtschaftlichen Unterdrückung, d. h. einer Unterdrückung durch den Staatsapparat mit allen seinen Mitteln.

So befinden sich die Minderheiten zum Schluß immer in Gebieten, die von der Hochfinanz ausgenutzt und vom Staate unterdrückt werden.

In diesem Augenblick besteht das größte Hindernis gegen das die Minderheiten in Europa annehmen, in der Verteidigung des europäischen Gleichgewichtes, d. h. in der Verteidigung der derzeitigen staatlichen Grenzen und der Einflußzonen, an welche die USA und die UdSSR eng gebunden sind.

Diese beiden Länder sind sich im Grunde einig, daß die derzeitige Kräfteverteilung in Europa unangestastet bleiben muß und daß darüberhinaus die Aufteilungsverträge über Europa, die am Ende des Weltkrieges festgelegt worden sind, in einer europäischen Sicherheitskonferenz ihre Bestätigung finden sollen. Von dieser Konferenz, die weder von der USA noch von der UdSSR abgelehnt worden ist, spricht man seit langem.

Im Rahmen der internationalen Politik des Machtblockes USA - UdSSR befinden sich heute die nationalen Minderheiten Europas in der gleichen Lage wie gegen Ende des Zweiten Weltkrieges mit den bekannten Ergebnissen.

Grundlage des internationalen Bündnisses USA - UdSSR bildet die präzise Erkenntnis, daß jede wie auch immer geartete Veränderung der Einflußzonen in Europa eine Stärkung der europäischen Bürgerschicht, sei es im Westen als auch im Osten Europas, bewirken wird.

Die Forderungen der nationalen Minderheiten, mögen sie in Vorschlägen zur Änderung der Grenzen zwischen den Staaten, mögen sie in Vorschlägen zur Änderung der inneren Lage des Staates bestehen, stoßen auf die Politik des europäischen Gleichgewichtes des Blockes USA-UdSSR.

Aus diesem Zusammenstoß ergibt sich die derzeitige Radikalisierung des Kampfes der Minderheiten.

In der Praxis verteidigt jeder Nationalstaat die Minderheiten, wenn sie sich in einem anderen Lande befinden, und er unterdrückt sie, wenn sie auf seinem eigenen Territorium siedeln.

Die Bürgschaft für die eigene Politik der Unterdrückung der Minderheiten wird von den Staaten, die sich in der sowjetischen oder amerikanischen Einflußzone befinden, als Tauschware verlangt. Die amerikanische oder sowjetische Erlaubnis wird den einzelnen Staaten, die Minderheiten unterdrücken, im Tausch für die Zustimmung zur Politik der einen oder anderen Supermacht gegeben.

USA und UdSSR sind sich völlig darüber einig, die Versuche der europäischen Hochfinanz, die interkapitalistischen Gegensätze „demokratisch“, bürgerlich im Rahmen eines utopischen „europäischen Bundesstaates“ zu lösen, hinauszuzögern. Für die europäische Hochfinanz besteht kein Anlaß, die Arbeitskräfte, die von den Minderheiten angeboten werden, im größeren Ausmaße auszunutzen als die europäischen Arbeitskräfte. An dieser am Rande bestehenden Ausbeutung können noch einzelne Sektoren — die rückständigsten — des nationalen Geldkapitals der einzelnen Länder interessiert sein.

La proposta di uno stato federale europeo significa istituzionalizzare gli scambi, gli accordi, fra le varie borghesie nazionali anche a livello della monopoteria per evitare la contrattazione da posizioni di inferiorità, con le due superpotenze.

Vi è quindi un legame molto stretto fra la lotta delle minoranze nazionali e la spinta della borghesia europea a liberarsi dalla tutela del blocco USA-URSS. Le minoranze nazionali si battono contro i settori più arretrati del capitale e delle forze politiche nell'ambito dei vari stati nazionali e contro l'alleanza di tali forze con il blocco sovietico-americano.

Ma a questo punto è necessario analizzare le cause recenti della attuale situazione delle minoranze.

L'alleanza internazionale USA-URSS e la sua funzione in Europa: la difesa degli accordi internazionali del dopoguerra, causa fondamentale della violazioni del diritto di autodeterminazione delle minoranze nazionali.

All'origine della attuale situazione di molte delle minoranze nazionali europee, si trovano gli accordi stabiliti fra le grandi potenze antifasciste verso la fine e dopo la conclusione della guerra mondiale.

E' opportuno ricordarlo nel momento in cui questi accordi vengono difesi, si veda il recente comunicato conclusivo della conferenza di Bratislava, in modo assoluto, come strumento della sicurezza europea.

Non pare che gli accordi della fine della guerra abbiano avuto come scopo esclusivo quello del mantenimento della pace e del rispetto dei diritti dei popoli.

E' generalmente ammesso che nell'ambito di tali accordi prevalsero gli interessi delle grandi nazioni antifasciste e che furono scarsamente rispettati i diritti di autodeterminazione delle minoranze.

Si tenta di farne risalire la causa (Le Monde diplomatique, 3 aprile 1968, articolo di G. Fischer, „Depuis 1945, une certaine allergie se manifeste à l'égard de la protection des minorités“) al ruolo svolto dalla minoranza dei Sudeti fra le cause della guerra.

Si tratta di un tentativo molto semplicistico alla base del quale vi è una errata visione delle cause reali del conflitto mondiale.

Il carattere imperialistico della politica estera di Hitler, gli scopi aggressivi del Patto di Monaco, non possono impedire il riconoscimento della situazione reale di inferiorità della minoranza tedesca all'interno dello stato cecoslovacco.

Hitler usò a scopi aggressivi un malcontento reale dovuto alla mancanza del riconoscimento dei diritti della minoranza tedesca.

Il giudizio sul trattamento subito dalle minoranze nei trattati successivi alla fine della guerra non può essere disgiunto da quello sul trattamento subito da molte delle piccole nazioni, ovvero da tutte le nazioni escluse dal rapporto stabilito fra le tre grandi potenze.

Malgrado le affermazioni della Carta atlantica o del discorso di Stalin del 3 luglio 1941, non è stato certamente il principio di autodeterminazione quello che ha regolato gli accordi.

La soluzione dei problemi posti dalle minoranze che si è applicata nella maggior parte dei casi è stata quella del trasferimento delle popolazioni. Evidentemente il giudizio sul carattere «democratico» del conflitto deve essere integrato da quello relativo agli interessi nazionali dei singoli paesi intervenuti in guerra.

Diversamente è impossibile spiegare, ad esempio, come un uomo politico quale A. De Gasperi, affermasse il 25 settembre 1945, nel suo colloquio con De Gaulle che il Tirolo era popolato da «nazisti onniviti, che non c'è nessun interesse ad aggiungere agli Austriaci» (pagina 473, Charles De Gaulle, Mémoires de guerre, Le salut 344-46).

In questo momento politico la difesa semplicistica degli accordi internazionali della fine della guerra comporta il mantenimento della subordinazione dei paesi europei a una delle superpotenze del blocco USA-URSS ed il mantenimento della attuale situazione di tutte le minoranze nazionali.

Der Vorschlag eines europäischen Bundesstaates bedeutet die Institutionalisierung des Austausches, der Abmachung, zwischen den verschiedenen nationalen Bürgerschichten, auch auf der Ebene der Arbeitskräfte, um Unterhandlungen mit den zwei Großmächten aus einer nachteiligen Position heraus zu vermeiden.

Es besteht daher eine enge Verbindung zwischen dem Kampf der nationalen Minderheiten und dem Antrieb der europäischen Bürgertums sich vom Schutz des Blockes USA-UdSSR zu befreien. Die nationalen Minderheiten kämpfen gegen die am meisten rückständigen Sektoren des Kapitals und der politischen Kräfte, im Rahmen der verschiedenen Nationalstaaten und gegen das Bündnis dieser Kräfte mit dem sowjetisch-amerikanischen Block.

Aber vorerst ist es nötig, die vorliegenden Gründe der derzeitigen Lage der Minderheiten zu analysieren.

Das internationale Bündnis USA-UdSSR und seine Funktion in Europa: die Verteidigung der internationalen Verträge der Nachkriegszeit, der bestimmende Grund für die Verletzung des Rechtes auf Selbstbestimmung der nationalen Minderheiten.

Am Ursprung der derzeitigen Situation vieler nationaler Minderheiten in Europa finden wir Verträge, die zwischen den großen antifaschistischen Mächten gegen Ende oder nach Abschluß des Weltkrieges festgelegt wurden.

Es ist notwendig, darauf hinzuweisen in einem Augenblick, in welchem diese Verträge auf absolute Weise, gleichsam als Instrument für die Sicherheit Europas verteidigt worden; man denke an das kürzlich erschienene Schlußkommuniqué der Konferenz zu Preßburg.

Die Verträge am Ende des Weltkrieges hatten allem Anschein nach nicht ausschließlich den Zweck verfolgt, den Frieden zu erhalten und die Rechte der Völker zu achten.

Es wird allgemein zugegeben, daß im Rahmen dieser Verträge, die Interessen der großen antifaschistischen Nationen vorangestellt wurden und daß seitdem das Recht der Minderheiten auf Selbstbestimmung beachtet wurde.

Man versucht, den Grund dafür in die Rolle, die die sudetendeutsche Minderheit im Weltkrieg spielte, zu finden. (Le Monde diplomatique, 6. April 1968, Artikel von G. Fischer, Depuis 1945, une certaine allergie se manifeste à l'égard de la protection des minorités.)

Es handelt sich hierbei um einen sehr vereinfachenden Versuch, der auf der Basis einer falschen Sicht der wirklichen Gründe des Weltkrieges steht.

Der imperialistische Charakter der Außenpolitik Hitlers, die Angriffsziele im Vertrag von München, können nicht verhindern, die wirkliche Situation der Benachteiligung der deutschen Minderheit im Innern des tschechoslowakischen Staates anzuerkennen.

Hitler nutzte für seine Angriffsziele eine tatsächliche Unzufriedenheit, die auf die fehlende Anerkennung der Rechte der deutschen Minderheit zurückzuführen ist, aus.

Das Urteil über die Behandlung, die die Minderheiten in den Verträgen nach Beendigung des Krieges erfuhren, läßt sich nicht trennen von jenem über die Behandlung der vielen kleinen Nationen oder genauer aller Nationen, die von den Beziehungen zwischen den drei Großmächten ausgeklammert wurden.

Trotz der Feststellung der Atlantikcharta und trotz der Rede Stalins am 3.7.1941, war sicherlich nicht das Prinzip der Selbstbestimmung das Grundkonzept der Verträge.

Die Lösung der von den Minderheiten gestellten Probleme bestand in den meisten Fällen in der Aussiedlung der Bevölkerung. Es ist klar, daß das Urteil über den „demokratischen“ Charakter der Auseinandersetzung mit jenem bezüglich der nationalen Interessen der einzelnen am Kriege teilnehmenden Länder verbunden werden muß.

Ansonsten ist es unmöglich sich zu erklären, daß z. B. ein Politiker wie A. De Gasperi am 25.9.1945 in seiner Unterredung mit De Gaulle feststellte, Tirol sei bevölkert von Nazisten, die davon überzeugt wären, daß kein Interesse für den Anschluß an den österreichischen Staat bestünde (Charles De Gaulle, Mémoires de guerre, Le salut 1944-46, Seite 473).

Zu diesem politischen Zeitpunkt bewirkt die vereinfachende Verteidigung der internationalen Verträge aus der Zeit der Beendigung des Krieges die Beibehaltung der Unterordnung der europäischen Länder unter eine der Großmächte aus dem Block USA-UdSSR und die Beibehaltung der derzeitigen Lage aller nationalen Minderheiten.

La soluzione dei problemi delle minoranze può essere trovata soltanto nell'ambito di una politica il cui obiettivo fondamentale sia la riduzione e la eliminazione della egemonia russo-americana in tutta l'Europa.

I partiti antifascisti italiani e le questioni nazionali tirolese e slovena.

Alla difesa critica degli accordi internazionali conclusi alla fine della guerra, si colloca l'attuale atteggiamento dei partiti operai italiani a proposito del problema tirolese.

Per i partiti operai italiani, la necessità di un giudizio sul problema nazionale tirolese e sloveno è sorta nel momento in cui il regime fascista ha chiarito i caratteri della sua politica verso le minoranze.

Le posizioni politiche e la pratica dei fascisti nelle zone dello stato italiano dove erano presenti delle minoranze sono note. E non vale la pena di ricordarlo.

Molto meno studiate sono le posizioni assunte dall'antifascismo dell'emigrazione o dell'interno sulla questione nazionale.

Il Partito comunista d'Italia, al congresso di Lione (III° congresso, gennaio 1926), benché la repressione fascista dei diritti delle minoranze si fosse manifestata clamorosamente con l'attacco violento alle istituzioni ed ai movimenti nazionali, non presta nessuna attenzione, nelle sue tesi congressuali, alla possibilità di una azione politica antifascista concordata con i rappresentanti delle due minoranze esistenti in Italia.

Soltanto al IV° congresso (aprile 1931), il Pci d'Italia affrontò decisamente il problema affermando il diritto incondizionato di separazione dallo stato italiano delle minoranze ed il suo appoggio ai movimenti nazionali di liberazione.

Siamo, come si vede, nell'ambito della politica applicata in URSS ai confronti delle minoranze.

Anche il movimento di Giustizia e Libertà discusse nell'emigrazione il problema delle minoranze. La soluzione della questione era vista nell'ambito dello stato federalista (Quaderni di Giustizia e Libertà, n. 5 1932. Il fascismo e le minoranze).

Alla questione della minoranza slovena dedicarono una notevole attenzione due dirigenti del movimento operaio italiano legati alla città di Trieste ed ai suoi problemi.

Il primo, E. Bartellini, con un articolo apparso nel 1925 su "Rivoluzione liberale", riprese intelligentemente i risultati raggiunti al pensiero socialista triestino anche se non riuscì a collocare i problemi degli sloveni nell'ambito di una strategia di lotta antifascista.

Un notevole passo avanti nello studio del problema nazionale fu fatto da E. Curiel, esponente della generazione antifascista sorta nel periodo dell'assoluto dominio della vita italiana da parte del fascismo.

Il Curiel non si limitò a studiare la storia del movimento sloveno e la politica sovietica delle nazionalità, ma tentò di stabilire un nesso fra un possibile rifiuto da parte dell'URSS della divisione del mondo in sfere di influenza o l'applicazione del diritto di autodeterminazione (La nostra lotta, 5-6 marzo 1944, La modificazione della Costituzione sovietica e il problema nazionale).

Ma l'atteggiamento del Curiel verso gli accordi internazionali antifascisti si colloca già in quello delle forze più vive della Lotta per la liberazione nazionale, le quali non riuscirono a trovare una soluzione dei problemi politici italiani al di fuori della strategia delle forze di influenza.

La crisi delle forze politico antifasciste italiane davanti agli accordi fu risolta con l'accettazione pura e semplice della politica sovietica o americana.

E in tale modo scomparve proprio quell'elemento di critica alla politica nazionalista del fascismo che aveva caratterizzato l'antifascismo.

Nei documenti del maggiore partito antifascista, il Pci, contemporanei alla discussione sul Trattato di Pace scompare qualsiasi riferimento al diritto di autodeterminazione dei tirolesi e degli sloveni.

Die Lösung der Minderheitenprobleme kann nur im Rahmen einer Politik gefunden werden, deren grundlegendes Ziel die Einschränkung und die Beseitigung der russisch-amerikanischen Hegemonie in ganz Europa darstellt.

Die antifaschistischen Parteien Italiens und die nationale Frage der Tiroler und der Slowenen.

An die unkritische Verteidigung der internationalen Verträge, die nach Beendigung des Krieges geschlossen wurden, knüpft die derzeitige Haltung der italienischen Arbeiterparteien im Zusammenhang mit dem Problem Tirol.

Für die italienischen Arbeiterparteien entstand die Notwendigkeit, über das nationale Problem der Tiroler und Slowenen ein Urteil abzugeben in dem Augenblick, als das faschistische Regime die Kennzeichen der Politik gegen die Minderheiten dargelegt hatte.

Die politische Haltung, die Praxis der Faschisten in Gebieten des italienischen Staates, wo sich Minderheiten befanden, sind bekannt und es ist nicht der Mühe wert, an sie zu erinnern.

Weniger bekannt sind die Stellungnahmen, die der Widerstand im Ausland (Emigration) oder im Inland bezüglich der nationalen Frage eingenommen haben.

Die Kommunistische Partei Italiens (KPI) zeigte am Kongreß von Lyon (3. Kongreß, Jänner 1926), wenn auch die faschistische Unterdrückung der Rechte der Minderheiten mit dem heftigen Angriff auf die Institutionen und nationalen Bewegungen deutlich zum Ausdruck gekommen war, kein Interesse in ihren Resolutionen, die Möglichkeit einer mit den Vertretern der zwei in Italien vorhandenen Minderheiten gemeinsam durchzuführende antifaschistische Aktion politischen Inhalts aufzugreifen.

Erst am 4. Kongreß (April 1931) nahm die KP Italiens entschlossen das Problem in Angriff und bestätigte das bedingungslose Recht der Minderheiten, sich vom italienischen Staate zu trennen. Sie bestätigte auch die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen.

Wir befinden uns damit im Rahmen jener Politik, die die UdSSR den Minderheiten gegenüber angewendet hatte.

Auch die Bewegung Giustizia e Libertà (Gerechtigkeit und Freiheit) befaßte sich in der Emigration mit dem Problem der Minderheiten. Die Lösung der Frage wurde im Rahmen eines Bundesstaates gesehen (Giustizia e Libertà, Heft Nr. 5, 1932. Il fascismo e le minoranze).

Der slowenischen Minderheitenfrage widmeten zwei Führer der italienischen Arbeiterbewegung, die mit der Stadt Triest und ihren Problemen eng verbunden waren, besondere Aufmerksamkeit.

Der erstere, E. Bartellini, griff in seinem Artikel, der 1925 in "Revoluzione liberale" erschien, in intelligenter Weise die Resultate auf, die im sozialistischen Gedankengut der Triestiner erreicht worden war. Allerdings gelang es ihm nicht, die Probleme der Slowenen in der Strategie des antifaschistischen Kampfes einzubauen.

Einen bedeutenden Schritt vorwärts im Studium des nationalen Problems machte E. Curiel, ein Exponent der antifaschistischen Generation, die in der Zeit der absoluten Beherrschung des italienischen Lebens durch den Faschismus entstanden war. Curiel beschränkte sich nicht darauf, die Geschichte der slowenischen Bewegung oder die sowjetische Nationalitätenpolitik zu studieren, sondern er versuchte auch, eine Beziehung zwischen einer möglichen Abkehr von Seiten der UdSSR, die Welt in Einflußzonen aufzuteilen, und der Anwendung des Rechtes auf Selbstbestimmung herzustellen. (La nostra lotta, 5/6. März 1944, La modificazione della Costituzione sovietica e il problema nazionale.)

Aber die Haltung Curiels den internationalen antifaschistischen Verträgen gegenüber knüpft bereits an jene der lebendigen Kräfte der nationalen Befreiung an, welchen es nicht gelang, eine Lösung der politischen Probleme Italiens außerhalb der Strategie der Einflußzonen zu finden.

Die Krise der antifaschistischen politischen Kräfte Italiens in Hinblick auf die Verträge wurde mit der einfachen Annahme der sowjetischen oder amerikanischen Politik gelöst.

Auf diese Weise verschwand gerade jenes kritische Element der nationalen Politik des Faschismus gegenüber, das den Antifaschismus gekennzeichnet hatte.

In den Dokumenten der bedeutendsten antifaschistischen Partei, der KPI, verschwand gleichzeitig mit der Diskussion über die Friedensverhandlungen jedwelter Hinweis auf das Recht der Selbstbestimmung der Tiroler und Slowenen.

Tuttavia entrambi queste minoranze avevano manifestato la loro opposizione al fascismo, la prima aderendo alla politica nazista di difesa della minoranza tirolese mediante l'opzione e la seconda partecipando alla Lotta di liberazione jugoslava.

Queste due manifestazioni delle minoranze nazionali esistenti in Italia devono essere poste sullo stesso piano: quello della lotta contro il fascismo. Ma'grado ciò (Rinascita, ottobre 1946, La proposta del plebiscito) il Pci nega che ai tirolesi debba essere concesso il referendum. Il Pci è consapevole della volontà tirolese di far parte dello stato austriaco, e deve trovare una giustificazione della negazione del diritto di autodeterminazione. Essa viene trovata nel mito della minoranza tirolese come minoranza filo-nazista.

Più difficile è la situazione del Pci nel caso degli sloveni. Il rapporto con il Pci jugoslavo costringe il Pci a differenziarsi dalla campagna nazionalistica delle altre forze politiche italiane.

Ma in entrambi i casi, sloveno e tirolese, il Pci si guarderà bene dall'affirmare il diritto di autodeterminazione.

L'uscita di Tito dal Cominform sarà un'ottima occasione per il Pci per eliminare, anche nel caso degli sloveni, gli elementi di difesa di questa minoranza che pure erano stati presenti nel suo atteggiamento.

L'involuzione nazionalista del Pci continua e arriva nel 1955 (Rinascita, ottobre 1955, A. Ravagnan, Democristiani e nazionalisti tedeschi: fratelli-rivali in Alto Adige) a manifestarsi con l'invito verso la minoranza tirolese a superare la questione nazionale e cioè ad accettare la politica di snazionalizzazione.

Nel 1957, l'anno del grande balzo revisionista compiuto dal Pci con il suo VIII congresso, le tesi congressuali vedono nella garanzia dei diritti delle minoranze (inquadrate nel problema regionale) la condizione della lotta conseguente «contro le mene nazionalistiche e naziste alimentate dall'imperialismo tedesco».

Si offre cioè l'alibi alla borghesia italiana, parlando del nazionalismo tedesco, per coprire e per giustificare il proprio nazionalismo.

L'esistenza di un movimento dell'opinione pubblica tirolese non viene neanche percepita. Accorgersi dell'esistenza di esso, al di fuori della SVP, costringerebbe a prendere posizione e ad attaccare la politica della DC.

Con le successive posizioni del senatore comunista M. Scoccimarro, il Pci si muoverà ormai apertamente nell'ambito delle soluzioni della borghesia italiana, disposta a fare molti riconoscimenti alla minoranza ad una precisa condizione: la rinuncia alla affermazione del diritto di autodeterminazione da parte dei tirolesi.

La questione tirolese nell'attuale situazione politica italiana

Si può facilmente comprendere con quale atteggiamento politico movimento operaio italiano e, più in generale, la sinistra italiana abbiano valutato le ondate di attentati.

Dopo aver negato alla minoranza tirolese il diritto di autodeterminazione e tentato di giustificare tale negazione, il Pci si è trovato avanti a una serie di manifestazioni clamorose della volontà politica dei tirolesi.

Non è questa la sede per ricordare i dibattiti svoltisi nel movimento operaio a proposito del terrorismo.

Ma siamo tutti consapevoli che non esisterebbe in Italia un problema politico del Tirolo se non vi fossero stati gli attentati. Ogni negazione di questa affermazione costituisce una menzogna e una manifestazione di ipocrisia.

Non si tratta evidentemente di esaltare le singole persone o i gruppi che hanno organizzato gli attentati, ma di dare una valutazione della situazione politica in cui si sono manifestati gli attentati.

La redazione de Il foglio della sinistra universitaria concorda con valutazione espressa dal giornale Il Comunista, organo della Lega dei comunisti marxisti-leninisti d'Italia, il quale in occasione dei processi ai cosiddetti terroristi, ha affermato la sua solidarietà ai condannati e la sua condanna dei metodi fascisti adottati dallo stato italiano.

Tuttavia, hanno anche le minoranze il loro diritto di resistenza. E' vero, ma non bisogna dimenticare che, per le minoranze, la resistenza è stata una lotta di liberazione. E' vero, ma non bisogna dimenticare che, per le minoranze, la resistenza è stata una lotta di liberazione. E' vero, ma non bisogna dimenticare che, per le minoranze, la resistenza è stata una lotta di liberazione.

Queste volontà di resistenza delle minoranze nazionali esistenti in Italia devono essere poste sullo stesso piano: quello della lotta contro il fascismo. Ma'grado ciò (Rinascita, ottobre 1946, La proposta del plebiscito) il Pci nega che ai tirolesi debba essere concesso il referendum. Il Pci è consapevole della volontà tirolese di far parte dello stato austriaco, e deve trovare una giustificazione della negazione del diritto di autodeterminazione. Essa viene trovata nel mito della minoranza tirolese come minoranza filo-nazista.

Schwieriger gestaltet sich die Lage der KPI im Fall der Slowenen. Die Beziehungen zur KP Jugoslawiens zwingt die KPI sich von der nationalistischen Propaganda der anderen politischen Kräfte Italiens zu unterscheiden.

Aber in beiden Fällen, im Fall der Slowenen und im Fall der Tiroler, hütete sich die KPI sehr, das Recht auf Selbstbestimmung zu bestätigen.

Der Austritt Titos aus dem Cominform wird eine ausgezeichnete Gelegenheit für die KPI darstellen, auch im Fall der Slowenen, die Gründe für eine Verteidigung dieser Minderheit, die zwar in ihren Absichten vorhanden waren, wegzuräumen.

Die nationalistische Verstrickung der KPI setzt sich fort und gelangt im Jahre 1955 (Rinascita, Oktober 1955, A. Ravagnan, Democristiani e nazionalisti tedeschi: fratelli rivali in Alto Adige) zur Aufforderung an die Tiroler Minderheit, die nationale Frage zu überwinden, d. h. die Politik der Entnationalisierung anzunehmen.

Im Jahre 1957, als die KPI in ihrem VIII Kongreß einen großen revisionistischen Schritt vorwärts machte, sieht der Kongreß in seinen Beschlüssen in der Garantie der Minderheitenrechte (im Rahmen der regionalen Problematik) die Bedingung für den Kampf gegen den imperialistischen und nazistischen Untrieb, die vom deutschen Imperialismus genährt werden.

Es bietet sich somit das Alibi für die italienische Bürgerschaft, indem man vom deutschen Nationalismus spricht, den eigenen Nationalismus zu verdecken und zu rechtfertigen.

Das Vorhandensein einer Entwicklung in der öffentlichen Meinung in Tirol wird nicht einmal wahrgenommen. Würde man deren Vorhandensein außerhalb der SVP bemerken, so wäre man gezwungen, Stellung zu nehmen und die Politik der DC anzugreifen.

Mit der nun folgenden Feststellung der kommunistischen Senatoren M. Scoccimarro, bewegt sich die KPI offen im Rahmen der Lösungsmöglichkeiten der italienischen Bürgerschaft, die geneigt ist, viele Zugeständnisse der Minderheit einzuräumen, allerdings unter einer genau umrissenen Bedingung: dem Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht von Seiten der Tiroler.

Die Tiroler Frage innerhalb der derzeitigen politischen Situation Italiens

Man kann mit Leichtigkeit verstehen, mit welcher politischen Haltung die italienische Arbeiterbewegung und — allgemeiner — die italienische Linke die Welle der Attentate beurteilt haben.

Nachdem die KPI der Tiroler Minderheit das Recht auf Selbstbestimmung abgesprochen hatte, und man versucht hatte, diese Weigerung zu rechtfertigen, befand sich die KPI vor einer Reihe von heftigen politischen Willenskundgebungen der Tiroler.

Es soll hier nicht an die Diskussionen erinnert werden, die die Arbeiterbewegung im Zusammenhang mit dem Terrorismus geführt hatte.

Aber wir sind uns alle bewußt, daß in Italien ohne Attentate kein politisches Problem um Tirol bestünde. Jede Verneinung dieser Feststellung stellt eine Lüge und eine Heuchelei dar.

Es geht dabei offensichtlich nicht darum, einzelne Personen oder Gruppen, die Anschläge organisiert hatten, zu rühmen, sondern es geht darum, ein Werturteil über die politische Situation, in welcher die Anschläge stattfanden, abzugeben.

Die Redaktion des „Il foglio della sinistra universitaria“ stimmt mit der Beurteilung überein, die in der Zeitschrift „Il Comunista“, Organ der Lega der Kommunisten marxistisch-leninistisch d'Italia, veröffentlicht worden ist. Diese hatte anlässlich der Prozesse gegen die sogenannten Terroristen ihre Solidarität mit den Verurteilten ausge-

I nostri amici della sinistra universitaria tirolese hanno criticato e preso di posizione da "Il Comunista" e da "Il foglio della sinistra universitaria", affermando che esiste per la sinistra tirolese il problema della differenziazione dai movimenti nazionalisti.

Noi riteniamo che questa differenziazione possa essere conquistata dalla sinistra tirolese non sul terreno della incapacità di condannare la politica repressiva dello stato italiano ma su quello della affermazione del diritto di autodeterminazione della minoranza tirolese.

Coloro che sono colpiti dalla repressione italiana del movimento nazionale tirolese si collocano inevitabilmente sul terreno della affermazione dei diritti dei sudtirolesi.

E d'altra parte lo stato italiano nega i diritti dei tirolese e colpisce gli persone.

L'affermazione di una sinistra tirolese non può avvenire mediante elaborazione esclusiva di una politica culturale, quale è, ad esempio, l'unica conclusione che si può trarre dall'articolo di Alexander Singer, apparso su "Il Ponte" del luglio-agosto 1967.

E' necessario che la sinistra tirolese trovi rapidamente la sua linea politica che non potrà non consistere in una applicazione coerente del principio di autodeterminazione con le conseguenze che a esso derivano.

In caso contrario, la sinistra tirolese si troverà completamente disarmata ed incapace di esprimere un giudizio critico delle proposte avanzate dal governo italiano.

Finché la sinistra tirolese non affermerà il diritto di autodeterminazione della popolazione tirolese, sarà costretta a subire, da un lato, la politica del governo italiano di affermazioni teoriche nei confronti dei tirolese accompagnate da una pratica totalmente diversa, e all'altro, la campagna nazionalista della SVP di denuncia della malafede italiana.

In previsione della ripresa della lotta universitaria alla riapertura dell'Università, la redazione de "Il foglio della sinistra universitaria", ha pubblicato nel numero 4 del suo giornale un articolo sull'istituzione della Università a Bolzano e sulla possibilità di un incontro tra la agitazione degli studenti dell'Università di Trento e quella della minoranza tirolese.

La redazione del nostro giornale ritiene che un collegamento fra le due agitazioni debba essere rapidamente trovato per portare avanti il processo di politicizzazione delle agitazioni universitarie e la creazione di una sinistra tirolese la quale trovi nella affermazione del diritto di autodeterminazione la battaglia per superare le contraddizioni nazionalistiche ancora vigenti nel Tirolo.

L'inserimento della minoranza tirolese nella battaglia universitaria può consentire al movimento universitario di verificare quale è stata la politica del movimento operaio revisionista in uno dei settori della vita sociale italiana, quello delle minoranze.

La minoranza tirolese deve trovare nel movimento universitario il suo punto fondamentale, accanto alla classe operaia, per conquistarsi il ruolo rivoluzionario nella battaglia politica italiana e una collocazione nel movimento per un rinnovamento della cultura italiana.

sprossen, und sie verurteilte die faschistischen Methoden, die vom italienischen Staate angewendet wurden.

Unsere Freunde der studentischen Linken Tirols haben die Stellungnahme des "Il Comunista" und die des "Il Foglio della sinistra universitaria" kritisiert, indem sie darauf hinwiesen, daß für die Tiroler Linke das Problem der Unterscheidung von den nationalistischen Bewegungen bestünde.

Wir sind der Meinung, daß diese Unterscheidung von der Tiroler Linken nicht auf der Ebene der Unfähigkeit, die repressive Politik des italienischen Staates zu verurteilen, erreicht werden kann, sondern auf jene der Behauptung des Selbstbestimmungsrechtes der Tiroler Minderheit.

Jene, die von der italienischen Unterdrückung der nationalen Bewegung der Tiroler getroffen werden, werden sich unausweichlich auf die Ebene der Behauptung der Rechte der Südtiroler zusammentreffen.

Und andererseits verneint der italienische Staat die Rechte den Tiroler und trifft sie damit.

Die Bestätigung einer Tiroler Linken kann nicht vermittels einer ausschließlich kulturpolitischen Bearbeitung erfolgen, die der einzige Schluß ist, den man z. B. dem Artikel von A. Langer in "Il Ponte" vom Juli-August 1967 entnehmen kann.

Es ist nötig, daß die Tiroler Linke unverzüglich ihre politische Linie finde, eine Linie, die nur in der konsequenten Anwendung des Prinzips der Selbstbestimmung mit den daraus erfließenden Folgen bestehen kann.

Andernfalls wird sich die Tiroler Linke gänzlich entwaффnet vorfinden und unfähig sein, ein kritisches Urteil über die von der italienischen Regierung vorgelegten Vorschläge abgeben zu können.

Solange die Tiroler Linke nicht am Selbstbestimmungsrecht der Tiroler Bevölkerung festhält, unterwirft sie sich zwangsläufig der Politik der italienischen Regierung, Bestätigungen theoretischer Art in Hinblick auf die Tiroler abzugeben, die von einer gänzlich anders gelagerten Praxis begleitet werden. Auf der anderen Seite unterwirft sie sich dem nationalistischen Vorgehen der SVP, die italienische Hinterlist anzuklagen.

In Hinblick auf die Wiederaufnahme der studentischen Agitation mit der Wiedereröffnung der Universitäten, hat die Redaktion des "Il foglio della sinistra universitaria" in der Nummer 4 einen Artikel über die Errichtung der Universität in Bozen veröffentlicht. Er behandelt auch die Möglichkeit einer Bewegung zwischen der Studentenbewegung der Universität Trient und der Bewegung der Tiroler Minderheit.

Die Redaktion unserer Zeitschrift ist überzeugt, daß eine Verbindung zwischen den zwei Unruheherden unverzüglich gefunden werden müsse, damit der Prozeß der Politisierung des studentischen Kampfes und die Schaffung einer Tiroler Linken vorangetrieben werde. Diese Tiroler Linke möge dann in der Festlegung des Selbstbestimmungsrechtes jenes Schlachtfeld finden, das zur Überwindung der noch vorherrschenden nationalistischen Entgegensetzungen in Tirol dienen soll.

Die Hereinnahme der Tiroler Minderheit in den studentischen Kampf kann der studentischen Bewegung die Möglichkeit bieten, festzustellen, welche politische Haltung die revisionistische Arbeiterbewegung auf einem der Sektoren des sozialen Lebens Italiens, auf dem der Minderheiten, eingenommen hatte.

Die Tiroler Minderheit muß in der studentischen Bewegung den stärksten Verbündeten, neben der Arbeiterklasse finden, um sich eine revolutionäre Rolle im politischen Kampf Italiens und die Teilnahme an der Bewegung zur Erneuerung der italienischen Kultur zu erobern.

Relazione del dott. Gianni Bianco

Kurzreferat von Dr. Gianni Bianco

Tempo addietro, meno di un mese fa, due giornali locali, uno in lingua italiana, l'altro in lingua tedesco, duellarono a colonne di piombo su un tema: se i sudtirolesi dovevano considerarsi discendenti o no dei baluvari, cioè gli antichi bavaresi. La disputa era accesa e condita da entrambe le parti di componenti nazionalistiche, quasi che, della sua soluzione, (si parla del millennio scorso) dipendesse qualcosa di vitale per le popolazioni dell'Alto Adige.

Questo episodio, che non è privo di precedenti simili se non nella forma, certo nella sostanza, è emblematico della situazione altoatesina e fa assomigliare noi tutti, che qui viviamo, a dei personaggi che, con straordinario puntiglio, pretendono di camminare voltando le spalle alla strada da percorrere, preoccupandosi solo di guardare indietro. Chiaro che non riusciranno ad avanzare e, se lo faranno, rischieranno ad ogni passo di inciampare.

Il paragone non è per nulla forzato, ma risponde molto esattamente — e chi vive qui lo sa — alla situazione locale, impregnata di risentimenti, diffidenze, se non addirittura odii che hanno la matrice nel passato, più o meno remoto.

Per questo ogni piccolo dissenso diventa un contrasto di fondo, ogni inezia diventa un casus belli, tutto assume tinte drammatiche, e al fondo troviamo sempre le riserve mentali che origina la diffidenza.

E non si può dire in coscienza che la stampa, dall'una o dall'altra parte, abbia fatto molti sforzi per superare questa situazione, per la tendenza costante a cercare ed a mettere in risalto a preferenza gli elementi che dividono rispetto a quelli che uniscono.

Come in tutte le cose il discorso, così impostato, tenendo a generalizzare, è impreciso, ma corrisponde grosso modo alla realtà. Bisogna è vero ammettere che, specie negli ultimi tempi c'è stato uno sforzo da parte di gruppi, specie di giovani, per risalire la corrente. Ma è altrettanto vero che di regola tutti questi tentativi — per la verità ancora in atto — hanno cozzato contro tremendo diffidenze, data la diffusa tendenza, per le ragioni sopra indicate, ad affrontare ogni questione con spirito manicheo, per cui chi non ammette che tutte le ragioni sono dalla parte che parla la sua lingua o che tutti i vantaggi spettano ad essa, diventa automaticamente un traditore della patria o della Heimat, secondo i punti di vista. Dico dogli uni e degli altri, senza differenze.

L'errore di base mi sembra sia stato quello di mitizzare da un lato il «sacro confine», dall'altro le caratteristiche etniche tedesche, senza considerarli come naturali stati di fatto, realtà di cui è necessario prendere atto, senza presupporre da una parte che ogni atto dell'altra sia diretto a sovvertire quel confine o, rispettivamente, a snaturare quelle caratteristiche etniche.

Questa non ha la pretesa, oltretutto per mancanza di tempo, d'essere una analisi del travaglio altoatesino o sudtirolese che dir si voglia. Ma, pur nel suo piccolo, sarebbe lacunosa se non si sforzasse almeno di indicare qualche via d'uscita.

A mio avviso, dunque, è necessario impostare seriamente e portare avanti una attenta revisione critica non del passato — che altrimenti si ricadrebbe nello stesso errore — ma nella maniera con la quale bisogna guardare al presente proiettandolo nel futuro. Particolarmente felice a questo riguardo mi sembra il tema proposto, cioè l'identificazione del ruolo che i sudtirolesi possono assumere nella società italiana.

Un ruolo politico e culturale. Politico nella misura in cui sapranno sottolineare il significato e la portata delle autonomie locali in una società, come quella italiana, tradizionalmente abituata a concepire lo Stato in senso accentratore e di conseguenza a respingere con diffidenza, come tentativi centrifughi, le autonomie. Non voglio sottolineare a questo punto la funzione civile e politica che le autonomie regionali possono e debbono svolgere in Italia: ma è un fatto che il dibattito costituzionale, che prevede regioni autonome in tutto il paese, è inattuato (salvo che per le cinque regioni a statuto speciale) a vent'anni di distanza dall'approvazione della carta costituzionale. E che ogni qualvolta si discute di regioni, si tocca un tasto estremamente controverso.

Vor kurzem, es ist noch nicht einen Monat her, lagen sich zwei Lokalblätter, ein deutschsprachiges und ein italienischsprachiges, über ein Thema in den Haaren: nämlich, ob die Südtiroler als Abkommen der Bajuwaren, der alten Bayern, zu betrachten seien. Der Streit war heftig und von beiden Seiten mit nationalistischen Zutaten gewürzt, als ob von seinem Ausgang (man sprach vom vorigen Jahrtausend) etwas Vitales für die Südtiroler Bevölkerung abhänge.

Diese Episode, die, wenn nicht in der Form, so doch dem Gehalt nach, nicht einzig dasteht, ist bezeichnend für die Lage in Südtirol; sie gibt uns nämlich, die wir hier leben, eine Ähnlichkeit mit jenen Personen, die mit außergewöhnlicher Halsstarrigkeit mit dem Rücken voran die Straße entlanggehen, allein darauf bedacht zurückzuschauen. Natürlich kommen sie dabei nicht voran, und wenn sie es doch versuchen, laufen sie Gefahr, bei jedem Schritt zu stolpern.

Der Vergleich ist keineswegs bei den Haaren herbeigezogen, sondern entspricht ganz genau (wer hier wohnt, weiß es) der hiesigen Lage, die durchtränkt ist von Groll, Mißtrauen, wenn nicht gar Haß, deren Gründe in der nahen und entfernten Vergangenheit liegen. Darum wird jede kleine Meinungsverschiedenheit zu einem grundsätzlichen Gegensatz, jede Lappalie zum casus belli, alles nimmt dramatische Züge an, und im Hintergrund treffen wir immer die inneren Vorbehalte, die das Mißtrauen auslösen.

Man kann nicht mit gutem Gewissen behaupten, daß die Presse, auf der einen wie auf der anderen Seite, viele Anstrengungen unternommen hat, diese Lage zu überwinden, weil sie stets versucht, die trennenden gegenüber den verbindenden Elementen hervorzukehren. Wie überall ist ein so begonnenes Gespräch mit der Tendenz zur Verallgemeinerung ungenau, entspricht aber im großen und ganzen der Wirklichkeit. Man muß sicher zugeben, daß vor allem in letzter Zeit von selten einzelner Gruppen, in erster Linie von der Jugend, Anstrengungen unternommen wurden, gegen den Strom zu schwimmen. Es ist aber auch anderseits wahr, daß diese Versuche — die noch im Gang sind — im allgemeinen gegen ein fürchterliches Mißtrauen stießen wegen der allgemeinen oben kurz begründeten Tendenz, jedes Problem mit manichäischer Einstellung anzugehen, so daß der, der nicht zugibt, daß das ganze Recht auf der Seite ist, die seine Sprache spricht, und daß infolgedessen alle Vorteile ihr zustehen, je nach Standort automatisch ein Verräter des Vaterlandes bzw. der Heimat wird. Ich sage das unterschiedslos von den einen und von den anderen.

Der Grundfehler scheint mir in der Mythologisierung der „heiligen Grenzen“ auf der einen Seite und der deutschen Eigenheiten auf der anderen gelegen zu sein, ohne daß man sich als natürliche Gegebenheiten betrachtet hätte, als Wirklichkeiten, die man zur Kenntnis nehmen muß, ohne auf der einen Seite anzunehmen, daß jede Handlung der anderen auf die Untergrabung dieser Grenzen oder beziehungsweise auf die Entwurzelung der volklichen Eigenheiten gerichtet ist.

Ich beanspruche nicht, nicht zuletzt aus Zeitmangel, eine Analyse der Unruhe im Oberen Etschland oder Südtirol (wie immer man sagen will) zu liefern. Aber auch im kleinen Stil wäre sie lückenhaft, wenn sie sich nicht bemühte, einen Ausweg aufzuzeigen.

Meiner Meinung nach ist es darum notwendig, allen Ernstes eine aufmerksame und kritische Überprüfung nicht der Vergangenheit vorzunehmen (weil man sonst in den gleichen Fehler verfiel), sondern der Art und Weise, wie man auf die Gegenwart schauen soll, indem man sie in die Zukunft projiziert.

Besonders glücklich scheint mir in diesem Zusammenhang das Thema zu sein, das Ausfindigmachen der Rolle nämlich, die die Südtiroler in der italienischen Gesellschaft einnehmen könnten.

Eine politische und kulturelle Rolle. Eine politische Rolle könnten sie in dem Maße zuspitzen, als es ihnen gelingt, die Bedeutung und Tragweite der Lokalautonomien in einer Gesellschaft hervorzuheben, die, wie die italienische, von jeher gewohnt ist, den Staat im zentralistischen Sinn zu begreifen und infolgedessen mißtrauisch die Autonomien als zentrifugale Kräfte zurückzuweisen. Ich möchte an dieser Stelle nicht auf die zivile und politische Funktion näher eingehen, die die Regionalautonomien in Italien ausüben können und müssen: Tatsache ist aber, daß die Verfassung, die autonome Regionen im ganzen Land vorsieht (ausgenommen die 5 Regionen mit Sonderstatut), 20 Jahre nach der Verabschiedung der Verfassungs-urkunde nicht durchgeführt ist. Jedes Mal, wenn man von den Regionen spricht, drückt man deshalb auf eine äußerst umstrittenen Taste.

Il che prova che l'autonomia regionale, prima che un fatto legislativo, è uno stato d'animo, e che questo stato d'animo è ancora lungi dall'aver trovato in Italia adeguata diffusione. Dall'Alto Adige, dove esso è una necessità, può e deve venire un esempio in questo senso.

Il ruolo culturale è quello di una mediazione fra la cultura latina e la cultura germanica, possibile qui dove le condizioni obiettive lo impongono, e in nessun altro posto. Se pensiamo — o forse rischiamo di cadere in un luogo comune, tanto il concetto è ovvio — al ruolo che ha la cultura nell'unire i popoli, se pensiamo ai traguardi speriamo non molto lontani, che i popoli dell'Europa si sono posti in comune, ci accorgiamo della necessità di agevolare, proprio attraverso una sempre più intensa conoscenza delle reciproche culture, questa unificazione, affinché essa non si riduca ad un fatto di vertice ma diventi sempre più una realtà nella coscienza di tutti.

Autonomie regionali e unificazione europea sono due obiettivi per i quali vale ben la pena di compiere ogni sforzo: ed al sudtirolesi in entrambi è offerto un ruolo importante.

Credo però che non potranno assumerlo e portarlo avanti senza la collaborazione, in primo luogo, della popolazione di lingua italiana dell'Alto Adige. E' da qui infatti, che bisogna cominciare a costruire e se non c'è unità d'intenti qui, difficilmente si può essere un convincente esempio fuori di qui.

Ecco perché, quando parliamo del ruolo dei sudtirolesi nella società italiana, dobbiamo accumularli alla popolazione di lingua italiana dell'Alto Adige e convincere anch'essa che le compete analogo ruolo.

Per affrontare insieme quest'opera ecco dunque la necessità di quella revisione critica alla quale ho sopra accennato. Che è poi la necessità di creare in provincia di Bolzano una nuova frontiera: una frontiera che ha nome fiducia.

Zusammenfassung der Diskussion

Sprecher: Prof. Lidia Menapace, Dr. Gianni Bianco, Dr. Elio Franzin
Diskussionsleiter: Josef Perkmann

(Aufgrund eines technischen Versagens konnte die Diskussion am Nachmittag nicht aufgenommen werden. Deshalb beinhaltet diese Zusammenfassung nur jene Punkte, die im Anschluß an die Referate und an die Kurzvorträge noch am Vormittag zur Sprache gekommen sind.)

Prof. Menapace und Dr. Franzin befaßten sich in ihren Antworten jeweils ausführlich mit einem wichtigen Punkt aus ihren Ausführungen: Prof. Menapace mit der Frage, „ob ein demokratisch geführter Kampf im Rahmen der derzeitigen (politischen) Kräfte, so wie sie sind, noch möglich ist, oder ob man neue Wege finden müsse.“ Dr. Franzin behandelte von seiner Sicht das Problem des Terrorismus in Südtirol.

Prof. Menapace sagt, daß sie persönlich der Meinung sei, man müsse neue Wege suchen. Denn dieser politische, nicht kulturelle Kampf könne bei der augenblicklichen Verteilung der demokratischen Kräfte nicht ausgetragen werden. Besonders von katholischer Seite sei sie aufmerksam gemacht worden, daß „man dort, wo man ist, verfaulen müsse.“ [...] che bisogna marcire là dove si è). Dies sei aber eine absurde Idee, wenn man sich politische Ziele vorsetzt, die innerhalb einer vertretbaren Zeit zu verwirklichen sind. Und entdeckt man nun, daß es nicht geht, so scheint es interessant zu sein, neue Wege zur politischen Verwirklichung dieser Ziele zu suchen, die die derzeitige Verteilung der politischen Kräfte zerbrechen. Diese neuen Wege sieht Frau Prof. Menapace in einer neuen Organisation der Massen, sowie in einem neuen Klassenbewußtsein.

Das beweist, daß die Regionalautonomie mehr als ein Gesetzgebungsakt eine Gesteinnung darstellt, und daß diese Gesteinnung noch weit davon entfernt ist, in Italien entsprechend verbreitet zu sein. Südtirol, wo sie eine Notwendigkeit ist, kann und muß ein diesbezügliches Beispiel dafür bieten.

Die kulturelle Rolle ist jene der Vermittlung zwischen der romanischen und germanischen Kultur, die hier möglich ist, wo sie die objektiven Bedingungen gleichsam fordern, hier und an keinem anderen Ort. Wenn wir — und vielleicht ist es ein Gemeinplatz, so selbstverständlich ist dieser Begriff — an die Rolle denken, die die Kultur in der Vereinigung der Völker hat, wenn wir an die nicht mehr weiten Ziele denken, die die europäischen Völker sich gemeinsam gesetzt haben, ersehen wir die Notwendigkeit, diese Vereinigung zu erleichtern, vor allem durch die eingehende Kenntnis der verschiedenen Kulturen, daß sie nicht nur eine Erfahrung einiger Tatsachen weniger Spitzenpersönlichkeiten bleibe, sondern eine immer stärkere Wirklichkeit im Bewußtsein aller werde.

Regionalautonomie und europäische Einigung sind zwei Ziele, für die es sich lohnt, jede Mühe auf sich zu nehmen; und den Südtirolern bietet sich in beiden eine wichtige Rolle an. Ich glaube aber, daß sie diese Rolle nicht annehmen und vorantreiben können, ohne die Mitarbeit vor allem der italienischsprachigen Bevölkerung in Südtirol. Und hier muß man in der Tat mit dem Bau beginnen, und wenn nicht Einheit der Auffassungen hier sich zeigt, so kann es schwierig ein überzeugendes Beispiel auf Gebieten geben, die darüber hinausgehen.

Deshalb müssen wir die Südtiroler, wenn wir von ihrer Stellung im Rahmen der italienischen Gesellschaft sprechen, mit der italienischsprachigen Bevölkerung in Südtirol gleichstellen. Und wir müssen auch diese davon überzeugen, daß ihr eine analoge Rolle zukommt.

Um gemeinsam dieses Werk in Angriff zu nehmen, ist es notwendig, diese kritische Überprüfung, auf die ich vorher hingewiesen habe, vorzunehmen, d. h. es ist notwendig, in der Provinz Bozen eine neue Grenze aufzubauen, eine Grenze mit dem Namen Vertrauen.

Dr. Franzin stellt das Vorgehen der studentischen Linken [Sinistra Universitaria] als Gegenreaktion auf die Vorlesungen der nationalistischen Presse Italiens hin. Seine Haltung wird durch den Bruch mit jenem Kurzschuß, Terrorismus ist gleich Nationalismus, gekennzeichnet. Die italienische Presse verwendet dabei zur Untermauerung dieser These die Option im Jahre 1939.

Die studentische Linke betrachtet hingegen die Option als Ausdruck der Opposition gegen den Faschismus. Das eventuelle Vorhandensein einer kleinen Minderheit von Neonazisten in Südtirol sei auf die fortwährende nationalistische Politik und auf deren Beibehaltung durch die derzeitige Regierung und auf das Beibehalten einer nationalistischen Kultur durch die italienische Presse zurückzuführen.

Die Ausgangsposition für alle weiteren Überlegungen bilde nun die Stellung Lenins zu den Minderheitenproblemen, die sich klar von der stalinistischen Praxis abhebe. Denn in der Frage der Minderheiten muß man immer vom Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes ausgehen. Es kann daher keine politische Rede über Südtirol gehalten werden, es kann keine Untersuchung über die politische Lösung des Südtirolproblems gefunden werden, wenn man nicht vom Grundsatz ausgeht: die Tiroler Minderheit besitzt, wie alle Minderheiten, das Recht zur Selbstbestimmung.

Frau Prof. Menapace wirft ein, ob eine echte Selbstverwaltung auch eine Form von Selbstbestimmung sei. Denn im Grund würde ein Anschluß an Österreich nicht viel ändern, da sich Österreich

nicht sehr von Italien unter dem Gesichtspunkt einer Klassenanalyse unterscheidet [...] non cambierebbe molto, perché non è che l'Austria sia uno stato molto diverso dall'Italia dal punto di vista di una analisi di classe].

Dr. Franzin erklärt sich mit einer solchen Form von Selbstbestimmung einverstanden. Es müsse aber festgehalten werden, daß, wenn einmal eine Minderheit im Staate festgestellt, sie könne mit der Mehrheit nicht mehr leben, dann habe sie das Recht, sich von dieser Mehrheit zu lösen.

Dr. Franzin spricht sich gegen eine Abtrennung Südtirols von Italien aus. Denn Südtirol bide eine wichtige Brücke zu den deutschen Staaten und Völkern, weshalb die Italiener den Südtirolern den Hof machen müßten (orteggiare).

Man müsse daher, schloß Dr. Franzin seine Ausführungen, auf die Position Lenins zurückgehen, der in dieser Frage klar und demokratisch gesprochen habe. Man könne über die politische Opportunität der Selbstbestimmung diskutieren, nicht aber über das prinzipielle Recht, das jeder Minderheit zusteht.

Die Kirche in der mündigen Gesellschaft

Bischof Joseph Gargitter

Das mir gestellte Thema ist so umfassend, daß ich im Rahmen eines Vortrages mich auf die Aufdeckung einiger wichtiger Grundschichten beschränken muß. Ich werde mich aber bemühen, eine möglichst gute Zusammenschau zu bieten und es an konkreter Lebensnähe nicht fehlen zu lassen.

Man könnte das Thema von der theoretischen Seite nehmen und untersuchen, was man überhaupt unter dem Begriff mündig versteht und inwieweit die heutige Gesellschaft mündiger ist als die vergangene. Es ergäbe sich dabei wohl die Feststellung, daß es zu einfach wäre, die heutige sogenannte mündige Gesellschaft einer unmündigen in der Vergangenheit gegenüberzustellen. Mündig war wohl jene Gesellschaft, die die Probleme ihrer Zeit in der bestmöglichen Weise zu lösen imstande war. Andererseits aber muß man wohl auch zugestehen, daß die Gesellschaft durch die Erfahrungen der Geschichte einen Reifungsprozeß mitmacht und so in ihrer Mündigkeit fortschreitet. Damit wäre aber gesagt, daß die nachkommende Generation sich mündiger erweisen wird als die gegenwärtige. Wie es nämlich in der kulturellen Entwicklung der Menschheit eine ständige Aufwärtsentwicklung geben sollte, so dürfte auch ihr Reifungsprozeß nicht zum Stillstand kommen.

Doch glaube ich annehmen zu dürfen, daß Sie von mir in diesem Referat nicht so sehr eine theoretische Abhandlung über das Thema erwarten, sondern vielmehr ein offenes Wort aus pastoraler Sicht, wie es mit dem Reifungsprozeß in der Kirche Südtirols bestellt sei. Da nun aber gerade das II. Vatikanische Konzil auf Weltebene der Kirche Wege gewiesen hat, um mit der heutigen Gesellschaft in fruchtbringender Weise zusammenzuarbeiten und ihre Dienste anbieten zu können, so dürfte es das Gegebene sein, daß wir uns die Frage stellen, ob und inwieweit wir in Südtirol ein dem konziliaren Selbstverständnis der Kirche und ihrer Sendung in der Welt von heute entsprechendes Bemühen finden, eine mündigere Kirche in einer mündigeren Gesellschaft zu realisieren (= verwirklichen). Ich möchte mich bemühen, in aller Ehrlichkeit und Sachlichkeit die Verhältnisse bei uns zu zeichnen ohne Schönfärberei und Retuschierungen. Wenn ich dabei manchen Schatten der Kirche zu erklären versuche, dann geschieht das nicht in der Absicht einer Verteidigung, sondern vielmehr um dadurch der Wahrheit gerecht zu werden und aufgrund einer tieferen Sicht der Zusammenhänge auch das Zusammenleben und -arbeiten von Kirche und Gesellschaft in unserer Heimat fruchtbringender zu ermöglichen.

I. Die Kirche nach dem Konzil

Wer das Selbstverständnis der Kirche des Konzils erfassen will, muß vor allem die neuen Denkweisen und Denkstrukturen berücksichtigen.

Eine erste Grundstruktur des konziliaren Kirchenbewußtseins ist die Geschichtlichkeit, das Hineingestelltsein des Menschengefüges in die Zeit und ihre Dynamik. Das Konzil stellt auch die Kirche unter das Gesetz der Geschichtlichkeit und erklärt, daß auch sie den Weg mit der ganzen Menschheit gemeinsam geht und das gleiche Erdenlos mit der Welt erfährt (XIII, 40). Gegenüber allem Immobilitäts (Unbeweglichkeit) ist damit das Moment des Wer-

dens und des Fortschreitens zu einer höheren Vollendung betont. Den Denkformen, die die Umwelt dem Menschen auferlegt, muß sich das Christenleben anpassen und muß demnach trachten, sich ihnen anzunähern (Ecclesiam suam). Auf Grund historischen Denkens muß die Kirche jene neue Gegenwart als einen besonderen Anruf Gottes an sich selbst betrachten, diese historische Stunde zu erkennen, und sich mit ihrem Wesen und ihrem Handeln auf sie einzustellen versuchen. Die Pastoralkonstitution „Die Kirche in der Welt von heute“ spricht daher von der auf die Zeit abgestimmten Verkündigung des geoffenbarten Wortes als einem Grundgesetz aller Evangelisation (XIII, 44). Es ist Sache des ganzen Volkes, mit Hilfe des Heiligen Geistes auf die verschiedenen Sprachen unserer Zeit zu hören, damit die geoffenbarten Wahrheiten immer tiefer vernommen werden können (XIII, 44). Dadurch ist die Sicht frei für die Bedingtheiten der früheren Formen des kirchlichen Lebens. Es ergibt sich auch eine neue Einstellung gegenüber Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Die Kirche ist auf dem Weg und auf der Wanderung zu einem von Gott bestimmten Ziel. Sie ist nicht Selbstzweck, auch nicht etwas schlechthin Vollendetes. Es geht also nicht um ein Erhalten alles Vorhandenen in der Kirche. An vielem kann nicht gerüttelt werden, aber noch viel mehr unterliegt dem Wandel der Zeit wie Darstellung der Wahrheiten, die Form der Liturgie und der Sakramentspendung. Die Gesetze der Kirche sind wie zwei konzentrische Kreise: ein innerer, göttlicher, an dem nichts geändert werden kann; ein äußerer, menschlicher, der sich den Zeiten und Umständen ständig anpassen muß. Veränderungen und Reformen sind somit Grundformen christlichen Denkens und Handelns. Christen sind von ihrem Glauben her aufgerufen, an Reformen mitzuwirken, wo immer sie die Notwendigkeit dazu sehen.

Ein zweites Strukturprinzip ist das anthropologische. Die Konzilsaussagen wollen die Existenz des Menschen ansprechen. Dem durch die Frage nach der Entwicklung der heutigen Welt, nach dem Ort und dem Auftrag des Menschen im Weltall, nach dem Sinn seines Schaffens als Einzelperson und in Gemeinschaft mit anderen, schließlich nach dem letzten Ziel der Dinge und der Menschen, ängstlich bedrückten Menschen, erklärt das Konzil, es gehe um die Rettung der menschlichen Person, es gehe um den richtigen Aufbau der menschlichen Gesellschaft. Der Mensch also, der eine und ganze Mensch, mit Leib und Seele, Herz und Gewissen, Vernunft und Willen, stehe im Mittelpunkt der Erörterung (XIII, 3).

Die Theologiestudenten sollen lernen, die Lösung der menschlichen Probleme im Lichte der Offenbarung zu sehen, ihre ewige Wahrheit auf die wandelbare Welt menschlicher Dinge anzuwenden und sie in angepaßter Weise den Menschen unserer Zeit mitzuteilen (Optatum totius, V, 16). Dies wird auch besonders bemerkbar gemacht innerhalb der Kirche durch die Betonung der horizontalen Beziehung, des Gedankens der Bruderschaft der Gläubigen. Was das Konzil aus der katholischen Lehre vorlegt, will allen Menschen unserer Zeit helfen, ihre Berufung zu erkennen, die Welt entsprechend der hohen Würde des Menschen zu gestalten.

Nach dem Willen Christi soll die neutestamentliche Gemeinde eine brüderliche Gemeinde sein (Mt. 23, 8-12). Das Vatikanische

Konzil hat ausdrücklich das Volk Gottes als Kirche bezeichnet, in der vor aller Unterscheidung der Dienstämter eine grundsätzliche Gleichheit besteht. Jedes Amt in der Kirche ist Dienstamt und hat nur eine Bedeutung im Hinblick auf den Dienst. Diese neue Sicht bedeutet eine gewisse Auflösung des Klerus als soziologischen Stand, eine Neubestimmung auf die Stellung der Hierarchie, besonders durch die Betonung des Dienstcharakters des Amtes. In diesem Sinne gibt es keine Laien in der Kirche, sondern Christen und unter ihnen natürlich auch Inhaber von Dienstämtern. „Wenn auch einige nach Gottes Willen als Lehrer, Ausspender der Geheimnisse und Hirten für andere bestellt sind, so walten doch unter allen eine wahre Gleichheit in der allen Gläubigen gemeinsamen Würde und Tätigkeit zum Aufbau des Leibes Christi“ (Lumen gentium, Art. 32, Abs. 3). „Der Unterschied, den der Herr zwischen den geweihten Amtsträgern und dem übrigen Gottesvolk gesetzt hat, schließt eine enge Verbundenheit ein, denn das Volk Gottes ist nicht die Schar der Gläubigen im Gegensatz zur Hierarchie, sondern die Kirche in ihrer Gesamtheit“.

Die Kirche wird sich nun um ein neues Verhältnis zur Gesellschaft, in der sie lebt und von der sie selbst ein Teil ist, bemühen. Sie wird zwar nicht sagen können, sie beschränke sich auf die rein religiösen Aufgaben und überlasse nun die Gesellschaft sich selbst. Die Kirche als Kirche und kirchliche Verbände können und sollen sich aber nicht parteipolitisch engagieren, denn aufgrund der christlichen Botschaft gibt es im Hinblick auf das gesellschaftliche Leben vielerlei Möglichkeiten des politischen Handelns. Dafür muß aber das Engagement (der Einsatz) des Christen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens treten. Wichtig ist, daß die Glieder der Kirche sich nicht nur in den christlichen Institutionen engagieren, sondern grundsätzlich in allen Institutionen der Gesellschaft präsent sind. Der Kirche geht es dabei nicht um eine Interessenvertretung, sondern um eine Diakonie in und an der säkularisierten (verweltlichten) Gesellschaft. Die Öffnung zur Welt wird auch dadurch unter Beweis gestellt, daß die Glieder der Kirche in Solidarität mit allen Menschen guten Willens sich überall im gesellschaftlichen Leben einsetzen. Dieser Dienst der Mitmenschlichkeit ist für die Christen nicht irgendeine Verpflichtung, sondern Erfüllung des Gebotes, das Christus gegeben hat. Der Christ wirkt oder verwirkt sein Heil also im Dienst am Mitmenschen.

Ein drittes Strukturelement ist das dialogische. Die Kirche sieht sich nicht einfach als Bollwerk des Göttlichen in der Welt, sondern als mit der ganzen Wirklichkeit kommunizierende (verbundene), mit den Menschen Kontakt nehmende, auf sie hörende und mit ihnen im Geiste der Liebe redende Gefährtin. Dialog ist die aktive Form des Ernstnehmens der ganzen Schöpfung und des pastoralen Menschen. Sie ist eine Form der Ehrfurcht, der Sympathie, des Vertrauens, der Familiarität. Die Verbundenheit und die liebende Ergebenheit gegenüber der Menschheitsfamilie konnte das Konzil nicht besser bekunden, als daß es mit ihr in einen Dialog eintrat (XIII, 3).

II. Die lokale Situation der Kirche

Angesichts dieses Kirchenverständnisses muß die Frage der kirchlichen Situation bei uns gestellt werden. Diese Situation ist gekennzeichnet durch einen gewaltigen Umwandlungsprozeß: wir befinden uns in einem Übergangsprozeß auf eine größere Mündigkeit hin. Zwar ist das in der ganzen Welt so, doch hat jedes Land in dieser Entwicklung sein eigenes Gesicht. Die Gründe für diese Entwicklung sind eng mit dem Umbruch verquickt, der sich gegenwärtig auf wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Ebene vollzieht. Zur Bekräftigung dieser Tatsachen seien einige Fragen, die sich der Kirche hierin stellen, unter diesem Blickwinkel kurz kritisch beleuchtet:

Als bis in die jüngste Zeit überwiegend agrar (bäuerlich) geprägtes Gebiet erfordert die Wandlung der letzten Jahrzehnte eine Überprüfung unserer Seelsorgsarbeit, ob sie nicht zu agrar geblieben ist. Bei aller Berücksichtigung der bäuerlichen Menschen und derer, die am Lande wohnen, und bei aller Zurverfügungstellung seelsorglicher Dienste an sie muß die Stadt (dabei denken wir an die gesamte geänderte Sozialstruktur, an die Welt der Industrie und der Arbeiter insgesamt) als Schwerpunkt des modernen gesellschaftlichen Lebens besonders gesehen, in die seelsorgliche Planung eingebaut und mit einer Vielzahl von religiösen An-

zapfstellen versehen werden. Es ist auch zu überprüfen, ob unsere seelsorgliche Sprache und unsere seelsorgliche Form von der Gottesdienstordnung bis zu gewissen Sakramentalien den Lebensrhythmus und das Denken des heutigen Menschen genügend berücksichtigen. Auch bei der Nachwuchsförderung wäre stärker zu sorgen, daß die Inhaber von Dienstämtern in der Kirche aus allen Berufen und Gesellschaftsschichten kommen.

Das kirchliche Leben hat sich bisher weitgehend nach den Bedürfnissen, Anliegen und Lebensrhythmus des Bauern und Handwerkers ausgerichtet. Die Wetterandachten und Bittprozessionen erwachsen aus der Mitsorge der Kirche mit dem Bauern um seine Saat. Man kann es dem Fabrikarbeiter von heute kaum verdenken, wenn er dafür nicht mehr ein so großes Interesse zeigt, da seine Existenz von dorthin nicht mehr so bedroht wird. Die Festtage, Patrozinien und Gebetstage fallen meistens in die Zeit, in der der Bauer weniger Arbeit hat. Für den Gastwirt bedeuten sie jedoch vielfach Tage mit Hochbetrieb. Wie soll er dabei die nötige Ruhe und Sammlung aufbringen, sie entsprechend mitzufeiern.

Das religiöse Brauchtum wuchs ebenso aus dem Ackerboden und Leben des Bauern und bettet dessen Arbeiten, Sorgen und Freuden in den Rhythmus des Kirchenjahres ein. Man beklagt heutzutage den Verlust oder wenigstens die Aushöhlung dieses Brautums, vergißt aber dabei, daß der moderne Mensch es oft mit keinem Inhalt füllen kann, weil seine Lebensbedingungen anders geworden sind. Der Verlust des Brauchtums bedeutet einen Verlust der Geborgenheit und des Haltes, andererseits ist dadurch aber auch die Möglichkeit gegeben, zu einer größeren Selbständigkeit und Reife vorzustoßen.

Angesichts der starken Betonung der Anpassung an die neuen Formen gilt es zu überprüfen, ob in der Pastoralion (Seelsorge) dem genügend Rechnung getragen wird.

1967 wurden in den Bevölkerungsregistern der Gemeinden der Provinz eingetragen:

als aus anderen Gemeinde zugezogen	12.252
aus dem Ausland	740
	12.992

ausgetragen als:

nach anderen Gemeinden gezogen	12.684
nach dem Ausland	1.754
	14.438

Wander-Defizit:

Geboren: 8.628, gestorben: 3.482 / 5.146 Geburtenüberschuß	1.446
Bevölkerungszuwachs	3.700

13.000 Personen sind also im vergangenen Jahr aus einer Gemeinde unseres Landes in eine andere oder außerhalb der Provinz gezogen, annähernd 13.000 wiederum in eine der Gemeinden unseres Landes zugezogen. Dazu kommen noch viele Tausende Pendler. In die Zukunft blickend ist noch mit der Zunahme zu rechnen, was eine missionarisch ausgerichtete Seelsorge verlangt, ein Nachgehen und Aufsuchen des Menschen und ein Begleiten auf seinen Wanderwegen. Bisher wurde der katholische Glaube mehr oder weniger selbstverständlich von einer Generation zur anderen weitergegeben.

Heute befindet sich der Mensch auch hinsichtlich des Glaubens in einer Dauerreflexion (ständige Überlegung). Hier ist für die Kirche und damit für die Seelsorge entscheidend wichtig, daß sie sich nicht auf die Stütze der christlichen Tradition (Überlieferung) und der christlichen Institution verläßt, sondern ganz bewußt darauf hinzielt, einem personalen Glauben des einzelnen zu dienen. Karl Rahner sagt: „Der christliche Glaube ist eine personale freie Entscheidung des einzelnen oder er ist nicht“. Diesem personalen Glauben ist heute nicht mehr gedient durch eine Bewahrung des einzelnen in den christlichen Institutionen (Einrichtungen) vor der „bösen Welt“, sondern durch eine Bewährung und eine stufenweise Hinführung zu einer wirklich echten Glaubensentscheidung. Wir brauchen den kritischen Menschen, der nicht alles wahllos übernimmt. Bereits heute können wir uns nicht auf vorgegebene Antworten verlassen, in Zukunft werden wir dies immer weniger tun können. Man wird sich immer mehr selbst entscheiden und selbst ein Urteil bilden müssen. Jeder muß sich daher um den äußersten Grad sittlicher Reife bemühen. Selbständigkeit und Freiheit sind ihm Auftrag. Jedes Mehr an Freiheit bedeutet ein Mehr an Verantwortung.

Um die Stellung der Kirche zwischen Statik (Unbeweglichkeit) und Dynamik (Bewegung) richtig beurteilen zu können,

muß man auch die Tatsache der Spannung beachten zwischen einer Gruppe, die vorwärts drängt, und einer anderen, die am Althergebrachten festhält. Je radikaler die einen nach vorwärts schauen, um so hartnäckiger beharren die anderen, so daß sich ein immer größerer Riß zeigt. Der Kirche kommen von dort zwei Belastungen: Da sie begreiflicherweise noch sehr stark in ihren Gebräuchen und Übungen der alten Ordnung verhaftet ist, wird sie von dieser Föhrung stark in Besenlag genommen, d. h. man verketzert leicht Katholiken, die die altgewohnten Bräuche oder religiösen Übungen (Ständesbündnisse, Generalkommunion usw.) nicht mehr mitmachen, auch wenn sie sich um ein persönliches Verhältnis zu Gott bemühen. Trotz der Erkenntnis des relativen Wertes dieser Bräuche und trotz der Einsicht, daß sie z. T. als überholt anzusehen sind, kann sich die Kirche davon nicht abrupt trennen oder lossagen, denn einerseits muß sie als Heilsinstitution alles alles werden und sich deshalb auch, und ganz besonders, um jene kümmern, die schwerer mitkommen; andererseits aber ist es für sie selber nicht immer leicht, den Weg nach vorne zu nehmen, da dieser oft unüberschaubar ist und für seine Richtigkeit keine Gewähr bietet. Wie der Reifungsprozeß in der Pubertät, so ist auch der Reifungsprozeß der Kirche und der heutigen Gesellschaft durch die Krisen gezeichnet. Die Kirche ist heute jedenfalls vom allwissenden Lehrstuhl herabgestiegen und auf der demütigen Suche nach neuen Möglichkeiten.

Bei aller Befahrung der Kirche als Institution und Anerkennung der Notwendigkeit kirchlicher Institutionen, bleibt zu überlegen, ob zur starken institutionellen Präsenz der Kirche nicht eine stärkere personale Präsenz treten müßte und eine stärkere Präsenz durch kleine Gruppen und kleine Zellen. Vielleicht führt und trägt die Kirche noch zu viele Institutionen, für die eigentlich die Gesellschaft sorgen müßte (Altersheime, Schulen, Einrichtungen), für die sich einst kein anderer Träger gefunden hat.

Große, religiöse Bewegungen und Erneuerungen sind immer von kleinsten Zellen ausgegangen. Das sind überschaubare Gruppen freiwilliger aktiver christlicher Persönlichkeiten, die durch die Idee und mit dem Willen miteinander verbunden sind, ihre Umwelt im Sinne Christi umzugestalten. Die Basis kann die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Lebensraum oder zu einer bestimmten Gesellschaftsschicht sein. Um die Kirche innerlich lebendig zu erhalten, kann man auf den einzelnen und die kleine Gruppe nicht verzichten. Von solchen Gruppen wird aber auch oft eine negative Haltung gegenüber den Institutionen eingenommen, wogegen Prof. Metz anführte, daß man durch völlige Isolierung von den Institutionen die geschichtliche Bindung verliere.

...Mangel an theologischer Bildung, an Sachwissen, an Erfahrung und Kenntnis der Geschichte führen solche Gruppen nicht selten zu einer Abhnung nicht nur geschichtlich bedingter Erscheinungsformen in der Kirche, sondern auch überzeitlicher theologischer Aussagen und durch den göttlichen Stifter gegebene Strukturen oder Institutionen in der Kirche, wodurch sie dann unvermeidlich in Gegensatz treten zur „amtlichen“ Kirche und an Stelle einer fruchtbaren Erneuerung nur sterile Polemiken (fruchtlose Streitigkeiten) und Verwirrung hervorrufen. Die Ehrfurcht vor dem Menschen, vor der Tradition, die Treue zum Gesetz der Liebe und Treue zur Wahrheit, eine selbstkritische Haltung, die um die eigenen Grenzen weiß und nicht in naiver Selbstsicherheit bilderstürmerische Ideen und Aktionen startet, dies sind Forderungen, denen sich niemand, der einen positiven Beitrag für die Gemeinschaft leisten will, entziehen darf.

Die starke Betonung der Kirche als Volk Gottes muß zu einer stärkeren Verantwortungsverteilung in der Kirche führen. Zweifellos tragen die Kleriker zu viel Verantwortung und die Laien zu wenig. Es ist Pflicht, im Hinblick auf die Auferbauung der Kirche, den Laien an Bereichen zu übertragen, was sich übertragen läßt: Laienkatecheten, Einbau der Laien in allen kirchlichen Gremien. Der Vorwurf des Klerikalismus, der unberechtigten Einmischung in weltliche Bereiche von Seiten des Klerus, kann gewiß in Einzelfällen erhoben werden, aber nicht generell (allgemein). Es scheint aber bei uns die Gefahr zu bestehen, in weltlichen Entscheidungen kirchliche Persönlichkeiten zu implizieren. Sicher wird die Kirche bei uns zu klerikal gesehen und sind Bemühungen um eine Entklerikalisierung fällig.

Der Erfolg solcher Bemühungen hängt nicht, jedenfalls nicht in erster Linie vom Klerus, sondern vor allem von den Laien ab. Erstes Requisit ist dabei die religiöse Bildung. Es genügt nicht, daß Laien

in Massen erscheinen, wenn ein Missionsprediger auftaucht, während für eine sachliche und umfassende religiöse Bildung noch viel zu wenig Verständnis aufgebracht wird. Die religiöse Bildung ist das Gebot der Stunde für den Laien. Er soll nach Aussagen des Konzils Mitverantwortung tragen und sich als Partner des Klerus um das Wohl der Kirche kümmern. Er kann das nicht, wenn die unerläßliche Voraussetzung, nämlich eine entsprechende theologische Bildung, fehlt. Es bleibt dann in diesen sogenannten aufgeschlossenen Laienkreisen vielfach bei inhaltlosen, schlingelastigen Gesprächen und ihre Mithilfe beschränkt sich mehr darauf, sich selber ins rechte Licht zu stellen, als einen wirksamen Beitrag zum Wohl der Kirche zu leisten. Nur allzuleicht zieht man sich zurück, wo es um die harte Kleinarbeit geht, wo es sich darum handelt, auch zur Sache zu stehen, falls der Erfolg nicht auf der Hand liegt oder ausbleibt. Es wird sicher noch viel Geduld und Absprache zwischen Klerus und Laien brauchen, bis ein vorläufiges Gleichgewicht zwischen beiden hergestellt sein wird. Es ist nur zu hoffen, daß diese Entwicklung einen raschen Gang nimmt.

Die Kirche des Konzils versteht sich, jedem Triumphalismus abschwörend, als Volk Gottes, in welchem es nicht mehr Herren und Knechte, nicht mehr oben und unten gibt, sondern wo man sich gegenseitig dient und die Freiheit und Würde des Nächsten respektiert. Demgegenüber ist vielen in unserer Heimat der Einfluß von Klerus und Bischof ein Ärgernis und ein Dorn im Auge. Dazu sei folgendes gesagt: Abgesehen davon, daß die Stellung von Bischof und Klerus nicht so einflußreich ist, wie vielfach geglaubt wird, muß die Tatsache, daß der Priester in unserem Lande noch einen Einfluß ausübt, der weit größer ist als in anderen Gegenden, auch geschichtlich gesehen werden. Sein Einsatz in schwierigen Zeiten und sein Bleiben an einsamen Orten mögen dazu beigetragen haben.

Weiters genießt der Klerus bei uns infolge seiner allgemeinen sittlichen Höhe und priesterlichen Gesinnung das große Vertrauen unseres Volkes. Dabei soll nicht geleugnet werden, daß Geistliche zuweilen auch ihre Bereiche und Kompetenzen überschreiten und in einer Weise ausnützen, die man nicht billigen kann. Wir bedauern das entschieden und möchten uns von solchen Haltungen distanzieren. Sie dürfen nicht zum Konto des ganzen Klerus geschlagen werden, sondern nur dem Betreffenden angelastet werden. Außerdem darf man es den alten Seelsorgern nicht vordenken, wenn sie ihre Herde so lenken, wie sie es in ihrer Jugend gelernt haben. Man muß auch menschlich verstehen. Der junge Klerus wird sich hierin leichter tun.

Man macht den Katholiken bei uns nicht selten den Vorwurf, daß sie ein rein äußerliches Brauchtumschristentum leben und zu einer wesentlichen Glaubenshaltung nicht vorstoßen. Man erhebt gegen den Klerus den Vorwurf, daß er in der Verkündigung und in der gesamten Seelsorge diesen Uebelstand nicht sieht und zu wenig zu dessen Überwindung tut.

Es ist kein Zweifel, daß die Gefahr eines leeren Brauchtumschristentums besteht, daß die beharrende Linie in der Bevölkerung größer ist als bei uns und daß die Leute gewohnt sind, sich mehr nach autoritären Aussagen zu richten als auf Selbstentscheidung und Eigenverantwortung. Das Auseinanderfallen von Wesentlichem-Ewig-Gültigem und Nebensächlichem-Wandelbarem fällt bei uns besonders schwer. Es wurde in der Verkündigung oft das Nebensächliche zu sehr betont, z. B. Andachten, Ablässe, Segnungen, so daß dadurch das Wesentliche leicht überdeckt wurde. Man beurteilt heute noch allgemein den guten Christen nach seinem sonntäglichen Kirchgang und dem regelmäßigen Sakramentenempfang und zu wenig nach Ehrlichkeit und Lauterkeit des Charakters in Beruf und Gesellschaft, zu wenig nach seinem Bemühen um Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe im Umgang mit den Mitmenschen. Marienverehrung wird oft mehr betont als die Christusbegegnung und religiöse Übungen scheinen oft wichtiger als das Streben nach einem persönlichen Verhältnis zu Gott. Die zahlreichen Frömmigkeitsübungen vermitteln den Eindruck eines ausgeklügelten Versicherungssystems für die Ewigkeit.

Bei solchen Feststellungen wollen wir uns hüten, ins Gegenteil zu verfallen und diese Bemühungen etwa in Bausch und Bogen gering zu schätzen oder gar leichtfertig zu belächeln. Es muß uns aber ein ernstes Anliegen sein, in der Verkündigung wieder mehr auf das Wesentliche Wert zu legen. Das gilt auch auf moralischen Gebiet, wo man mit Todsünde und Hölle zu freigiebig umging und so den Schrecken und die Furcht in den Vordergrund brachte, vor

denen das Befreiende der Erlösung und die eigentliche Größe unseres Glaubens in den Schatten gedrängt wurden. Das hatte besonders zur Folge, daß es bei uns so viele überängstliche Menschen gibt und auf der anderen Seite wieder Leute, die selbst das Wesentliche nicht mehr ernst nehmen.

Das Wort von der „Kirche der Armen“, das am Konzil wiederholt ausgesprochen wurde, ist mit großer Genugtuung und Hoffnung aufgenommen worden in der Welt. Die Vorstellung, die man mit diesem Wort verband, blieb freilich vielfach recht unklar und nicht selten völlig unrealistisch. Immerhin im allgemeinen hat man sich eine Kirche erwartet, die sich von der Bindung an eine kapitalistische Gesellschaft lossagt und die selber ein solches Denken überwindet und losgelöst von Bindungen an Besitz und Geld sich der Welt der Armen öffnet und für sie da ist, ihr Schicksal teilend und heilend.

Demgegenüber fragt man sich bei uns hier (in der Gesamtkirche natürlich auch, aber wir wollen die Frage jetzt auf unsere Verhältnisse beschränken und konkretisieren), ob denn von diesem konziliaren Geist etwas zu spüren ist. Ein spürbares Unbehagen erfüllt noch wenige, eine Kritik über die reiche Kirche wird durchs Land getragen und für viele ist dieser Umstand ein Hindernis für ein vorbehaltloses Vertrauen zur Kirche oder gar für ihren Glauben oder ihr Glaubensleben. Dazu kann gesagt werden:

1. Wenn man vom „Reichtum der Kirche“ spricht, hat man meist einen Kirchenbegriff, der längst überholt sein müßte: Kirche ist nicht der Papst, der Bischof, der Pfarrer, das Kloster. Kirche ist das Volk Gottes, die Gemeinschaft der Gläubigen. Der Besitz der Kirche gehört nicht dem Papst oder dem Bischof oder dem Pfarrer, genausowenig wie der Domänenbesitz dem Staatspräsidenten oder dem Präsidenten des Landesausschusses oder der Gemeindebesitz dem Bürgermeister gehört. Diese Güter sind für die Gemeinschaft da und werden zum Nutzen derselben verwaltet. Nicht anders ist es bei der Kirche.
2. Wir haben keine Kirchensteuer. Die Auslagen für Kirchenbauten, Pfarrheime, Pfarrhäuser usw. können nur zum Teil, oft nur zum geringen Teil, aus Beiträgen von öffentlicher Hand gedeckt werden. Unsere Seminaristen, die Bildungshäuser (Cusanus-Akademie, Lichtenburg, Lichtenstern, St. Georg in Sarns), deren Erhaltung und Betrieb selbstverständlich mit großen Kosten verbunden sind, gehen gänzlich zu Lasten der Diözese.

Wir stehen in der Diözese weiterhin noch in einer Agrarwirtschaft. Der Besitz der „Kirche“ in Südtirol besteht zum Großteil aus Grund und Boden, der sich oft mehr als Last denn als Vorteil erweist. Wir haben in den letzten Jahren Fachleute beauftragt zu prüfen, wie wir diese Liegenschaften, mit denen meist konkrete Verpflichtungen verbunden sind, abstoßen und den Erlös zeitgemäß investieren können. Hier wissen die wenigsten, daß ein Großteil dieser Besitzungen unter staatlicher Kontrolle steht, daß solche Güter nur mit staatlicher Genehmigung verkauft werden dürfen und daß die Genehmigung nur gegeben wird, wenn der Erlös in neue Liegenschaften oder Staatspapiere angelegt wird.

Wir stellen also fest, daß die aus dem Kirchenbesitz fließenden Gelder völlig ungenügend sind, um die notwendigen Auslagen der Diözesanführung zu decken. Wir müssen uns daher ständig an den Klerus und die Gläubigen um die Mithilfe wenden.

III. ZUR FRAGE DER JUGEND

Inmitten der vielen Probleme, die die Kirche in unserem Lande bewegen, wendet sich ihr Interesse ganz von selbst besonders der jüngeren Generation zu. Wir stehen am Anfang einer neuen Zeit, wir stehen auch erst am Anfang der konziliaren Erneuerung. Die ältere Generation findet sich nur schwer in diese neuen Gedankengänge und Forderungen ein. Sie ist zu stark dem Gestern verhaftet. Die Jugend aber schaut in die Gegenwart, in die Zukunft. Sie drängt nach fälligen Änderungen. Sie ist es, die das Konzil am freudigsten begrüßt und wohl auch am besten begriffen hat. Die Jugend hat Idealismus, sie ist bereit, für große Ideen sich einzusetzen, etwas zu wagen, sie ist nicht berechnend und fragt nicht gleich nach dem persönlichen Vorteil. Sie schaut mit Zuversicht dem Kommenden entgegen. Dies alles sind gleichzeitig Kennzeichen der Kirche, die gerade gegenwärtig aus der Kraft der konziliaren Ideen und Ideale einen Vorjüngungsprozeß durchsteht und sich gerade deshalb in dieser Phase der Jugend besonders verbunden fühlt.

Das Konzil hat daher am Tage seines Abschlusses eine eigene Botschaft an die Jugend erlassen. „Die Kirche hat vier Jahre daran

gearbeitet“, heißt es darin, „ihr Antlitz zu vorjüngen, um besser den Plan ihres Gründers, des wahren Lebens, Christi, des ewig Jungen, zu entsprechen. Und zum Schluß dieser Lebensüberprüfung wendet sie sich an euch. Sie hat vor allem für euch junge Leute durch ihr Konzil ein Licht angezündet: ein Licht, das die Zukunft, eure Zukunft erhellt. Die Kirche ist darauf bedacht, daß die Gesellschaft, die ihr aufzubauen beginnt, die Würde, die Freiheit und das Recht der Personen respektiert; und die Personen, das seid ihr.“ Die Kirche sieht also in ihren Bemühungen um die eigene Verjüngung gerade in der Jugend den geeigneten Partner für die gemeinsame Sache einer neuen Welt und Kirche. Die Kirche ist sich aber auch bewußt, daß die Jugend jene geistigen Grundlagen, Haltungen und Werte braucht, die Christus uns vermittelt hat, damit das Werk der Erneuerung gelingen kann.

Nun näher zur Frage der Studentenschaft: Das geradezu explosive Anwachsen der studierenden Jugend hat die Studentenschaft an den mittleren und höheren Schulen, an den Universitäten, von einer Elitegruppe zu einer gesellschaftlichen Großgruppe werden lassen. Die schulischen Einrichtungen wie die Gesellschaft selbst haben diese Entwicklung nur in geringem Maße zur Kenntnis genommen. Dasselbe läßt sich auch von der Kirche sagen. Was Wunder, wenn in diesen Gruppen ein Unbehagen entstand, das sich in den studentischen Unruhen Luft machte.

Hat sich die Opposition zu nächst gegen die alten Universitäten gerichtet, deren veralterten Betrieb, den Massencharakter des Studiums, die Enge der Studienplätze, das traditionelle System des Lehrbetriebes, so hat sie sich aber schnell ausgeweitet zur Opposition gegen die Uniformierung und Standardisierung des Lebens, gegen die Anonymität des Staates, gegen die Bürokratie seiner Verwaltungen, gegen den Einfluß von Wirtschaft und Industrie auf den Staat und die Bildungsprogramme.

Die Vorgänge in Osten und Westen haben alle jene Lügen gestraft, die sie mit Übersättigung, Wohlstandslangweile und kommunistischer Unterwanderung abzutun oder als bloßes Generationsproblem zu deuten glaubten. Handelte es sich um die Geburtsstunde einer sozialen Bewegung, einer studentischen Bewegung ähnlich der der organisierten Arbeiterschaft?

Universitäten sind der soziale Ort, wo das Bewußtsein einer Zeit vielfach am weitesten fortgeschritten ist, wo die kleinsten Erschütterungen des Kommenden registriert werden können. Universitäten sind der Ort, wo Kritik und Prüfung zur wissenschaftlichen Methode erhoben sind. Man hat die Studenten zu Kritik erzogen und darum stellen sie zunächst nun alles in Frage.

Den Studententbewegungen dürfte folgende Geisteshaltungen zugrunde liegen:

- die Überzeugung von der Müdigkeit des Menschen, der in einer Gesellschaft ohne Zwang und Manipulation sich und seine Lebensbedingungen selbst bestimmt und verwirklicht;
- Der Glaube an die Macht der kritischen Vernunft, vernünftiger Prüfung und Organisation, die den Menschen von den verschiedenen Formen seiner Selbstentfremdung befreit und ihn dazu führt, daß er das Bestehende nicht einfach als selbstverständlich hinnimmt;
- Die Ablehnung der These, wonach die moderne Welt schicksalhaft durch die Sachzwänge ihrer eigenen Technik und Bürokratie bestimmt sei.

Oder liegen die Gründe vielleicht noch tiefer? Ein Gefühl der Leere, das der spürt, der in der von Soziologen und Wirtschaftlern als ideales Modell einer fortgeschrittenen Industriegesellschaft hingestellten Wohlstandsgesellschaft nichts anderes sieht als ein System, das sich Selbstzweck ist, in dem die menschliche Person wie gefangengehalten wird und deren eisernes Gesetz jede Person und jede Gruppe auf sich nehmen muß? Unter diesem Gesichtspunkt hat die Kirche zweifellos eine große Aufgabe. Wie vermag sie den jungen Menschen einen Lebenssinn zu geben?

Der Vorstandsrat der italienischen Bischofskonferenz erklärte zu den Vorgängen in der studentischen Jugend: „Viele Mängel und Ungerechtigkeiten, die sie manchmal mit beeindruckender Härte aufzeigen, müssen Gegenstand ernster Überlegungen sein und eine positive und schleunige Lösung finden im Rahmen der Gesetzmäßigkeit und der Achtung der Rechte der einzelnen Personen.“ Für jede Reform und jeden echten Fortschritt verweisen sie auf folgende Grundsätze von „Paeon in terra“: „Sie mögen sich stets vor Augen halten, daß naturnotwendig altes Sein und Wachsen sich stufenweise vollzieht. Man kann deshalb menschliche Einrichtungen nur verbessern, wenn man von innen her und behutsam vorangeht.“

Dies hat unser Vorgänger Pius XII. folgendermaßen erklärt: „Nicht im Umsturz, sondern in der Entwicklung in Eintracht liegt Heil und Gerechtigkeit. Gewalt hat immer nur niedergehauen, nie aufgebaut, die Leidenschaften entfacht, nie beruhigt. Sie hat Menschen und Klassen immer nur in die harte Notwendigkeit gestürzt, nach leidvollen Prüfungen auf den Ruinen der Zwietracht zum mühevollen Wiederaufbau zu schreiten (Pius XII., Pfingstansprache 1943, U-G 586).“

Die Vorgänge haben immerhin eine lebhaftere Diskussion geweckt über Mittel und Wege zu Reform zu gelangen, ob auf dem Weg der Vorschläge, Resolutionen und Diskussionen oder mit Provokationen und massivem Druck.

In ihren Jugendorganisationen geht es der Kirche hauptsächlich um die religiöse sittliche Schulung, um die Persönlichkeitsbildung des jungen Menschen. Sie weiß, daß sie ihr nicht alles bieten kann, was die Jugend heute braucht. So wird Differenzierung und Spezialisierung im Dienste an den Jugendlichen anerkannt. Sie begrüßt jede Initiative, die der Jugend hilft, sich auf die Aufgaben, die sie in Wirtschaft, Gesellschaft und Kirche zu erfüllen hat, vorzubereiten. Sie wird auch jede Initiative begrüßen, die geeignet ist, die Jugend zu verantwortungsvoller Mitgestaltung heranzuziehen.

In einer Zeit, wo von Partnerschaft in der Familie, von Partnerschaft und Mitbestimmung im Betrieb viel gesprochen wird, die Bedeutung der Teamarbeit erkannt ist, die Erziehung zur Demokratie als Staatsform, die heute die Teilnahme der Bürger am besten gewährleistet und bei der der Bürger sich nicht bloß auf die Enge seiner Familie und seines Berufsbereiches beschränken darf, sondern die Probleme und Aufgaben der Öffentlichkeit mitdenken, mittragen und mitlösen soll, eine Notwendigkeit ist, wird man auch nach einem zeitgemäßen Verhältnis von Studentenschaft und Gesellschaft, von Professoren und Studenten suchen. Das verpflichtet auch die Kirche, auf die Vorgänge im Bereich der Jugend als auf ein Zeichen hinzuhorchen, nicht bloß um der Jugend etwas zu geben, sondern auch von dorthier zu empfangen. So kann sie durch Diskussionen mitwirken, um christliche Antworten auf Zeichen der Zeit und Probleme von heute zu erarbeiten.

Für die kirchlichen Personalabteilungen gilt es, der Studentenseelsorge besondere Beachtung zu schenken durch Beauftragung geeigneter Priester und Laien für diese Aufgabe sowie durch Heranbildung von Heimleitern, Erziehern, Studentenseelsorgern und Religionslehrern an den mittleren und höheren Schulen.

Wir müssen gestehen, daß wir auf dem Gebiet der Betreuung der studierenden Jugend, der Hochschüler und auch der Jungakademiker manches versäumt und vieles aufzuholen haben. Der Jugend im allgemeinen haben wir zwar immer eine ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Es sei nur hingewiesen auf unsere Diözesanhäuser, St. Georg in Sarns (das erste Bauunternehmen nach meiner Amtsübernahme, zum Zweck der religiösen, kulturellen, sozialen Schulung und Bildung unserer Jugend), die Lichtenburg und Lichtenstern, und auf die intensive Arbeit, die dort Jahr um Jahr geleistet wird. Auch für die studierende Jugend haben wir in verschiedener Weise Sorge getragen; aber diese Sorge muß intensiviert werden. Es fehlen uns zur Zeit noch qualifizierte Kräfte, die nicht aus dem Boden gestampft werden können, sondern durch eine langwierige Ausbildungszeit geschleift werden müssen. Dies gilt nicht nur für die Studentenseelsorge, sondern ebenso für die Katecheten an höheren Schulen.

Wir werden wohl auch neue Wege in der Jugendbetreuung versuchen müssen. Es ist nicht leicht, das Rechte zu finden. Gerade deswegen möchten wir die Jugend, die Hochschüler an erster Stelle, partnerschaftlich einladen mit uns zu sorgen, mitzuplanen, mitzudiskutieren, mitzuarbeiten.

Die Kirche erhofft sich auch von der Jugend letztlich jene Erneuerung, die sie vom Konzil her verwirklichen soll. Mitverantwortung und Mitbestimmung der Laien, Gewissensfreiheit, Toleranz, Beweglichkeit, das Stehen auf eigenen Füßen, sind Haltungen, die man sich nicht im Handumdrehen aneignen kann. Sie müssen vielmehr mit dem Menschen wachsen und das ist wiederum nur der Jugend möglich. Ihr ist es gegeben und aufgegeben, die Ideale zu verwirklichen, die im Konzil in seinen Dokumenten aufgezeigt werden. Deshalb möchte ich nochmals unterstreichen, daß gerade die studierende Jugend eingeladen ist zur Mitarbeit an und in der Kirche.

In diesem Zusammenhang darf ein Hinweis auf die Jugend, die sich auf den Priesterberuf vorbereitet, gemacht werden. Ich be-

schränke mich dabei auf die Diözese, unter Ausklammerung des Problems der männlichen und weiblichen Ordensberufe.

Auf diözesaner Ebene besitzen wir gegenwärtig vier Seminare: die theologische Lehranstalt in Brixen, zwei deutschsprachige Knabenseminare (Vinzentinum und Jcharneum), die als Heim- und als Privatschule geführt werden, sowie das vor wenigen Jahren eröffnete italienische Knabenseminar in Bozen. Die Studenten dieser Anstalt besuchen die Mittelschule bei den Salesianern im „Rainerum“ und das staatliche Gymnasium und Lyzeum. Alle diese vier Seminare zusammen fassen ungefähr 500 Studenten. Die deutschen Knabenseminare sind in letzter Zeit öfters in ihrer Form als überholt bezeichnet worden. Auch wir haben uns öfters Gedanken darüber gemacht. Tatsache ist, daß diese Häuser bisher unserer Heimat unschätzbare Dienste erwiesen haben. Auch heute noch geht aus ihnen der größte Teil des Diözesanklerus hervor. Wollten wir sie nun plötzlich auflassen, würde sich die Diözese selber eine Lebensader abschneiden, die schwerlich ersetzt werden könnte. Wir müßten nämlich mit einem schlagartigen Rückgang der Priesterberufe rechnen. Auch das Konzil hat sich mit dieser Frage beschäftigt und obgleich das Dokument über die Priesterausbildung zu den fortschrittlichsten aller Weisungen zählt, die die Bischofsversammlung erlassen hat, wagt es mit keinem Wort die Knabenseminare als überholt zu bezeichnen. Vielmehr betonte erst vor einigen Monaten der Präfekt der Seminarkongregation, Kardinal Garrone, den der Papst vor nicht allzulanger Zeit gerade wegen seiner Kompetenz mit dieser Aufgabe betraut hat, daß die Knabenseminare dort erhalten bleiben mögen, wo sie sich bisher bewährt hätten. Das heißt jedoch nicht, daß alles beim Alten bleiben soll. Vielmehr muß es unser ehrliches Bestreben sein, diese Anstalten zeitgemäß zu adaptieren und das nicht nur den Baulichkeiten nach, wo auch manches fällig wäre. Ein bedeutender Schritt wurde im vergangenen Jahr durch die erfolgreichen Bemühungen um das Öffentlichkeitsrecht der Schulen getan. In der Heimleitung wiederum wird man sich um erzieherisch besonders begabte und entsprechend ausgebildete Kräfte bemühen müssen. Aus dem allzuengen und starren Internatsstil soll sich eine aufgelockerte familiäre Heimatmosphäre entwickeln, in der sich die jungen Leute wohlfühlen können. Den Idealzustand werden wir wohl nie erreichen, wohl aber muß es unser ständiges Bemühen sein, ihm immer näher zu kommen.

Noch mehr Aufmerksamkeit verdient das Priesterseminar in Brixen. Dem Bau und der Ausgestaltung nach zählt es ohne Zweifel zu den modernsten und zweckentsprechendsten im europäischen Raum. Mit der Einführung einer neuen Studienordnung, die sich nach den Wünschen des Konzils über 12 Semester erstreckt und stärker pastoral ausgerichtet ist, wurde bereits begonnen. Ebenso hat man in den letzten Jahren die Hausordnung zusehends gelockert. Jedenfalls ist es uns ein Bedürfnis, einen aufgeschlossenen und zeitgemäßen Klerus heranzubilden. Wir haben deshalb durchaus nicht die Absicht, die jungen Leute hinter den Mauern zu verstecken, sondern wir wollen sie bewußt mit der heutigen Welt konfrontieren, indem wir sie besonders während der Ferien in die Hotels und Fabriken schicken, sowie als Helfer und Leiter bei Jungschärlagern und in Erziehungsheimen zur Verfügung stellen. Jeder Theologe sollte während seiner Studienzeit irgendein Praktikum durchmachen und das nicht nur, um seinen Beruf zu prüfen und mit der Welt in Kontakt zu kommen, sondern auch, um die Fähigkeiten kennenzulernen und ihm später den geeigneten Platz zuweisen zu können. Wenn wir verschiedene Theologiestudenten an den Universitäten ihre Ausbildung machen (ein Drittel unserer Theologen studieren auswärts auf Universitäten: Innsbruck, Rom, Bonn, Tübingen, Trier) und die in Brixen Studierenden ihre Studien durch Freisemester unterbrechen lassen, so liegt uns doch sehr viel daran, daß die künftigen Priester wenigstens zeitweise in unserem Priesterseminar verbleiben, um einerseits das Milieu unserer Diözese besser kennenzulernen und auch besser für die Praxis vorbereitet zu werden. Denn darin besteht ja der Vorteil des Diözesanseminars gegenüber den anderen theologischen Fakultäten, daß es mehr auf die Praxis hin orientiert und deshalb für den Seelsorgsklerus die ihm gemäße Ausbildungsstätte ist.

IV. Das Zusammenleben der Volksgruppen

Es wurde der Wunsch geäußert, daß ich bei dieser Gelegenheit auch kurz etwas sage zur Stellung der Kirche in der Frage des Zusammenlebens der in unserem Lande lebenden Volksgruppen.

Die Grundsätze der christlichen Sozialethik, nach denen die Rechte und Pflichten der Völkerheiten einerseits und jene des Staates andererseits geregelt werden sollen, sind gerade von den letzten Päpsten, Pius XII. und Johannes XXIII. (in „*Pacem in terris*“) mit aller wünschenswerten Klarheit dargelegt worden und ich selber hatte Anlaß, vor mehreren Jahren in einem eigenen Hirtenschreiben diese Probleme in der Sicht auf unsere konkrete Situation darzulegen und zu klären. Es erübrigt sich also hier diese Grundsätze zu wiederholen.

Was die Stellung der Kirche zur Frage des Zusammenlebens der Sprachgruppen betrifft, genügt es zu bedenken, daß die Kirche für alle ohne Unterschied der Sprache da ist und Sorge zu tragen hat. Kraft der Taufen hat jeder Gläubige das Recht auf religiöse Betreuung, die gemäß den Prinzipien der Kirche in der eigenen Sprache erfolgen soll. Welcher Sprachgruppe einer auch angehört, alle Christen sind Brüder, deshalb kann von einer christlichen Warte her nicht nur eine gute Nachbarschaft als Ideal angestrebt werden, sondern die Verwirklichung der Gemeinschaft christlicher Brüderlichkeit. Jede andere Position widerspricht dem Evangelium. Es besteht nicht bloß die Pflicht der Gerechtigkeit, sondern auch der Liebe zwischen den Angehörigen verschiedener Sprachgruppen.

Kraft ihrer Sendung tritt die Kirche dafür ein, daß dieses Zusammenleben und Zusammenarbeiten im Geiste christlicher Liebe und Brüderlichkeit im gesamten Raume des privaten und gesellschaftlichen Lebens mehr und mehr realisiert wird und daß vor allem auf dem Gebiete der Seelsorge, der kirchlichen Verbände und Organisationen die gemeinsamen höheren Interessen des Glaubens in einvernehmlicher und aktiver Zusammenarbeit der Angehörigen aller Sprachgruppen wahrgenommen werden.

Wir arbeiten deshalb bewußt für die Verständigung, für den Dialog, für eine Haltung gegenseitiger Achtung und Liebe zwischen den verschiedenen Sprachgruppen.

Unsere Hoffnung ist hierin wieder die Jugend. Denn wenn dem Bemühen um ein friedliches Zusammenleben der Erfolg versagt blieb, so ist das auch dem Umstand zuzuschreiben, daß man allzusehr nach rückwärts blickte und die Gegenwart aus der Sicht der Vergangenheit her zu lösen versuchte. Die Jugend richtet ih-

ren Blick von der Vergangenheit weg und schaut in die Zukunft: sie ist nicht belastet durch das, was einmal geschehen ist, deshalb mag es ihr tatsächlich einmal gelingen, was der älteren Generation nicht oder kaum gelungen ist, ein Zusammenleben in Frieden und gegenseitiger Achtung und Liebe zu verwirklichen.

Auf dem Gebiete der Seelsorge und des kirchlichen Lebens überhaupt ist hierin manches geschehen und kann mancher Erfolg verzeichnet werden. Wie denken an die Zusammenarbeit von Seelsorgern beider Sprachen, an das seit Jahren bestehende, oft vorbildliche Zusammengehen der katholischen Verbände des KVV und ACLI, z. Z. auch der katholischen Laienbewegung und anderer Gruppen. Dabei ist solche Zusammenarbeit gekennzeichnet durch gegenseitige Offenheit und Ehrlichkeit, ohne jeden Hintergedanken der Übervorteilung, der Absorbierung des anderen oder der Schmälerung der Eigenheit und Eigenständigkeit. Ein solches Zusammengehen setzt gegenseitiges Vertrauen voraus. Es geht nicht um die Einebnung der Unterschiede, sondern um die Wahrung und Förderung höherer gemeinsamer Interessen des Glaubens und der christlichen Sitten und Sozialordnung.

Wir halten es als unsere Pflicht, die vorhandenen guten Ansätze des Zusammengehens und gemeinsamer Arbeit zu fördern und zu intensivieren und begrüßen und ermuntern die diesbezüglichen Versuche eines ehrlichen Dialogs. Rechtliche, politische Regelungen für das Zusammenleben sind notwendig, aber wir erhoffen nicht nur von diesen das Heil, denn darüber hinaus müssen menschliche und christliche Grundhaltungen wachsen und gefestigt werden, die unersetzlich sind, soll einmal der Friede in unserem Lande nicht nur ein Wunsch sondern eine Wirklichkeit sein.

So sei abschließend und zusammenfassend noch gesagt: Wie in der Pubertätszeit eines Menschen die Weichen für das künftige Leben gestellt werden, so fällt heute die Entscheidung für die Kirche Südtirols in Zukunft. Das soll uns nicht gleichgültig lassen, sondern hohe Verpflichtungen bedeuten, für den Bischof, für den Klerus, für die Laien und zuallererst für die Jugend. Um ihr Schicksal geht es ja, und daß dieses ein gutes sei, muß sie selber auch ihren Beitrag leisten. Deshalb meine Bitte: Helfen wir alle gemeinsam am Bau einer mündigen Kirche in einer mündigen Gesellschaft Südtirols.

Zusammenfassung der Diskussion

Diskussionsleiter: Hellmuth Ladurner

Sprecher: Bischof Joseph Gargitter

Die Diskussion wurde von Stocker mit der Frage eingeleitet, ob der Begriff der Mündigkeit im Gottesreich im Unterschied zur Mündigkeit in der Welt überhaupt eine Entwicklung zulasse, oder ob nicht „das Wachsen des einzelnen Menschen im Reiche Christi etwas Abgeschlossenes sei“. Denn sonst müßten wir heute heiliger sein als zum Beispiel der heilige Paulus.

Dr. Gargitter

Das Anliegen bestand, glaube ich, etwa im Folgenden: einen Unterschied zwischen der Mündigkeit im weltlichen Bereich, wo man fortschreiten kann, wo es einen ständigen Aufstieg der Menschheit gibt, und einen Fortschritt und eine Mündigkeit auf religiös-kirchlichem Gebiet, wo man sagen kann, die Parallele ist nicht zu vollziehen, aufzuzeigen. Wir müssen hier unterscheiden zwischen innerer, persönlicher Heiligkeit und Mündigkeit, die durchaus nicht parallel gehen muß, etwa mit der äußeren Mündigkeit, mit der äußeren Sicht der Kirche im Glauben, Wissen, usw. Sonst wäre der Wissende, der Theologe zugleich der Heilige, was nicht immer ganz der Fall ist. Wohl aber können wir eine Parallele durchaus ziehen und aufrechterhalten auf dem Gebiet der Kirche, denn die Kirche ist auch ein sichtbarer Organismus, ist auch eine Gesellschaftsform. Und hier gibt es Fortschritte in der Erkenntnis, in der religiösen Auffassung, in der Wahrheit, usw. So können wir sagen, daß eine Mündigkeit genauso gefördert werden kann und wachsen kann und reifen kann, wie man auf dem Gebiete des sonstigen gesellschaftlichen Lebens von einer fortschreitenden Mündigkeit sprechen kann.

Es ist klar, daß wir von einem Fortschritt beim einzelnen Menschen nicht so sprechen können, daß wir sagen, der Mensch des 20. Jahrhunderts ist heiliger, als der Mensch des 1. Jahrhunderts, weil er sozusagen auf 2000 Jahre Geschichte aufbauen kann. Die Heiligkeit ist eine einmalige und persönliche Sache und besteht in der restlosen Hingabe an Gottes Plan und Gottes Willen.

Dr. Kucera: Sie haben die Notwendigkeit einer noch größeren Demokratisierung innerhalb des kirchlichen Bereiches betont. Nun gab aber der Papst mit seiner letzten Enzyklika, ein schlechtes Beispiel, wie man die demokratischen Spielregeln außer acht läßt, indem er die Ansicht einer relativ kleinen Minderheit innerhalb der Expertenkommission übernommen hat, und die Ansicht der Majorität dieser Kommission mißachtet hat. Wie stellen Sie sich nun zu dieser Entscheidung des Papstes und zur Enzyklika als solcher?

Dr. Gargitter

Zunächst zum Problem der größeren Demokratisierung und zum Beispiel, das der Papst durch die Enzyklika dafür gegeben haben soll: Die Demokratisierung in der Kirche hat ihre Grenzen an der von Christus der Kirche gegebenen Struktur. Diese Struktur kann vom Menschen nicht einfach übergangen oder mißachtet werden. Die Struktur besagt, daß die Kirche eine hierarchische Ordnung hat, d. h., daß der Papst unabhängig von den Bischöfen den Beistand des Heiligen Geistes und die Unfehlbarkeit hat und berufen ist, die Kirche zu leiten. Diese theologische Sicht hindert natürlich nicht, daß der Papst bei seinen Entscheidungen sich um die Mei-

nung der Kirche, d.h. also zunächst um die Meinung des Bischofskollegiums und um die Meinung der Gesamtkirche, also des *sensus catholicorum*, kümmere. Ich möchte nicht sagen, daß der Hl. Vater in diesem Falle diese Rückicht einfach außer acht gelassen hat. Es ist wahr, daß die Kommission, die das Problem studiert hat, eine Majorität aufweist, die für eine andere Entscheidung ist als sie der Papst gegeben hat. Aber wir dürfen annehmen, daß der Papst sich bei der Entscheidung an viele Seiten gewandt hat und es kann durchaus sein, daß er eine größere Anzahl von Stimmen für diese Entscheidung rein numerisch gesammelt hat, ich weiß das nicht.

Ein weiteres müssen wir feststellen: Es ist mehrmals betont worden, daß solche Entscheidungen nicht nach Minderheit und Mehrheit gefällt werden können, sondern nach dem Kriterium der Wahrheit, und wenn der Papst in Ausübung seines Amtes zur Überzeugung kommt, die Meinung der Mehrheit habe zwar viele Punkte für sich, aber es fehlen einige fundamentale Einsichten, die er nicht teilen könne, oder die nicht beweiskräftig sind, oder die aus der traditionellen Lehre der Kirche herausfallen, muß er auch gegen eine Majorität entscheiden. Er kann nicht in dem *tyrannisch demokratisch* sein, daß er einfach der „*primus inter pares*“ und sagt, was die Parlamentversammlung oder was die Kirche im allgemeinen so als Meinung ausgibt, das muß auch meine Meinung sein. Dabei kann man ruhig der Meinung sein und sagen, es wäre uns lieber, wenn der Hl. Vater etwas mehr die allgemeine Meinung in der katholischen Kirche und vielleicht auch außerhalb erforscht hätte.

Die zweite Frage: meine Stellung zur Enzyklika. Wir wollen zunächst einmal festhalten, daß sich die Kirche im Laufe der Geschichte immer wieder vor die Notwendigkeit gestellt sieht, zu wichtigen Problemen Stellung zu nehmen, die noch nicht so geklärt sind, daß eine endgültige Antwort gegeben werden kann. Man kann auch von der Kirche nicht erwarten, daß sie immer erst eine Antwort gibt, wenn die Frage endgültig geklärt ist. Ein Arzt kann eine Prognose auch nicht hinausschieben, weil er noch nicht alle Elemente in der Hand hat. Ein Staatsmann kann einer Entscheidung auch nicht entfliehen, wenn er noch das Bedürfnis hat, die Frage mehr zu klären. Er muß eine Entscheidung treffen aus der Notwendigkeit des Lebens heraus. Und diese Entscheidung hat eine gewisse Geltung, indem sie nun eben einmal die gegebene Entscheidung ist, auch wenn man nicht von vornherein sagen kann, es ist die endgültige Entscheidung, es ist die absolut richtige Entscheidung, es ist die beste Entscheidung. Der Papst hat in

der Problematik der Geburtenregelung es für notwendig gefunden, eine Antwort zu geben. Die Antwort des Papstes ist zunächst eine Antwort in der Form eines Rundschreibens, also nicht in der Form eines unfehlbaren Aktes. Das Rundschreiben beansprucht eine gewisse Autorität, die dem Papst und seinem Amt zukommt. Aber man muß da wohl unterscheiden: Wenn eine Erklärung des Papstes unreformierbar und absolut ausgesprochen wird, dann kann ich als Katholik kein Nein sagen und keine Vorbehalte haben, wenn ich mich nicht der Kirche entziehen und aus der Gemeinschaft der Kirche ausschließen will; wenn der Papst kraft seines authentischen Lehramtes eine Erklärung abgibt, dann werde ich dieser Erklärung ein Gewicht beimessen, das dem Menschen und seinem Ante und seiner Stellung entspricht, wie der Erklärung eines Facharztes, der Erklärung eines Fachmannes auf irgendeinem Sachgebiet. Ich werde aber wissen, daß ich mich, wenn ich da nicht in allem mirgehe, nicht von der Gemeinschaft der Kirche abschließen und nicht einfach dem Papst meine Gefolgschaft versage. Ich bin also deswegen Katholik, wie ich Katholik bin, wenn ich mein volles Ja sage.

Als Bischof und wir als Priester werden diese Enzyklika aufnehmen und sagen, der Papst hat so entschieden. Das ist unsere erste Reaktion. Wir werden dann fragen — und das ist ganz im Sinne des Papstes — was wollte der Papst sagen und was wollte er nicht sagen? Wir werden uns also darüber klar sein: das Wort des Papstes ist nicht geklärt mit einem einmaligen Lesen oder mit einem wiederholten Lesen. Es bedarf eines gründlichen Studiums.

Und deswegen hat z.B. die deutsche Bischofskonferenz, und die Konferenz der holländischen Bischöfe gesagt, habt Geduld, wir müssen das Dokument studieren, wir werden dann gerne auch die Hilfen bereitstellen, die wir als Bischöfe auch bereitstellen können, damit ihr Klarheit habt, wie das Wort des Papstes konkret zu

interpretieren ist. Und dieses Studium ist noch nicht abgeschlossen.

Ich möchte von mir aus ein paar Gedanken Ihnen zur Klärung vorlegen. Zunächst wollen wir recht klar die objektiven ethischen Grundsätze unterscheiden, die im päpstlichen Rundschreiben ausgesprochen sind. Sie binden in dem Grad, in dem eine Enzyklika binden will: eine Enzyklika will nicht in dem Maße binden, wie eine unfehlbare Erklärung.

Zweitens: Die Aussagen des Papstes, also objektive ethische Grundsätze, bedürfen einer weiteren Klärung, wie der Papst selber sagt und wie er selbst es wünscht, daß die Wissenschaftler daran gehen, tiefere wissenschaftliche Einsichten zu verschaffen, die ein fortgeschrittenes Urteil in der Sache ermöglichen. Es ist also durch die Enzyklika eine Evolution in der Sache nicht ausgeschlossen. Das wollte der Papst nicht ausschließen.

Die objektive Aussage bedarf nun der Applikation auf den Einzelfall, für den einzelnen Menschen und für das einzelne Ehepaar. Hierin hat der Papst einige Hinweise gegeben, die bedeutungsvoll sind. Er hat einerseits den Priestern gesagt, sie sollen diese Fälle mit allem Verständnis behandeln, also nicht als Richter, sondern als verständende Helfer den Menschen begegnen, die mit diesen Problemen zu ihnen kommen. Er hat die Eheleute ermuntert, sie sollten den Mut nicht verlieren, auch wenn sie erfahren, wie schwer das ist und wenn sie der Forderung nicht gerecht zu werden vermögen. Der Papst hat niemals eine Qualifizierung ausgesprochen von Sünde und schwerer Sünde, wo hier das subjektive Gewissen maßgebend bleiben wird. Denn der Papst wollte sicher nicht durch die Enzyklika das widerrufen, was er in der Konstitution über die Kirche in der Welt von heute selbst unterschrieben hat (Art. 16). Das Gewissen ist die letzte Instanz für die sittliche Entscheidung des Menschen. So daß man sagen kann, hier tut sich ein weites Feld auf für den ehrlich suchenden Menschen, der seine konkrete Situation überprüft und aus dieser Situation heraus seine selbstverantwortete Antwort gibt. Im Hinblick immer auf die objektive Norm, die der Papst aufgestellt hat.

Daß wir also jetzt vor einer schwierigen Situation stehen, ist außer Zweifel. Mir scheint, daß es nicht damit getan ist, wenn man dem Hl. Vater Zustimmungstelegramme schickt, und ihm sagt, wie man einverstanden ist mit seiner Enzyklika. Es ist viel wichtiger, sich allen Ernstes mit dem Problem auseinanderzusetzen und verantwortungsbewußt mit den Gläubigen einen Dialog anzustellen, um die Frage möglichst zu klären und ihnen jene Hilfe zu bieten, die sie brauchen. Daß man einerseits dem päpstlichen authentischen Lehramt gegenüber die Haltung bewahrt, die es erfordert, und daß man zu diesen Forderungen grundsätzlich steht, daß man andererseits aber die Grenzen der päpstlichen Aussagen überschaut und vor allem die beiden Gebiete — objektive ethische Wirklichkeit und subjektive persönliche Situation — zu überschauen instande ist, und aus Selbstverantwortung heraus das Urteil fällt, in den Grenzen, die der Papst selber angibt, wo er besonders auf die therapeutischen Notwendigkeiten hinweist, und wo ein Arzt hier die Möglichkeit hat, das Therapeutische auszudehnen bis auf die persönlichen Schwierigkeiten und Notwendigkeiten, die sich ergeben. So daß wir sagen dürfen, wir stehen vor einer Entscheidung, die entschieden Ansprüche stellt, denen sich bis jetzt die Allgemeinheit mehr oder weniger als bereits entzogen betrachtet. Wir stehen gleichzeitig aber vor einem nicht irreformablen Papstwort und können ruhig den Hl. Vater um weiteres Studium bitten und wir können seiner Bitte entsprechen, dieses Studium zu fördern, damit neue Gesichtspunkte herauskommen, die eventuell eine Evolution in dieser Entscheidung ermöglichen.

Es geht um eine neue Sicht der Ehe. Die bisherige Sicht der Ehe in den vergangenen Jahrzehnten war die: Die Ehe ist das Institut zur Fortpflanzung von Menschen. Also kann die Kraft der Fortpflanzung dort und nur dort aktiviert werden, wo diese Fortpflanzungsmöglichkeit gegeben ist. Eine neue Sicht hat die Ehe von einer anderen Seite gezeigt: als Gemeinschaft der Liebe; und daß die Liebe ein Recht der Äußerung und der Vollendung und der Hilfe hat, in der ehelichen, auch geschlechtlichen Gemeinschaft. Die Ehe wird als Ganzes, als Gemeinschaft der Liebe mit dem Zwecke auch der Fortpflanzung angesehen. Der Papst hat diesen zweiten Zweck, der jetzt als Globalzweck gesehen wird, nicht geleugnet, hat aber gesagt, dieser zweite Zweck allein genügt nicht, um den ehelichen Geschlechtsakt zu rechtfertigen.

Er muß die Intention der Fortpflanzung haben. Hier ist nun die Problematik, die der Zukunft aufgegeben ist, den Theologen, den Ärzten, den Psychologen, den Wissenschaftlern, daß wir eine neue und geklärte Sicht dessen haben, was wir als eheliche Gemeinschaft in Liebe und Einheit von Mann und Frau bezeichnen.

Der evangelische Pastor von Bozen, Lindenmeyer, erklärte zu diesen Ausführungen des Bischofs, diese hätten wesentlich zu einer Klärung der schwierigen Frage der Geburtenregelung beigetragen. Nach diesen Auslegungen bekomme der einzelne Gläubige viel mehr Entscheidungsfreiheit und seine Persönlichkeit werde stärker betont.

Pastor Lindenmeyer weist auf das Problem des Gewissens hin, das durch die letzte Enzyklika und durch die Forderung nach einer demokratischen Kirche in den Mittelpunkt der Überlegungen gerückt ist.

Die nächsten zwei Diskussionsredner stellten in den Mittelpunkt ihrer Frage das Problem der Demokratisierung der Kirche.

Gerade die Errichtung von Laiengruppen habe gezeigt, wie Doktor Oberrauch ausführte, daß die Kirche nicht das Anliegen der Demokratisierung verwirklichen könne, da diesen Gruppen keine Kompetenzen zugesprochen werden.

Dr. Gargitter

Ich möchte kurz auf das Anliegen der Demokratisierung in der Kirche antworten und auf die Problematik, die daraus entsteht, daß man einerseits Gruppen befürwortet und ihre Tätigkeit bejaht, andererseits aber praktisch ihr Tun und das Ergebnis ihres Bemühens wieder zunichte macht durch die autoritäre Entscheidung von Seiten einer unfehlbaren Hierarchie her.

(Der Bischof verweist auf die Gefährlichkeit von einseitigen Interpretierungen von einzelnen Aussagen der Hl. Schrift. Jede Aussage muß im Gesamtzusammenhang gesehen werden. So müssen auch die Aussagen Christi über die Kirche und über den ihr gewährten Beistand in einer globalen Sicht interpretiert werden.)

Von diesem Beistand können wir sagen, daß er der Gesamtkirche, dem ganzen Gottesvolk gegeben ist, also nicht nur den Bischöfen und dem Papst. Dem Gottesvolk ist er aber nicht als unfehlbarer Beistand gegeben. Denn wir können fragen: nehmen wir an, zehn Gruppen haben sich zu einer Frage geäußert. Und die Äußerungen dieser Gruppen stimmen nun nicht überein. Wer entscheidet, wer Recht hat und wer nicht Recht hat? Eine Instanz muß da sein, die sich nicht selbst gesetzt hat, denn dann hat sie keine Zuständigkeit; sie muß sich auf eine göttliche Einsetzung berufen können. Und das ist das unfehlbare Lehramt der Kirche, das letztlich entscheiden muß, ob Aussagen dem Geiste und der Botschaft Christi entsprechen oder nicht.

Selbstverständlich tritt dieses Lehramt als unfehlbar nicht alle Tage in Kraft. Das kirchliche Lehramt ist nicht dazu da, um jede Aussage nun am Abend richtig zu stellen, damit am Morgen wieder alles orthodox ist. Sondern das Lehramt ist als letzte Instanz da, um Entscheidungen zu treffen, um die Kirche vor Irrtümern zu bewahren. Dabei wird das Suchen nach Wahrheit nicht unterbunden, dabei wird eine Vielfalt von Interpretationen nicht unterbunden. Denn es gibt bei Fragen, die nicht direkt die Glaubenssubstanz betreffen, mehrere Interpretationsmöglichkeiten. Hier ist eine Vielfalt möglich. Hier ist die Kirche durchaus berechtigt, als Gemeinschaft Aussagen zu machen, und auf Grund dieser Aussagen Aktionen und Initiativen zu starten. Und die Autorität wird nicht diese Initiativen sofort bremsen. Vielleicht ist man vor dem Konzil etwas mehr dieser Haltung verfallen gewesen. Heute sagt man, lassen wir die Dinge sich entwickeln, aus einer Mannigfaltigkeit von Ansichten kristallisiert sich die neue Wahrheit heraus. Erst dort, wo die Dinge dann abgleiten, wenn eine substanzielle Gefahr für die Botschaft Christi gegeben ist, muß ein kirchliches Lehramt einschreiten. Und dieses kirchliche Lehramt wird nun nicht von oben her einschreiten und sagen, mir ist die Erleuchtung des Hl. Geistes gegeben, und ich kann selbstsicher sagen: so ist das. Das kirchliche Lehramt ist auch hingewiesen auf das Studium, auf die Erkenntnis; es wird also zurückgreifen auf das, was die Gemeinschaft sagt. So daß also die Entscheidung des Lehramtes schließlich irgendwie mitgestaltet und mitbestimmt ist von den Aussagen der Gruppen und von den Aussagen der theologischen Wissenschaft.

Und so glaube ich, ist nicht ein absoluter Gegensatz zwischen der Privatinitiative und dem Lehramt gegeben. Es handelt sich nur um eine rechte theologische Sicht und um eine menschlich verständige Ausübung der gegebenen Möglichkeiten."

In dieser Fragestellung (Auer) wird auf verschiedene Aussagen der Kirche im Laufe ihrer geschichtlichen Entwicklung zurückgegriffen: z. B. auf die Bestimmung des Zölibates, auf die Berechtigung der Kirche, bestimmte Urteile über diese Welt zu fällen, auf die Leibfeindlichkeit der Kirche, usw.

Dr. Gargitter

Sie haben die Frage gestellt, welche Grundlagen vorhanden sind, daß die Kirche gewisse Aussagen machen kann (z. B. die böse Welt). Hier dürfen wir zunächst einmal nicht die kirchliche Autorität bemühen. Denn die Unterscheidungen zwischen gut und böse, zwischen Wahrheit und Lüge, usw. kommen schon aus der natürlichen Vernunft und sind Begriffe, die dem Menschen und seinem Denken mitgegeben sind. Soweit die Kirche darüber ein Urteil fällt, hält sie sich an die Aussagen Christi, ob eine Handlung dem entspricht, was Christus will. Daß wir darin nicht die Monomierung der Freiheit und der Persönlichkeit des Menschen sehen, muß darin gesehen werden, daß die Kirche ja ihre Aussagen den Gläubigen sagt, daß sie also jenen Menschen vor sich hat, der von vornherein das Wort Christi als für ihn bindend und gültig angenommen hat.

Daß der zölibatäre Priester den Eheleuten nicht helfen kann, glaube ich, ist nicht ganz richtig. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, die persönliche Erfahrung zu haben, um zu einem Problem Stellung zu nehmen oder in einer Problematik Menschen zu helfen.

Hier haben sie etwas Richtiges ausgesprochen, wenn sie von der Leibfeindlichkeit sprechen. Denn das kommt von einer theologischen Schule, von Augustinus, aber letztlich vom Platonismus her. Daß wir hier Zeiten durchgemacht haben, in denen eine völlig einseitige Sicht des Menschen da war, also daß der Mensch sozusagen nur belastet sei durch seinen Leib und daß seine Vollkommenheit nur darin bestünde, den Leib zu verachten um die Seele freizumachen, das stimmt. Aber ich glaube, daß wir heute den Wirklichkeiten und den Erkenntnissen der Biologie, usw. Rechnung tragen und daß die Kirche den Menschen heute als Ganzheit ernst nimmt und positiv beurteilt. Das hat besonders das Konzil betont. Ich kann ruhig zugeben, hier hat es manchmal gefehlt. Hier können noch einseitige und unrichtige Ansichten da sein. Aber im ganzen gesehen glaube ich, daß die Kirche heute die positive Stellung zum Gesamtmenschen von der Wissenschaft her übernommen hat und den Menschen als solchen bejaht.

Dr. Langer stellt in seiner Frage drei Punkte zur Diskussion:

1. die Identifizierung der Kirche mit der Amtskirche (Hierarchie) in der Südtiroler Gesellschaft;
2. der Mangel an öffentlicher Meinung in der Kirche;
3. die Bedeutung der in Vorbereitung befindlichen Diözesansynode.

Dr. Gargitter

Ich möchte Dr. Langer recht geben, daß es notwendig ist, einen neuen Kirchenbegriff zu schaffen, um nicht immer das Wort Kirche mit der Hierarchie zu identifizieren. Aber ich glaube, das ist ein fundamentales Problem der Erziehung, daß einer kommenden Generation bereits in der Schule eine andere Sicht von der Kirche gezeigt wird. Dabei bleibt die Aufgabe, daß wir auch sonst alles tun, um das Kirchenbewußtsein zu fördern in den Gläubigen.

Der Mangel an öffentlicher Meinung ist genau ein Problem, das wir als ein Negativum spüren. Daß man mit einem gewissen Mißtrauen die kirchliche Information gesehen hat, war nun eine allgemeine Krankheit vor dem Konzil. Eigentlich hat erst das Konzil allmählich gelchrt, wie positiv diese Kräfte sind und wie positiv diese Kräfte eingebaut werden müssen. Auch hierin möchte ich Ihnen sagen, daß unsererseits durchaus der Wille und die Einsicht besteht, hier muß vieles geöffnet werden. Es muß die öffentliche Meinung gehört, die öffentliche Meinung informiert werden und es müssen auf Grund der öffentlichen Meinung Initiativen gestartet werden.

Was die Vorbereitung der Synode betrifft, so ist vorhin der Gedanke ausgesprochen worden, es wird wohl manches geschehen sein. Ich darf und muß ihnen leider sagen, daß nichts geschehen ist, d. h. in dem Sinne ist nichts geschehen, daß noch keine Abmachungen über das Thema, über die Vorbereitungsart usw. gemacht worden sind.

Ich hatte vor, im vergangenen Frühjahr, dieses Thema auf die Tagesordnung unserer Sitzungen im Pastoralrat und im Priesterrat und der Dekanatskonferenz zu stellen. Da waren aber eine Reihe anderer Probleme schon auf der Tagesordnung, so daß eine gründliche Behandlung nicht mehr möglich gewesen wäre. Deshalb wurde die Diskussion über dieses Problem auf den kommenden September und Oktober verschoben.

Ich möchte dort die Grundlagen legen, die uns helfen, die Synode in dem Sinn, wie es gewünscht worden ist, vorzubereiten: daß die öffentliche Meinung informiert wird, daß sie aufgefangen und eingeholt wird und daß geklärt wird, welche Themen zur Sprache kommen. Und daß die Themen dann von verschiedenen Leuten durchdacht und dargelegt werden können, damit die Synode nicht zum Produkt einer Gruppe wird.

Die nächste Frage von Regens Mayer ging an die Verfasser des Arbeitskreisberichtes. Er weist darauf hin, daß die Trennung der Diözesangemeinden nach den Sprachgruppen, eine Trennung, die er sehr bedauere, auf die andersgearteten Probleme in der Seelsorge und auf das Fehlen einer gemeinsamen Sprache zurückzuführen sei. Außerdem stellt er an den Arbeitskreis die Frage, ob konkrete Vorstellungen über die Art und Weise, wie die geforderte theologische Ausbildung für alle Christen verwirklicht werden könne, vorlägen.

Golser weist in seiner Antwort darauf hin, daß sich der Arbeitskreis über die Schwierigkeiten, die die Verwirklichung dieser Forderung mit sich bringen müsse, bewußt war. Deshalb sei dieser Satz im wesentlichen als „eine Empfehlung zur Verknüpfung des Problems“ zu verstehen.

Semthauer wirft das Problem des Pluralismus auf. Seine Frage lautet dahingehend, wie die Kirche sich zum Dialog mit den Kommunisten stelle.

Dr. Gargitter

Hier wären noch fundamentale Begriffe zu klären, die wir jetzt hier gar nicht alle klären können. Kurz können wir sagen: Jeder Mensch ist eine Persönlichkeit, hat also das Recht, seine Meinung und seine Ansichten zu äußern, und wenn dadurch eine Vielheit von Meinungen zusammenkommt, dann ist das ein Pluralismus. Ich kann dann nicht sagen: Deine Meinung hat in diesem Pluralismus keinen Bestand und kein Recht zu bestehen. Dann würde ich beginnen, den Pluralismus von der Wurzel her zu leugnen. Dann sind wir auf dem totalitären System schon weit vorangekommen. Daß wir dann sagen, ein Pluralismus hat Grenzen, das wird jeder sich selber sagen. Er wird sagen: Für mich hat die Möglichkeit, Meinungen zu bejahen oder zu verneinen, ihre Grenzen und ihren Maßstab in dem, was ich als Wahrheit erkannt habe. Wenn der andere seine Wahrheit in anderer Sicht sieht, dann werde ich sie respektieren und wenn ich dadurch eine Gefährdung sehe für meine Wahrheit, werde ich mich für die Wahrheit die mir als richtig — gesellschaftlich und individuell — erscheint, einsetzen und werde mich mit anderen zusammenschließen, um sie auf demokratische Weise zum Zuge kommen zu lassen. Das ist Pluralismus. Ich glaube, wenn wir den Pluralismus dann abschneiden wollen aufgrund von apodiktischen Urteilen — der ist im Irrtum, mit dem kann nicht gesprochen werden, infolgedessen hat er kein Das-sein-Recht —, dann sind wir sofort auf der Ebene der Willkür.

In der folgenden Frage von Dander wurde das Problem des Reichtums der Kirche aufgeworfen.

Bischof Dr. Gargitter hatte die Behandlung dieser Frage in seinem Referat vorgesehen. Aus Zeitgründen übersprang er während des Vortrages diesen Teil der Aufzeichnungen. Da aber seine Ausführungen vollständig abgedruckt werden, erübrigt sich die mündliche Antwort auf diese Frage.

Schmid versucht einen Widerspruch in den Ausführungen des Bischofs aufzuzeigen. Seiner Meinung nach habe der Bischof die Studentenbewegung in der ganzen Welt bejaht, die „lokalen Abteiler aber als eine sterile Polemik disqualifiziert“.

Weiterhin bezeichnet er in seiner Fragestellung, ausgehend von dem nachkonziliären Anpassungswillen der Kirche, das Verhältnis zwischen Amtskirche und Presse. Dieses Verhältnis trage bei uns besondere Züge, da ja die Amtskirche mit 40% Aktionärsanteil einzelner Kleriker in dieser Presse drinnen sei.

Dr. Gargitter

Zu der Behauptung, die aufgestellt wurde, daß in meinem Referat eine positive Bewertung vorzufinden ist im Bezug auf die Studentenbewegungen im allgemeinen, eine negative Bewertung aber in Bezug auf die lokale Situation, so glaube ich, müßte doch ein Mißverständnis vorliegen, da ich nicht im absoluten Sinne gesprochen habe, daß sich hier nichts tut oder daß nur sterile Auseinandersetzungen folgen. Sondern ich habe auf die Gefahr im allgemeinen hingewiesen, daß wenn gewisse Voraussetzungen nicht vorhanden sind, wie z. B. eine Kenntnis der Wahrheit, eine gewisse Bildung in theologischen Fragen usw., die Auseinandersetzung leicht unfruchtbar wird. Das gilt bei uns und gilt anderswo genauso. Es sollte hier also keine Gegenüberstellung vollzogen werden zwischen dem was draußen in der Welt und bei uns geschieht.

Dann zur Frage der Presse: Sie werden sicherlich einsehen, daß wenn hier die Rede ist, die Presse sei verdeckt oder offen antikomunistisch, daß ich dann sage, bitte, das ist ihr gutes Recht, wenn es eine Presse ist auf christlicher Weltanschauung. Dann hat sie nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht und eine Sendung in dieser Hinsicht. Wichtig ist für die Presse eine objektive Information und eine Linie aufgrund ihrer Sendung, die sie sieht — wenn es sich um eine liberale Presse handelt, wird sie für dieses Gedankengut kämpfen, wenn es eine katholische Presse ist, wird sie für eine christliche Sicht des Lebens und der Gesellschaftsordnung sich einsetzen, wenn es eine kommunistische Presse ist, wird sie für ein kommunistisches Weltbild und für die Durchsetzung der kommunistischen Ideale kämpfen; das ist das gute Recht einer Presse in einer pluralistischen Gesellschaft. Bezüglich der Teilhabe der Kirche an den Aktien der Athesia möchte ich folgendes sagen: Der Bischof selber oder die Kurie ist überhaupt nicht Aktionär. Ich bin recht zufällig beschenkt mit zwei Aktien. Eine hat mir ein Pfarrer in seinem Testament vermacht, das sind 700 Lire und eine zweite wurde mir überlassen, weil Kan. Gamper gewünscht hat, ich möchte in den Vorstand der Athesia eintreten, und das konnte ich nur als Aktionär. Deshalb hat mir Tschurtschenthaler, der Redakteur des Sonntagsblattes, eine Aktie über Lit. 500 abgetreten. Aufgrund dieser Dinge bin ich heute Aktionär. Als Bischof habe ich nie einen Anteil gehabt und die Kurie auch keinen.

Ich weiß, daß Priester Aktionäre sind. Das ist auf die finanzielle Notlage des Verlages nach seiner Abtrennung von der Tyrolia zurückzuführen. Priester haben damals finanziell geholfen und sind dadurch Aktionäre geworden. Diese haben aber keinen unmittelbaren Einfluß auf die Gestaltung der Zeitung. Sie haben einen Einfluß auf die Grundhaltung der Zeitung, daß es also eine christliche Zeitung sein muß, daß man das christliche Glaubensgut verteidigen muß oder verbreiten soll und eine Gesellschaftsordnung nach den christlichen Prinzipien usw. Aber einen Einfluß auf den Redakteur haben wir nicht; dieser untersteht völlig nur den Vorträgen, die da sind, den Kollektivverträgen, und ist völlig der Zuständigkeit der Mitglieder, der Aktionäre, entzogen. Daß wir heute uns sagen, eine Zeitung, die allein dasteht als Tageszeitung und die christliche Prinzipien verteidigen soll, hat eine ganz besonders delicate Aufgabe und muß das so tun, wie es dem Geist, den wir vielleicht vom Konzil her haben, entspricht, wie es der Toleranz, dem Hilfs- und Dienstcharakter entspricht, den die Zeitung allen geben soll — dessen sind wir uns alle bewußt. Wir sind die ersten, die Mißstände, die hier sind, bedauern und die hoffen, daß solche Mißstände überwunden werden können, damit nicht personale Rücksichten vor den Rücksichten der Gemeinschaft und der Kirche gestellt werden.“

Die letzte Frage befaßte sich mit dem Problem der Seminare, in denen, nach Meinung des Fragestellers Mayr, nach der derzeitigen Form „eine negative Anlese getroffen wird“.

(Der Bischof wollte auch über dieses Problem sprechen, übersprang aber aus Zeitgründen die diesbezüglichen Abschnitte. Da es sich hierbei um ein zentrales Problem handelt, drucken wir die Antwort als Ergänzung zu den Ausführungen im Referat ab.)

Dr. Gargitter:

Mein Referat weist tatsächlich eine Lücke auf, weil über das Problem der Priesterbildung und unsere Seminare nicht gesprochen wurde. Auch hier habe ich die Abschnitte übergangen.

Wir spüren alle das Problem, das die Priesterbildung uns heute stellt. Die zentrale Frage lautet, wie bilden wir heute einen für die heutige Zeit geeigneten Priester heran. Es entsteht nun die Problematik, ob es gut ist, wenn er von 11 Jahren an isoliert wird und ob es gut ist, daß wir ihn in den kleinen Seminaren erziehen oder ob es besser wäre, daß er mit den anderen die öffentlichen Schulen besucht und erst eine Abschlusbildung, sobald er sich für das Priestertum entschlossen hat, erfährt. Ich möchte zunächst sagen: die Knabenseminare sind Gegenstand der Überlegungen beim Konzil gewesen. Und man hat es nicht gewagt zu sagen, daß sie heute überflüssig geworden sind. Auch nach dem Konzil hat ein Fachmann wie Kardinal Garonne, der die Kongregation für die katholischen Schulen leitet, ausdrücklich gesagt, wo Seminare da sind, müssen sie erhalten werden. Wir jedenfalls müssen sagen, wollten wir jetzt abrupt die Seminare aufgeben, so würden wir uns die Lebensader für den Priesternachwuchs einfach abschneiden. Dabei sind wir uns aber bewußt, daß die Seminare in ihrer ganzen Gestaltung einer tiefgreifenden Reform bedürfen. Und wir dürfen sagen, daß diese Reformen schon in einem guten Stück Wirklichkeit geworden ist. Es liegt uns absolut nichts daran die Studenten von der Welt fernzubalten, ihnen keine Möglichkeiten des Kontaktes zu geben. Im Gegenteil, wir legen Wert darauf, daß selbst im Seminar eine neue Atmosphäre familienhafter Zusammengehörigkeit zwischen Obern, Erziehern und Studenten vorwirklicht werde, daß die Studenten mitreden können

in der Gestaltung der Seminarordnung und in der Gestaltung des Seminarlebens und daß wir den Studenten möglichst viele Gelegenheiten geben, außerhalb des Seminars Kontakte zu pflegen. Das tun wir auch im Seminar bezüglich der Theologen, bei denen wir besonderen Wert darauf legen, daß sie im Sommer Kontakte pflegen, sei es in Fabriken, sei es in sonstigen Arbeitsstellen, damit sie das Leben erfahren und vor allem sich selber kennenlernen und ihre Fähigkeiten kennenlernen und damit wir die Möglichkeit haben zu einer Erprobung und nicht nur zu einer Bewahrung der jungen Menschen. Wir legen Wert darauf, daß Seminaristen auch den Kontakt haben mit den übrigen Hochschülern, ein Drittel unserer Theologen studiert gegenwärtig an Universitäten, daß also hier eine Streuung stattfindet, damit die Kontakte mit der Welt da sind und der Student nicht einsichtig als Treibhauspflanze hochwächst und beim ersten Wind umsackt, der ihm entgegenkommt, wenn er in die Seelsorge geht. Andererseits müssen wir sagen, daß die Seminare für die Formung notwendig sind. Es heißt nicht, daß wir „Theologen“ brauchen, sondern daß wir „Seelsorger“ brauchen. Der Theologe kann wachsen mit dem wissenschaftlichen Buch in der Hand. Der Priester wächst in einer kontinuierlichen inneren Umformung des Menschen, die durchaus nicht mit ein paar Vorträgen oder jährlichen Begegnungen geleistet werden kann.

Was ich sagen möchte: das Anliegen, das genannt wurde, und das ich kenne, ist von uns gesehen und wird von uns in die Richtung hin zu einer immer größeren Weltnähe, aber gleichzeitig auch zu einer ganz klaren priesterlichen Formung betroul und deshalb im Sinne des Konzils der weltoffene, der weltverständige, aber der in Gott verwurzelte Priester als Ideal gesehen wird.

Forumsdiskussion

Neue Kräfte in der gesellschaftlichen Entwicklung Südtirols

Diskussionsleiter: Matthias Abram

Sprecher: Dr. Alexander Langer
Dr. Otto Saurer
Dr. Andreas Stoll
Siegfried Stuffer
Dr. Luis Thaler
Dr. Josef Ties

Ausgangspunkt der Diskussion bildete die derzeitige Situation der Presse in Südtirol. Vor allem die Athesia-Presse, der Einfluß des Klerus auf die Gestaltung der Zeitung durch den Besitz von Anteilscheinen einiger Priester, die Beilage „Kirche in der Welt“ in den „Dolomiten“, gaben Anlaß zu Kritik.

Dr. Langer weist darauf hin, daß die Priester ohne weiteres ihr Geld investieren können, wo sie wollen. Leider wird immer wieder Kirche mit Amtskirche verwechselt, wodurch diese Mißverständnisse entstehen.

Dr. Messner wirft ein, daß er mit dem Bericht des Arbeitskreises Presse im großen und ganzen einverstanden sei. Allerdings bemängelt er die Beschränkung der Kritik auf die „Dolomiten“. Es gebe in Südtirol noch genügend Presseerzeugnisse, die gelobt oder kritisiert werden können.

Stuffer fügt diesen Ausführungen hinzu, daß der Einfluß der Kirche auf die Presse ein konservatives Element darstelle. Allerdings gehe der Einfluß des Klerus auf die Athesia-Presse sehr zurück, entgegen Dr. Meßner. Früher war die Athesia eine sehr klerikale Einrichtung, heute gehe die Entwicklung weg vom Klerus. Das zeigt sich auch darin, daß kein Kleriker mehr in der Redaktion sitzt.

Im Anschluß an die Diskussion über die Presse wird die Frage aufgeworfen, ob Demokratie im Rahmen einer Sammelpartei möglich sei oder nicht. Dieses Problem fügt sich in den Rahmen des Arbeitskreises: Sammelpartei und Demokratie — Widerspruch in sich?

Mehrere Tagungsteilnehmer versuchten vorerst das Wesen der Demokratie zu umreißen. So wird Demokratie bestimmt als „Wechselspiel verschiedener Meinungen“ (Gruber), oder als „Mitarbeit aller“ (Stocker) oder als ein Begriff, der „das Kräftespiel mehrerer Parteien beinhaltet“ (Thaler). Die ersten zwei Begriffsbestimmungen ermöglichen ein demokratisches Leben auch innerhalb einer Sammelpartei, während die dritte das Vorhandensein einer „echten Opposition“ (Thaler) voraussetzt, damit das Wesen der Demokratie zum Durchbruch kommen könne.

Stuffer stellt nun die Möglichkeit eines demokratischen Lebens in Südtirol in Frage, solange die SVP den Anspruch auf Alleinvertretung aufrecht erhält. Außerdem sei die Bildung von organisierten Richtungen innerhalb der Partei gemäß den Bestimmungen des Statutes der SVP verboten.

Dr. Saurer beruft sich zu Beginn seiner Ausführungen auf die Meinungen von Fachleuten (Prof. Veit, Dr. Cavalli), die die politische Einheit für eine Minderheit geradezu postulieren. Besteht nun aber Demokratie wirklich im Wechselspiel politischer Parteien, so kann sie sich auch im Wechselspiel verschiedener politischer Gruppen im Rahmen einer Sammelpartei ausdrücken. Eine solche Form wäre auf jeden Fall zu begrüßen, da sie dem übergroßen Druck von Interessengruppen, vor allem aber der politischen Mittelmäßigkeit und den rein persönlichen Streitereien entgegenwirken würde.

Stuffer ergänzt diese Ausführungen mit dem Hinweis, daß eine solche Gruppe innerhalb einer Sammelpartei auch nach außen als selbständige Einheit auftreten müsse, d. h. als Gruppe für ihre Ideen bei der Bevölkerung worben sollte.

In der letzten Fragestellung werden die einzelnen Referenten gebeten, ihre Meinung darzulegen, ob sich neue Kräfte in der gesellschaftlichen Entwicklung Südtirols abzeichnen.

Dr. Langer

Auf dieser Tagung hat sich vielleicht zum ersten Mal in Südtirol eine offizielle Organisation, d. h. eine Organisation, die bisher im öffentlichen Leben anerkannt war, realistisch und vorurteilslos mit einer Reihe von Problemen auseinandergesetzt. Ich glaube, wir haben dabei alle feststellen können, daß sich in den letzten Jahren in Südtirol eine ganz bedeutende Entwicklung vollzogen hat. Wir können

las vielleicht auch an Hand der letzten Tagungen der Südtiroler Hochschülerschaft verfolgen.

Wenn wir ein paar besondere Schwerpunkte feststellen wollen, kann können wir vielleicht zuerst als neues Phänomen in der Entwicklung der Gesellschaft Südtirols aufzeigen, daß die rein völkische Problematik, die in den letzten Jahren meistens vorangestellt wurde, bei dieser Tagung zum Großteil überwunden worden ist. Die Probleme Südtirols werden nicht mehr nur unter dem ethnischen Gesichtspunkt gesehen. Im Gegenteil, man versucht, das Südtirol-Problem nicht mehr als einzigen Hut über alles zu stülpen, sondern man war bei dieser Tagung bemüht, vielfach, neue und noch nicht bekannte Gesichtspunkte in der Südtirol-Problematik anzugehen.

Ich glaube also, daß eine wesentliche Politisierung der Probleme im Südtirol zu bemerken ist und daß diese Politisierung im weitesten Sinne heute in Südtirol vor allem von einigen spontanen Gruppen vorangetragen wird. Ich möchte diese spontanen Gruppen, die sich auf den verschiedensten Gebieten bilden und in denen im allgemeinen nicht die Volksgruppentrennung existiert, sondern die Einzelnen arbeiten, als wichtigstes Phänomen in der neuen gesellschaftlichen Entwicklung Südtirols hinstellen. Besonders gilt das auch für die Studentenbewegung im letzten Jahr.

Dr. Andreas Stoll

Diese Frage will ich in dem Sinne beantworten, ob die Schule eine neue Kraft in Südtirol für die gesellschaftliche Entwicklung darstelle oder nicht. Und ich muß diese Frage bejahen. Wenn wir auch im Arbeitskreis festgestellt haben, daß die Schule noch allzusehr an der Vergangenheit orientiert ist und Lehrinhalte vermittelt, die zu fern von der gegenwärtigen Lage Südtirols und auch von der gegenwärtigen Lage der modernen Gesellschaft liegen, so zeichnen sich doch neue Kräfte im Schulwesen Südtirols ab.

(Dr. Stoll gibt dann einen kurzen Aufriß über die Entwicklung der schulischen Ausbildung in Südtirol vom Kindergarten bis zur Oberschule. Besonders günstig beurteilt er die Entwicklung der mittleren Mittelschulen, die er als stärkste neue Kraft bezeichnet. Dieser Umstand ist auch auf den relativ jungen und leistungsfreudigen Lehrerstand in den unteren Mittelschulen zurückzuführen, wenn auch die Ausbildung oft mangelhaft sei.)

Weiterhin weist er auf die Notwendigkeit hin, den Besuch der technischen Schulen zu fördern: Südtirol besitze eine zu hohe Abwärtsspanne von den humanistischen Lyzeen im Verhältnis zu den Berufsbildenden und technischen Schulen. Er hebt die Notwendigkeit hervor, ein Sprachengymnasium zu errichten. Außerdem müsse man versuchen, die Privatschulen zur Aufnahme aller Studenten zu bewegen, oder wenn dies nicht möglich ist, zuerst immer öffentliche Schulen zu gründen.)

Dr. Thaler

Wer ist die Südtiroler Gesellschaft? Das war eine der Grundsatzdiskussionen in unserem Arbeitskreis. Wir haben festgestellt, zur Südtiroler Gesellschaft gehören — nach Meinung einer Gruppe — oben die Deutschen und die Ladinern, nach Meinung der anderen Gruppe auch die Italiener.

Wir sagen, diese Gesellschaft soll demokratisch geleitet sein. Wir wissen, daß es innerhalb der italienischen Volksgruppe, — sie ist für uns ja auch irgendwie ein Vorbild —, mehrere wahlwerbende Parteien gibt. Wir finden diese Aufspaltung in letzter Zeit auch innerhalb der deutschen Volksgruppe. Das Neue wäre vielleicht dies: Die SVP ist die etablierte Partei, die sich heute als Alleinvertreterin versteht. Daneben besteht die SFP als neue politische Partei. Wir haben eine Gruppe, die das Einheitsparteiensystem kritisiert, ich denke an den Brückkreis. Eine Gruppe, die anfängt zu kritisieren, die anfängt an diesem Fundament zu rütteln, ist bereits ein neues gesellschaftliches Phänomen. Wir fangen an Opposition zu leisten gegen ein Klischeedenken, gegen ein Monopoldenken.

Es ist zugegeben worden, daß Sammelpartei und Demokratie ein Widerspruch ist. Das hat man schon eingangs festgestellt. Und damit wäre die Diskussion eigentlich schon zu Ende gewesen. Die Demokratie baut notwendig auf Regierungspartei und Opposition dazu auf. Das ist auch erkannt worden.

Wir haben also neue Kräfte am Werk, Kräfte, die sich zum

Teil schon konstituiert haben als sogenannte Splitterparteien. Wir haben daneben aber den festen Block der SVP und wir haben vielleicht im Untergrund Kräfte, und auch sie als Hochschüler zählen dazu, die versuchen mitzudenken, wie unsere Südtiroler Gesellschaft im weitesten Sinne demokratischer geführt werden könnte.

Dr. Ties

Als Leiter des Arbeitskreises Student und Kulturpolitik muß ich die Frage, ob ich neue Kräfte in der gesellschaftlichen Entwicklung Südtirols am Werk sehe, natürlich bejahen. Wir haben festgestellt, daß ein allgemeines Unbehagen darüber besteht, daß das Bildungsgefälle zwischen der jungen aufstrebenden Intelligenz und den breiten Schichten immer größer wird. Wir haben uns nicht nur mit der Klage begnügt, denn das wäre natürlich zu wenig und auch die Tagung als Ganzes und die Folgen der Tagung sollen sich nicht darin erschöpfen, sondern es sollte zu konkreten Aktionen geschritten werden. Wir überlegten uns, wie es möglich wäre, daß sich die Studenten im Sinne einer Aufklärungs- und Vortragstätigkeit hier direkt einschalten. Es fehlt in unserem Lande weitgehend an Referenten, die bereit sind, ins Dorf hinausgehen, daher haben wir den Vorschlag gemacht, daß sich jeder, der mit dieser Form der Aufklärung, mit dieser Form kultureller Tätigkeit einverstanden ist, ein bestimmtes Thema wählt, zu diesem Thema ein Vortrag ausarbeitet und gelegentlich sich bereit findet hinauszugehen und wirklich in diesem Sinne zu arbeiten. Es wird schwer möglich sein, das aus eigener Kraft zu machen, wir werden uns hier wahrscheinlich der bestehenden Organisationen bedienen müssen, z. B. KVW.

Ein zweiter Punkt: Die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen auf dem Gebiet des Theaters und der Massenkommunikationsmittel. Wir haben festgestellt, daß das Theater noch zusehr etwa im Sinne eines „kulinarischen Theaters“ (Brecht) aufgefaßt wird. Das Theater sollte irgendwie einen Katalysator für weitere Diskussionen in der Gesellschaft abgeben. Deshalb wird es nötig sein, daß moderne, aktuelle Zeitstücke, die die Diskussion anregen, in das Repertoire aufgenommen werden. In den letzten Jahren hat sich das irgendwie gebessert. Es wurden auch sehr aktuelle Stücke aufgenommen.

Im Anschluß an diesen Ausführungen beleuchtet Luis Benedikter kurz das Problem des Theaterwesens in Südtirol. Er zeigte die Notwendigkeit auf, im Lande ein eigenes Theater aufzubauen. Doch sei ein solches Unterfangen mit großen Schwierigkeiten verbunden, da es keine ausgebildeten Leute als Spieler und mit einer Ausnahme keinen fachlich gebildeten Regisseur gebe. Die Anregungen müßten allerdings von den zuständigen Stellen ausgehen, d. h. es wird z. B. ein Fachmann ein Jahr lang zur Verfügung gestellt, um Laienspieler und Regisseure auszubilden.

Eine zweite Punkt ist die Raumfrage: zur Heranbildung eines Dilettanten-theaters müsse man ein eigene Lokale zur Verfügung stellen, eventuell einen Keller (Kellertheater).

Im Anschluß an die Diskussion überbrachte LHST. Dr. Prior die Grüße der Tiroler Landesregierung. Mit den nun folgenden kurzen Ausführungen fand die diesjährige Studententagung, die er am Grillhof mit seinem Referat „Das alte Tirol“ als plurinationale Einheit und die Auswirkungen auf die Gegenwart (Sondernummer 1/1968, Seite 2 ff.) eröffnet hatte, ihren Abschluß.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Südtiroler!

Es war immer schon, nicht nur in den letzten Jahren, das Primat der jungen Generation, und hier insbesondere wieder der akademischen Jugend, sich mit den gegenwärtigen Problemen, mit den Zeitproblemen auseinanderzusetzen. Die Jugend ist es gewohnt vorwärts, in die Zukunft zu blicken: daher ergeben sich jene Probleme, die eben aus der Zeit heraus für die Zukunft bedeutend sind. Und so darf ich als Verantwortlicher des Kulturlebens Nordtirols der Südtiroler Hochschülerschaft herzlich für die Durchführung dieser beiden Tagungen danken, wenn ich auch nach wie vor etwas schmerzlich zurückdenke an den Grillhof, wo nicht die ganze SH vertreten war, sondern eine Gruppe uns nur auf eine halbe Stunde einen Besuch gemacht hatte. Ich glaube, auch hier ist die Toleranz notwendig, die Toleranz der einen Gruppe gegenüber der anderen, von der man heute immer spricht. Diese Tagungen, die die SH durchführt um die Probleme zu besprechen, ist gerade in dieser Zeit des Umbruchs auf allen Gebieten ungeheuer notwendig. Denn

hier in Südtirol ergeben sich zum Unterschied zu anderen Ländern zwei Probleme, nämlich das Ursüdtiroler Problem für sich, das schließlich auch an der SH nicht vorbeigehen darf, und die gesellschaftspolitischen Fragen allgemeiner Natur, wie sie sich eben auf der ganzen Welt heute zeigen. Und diese zwei Problemkreise sind es, die sie im besonderen hier bewegen, das spezielle Problem „Südtirol“, wobei ich betone, daß selbstverständlich auch die SH einmal eindeutig zum Begriff des Volkstums wird Stellung nehmen müssen. Ich habe, glaube ich, hinsichtlich der Zusammenarbeit der drei Volksgruppen, am Grillhof ziemlich deutlich meine Meinung zum Ausdruck gebracht; wir müssen die Realität, die sich jetzt ergibt, zur Kenntnis nehmen und müssen aus dieser Realität versuchen, eine Heimat für die Zukunft aufzubauen. Zu diesem Problemkreis gehören auch die kulturellen Fragen Südtirols, die wirtschaftlichen Fragen, Bildungsfragen usw.

Und der zweite Themenkreis allgemein gesellschaftspolitischer Natur ist es, der uns überall heute sehr brennend unter den Fingernägeln liegt, deshalb weiß ich — ich glaube überall, in allen Staaten, unabhängig von den ideologischen Grundsätzen — die Jugend erkannt hat, daß gewissen Problemen zum Durchbruch verholfen werden muß. Die Demokratisierungsbestrebungen auf der gesamten Welt und in den gesamten Bereichen, sei es im öffentlichen Leben, sei es in der Schule, oder wo immer sind dringende Probleme, die es zu lösen gilt und die insbesondere von der akademischen Jugend zuerst diskutiert und dann als politisches Mandat der Hochschülerschaft an die Gesellschaft herangetragen werden müssen. Es ist die Frage der Presse. Nicht nur Sie hier in Südtirol haben vielfach mit der Presse Schwierigkeiten: die Demonstrationen in Deutschland und überall haben das gezeigt. Nur bei all diesen Fragen der Zukunft, bei diesen gesellschaftspolitischen Fragen, muß

man sich nämlich durch die Diskussion die Frage stellen, wie ist dem abzuheilen, welche Alternative können wir dem gegenüber setzen. Jede Gruppe, die sich in der pluralistischen Gesellschaft bildet, ist eine Gruppe des Interesses für die Gruppe. Und jede Gruppe versucht wieder groß zu werden, versucht Macht zu bekommen. Wenn die eine oder die andere der heute kleinen Gruppen auf der Welt versucht groß zu werden, so wird sie jedenfalls durch ihre Presse versuchen, ihre Meinung den übrigen Mitmenschen darzubieten. Das wird eine Schwierigkeit sein, die sich nicht wegwischen läßt. Und dasselbe gilt mit der Demokratisierung von Parteien. Wenn sie hier in Südtirol die Diskussion der SVP insbesondere in den Kernpunkt nehmen, so gilt das natürlich auch für die Parteien anderer Staaten. Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, daß in den Parteien die Demokratie sich dadurch äußert, indem gewisse Kämpfe in den Parteien vor sich gehen. Interessenkämpfe verschiedener Gruppen: denken wir an die ÖVP, die in drei große Bünde soziologisch gegliedert ist, in der ja auch schließlich Demokratie betrieben werden muß.

Und ich glaube, die technisch-mechanisierte Zukunft ist so hart, daß wir uns nicht mehr leisten können, in kleineren Gemeinschaften gegeneinander zu stehen, sondern daß wir nur mehr miteinander diese Zukunft bewältigen können. Dies gilt auch für die Volkgruppen.

Nur im Miteinander wird die Zukunft zu meistern sein.

Und ich freue mich sehr, daß sie sich mit all diesen Problemen befassen und beglückwünsche die Südtiroler Hochschülerschaft, weil sie dieses Forum gefunden hat. Und ich bitte sie, arbeiten sie auf diesem Wege weiter, arbeiten sie im Geiste der Verantwortung, für dieses Land, aber auch im Geiste der Verantwortung für unser gesamtes Tirol.

Berichte der Arbeitskreise

Möglichkeiten der Begegnung zwischen der deutschen, italienischen und ladinischen Volksgruppe:

1. Die heutige Lage Südtirols ist durch eine Reihe von Gleichgewichtsstörungen gekennzeichnet, die zum Teil im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung überall auftreten, zum Teil aber auch das unglückliche Erbe der Lösung Südtirols von den historischen Bindungen und der planmäßig betriebenen Einwanderungspolitik sind.

2. Die sozialen und wirtschaftlichen Interessen sind darum größtenteils nach Volksgruppen verschieden gelagert, so daß durch das zusätzliche Spannungselement der ethnischen Komponente eine deutliche Polarisierung zu Tage tritt, wodurch einer gemeinsamen Bewältigung der anhängigen Probleme oft wesentliche Voraussetzungen genommen sind.

3. Es wird deshalb in Zukunft wichtig sein, den Angehörigen aller Volksgruppen durch eine gründliche Information und in möglichst gemeinsamer Diskussion klar zu machen, daß sie im Grunde am gleichen Strang ziehen, und daß die beiderseitigen Probleme nur durch eine gemeinsame Aktion, die auch vom Volke getragen wird, gelöst werden können. Eine eingehende Diskussion des Wirtschafts- und Raumordnungsplanes, unter Zuhilfenahme auch des lokalen Rundfunks und Fernsehens, wäre in dieser Hinsicht wünschenswert.

4. Es liegt in der Natur der Dinge, daß die deutschen und ladinischen Südtiroler innerhalb des italienischen Staates im Ausgang benachteiligt sind, weil sich die Italiener in den verwaltungstechnischen und wirtschaftlichen Verflechtungen, die über Südtirol hinausweisen, größeren Chancen gegenübersehen.

Um zu vermeiden, daß die deutschen und ladinischen Südtiroler ausschließlich verwaltungstechnische und wirtschaftliche Denkschemen übernehmen müssen, die für die italienische Mentalität typisch sind, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um eine fortschreitende wirtschaftliche und verwaltungs-

technische Integration zu fördern, und auch Österreich in den europäischen Integrationsprozeß mithineinzunehmen. Selbstredend werden die Bemühungen für die Schaffung einer echten Landesautonomie nachdrücklichst unterstützt.

5. Die Lage der Italiener in Südtirol kennzeichnet sich vor allem dadurch, daß ihre Kultur nur eine Kultur einer Elite und zudem unfähig ist, die aktuelle Situation zu interpretieren. In der Suche nach neuen Möglichkeiten der Bewältigung der Wirklichkeit begnügen sich deshalb die Volksgruppen, da es auch für die deutsche und ladinische Volksgruppe notwendig ist, ihr kulturelles Instrumentarium den Erfordernissen der Gegenwart anzupassen.

6. Besonderer Wert ist auf die Schaffung von intensiven Verbindungen zu den wichtigsten kulturellen Zentren des deutschen und italienischen Kulturraumes zu legen, um nicht einem Provinzialismus zu verfallen. In der Weiterführung dieses Gedankens muß für den Empfang des schweizerischen, österreichischen und deutschen Fernsehens plädiert werden.

7. Von größerer Wichtigkeit scheint aber auch die Schaffung eines gehobeneren kulturellen Zentrums hier im Lande, von dem aus — welcher Art es auch immer sei — vermöge seiner geistigen Strahlungskraft eine kritische Kontrolle auch von konkreten Aktionen erfolgen könnte. Vielleicht würde eine theologische Fakultät auf Grund ihrer Neuheit für Italien und als Begegnungszentrum für deutsche und italienische Theologen ein Anfang sein?

8. Der Arbeitskreis sieht von einer weiteren Artikulierung dieser allgemeinen Vorschläge ab, fordert aber alle Persönlichkeiten und Verbände auf, ihr ganzes Augenmerk auf eine Konkretisierung dieser Gedanken zu lenken.

Gleichzeitig verweist er auf die Ergebnisse der übrigen Arbeitskreise.

Ständige Mitarbeiter:

Dr. Gianni Lanzinger

Dr. Otto Saurer

Student und Kulturpolitik – Kritisches Gewissen oder Interesselosigkeit

Untersuchung über die Möglichkeiten und Grenzen einer Mitarbeit am kulturellen Leben Südtirols

a) Allgemeine Volksbildung

Der Arbeitskreis stellt fest, daß in Südtirol die Kluft zwischen der jungen Intelligenz und den breiten Schichten des Volkes zu sehends größer wird. Während sich ein großer Teil der Studentenschaft und der jungen Akademikerschicht im klaren ist, daß wir uns in einer schnelllebigen Zeit befinden, in der man leicht von der allgemeinen Entwicklung überrollt wird, ist die Einstellung der breiten Bevölkerungsschicht noch durchwegs konservativ und wenig zukunftsorientiert. Wichtige Kriterien einer mündigen Gesellschaft (kritisches Urteilsvermögen, Toleranz und Anerkennung anderer Meinungen) fehlen noch weitgehend. Die bestehenden Einrichtungen reichen nicht aus, hier wirkungsvolle Abhilfe zu schaffen.

Vorschläge des Arbeitskreises: Die Studenten und Jungakademiker sollten sich bereitfinden, besonders in jenen Organisationen tatkräftig mitzuarbeiten, die sich für die Hebung des Bildungsniveaus der breiten Bevölkerung, besonders in den abgelegenen Tälern und Berggebieten, einsetzen. Wenn jeder, der grundsätzlich zur Mitarbeit in dieser Form bereit ist, ein Referat über ein bestimmtes aktuelles Problem ausarbeitet und sich gelegentlich als Referent einsetzen läßt, wäre schon ein wichtiger Schritt getan zur Behebung des beklagenswerten Bildungsgefälles zwischen Stadt und Land. Es sollte besonders der Mut zur sachlichen Diskussion geweckt werden. In dieser Hinsicht geht auch die Aufforderung an die vielen Volksschullehrer. Die Studentenschaft sollte sich besonders bemühen, neue Möglichkeiten zu suchen, sachliche Informationen zu liefern und das Bedürfnis nach diesen Informationen zu wecken. Es wird der Vorschlag des 3. Arbeitskreises der Tagung am Grillhof, in Zusammenarbeit mit dem Verein „Dorfbildung“ in Nordtirol, auch bei uns Dorfbildungswochen durchzuführen, einmütig unterstützt.

b) Bestehende Bildungseinrichtungen

Man erkennt an, daß in den letzten Jahren Bildungseinrichtungen geschaffen wurden und kulturelle Vereinigungen eine immer größere Aktivität entfaltet haben. Aber diese Einrichtungen werden noch von einer zu kleinen Zahl benützt. Den bestehenden kulturellen Organisationen und Vereinen fehlt noch häufig der Mut zum Neuen, zum Experiment.

Vorschläge des Arbeitskreises: Hauptziel der verstärkten Vortrags- und Aufklärungstätigkeit sollte sein, in der Bevölkerung den Sinn für den Wert einer besseren Grund- und Fachausbildung zu wecken und sie zur intensiveren Benützung der bestehenden Bildungsmöglichkeiten anzuregen. Dadurch würde auch die Einsatzfreude der bestehenden Organisationen gestärkt, und neue Formen der Bildungsvermittlung würden eher Aufnahme und Anwendung finden.

c) Theater und Massenkommunikationsmittel

Die Haltung diesen Medien gegenüber ist noch zu einseitig

rezeptivpassiv, und ihr Unterhaltungs- und Vergnügungswert spielt noch eine zu große Rolle.

Vorschläge des Arbeitskreises: In den Städten und größeren Orten, wo die aus dem Ausland kommenden Gastbühnen auftreten, müßte das Interesse am heute überall gepflegten Diskusstheater geweckt werden. Durch die häufigere Aufführung von Zeitstücken mit eventuell anschließender Diskussion könnte einer neuen Art des Theatererlebnisses und der Theaterwirkung die Bahn geebnet werden. Damit könnte der Theaterbesuch zu einem Katalysator kritischer Überlegungen auch im Leben werden. Einheimische Gruppen, die kritische Zeitstücke aufführen, verdienen jede Unterstützung. Auch das Kabarett verdient, ebenbürtig neben dem Bildungstheater unterstützt zu werden. Es sollte die Möglichkeit einer Gründung und dauernden Unterstützung eines einheimischen gebildeten Laientheaters gründlich geprüft werden. Geeignete Kräfte sind unter unserer akademischen Jugend da.

Zur Lösung des Problems des kulturell wertvollen Films, besonders auch des guten deutschen Films in Südtirol, müßte folgendes versucht werden: Die Tagespresse sollte auf solche Filme durch Vorbesprechungen und wirkungsvolle Vorankündigungen aufmerksam machen.

Sicher würde das auch von den betreffenden Lichtspieltheatern vergütet werden. Es dürfte auch nicht allzu schwer sein, wenn die Presse nicht schon über eigene Rezensenten verfügt, solche unter der Studentenschaft zu gewinnen. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Vorschläge des Arbeitskreises 3 bei der Studientagung in Vill verwiesen.

Durch Aufklärungstätigkeit in Schrift und Wort sollte auch eine Hebung der kritischen Ansprüche an Rundfunk- und Fernsehsendungen hingewirkt werden.

Die Filmrunde wird als wertvolle Initiative begrüßt, und sie sollte auf weitere Orte ausgedehnt werden.

d) Universität in Bozen

Das Problem der Universität in Bozen wurde schon verschiedentlich diskutiert. Es unterblieb jedoch die wissenschaftliche Untersuchung der konkreten Voraussetzungen für ihre Errichtung.

Vorschläge des Arbeitskreises:

Ein Team von Fachleuten, zu dem auch Studenten herangezogen werden könnten, soll beauftragt werden, die Voraussetzungen für die Errichtungen der Universität Bozen wissenschaftlich zu untersuchen.

Ständige Mitarbeiter:

Luis Benedikter
Josef Perkmann
Dr. Josef Ties

Problemkreis: Sammelpartei und Demokratie – Widerspruch in sich?

Es gibt in Südtirol z.Z. 6 Parteien, die sich um die Stimmen der Südtiroler Wähler besonders bemühen. Es sind dies: SVP, SFP, THP, KPI, DC und PSU.

Die SVP versteht sich als Sammelpartei – nicht als Einheitspartei – und will die deutschsprachige und ladinische Bevölkerung verkörpern. Es ist eine Tatsache, daß ein geringfügiger Einbruch der deutschsprachigen Sammelpartei in das italienischsprachige Wählerpotential und umgekehrt möglich ist. Mit dem Anspruch, Sammelpartei zu sein, verbindet die SVP die Forderung, die Alleinvertreterin der Südtiroler Volksgruppe zu sein. Wir zitieren § 1 des SVP-Programms: „Die Südtiroler Volkspartei ist die politische Vereinigung aller heimatstreuen Südtiroler zum Zwecke, die allgemeinen und besonderen Interessen der Südtiroler zu vertreten.“

Der Arbeitskreis ist der Meinung, daß diese Formulierung nicht ganz zutreffend ist und schlägt vor: „Die SVP will die politische Vereinigung aller heimatstreuen Südtiroler sein.“

Es ist eine Tatsache, daß die SVP bei den letzten Wahlen 97% der deutschen Stimmen erhalten hat. Der übrige Teil hat sich für

eine andere Partei entschieden, der man die Heimatstreue nicht absprechen kann.

Eine Hälfte des Arbeitskreises ist der Meinung, daß der Begriff „Südtiroler“ die Bewohner Südtirols deutscher und ladinischer Zunge umfaßt, die andere Hälfte, daß der Begriff „Südtiroler“ die Bewohner Südtirols deutscher, ladinischer und italienischer Zunge umschließt.

Der Begriff der Demokratie beinhaltet das Kräftespiel mehrerer Parteien. Diese Situation ist in Südtirol durch die Existenz von drei deutschsprachigen Parteien gegeben (SVP, SFP, THP). Andererseits stellen wir fest, daß die SFP und die THP bisher keine wirksame Gegenkraft zur SVP darstellen. (3% der Stimmen bei den letzten Wahlen).

Der eine Teil der Arbeitskreisteilnehmer rechtfertigt die Sammelpartei (SVP) auf Grund der völkischen und politischen Sonder-situation (z.B. Assimilierung), während der andere Teil dies nicht tut.

Ständige Mitarbeiter:

Dr. Hans Benedikter
Dr. Peter Tappeiner

Die Laien im kirchlichen Selbstverständnis

Der vorliegende Bericht wurde mehrheitlich gebilligt, einer stimmte dagegen und einer enthielt sich der Stimme.

1) Ausgangspunkt unserer Arbeit war eine theoretische Grundlegung und Begriffsklärung, d.h. wir suchten die Hl. Schrift und die Aussagen des II. Vatikanums auf das uns gestellte Thema hin zu befragen. Dabei zeigte sich ganz klar, daß das Primäre die Berufung aller zum Glauben ist. Die eher funktional bedingte Differenzierung der Glaubensgemeinschaft in Klerus und Laien ist dem gegenüber sekundär und die übliche Gegenüberstellung bedeutet eine einseitige Sicht der vollen christlichen Wirklichkeit. Wir betrachteten deshalb die Themenstellung unseres Arbeitskreises als inadäquat und wollten nicht nach dem Laien in seiner negativen Absetzung vom Klerus, sondern nach dem Selbstverständnis des Gläubigen schauen, der sowohl Kleriker als auch Laie sein kann, fragen.

2) Wir bedauern, daß wir in unserer Arbeit noch nicht auf die Ergebnisse der pastoralsoziologischen Voruntersuchung vom Frühjahr dieses Jahres aufbauen können. Wir bitten, diese Ergebnisse möglichst bald zu veröffentlichen und auch die Fortführung dieser Untersuchung in breitestem Maße zu unterstützen.

3) Vor allen taktischen Überlegungen muß sich im Gottesvolk ein tieferes Bewußtsein der vollen christlichen Berufung eines jeden Gläubigen durchsetzen, was sich dann auf die Strukturen der Glaubensgemeinschaft auswirken muß.

4) So ist die Verkündigung des Wortes Gottes Aufgabe der ganzen Gemeinde: Durch ihr Leben legt sie Zeugnis vor der Welt ab. Zur spezifischen Bildung des christlichen Volkes aber ist es notwendig, daß alle Mittel der Verkündigung (Predigt, Exerzitation, Presse usw.) sich seinen Erfordernissen tatsächlich anpassen, seine Sprache sprechen und seine Probleme behandeln. Deshalb müssen Formen der Mitwirkung des gesamten Volkes an dieser Glaubenserziehung gefunden werden.

5) Im allgemeinen vermissen wir in unserer Heimatkirche weitgehende konkrete Verwirklichungen der Mitverantwortung aller Christen am Leben der Gemeinde. In diesem Sinn muß die gesamte Kirche den Mut haben, ohne Furcht neue Wege zu gehen und Versuche zu wagen; besonders die kirchliche Hierarchie sollte diesbezüglich nicht vor allem von Vorsicht getragen sein, sondern auf Gottes Geist und die Erfindungsgabe der Gemeinde mehr Vertrauen setzen.

Große Wichtigkeit kommt dem innerkirchlichen Dialog zu, in dem die Gläubigen (Klerus und Laien) einander ernst nehmen und einander Vertrauensvorschuß einräumen müssen. Es sollte in der Kirche nicht so sein, daß eine Gruppe (sei es der Klerus den Laien gegenüber, seien es die Progressisten den Konservativen gegenüber oder umgekehrt) die andere (die andere) Gruppe mundtot macht.

6) Eine optimale Möglichkeit, in einem solchen Dialog sich der eigenen Verantwortung immer mehr bewußt zu werden, scheinen uns spontane Gesprächskreise auf unterster Ebene zu sein. Es muß in diesen Dingen Vielfalt von Wegen geben. Jedenfalls muß der eine Teil der Gläubigen, nämlich der Klerus, der Versuchung widerstehen, durch Bevormundung von oben her die Laien zur Mündigkeit zu erziehen. Auch der Klerus muß ja erst in das neue Kirchenverständnis hineinwachsen. Er tut das am besten in gemeinsamer Arbeit mit dem Laien.

7) Die Entwicklung bringt es mit sich, daß der Christ die konkrete Problematik seiner Welt immer mehr eigenverantwortlich, unvoretzelbar meistern muß. Fortige Rezepte verfehlen oft seine konkrete Situation. Deshalb müssen Möglichkeiten erschlossen werden, das grundlegende Glaubenswissen in lebendiger Auseinandersetzung sich anzueignen. Auch die theologische Erziehung sollte nimmehr allen Christen zugänglich gemacht werden, zumal ihnen auch grundsätzlich Verkündigung und religiöser Unterricht zustehen.

8) Auf Seiten der kirchlichen Hierarchie sieht man der öffentlichen Meinung (auch im innerkirchlichen Raum) mit einem gewissen Mißtrauen entgegen. Wir glauben hingegen, daß die öffentliche Meinung in der Kirche einen wichtigen Dienst an der Gemeinde und Pflicht aller Gläubigen darstellt. Zur Bildung einer öffentlichen Meinung und zur entsprechenden Glaubenserziehung ist es notwendig, daß die in Südtirol bestehende religiöse Presse (Katholisches Sonntagsblatt z.B.) verbessert wird. Eine problemlose, zelebrative und informationsarme Presse findet natürlich wenig Inter-

esse und scheitert in ihrer Aufgabe. Den Versuchen, informelle Verteilungs- und Diskussionsblätter in der Kirche zu verbreiten, werden aber in Südtirol bisher zahlreiche Widerstände entgegen-gesetzt. Außerdem müßte die Seelsorge der Kirche sich mehr und mit größerer journalistischer Kompetenz der Massenmedien bedienen; der mehr informative Monolog sollte zu einem Dialog mit der Welt werden.

9) Auch sonst verlangt die Mitverantwortung aller, daß gewisse Dinge, seien es nun seelsorgliche Erkenntnisse oder auch Fragen der kirchlichen Verwaltung und Finanzen, nicht geheim gehalten werden.

10) Auf dieser Linie liegt es auch, dafür zu sorgen, daß das institutionelle der Kirche, das durch ihre gesellschaftliche Struktur bedingt ist, aber oft sich als unpersönlicher Apparat präsentiert, abgebaut wird. Auch Laien haben hier viele Möglichkeiten verantwortungsvoller Aufgaben.

11) Wir begrüßen es auch, daß durch die Errichtung des Pastoralrates schon ein Gremium geschaffen wurde, in dem alle Gruppen der Gläubigen vertreten sind. Wir sehen hier einen Anfang, können aber nicht verstehen, weshalb es in Südtirol nicht möglich war, auch die Laien wählen, wie dies in vielen anderen Diözesen schon geschehen ist. Wir wissen zwar, daß unsere demokratischen Vorstellungen, die aus dem gesellschaftlich-politischen Bereich stammen, nicht in allem für die Struktur der Kirche zutreffen, die letztlich auch eine Wirklichkeit des Glaubens ist. Wir glauben aber, daß durch eine Wahl von unten her besser die Verantwortung aller Gläubigen zum Ausdruck kommt. In einer formen Zukunft müßte sich auch der Dualismus zwischen dem Priesterrat und dem Pastoralrat, der einem Ständedenken Vor-schub leisten könnte, vermeiden lassen. An Hand des Pastoralrates, der eine deutschsprachige und eine italienischsprachige Sektion aufweist, möchten wir generell auf die Gefahr einer Trennung der Volksgruppen auch im kirchlichen Bereich hinweisen. Es scheint uns nämlich, daß das Kirchenbewußtsein in unserer Diözese alle drei Volksgruppen als notwendig und präsent mitein-fassen muß.

12) Wir stellen fest, daß sich die Seelsorge in Südtirol bisher vorwiegend durch Vereine abwickelt, die überdies oft unnatürliche Einteilungen aufweisen. Wir glauben, daß es notwendig ist, nicht vor allem Vereine zu gründen und zu pflegen, sondern auf spontanere und natürlichere Weise christliche Gemeinschaft zu bilden, ohne dem organisatorischen Element zu große Bedeutung zuzuschreiben und ohne geschichtlich überholte Formen beizubehalten. Dadurch würde man vielleicht der Gefahr begegnen, Getrenntheit, Überheblichkeit der Auserwählten oder Alleinverant-wortungsansprüche zu pflegen. Wir möchten auch betonen, daß die Vereine in ihrer Zielsetzung die Autonomie der „profanen“ Welt respektieren sollten. In Fällen, wo ein rein weltliches Ziel angestrebt wird, soll der Gläubige zusammen mit der übrigen Menschheit an der Lösung ihrer Probleme mitarbeiten, ohne dafür eigene christliche Vereine oder Parteien zu gründen.

13) Dies alles scheint uns ein Beitrag für die Synode von 1970 zu sein. Es ist nun bereits ein halbes Jahre seit der Ankündigung dieser Synode vergangen, ohne daß die Masse der Gläubigen überhaupt davon Notiz genommen hätte. Es scheinen auch schon Vorbereitungen im Gange zu sein, ohne daß das Kirchenvolk davon etwas weiß und daran teilnehmen könnte. Es ist aber notwendig, daß alle Gläubigen tatsächlich an der Vorbereitung dieser Vollversammlung der Lokalkirche teilnehmen und auf ihr entsprechend zum Ausdruck kommen können. Das bezieht sich sowohl auf die Themenstellung als auch auf die Strukturprobleme der Synode, die so offen als möglich und nicht von vornherein zeitlich begrenzt sein sollte. Wir hoffen, daß die Synode, als schönste Frucht die Durchsetzung des neuen Kirchenverständnisses zeitigen könnte. Natürlich sind wir uns der spezifischen Schwierigkeiten in Südtirol bewußt; sie sollten aber nicht überschätzt werden und auf alle Fälle keinen Vorwand bilden, die Dinge weiterhin beim alten zu lassen.

Ständige Mitarbeiter:

Karl Golser

Pastor Hartmut O. G. Lindenmayer

Pepi Zelger

Das Selbstverständnis der Laien in der Kirche

Versuch eines Beitrages aus evangelischer Sicht von Hartmut O. G. Lindenmayer

Am 20.2.1943 sagte Papst Pius XII. in einer aufsehenerregenden Ansprache an das Heilige Kollegium: „Die Laien gehören nicht nur zur Kirche, sie sind die Kirche.“

Schon von daher müßte man Fragen stellen an die Formulierung unseres Thomas, das doch irgendwie eine Gegenüberstellung von Laie und Kirche mitklingen läßt, andererseits aber auch den Wunsch nach einer möglichen Kongruenz spürbar macht:

Die Frage, um die es eigentlich geht, ist die: Wie weit ist es legitim, eine Unterscheidung zwischen Laie und Priester zu vollziehen? Wo liegen hier die grundsätzlichen durch die Heilige Schrift gebotenen Grenzen, und wo sollte und könnte der Nicht-Geweihte, Nicht-Ordinierte innerhalb der Kirche einen vollen Verantwortungsbereich erhalten?

Weiter wäre zu fragen, wo die Grenze zwischen Laie und Priester oder Pfarrer um des Evangeliums willen beschoen bleiben müßte. Wo dürfte diese Grenze aus praktischen Gründen nicht überschritten werden, wenn dies aus theologischen Gründen auch geschahen könnte? Mit anderen Worten, wie wirkt sich der Ordnungsfaktor in der Kirche auf das Verhältnis Priester-Laien aus?

Und schließlich müßte man fragen, welche priesterlichen Aufgaben sich legitim an den Laien delegieren ließen.

Natürlich kann es nicht Aufgabe eines knappen Referates sein, diese Fragen erschöpfend zu beantworten. Das vorliegende Referat will nur als ein kleiner Beitrag aus dem evangelischen Raum zur Gesamtheit des vorliegenden Fragenkomplexes verstanden werden.

Lassen Sie uns deshalb zunächst fragen nach dem, was die Heilige Schrift und das auf ihr beruhende Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche über das priesterliche Amt zu sagen hat:

Acta 6,4 sagen die Jünger: „Wir aber wollen anhalten am Gebet und am Amt des Wortes.“ Aus diesem Grunde werden die priesterlichen und die sozialen Aufgaben in der Gemeinde geteilt und Laien zur Erfüllung der letztgenannten Aufgaben durch Wahl hinzugezogen. Unter Handauflegung werden sie zum Laidienst ordiniert.

Acta 13,3: Zwei Laien, Saylor und Barnabas, werden auf Gottes Befehl hin unter Handauflegung zum Amt des Wortes und der Sakramente ordiniert, also ins volle Priesteramt eingesetzt.

Römer 10,15: „Wie aber sollen sie predigen, wenn sie nicht gesandt sind?“ Das Predigtamt wird hier von einer Sendung abhängig gemacht.

1. Tim. 3: Von Inhabern des Bischofamtcs wird erwartet, daß sie vorbildlich in der Lebensführung, als Ehemänner und Väter, beleumundet und geschickt zur Lehre sind. Das Gleiche gilt von den Diakonen.

Lassen wir es bei diesen wenigen Bibelzitaten bewenden. Freilich kann diese Aufzählung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Wir sehen also, daß zur Zeit der Urgemeinde bereits ein Priesteramt bestanden hat. Daneben bestanden aber besonders ausgeprägte Laienämter, von denen ich jetzt nur das des Diakonen erwähnt habe.

Weiter sehen wir, daß die Einsetzung ins Priesteramt geschah durch Handauflegung und durch Sendung, also durch eine Segenshandlung und durch eine Beauftragung. Bei der Auswahl dieser Leute spielten Berufung und Eignung dieser Leute eine große Rolle.

Priester konnte demnach sein, wer berufen, geeignet, gesegnet und gesandt war. Von daher war keinem dieses Amt prinzipiell verschlossen, keiner aber konnte von sich aus das Priesteramt ohne die Beauftragung der Gemeinde ausüben, wie das noch im prophetischen Amt des Alten Testaments möglich gewesen war.

Im Artikel XIV der Confessio Augustana, des Augsburger Bekenntnisses von 1530 heißt es daher zusammenfassend unter der Überschrift: „de ministerio ecclesiastico“: ut hanc fidem consequamur, institutum est ministerium docendi evangelii et porrigendi sacramenta“ „damit wir solchen Glauben erlangen, hat Gott das Predigtamt eingesetzt und das Evangelium und die Sakramente gegeben.“

Die Artikel der Augsburger Konfession verstehen sich als Wiedergabe und Zusammenfassung des Schriftverständnisses auf Grund der damals möglichen Exegese. Ohne daß sie eine eigene Lehrautorität beanspruchen wollen, gelten sie als Grundlage des evangelisch-lutherischen Bekenntnis.

Lassen Sie mich zusammenfassen:

Die Heilige Schrift kennt ein besonderes Predigtamt. Wer dieses Amt ausübt muß dazu ordiniert und gesandt sein. Daneben stehen andere Ämter, zu denen man ebenfalls durch die Beauftragung der Gemeinde kommt. Die Unterscheidung zwischen Priester- und Laienstand ist also nicht qualitativer, sondern funktionaler Art. Besitzer des Amtes ist nicht ein einzelner, sondern dieses Amt wird von der Gemeinde als von der Gesamtheit der Laien an den einzelnen unter Fürbitte und Segnung delegiert. Das Priesteramt ist ein Amt unter anderen Ämtern, die den Laien einen vollen Verantwortungsbereich im Raum der Kirche einräumen.

Die zweite Frage, der wir nachgehen wollen, soll mehr praktischer Art sein, nämlich: welche priesterlichen Funktionen dürfen an den Laien delegiert werden?

Grundsätzlich alle. Allerdings nur dann, wenn Berufung und Eignung sowie die Beauftragung durch die Gemeinde gegeben sind.

Von sich aus also darf der Laie gar nichts. Aber auch der Priester nicht. Die Berufung ist eine Sache des Gewissens; sie ist keiner kirchlichen Behörde und keiner Gemeinde schließig klarzumachen.

Sie ist Sache des persönlichen Verhältnisses zwischen Gott und Mensch. Die Eignung kann sich durch eine entsprechende Schulung mit verschiedenen Tests oder Prüfungen herausstellen und erwerben lassen. Also Hochschulstudium der Theologie oder der zweite Bildungsweg, die sogenannte Schmalspurtheologie und Ausbildung in Predigt und Seelsorge. Hier liegen Wege offen für die Phantasie der Kirchen, auch späterufenen Laien den Weg zum vollen oder partiellen Priesteramt zu öffnen. Jeder geeignete Laie kann zum Predigtamt und zur Verwaltung der Sakramente zugelassen werden. Wenn das Letztere bisher auch nur sporadisch geschah, dann deshalb, weil die Notwendigkeit hier noch fehlte und um der Ordnung der Kirche willen keine schrankenlose Zession zur Sakramentsverwaltung erteilt werden darf. Wo sich allerdings die Notwendigkeit ergibt, wie in den Ostblockstaaten, kann ein Laie zum vollen Priesteramt geordnet und gesandt werden. Solchen bisherigen Beruf behält er bei.

So wie kein Priesteramt ohne Sendung, so kann es auch kein Laienamt ohne Sendung geben. Ist aber ein Laie von der Gemeinde gewählt und gesandt, so kann er es bis zum Präsidenten einer Kirche bringen, ohne daß ihm deshalb priesterliche Funktionen übertragen werden. In den höchsten Organen der Kirche, in den Synoden, haben die Laien immer die Mehrheit vor den geistlichen Vertretern. Der einzelne Pfarrer ist der Dienstaufsicht seines Presbyteriums als des obersten Organes der Kirchengemeinde unterstellt. In der Regel hat auch den Vorsitz über das Presbyterium ein Laie. Der Pfarrer hat gleiche Stimme mit allen Gemeindevorstehern, sein Red wird gehört und diskutiert. In seinem ureigensten Amt, aber dem der Predigt, Seelsorge und Sakramentsverwaltung braucht er sich keinen Mehrheitsbeschlüssen zu beugen.

Die Laien sind die Kirche. Unter ihnen befinden sich Menschen, die für den wichtigsten Auftrag der Kirche ausgerüstet, gesegnet, gesandt und damit zu Pfarrern und Priestern werden. So wählt der Priester aus der Gemeinschaft der Laien, die die Kirche bilden, heraus. Sein Amt erhebt ihn aber nicht über die Laien, er ist der primus inter pares. Das kommt in der Gebotshaltung in den evangelischen Kirchen zum Ausdruck, wo er, den Rücken zur Gemeinde, zusammen mit der Gemeinde zum Kreuz hin ausgerichtet ist, als einer, der der Gemeinde angehört, auch für sich die Vergebung der Sünden braucht, nicht durch ein Tabu oder eine besondere Qualität getrennt ist, sondern auch hier das der Gemeinschaft der Laien verbundene in besonderer Funktion amtierende Gemeindeglied ist.

Alle anderen Ämter bleiben aber den sogenannten Laien vorbehalten, sofern es nicht Ämter sind, die die ganze Zeit und die Fachausbildung eines Theologen beanspruchen, aber mit dem Priesteramt in seiner besonderen species primär nichts zu tun haben. Auf diese Weise wird auch jedem Klerikalismus, also jeder Monopolisierung des Priesters im Gesamtgebäude der Kirche vorgebeugt.

Hier aber muß im praktischen Bereich noch viel getan werden. Es wäre falsch, wenn ein Pfarrer einen Laien zur einmaligen Sakramentsverwaltung hinzuzieht, selbst aber den Vorsitz über die Gemeindefinanzen, den Kindergarten oder die Programmgestaltung

des Gemeindeflebens noch hat. Hier ist der Laie gerufen, je nach Vermögen, Zeit und Ausbildung in seiner Kirche mitzuarbeiten.

Man sollte sich allerdings davor hüten, den Laien mit Scheinämtern zu bedenken, die über eine simple Beschäftigungstherapie nicht hinausgehen und keine wirkliche Verantwortung fordern. Nach Jahrhunderten des Ein-Mann-Systems in den Kirchen muß der Laie wieder lernen, aktiv zu werden und seine Gaben da einzusetzen, wo sie im Räume der Kirche gebraucht werden.

Es wäre hier aber auch nötig, die Ordination oder Weihe der Laien wieder ernster zu nehmen. In Köln sind hierfür gute Ansätze gemacht worden.

Um die Menschen da zu treffen, wo sie sind, muß das Evangelium auch von denen in voller Verantwortung ausgerichtet werden, die die soziale und kulturelle Lage in einer kompliziert gewordenen Welt mit den Adressaten teilen.

Die Kirche muß sich darüber klar werden, daß sie sich hier nichts vergibt. Der Laie muß sich darüber klar werden, daß auch er einer öffentlichen Sendung und Bestätigung bedarf. Hier muß theologisch und praktisch weitergearbeitet werden, etwa im Sinne des Talzeler Theologen Max Thurian, von dem der Begriff der Laienordination stammt. Hier muß einer Überschätzung des Priesteramtes und einer Unterschätzung der Laienämter entgegengearbeitet werden.

Kirche ist immer Kirche für die Welt. Laien und Priester zusammen bilden das Gottesvolk, das als Leib Christi nur da wirklich leben kann, wo dieser Volkscharakter bis in die Strukturierung hinein deutlich zu sehen ist, und wo die einzelnen Glieder am Leib Christi nicht zugunsten anderer Glieder verkümmern müssen, sondern wieder lernen, daß jedes Glied seine je ihm eigene Aufgabe zum Wohl des ganzen Leibes ausführen muß (1. Kor. 12,12 ff.).

Die Laien im kirchlichen Selbstverständnis

Beitrag von Karl Golser

Die Frage, als was und wie sich der Südtiroler heute versteht, soll in diesem Arbeitskreis auf das Phänomen der Kirche bezogen werden. Sie wird sich also so artikulieren: wie verstehe ich mich heute als Glied der Kirche, oder, da wir ja nicht der Hierarchie angehören, wie verstehe ich mich als Laie in der Kirche? Bevor wir diese Frage aber auf die spezielle Südtiroler Wirklichkeit abstimmen, müssen wir sie vorerst allgemein im Gesamten der Kirche stellen. Und dies soll die Aufgabe dieses ersten Grundsatzreferates sein. Die Applikation auf Südtirol wollen wir dann im Arbeitskreis gemeinsam vollziehen.

I. Religionsgeschichtlich betrachtet, impliziert das Christentum eine radikale Revolution der Beziehungen des Menschen zu Gott. War in allen anderen Religionen dem Priester allein der Zugang zu Gott vorbehalten, so haben die Christen „nunmehr freien Zutritt zum Vater“ (Eph 2,18) durch Christus, der ihr einziger Mittler und Priester ist (vgl. den ganzen Hebräerbrief). Jegliche Unterschiede zwischen Eingeweihten und Nicht-Eingeweihten, aber auch alle Standesprivilegien sind nun aufgehoben; das Primär ist die Berufung aller zum Glauben. Davon zeugen auch die Namen, mit denen sich die ersten Christen selbst bezeichnen. Sie verstehen sich als *κληροί* — als zum Glauben gerufene, als *ἐκκλησία* — als die herausgerufene Gemeinde, als *ἅγιοι* — als Heilige, oder zitieren wir gleich die wichtigste Stelle 1 Pt 2,9: „Ihr aber seid ein auserwähltes Geschlecht, ein königliches Priestertum, ein heiliges Volk, ein gotthöriges Volk.“

Innerhalb dieses heiligen Gottesvolkes mußte es, schon rein gesellschaftlich gesehen, eine Unterscheidung geben zwischen dem Volk als ganzes und denen, die das Volk zu führen, zu leiten hatten, oder biblisch zwischen der *παῖς* — der Herde und den *ἐπίσκοποι* — den Wächtern, zwischen der *ἐκκλησία* — der Gemeinde und den *πρεσβύτεροι* — den Ältesten, den Vorstehern. Ohne hier auf weitere Nuancen einzugehen muß festgestellt werden, daß diese Unterscheidung auf den Herrn selbst zurückgeht, der die Apostel aus den übrigen Jüngern herausgenommen, mit ihnen engsten Umgang gepflegt und sie zu besonderen Aufgaben bestellt hatte. Die erste Gemeinde wird also von Männern geleitet, deren Mandat nicht auf die Gemeinde, sondern auf den Herrn zurückgeht. Wir nennen dies eine hierarchische Struktur der Gemeinde. Es ist nun nicht anzunehmen, daß sich diese Struktur der Gemeinde mit dem Tod der Apostel vollends gewandelt hätte, zumal die Apostel noch zu ihren Lebzeiten Männern die Hände aufgelegt und sie zu Vorstehern der betreffenden Gemeinden bestellt haben (vgl. besonders die Pastoralbriefe). Damit haben sie ihnen zwar nicht alle ihre persönlichen Vollmachten übertragen, aber doch jene, die zur Führung der Gemeinde notwendig waren.

Vom Namen Presbyter stammt nun das deutsche Wort Priester ab. Das heißt nun nicht, daß die Gemeindevorsteher schon von Anfang an priesterliche Funktionen inne hatten. Wesentliche

Aufgabe des Priesters ist es nämlich, Opfer darzubringen. Es fragt sich nun, ob das NT neben dem Opfer Christi, durch das dieser „ein für alle Mal für die Sünden des Volkes sich dargebracht hat“ (Heb 7,27) noch ein im christlichen Kult vollzogenes Opfer gekannt hat, konkret heißt dies, ob die Eucharistiefeier, in der die Gemeinde beim Genuß des Leibes und des Blutes des Herrn seines Todes gedenkt, als Opferhandlung und Opfermahl verstanden wurde. Daß ein solches Verständnis sich schon im NT angebahnt hat, bezeugen die Abendmahlsberichte des Mk und Mt dadurch, daß sie Christi Blut dem der Opfertiere beim alttestamentlichen Bundesschuß gegenüberstellen.

Auf der anderen Seite läßt sich, wenn schon nicht aus dem NT, so doch aus der unmittelbar darauffolgenden Tradition (vgl. Did 15,1 und 1 Clem 44,4) eruieren, daß der Gemeindevorsteher auch dem Herrenmahl vorgestanden ist, daß ihm also, wenn auch in spezifisch christlicher Form, priesterliche Funktionen zukamen und er sich in der späteren Tradition dann auch als Priester verstanden hat.

II. Dieser schon im Urchristentum festgestellte Unterschied zwischen dem Gottesvolk als ganzen und seinen Vorstehern, der priesterlichen Hierarchie, wird nun das Spannungsfeld für die ganze spätere Kirchengeschichte abgeben, einer Entwicklung, in der leider immer mehr verdunkelt wurde, daß die Hierarchie auch Teil des Gottesvolkes ist und ihm dienend untergeordnet sein sollte. Grund dafür war hauptsächlich die seit Konstantin sich anbahnende, im Mittelalter zur Hochblüte gelangte, aber über den Absolutismus weit in die Neuzeit reichende Verflechtung, ja Identifizierung von Kirche und Gesellschaft bzw. Staat. Es entstanden zwar immer wieder authentische Laienbewegungen, die aber entweder sich nicht in der Großkirche halten konnten (ich nenne nur als Beispiel die Waldenser oder die große Bewegung der Reformation) oder in der Kirche bald hierarchische Züge annahmen (als Musterbeispiel sei die Bewegung des hl. Franz von Assisi und die vieler anderer Heiliger angeführt).

Rein theologisch ist das Wissen um das allgemeine Priestertum der Gläubigen nie ganz verloren gegangen. So finden wir bei den Vätern und auch im Hochmittelalter immer wieder die Aussage, daß es ja die Kirche (d.h. das ganze Gottesvolk, die *plebs sancta*) sei, die in der Messe opfere, darbringe, ja sogar durch den Dienst der Priester konsekriere (vgl. Trid. D 938). Und nach Thomas nimmt durch Taufe und Firmung jeder Gläubige am Priestertum Christi teil (vgl. Summa Theol. III q 63 a 3 und q 72 a 5). In späterer Zeit finden sich allerdings Äußerungen seltener, um der Lehre der Reformatoren keinen Vorschub zu leisten.

Eine gegenläufige Bewegung, die dann zum erneuerten Kirchenverständnis des II. Vatikanums führte, vollzog sich innerhalb der katholischen Kirche erst im 19. Jahrhundert, besonders durch die große Gestalt Newman's; und, nach einigen Rückschlägen, im 20.

Jahrhundert durch die allseits auftretenden Laienbewegungen, die aber größtenteils praktische Ziele hatten und oft in großer Abhängigkeit von der Hierarchie standen.

III. Eine eigentliche Theologie des Laienstandes beginnt erst nach dem 2. Weltkrieg. Die Äußerungen des II. Vatikanums über die Laien leiden deshalb auch unter diesem historisch bedingten Mangel, sie eröffnen aber neue Perspektiven für eine spätere Theologie.

Von entscheidender Bedeutung ist, daß in der Kirchenkonstitution, die das theologische Fundament für das Laiendekret abgeben sollte, dem Kapitel über die Bischöfe jenes über das Volk Gottes vorangestellt wurde. Dadurch wird das Gottesvolk als ganzes, als umfassende Einheit wieder entdeckt. Alle, mögen sie nun Hirten sein oder nicht, sind zunächst „Gläubige“, d.h. Menschen, die glauben, Menschen, deren Glaube in der Taufe besiegelt wurde. Daraus erwächst eine Mitverantwortung aller für die Kirche.

Erst in zweiter Linie kommt dann die funktionale Unterscheidung zwischen Hierarchie und Laien. Es ist deshalb ein Irrweg, den Laien nur in Gegenüberstellung zum Klerus, als Nicht-Kleriker zu bezeichnen und ihm dann nur das zuzugestehen, was der Klerus eben nicht gut tun kann.

Auch der Laie nimmt nach dem Konzil teil am priesterlichen, prophetischen und königlichen Amt Christi, er hat eine Aufgabe der Verkündigung und Heiligung. Er ist voll mitverantwortlich für die Gesamtkirche. „Er hat nicht nur die Möglichkeit, sondern sogar die Pflicht, seine Meinung hinsichtlich dessen, was zum Wohl der Kirche gereicht, kundzutun“ (LG. Nr. 37). Es ist damit jene öffentliche Meinungsbildung gemeint, von der schon Pius XII. sprach.

Für die Bestimmung, worin nun das Spezifische des Laien besteht, worin der Laie sich vom „Gläubigen“, der ja auch Kleriker sein kann, unterscheidet, ist die Lehre von den Charismen, d.h. von der je verschiedenen Berufung und Gnade des einzelnen wichtig (vgl. LG. Nr. 12,31). Je nach seiner Stellung in der Welt hat der Christ auch eine persönliche Aufgabe, er wird auf seine Weise aus Mitverantwortung am gesamten Volk Gottes heraus rufen. Wie dies im einzelnen geschehen soll, ist noch schwer zu sagen, es müssen hier viele neue Wege gegangen werden.

Auf alle Fälle kann gesagt werden, daß dem Laien auf Grund seines weltlichen Berufes eine primäre Kompetenz in den profanen Bereichen zukommt (LG. Nr. 36). „Kleriker sollen hier ihre Tätigkeit nur ausüben, um bestimmte Lücken auszufüllen, bemerkt hierzu die offizielle Relatio“ (vgl. F. Klostmann, Kommentar zur Relatio). Es ist ja so, meint F. Pöggeler (Echo der Zeit vom 26. 11. 67), im Weltamt der Laie nicht „Laie“, sondern Experte ist, der Priester ist hier eigentlich „Laie“.

IV. Für die Entwicklung nach dem Konzil sind wichtig vor allem der 3. Weltlaienkongreß in Rom vom Oktober 1967, dann das großartige Experiment des holländischen Pastoralkonzils und die in den einzelnen Diözesen errichteten Pastoralräte und mancherorts die Vorbereitungen für Partikularsynoden. Es muß jetzt das auf dem Konzil durchgebrochene neue Kirchenverständnis langsam ins Bewußtsein des ganzen Volkes kommen. Der Weg dazu ist nicht leicht: einerseits sind die noch nicht ganz von Ressentiments freien Laien äußerst empfindlich gegenüber Übergriffen kirchlicher Autorität, andererseits weiß die kirchliche Hierarchie nicht recht, wie sie Laieninitiativen bewerten soll, da noch nicht Wege und Lösungen einer echten Laienvertretung gefunden sind.

Allenthalben wird die Forderung nach Wahl, nach einer echten Demokratisierung der Kirche laut. Es muß aber bedacht werden, daß unsere Vorstellungen von Demokratie aus dem politisch-gesell-

schaftlichen Leben stammen und sich nicht ohne weiteres auf die Kirche übertragen lassen, die, zwar gesellschaftlich verfaßt, aber eine geistliche Wirklichkeit ist, die nur dem Glauben zugänglich ist. Von da aus muß man versuchen, neue gesellschaftliche Strukturen der Kirche entwerfen, für die es allerdings im Grunde kein Vorbild gibt.

„In diesen Dingen sind wir gewiß erst am Anfang“, meint K. Rahner (in „Stimmen der Zeit“, Juli 1968, S. 10—11), „und es bedarf des Mutes und des gegenseitigen Vertrauens zwischen Amt und Laienschaft, um hier weiterzukommen. Wenn sich Amt und Laienschaft in gegenseitigem Mißtrauen gegenüberstünden und in einem Kampf für ihr Recht sich befänden, in dem jede Seite die andere als Feinde der eigenen Rechte verstünde, könnten aus diesem Bestreben einer Demokratisierung der Kirche durch die Schaffung solcher Laiengremien nur vielleicht die Spaltung und im besten Fall ein bürokratischer Apparat herauskommen, der nur für sich selbst interessant wäre. Es muß auf beiden Seiten der christliche Mut, der Liebe und Hoffnung bedeutet, bestehen, der anderen Seite einen Vorschuß an Vertrauen einzuräumen, sich gegenseitig helfen zu wollen.“

VERWENDETE LITERATUR:

- Anonymus, Stimme eines Laien. Ein Laie kommentiert das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, in: Orientierung v. 31.5.1967, S. 117—20.
- J. Blinzler, Art. Allgemeines Priestertum, LThK 8, S. 753—7.
- M.-D. Chenu, Die Laien und die „consecratio mundi“, in: De Ecclesia, Hrsg. von G. Barauna, Bd. II, S. 229—307.
- Y. Congar, Art. Laie, LThK 6, S. 733—400.
- ders., Art. Allgemeines Priestertum, dogmatisch, LThK 8, S. 754—6.
- M. v. Galli, Akzente des Laienkongresses, in: Orientierung vom 30.11.1967, Seite 257—260.
- M. Gozzini, Die Beziehungen zwischen den Laien und der Hierarchie, in: De Ecclesia, op. cit. II, S. 327—348.
- J. Ch. Hampe, Das Niederländische Pastoralkonzil, in: Stimmen der Zeit, März 1968, S. 177—195.
- Herderkorrespondenz, 1967, S. 121—4: Erster Kongreß des lateinamerikanischen Laienapostolates (7.—12.X.1966).
- ders., 1967, S. 253—4: Erste Vollversammlung des Laienrates unter Kard. Roy, in Rom vom 13.—20.4.1967.
- ders., 1967, S. 306—307: Das neue Statut des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.
- ders., 1967, S. 405—7: Die Krise der katholischen Aktion in Spanien.
- ders., 1967, S. 449—452: Die Kirche, der Laie und das Amt.
- ders., 1967, S. 538—542: Der dritte Weltkongreß für das Laienapostolat.
- ders., 1968, S. 13—16: Kritisches Echo auf dem Weltlaienkongreß.
- ders., 1968, S. 201—204: Die Reform des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.
- Herderkorrespondenz, 1968, S. 205—206: Empfehlungen der postkonziliären Studienkommission in Österreich.
- J. B. Hirschmann, Laienapostolat nach dem Konzil, in: Stimmen der Zeit, November 1967.
- L. Kaufmann, Wie ein Pastoralrat zu seinen Kandidaten kommt. Zum Wahlmodus in Holland, in: Orientierung v. 31.3.1968.
- L. K., Bischöflich diskriminiert, eine Zurücksetzung der Laien, in: Orientierung 15.5.1968.
- F. Klostmann, Kommentar zum 4. Kapitel von „Lumen Gentium“, in: LThK Konzilsband I, S. 203—203.
- ders., Kommentar zum Dekret über das Apostolat der Laien, in: LThK Konzilsband II, S. 585—701.
- C. Kosm. Mitwirkung der Laien im Apostolat der Kirche, in: De Ecclesia, op. cit. II, S. 308—328.
- A. Mingler, Der Verlust der transzendentalen Sinnfrage. Zum innerkirchlichen Verhältnis zwischen Klerus und Laien, in: Hochland 1967, S. 533 ff.
- K. Rahner, Art. Priestertum, dogmatisch, in: LThK 8, S. 744—748.
- ders., Demokratie in der Kirche? in: Stimmen der Zeit, Juli 1968, S. 1—15.
- J. Schaschke, Gesellschaftlicher Wandel und katholische Verbände, in: Stimmen der Zeit, Juli 1968, S. 16—20.
- L. Schillebeeckx, Die typologische Definition des christlichen Laien, in: De Ecclesia op. cit. II, S. 269—286.
- J. Schmid, Art. Priestertum, in: NT, in: LThK 743—744.
- J. Kard. Suenens, Die Mitverantwortung in der Kirche, Salzburg 1968.

Die Schule als Ferment der Gesellschaft

Der Arbeitskreis „Die Schule als Ferment der Gesellschaft“ ist von der Feststellung ausgegangen, daß heute ein allgemeines Unbehagen unter der Studentenschaft herrscht, dessen Gründe noch nicht ausreichend analysiert und von den Studenten selbst oft noch nicht erkannt sind.

Deshalb konzentrierten sich die Überlegungen auf folgende Punkte:

- 1) Was ist die Schule heute, welche Aufgaben sind ihr gegenwärtig zugedacht;
- 2) Wie sollte die Schule sein;
- 3) Welche Wege führen zur - wenigstens teilweisen - Verwirklichung des Idealzustandes;
- 4) Spezielle Probleme der Schule in Südtirol.

Zu Punkt 1. Was oder wie ist die Schule heute, welchen Einflüssen ist sie unterworfen.

Unsere Schule ist in ihrem gegenwärtigen Aufbau eine Schule der Vergangenheit. Sie kann somit kaum als Ferment der Gesellschaft bezeichnet werden: sie übt vielmehr als konservatives Element eine stabilisierende Funktion aus, d.h. sie dient dem bestehenden gesellschaftlichen System, hat die Aufgabe, es zu stützen und zu bewahren. Die autoritäre Struktur entspricht nicht dem 20. Jh.; die Lehrprogramme sind völlig an der Vergangenheit orientiert. Der junge Mensch soll sich — wenn er schon unbedingt diskutieren will — mit rein akademischen Diskussionen über historische, geistesgeschichtliche, literarisch-schönegeistige u. ä. Themen zufriedengeben, mit Diskussionen also, die von den Problemen der Gegenwart ablenken und eine kritische Auseinandersetzung damit verhindern sollen. Denn kritische Auseinandersetzung und selbständiges Denken könnten den herrschenden Machtgruppen gefährlich werden, die Schule könnte den ihr von oben diesen Machtgruppen zugedachten Zweck nicht mehr erfüllen, nämlich dem State möglichst ergebene und unkritische Untertanen und der Wirtschaft „Fachidioten“ zu liefern. Diese allgemeine Zielsetzung äußert sich konkret in folgenden Tatsachen: Die Lehrer haben autoritäre Gewalt über die Schüler; jede kritische Betätigung des Schülers innerhalb der Schule wird vermieden oder verhindert; in Geschichte wird besonders ausführlich die Periode vom Wiener Kongreß bis zum Ende des ersten Weltkrieges behandelt, weniger der zweite Weltkrieg und fast überhaupt nicht die Geschichte der letzten zwanzig Jahre; Literatur scheint es nur bis Ende der zwanziger Jahre gegeben zu haben; die Staatsbürgerkunde beschränkt sich auf die Vermittlung von Definitionen und geschichtlicher Entwicklung; die Aufsatzklausuren haben meist retrospektiven Charakter.

Die Schule hinkt immer einige Jahrzehnte hinter der gesellschaftlichen Entwicklung her, auch wenn sie ab und zu den geänderten Bedingungen angepaßt wird, wobei die Art und Weise dieser Anpassung oft sehr fraglich ist. (So z.B. in Italien der Piano Gul, der sich im wesentlichen auf eine Reform aus dem Jahre 1926 stützt, die Mussolini als „la più fascista delle riforme“ bezeichnet hat.) Es genügt aber nicht, daß die Schule bloß den veränderten Verhältnissen angepaßt wird, sie muß vielmehr richtungweisend sein und den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß beeinflussen und beschleunigen.

Damit kommen wir zu Punkt 2. Wie soll die neue Schule aussehen, die diesen Anforderungen genügen kann? Sie soll in erster Linie der vollen Entfaltung der Persönlichkeit dienen, das kritische Bewußtsein wecken und die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, sozialen, politischen, wirtschaftlichen Problemen fördern. Damit sie in der Erfüllung dieser Aufgaben nicht beeinträchtigt werden kann, ist ihr innerhalb der Gesellschaft eine möglichst weitreichende Autonomie einzuräumen. Die Verwaltung muß dezentralisiert werden, die Lehrprogramme müssen Lehrern und Schülern größere Freiheit lassen, dürfen also nur Rahmensegmente sein. Vor allem muß man den Schülern selbst mehr Verantwortung und Mitbestimmung einräumen. Die Schule muß von ihrer Auslesefunktion weitgehend entlastet werden, weil durch die Auslese die sozial schwächeren Schichten immer benachteiligt werden. Sie muß möglichst vielen eine möglichst weitgehende Bildung vermitteln. Das verlangt aber auch in der Gesellschaft eine entsprechende Umstellung, d. h. der Wert einer Person darf nicht — wie es

immer noch geschieht — nach der Ranghöhe der Titel beurteilt werden, sondern diese Beurteilung muß sich allein auf persönliche Eigenschaften und Fähigkeiten gründen.

Punkt 3: Wie kann diese neue Schule verwirklicht werden? Der herrschende Machtapparat wird nie einer Reform zustimmen, die seinen Interessen widerspricht. Eine Besserung der Zustände kann also nur von Schichten kommen, die in diesem Machtapparat noch nicht oder nicht zu sehr eingebaut sind, in erster Linie von den Schülern und aufgeschlossenen Lehrern. Die Schüler besitzen aber noch geringe Durchschlagskraft, denn nur wenige sind sich über die Gründe ihres Unbehagens im klaren und denken an eine Änderung der Zustände. Deshalb ist es Aufgabe oben dieser wenigen, ihre Kameraden durch Diskussionen, Vorträge und vor allem auch Schülerzeitungen zu aktivieren und gleichzeitig auch die Lehrer zu neuen Lehrmethoden und Lehrinhalten herauszufordern. Gleichzeitig müssen Gruppen und Vereinigungen geschaffen werden, die die Forderungen der Schüler gegenüber den Schulbehörden vortragen und mit entsprechendem Nachdruck unterstützen. Solche Forderungen könnten sein: die Beiziehung einer Schülervertretung bei allen Konferenzen, in denen über Noten, Disziplinarmaßnahmen u. dgl. beschlossen wird; größere Freiheit in der Gestaltung der Programme für den Lehrer und Mitbestimmung für den Schüler; mehr Zeit für Diskussionen und Information über aktuelle Probleme usw.

Große Bedeutung muß auch der Öffentlichkeitsarbeit beigemessen werden. Die Bevölkerung muß gründlich über die Interessen und Forderungen der Schüler und Studenten aufgeklärt werden, damit die öffentliche Meinung deren Tätigkeit unterstütze. Da die gegenwärtige Lage des Pressewesens in Südtirol eine objektive Berichterstattung in keiner Weise gewährleistet und im Gegenteil die Bevölkerung negativ zu beeinflussen sucht, müssen neue Wege erprobt werden, z. B. umfangreiche Flugzettelaaktionen und Diskussionen.

Diese letzte Frage fällt bereits teilweise unter Punkt 4, der sich auf besondere Probleme der Schule in Südtirol bezieht. Eines dieser Probleme betrifft die Supplementen. Es konnte jedoch, obwohl es eng mit der Schule zusammenhängt, aus Zeitmangel nicht näher erörtert werden. Der Arbeitskreis fordert deshalb die Einsetzung einer Studienkommission zur Untersuchung des Problems und zur Ausarbeitung von Vorschlägen, sowie eine größere Aktivierung der Supplementen selbst.

Der zweite Problemkreis betrifft die Frage einer Universität in Bozen. Auch hier sind umfangreiche Studien notwendig, die den Rahmen des Arbeitskreises sprengen würden. Deshalb wird auch hier mit Nachdruck die Einsetzung einer qualifizierten Studienkommission gefordert, die alle Aspekte der Frage untersuchen und konkrete Vorschläge ausarbeiten soll.

Weiters wurde das Problem der Maturantenberatung erörtert. Es wurde festgestellt, daß die Maturantenbildungswoche des Landesausschusses und die technische Beratung durch die SH nicht genügen. Es fehlt ein wesentliches Element, nämlich die Vorausschau auf den zukünftigen Bedarf an Akademikern jeder Sparte in unserem Land. Eine soziologische Untersuchung muß die Grundlage für eine Art Bildungsplanung bilden. Weiters sollen die Maturanten nicht nur auf die Studienmöglichkeiten, sondern auch auf die Berufsmöglichkeiten nach Abschluß der höheren Mittelschule hingewiesen werden.

Von den Diskussionen ausgeklammert wurde die Möglichkeit der Schule, zu einer Verständigung der Volksgruppen in Südtirol beizutragen, da dies unter einen anderen Arbeitskreis fällt.

Der Arbeitskreis will sich auch während des Schuljahres öfters treffen, um die Diskussion weiterzuführen.

Der Bericht wurde einstimmig angenommen.

Ständige Mitarbeiter:

Franz Kössler
Hellmuth Ladurner
Dr. Andras Stoll

Die Schule als Ferment der Gesellschaft

Beitrag von Dr. Andreas Stoli

Es ist ungewöhnlich, die Schule als Ferment der Gesellschaft zu bezeichnen. Dahinter verbirgt sich anscheinend eine Auffassung, die der Schule für den Fortschritt der Gesellschaft eine entscheidende Rolle zuschreiben möchte. Es ist nun zu prüfen, ob die Schule diese Rolle tatsächlich spielt, spielen kann und spielen soll.

Die Formulierung des Themas „Schule als Ferment der Gesellschaft“ sucht den hochgradig abstrakten und komplexen Zusammenhang zwischen Schule und Gesellschaft durch ein Bild zu veranschaulichen. Es ist ein Bild, das dem Fachbereich der Chemie entnommen ist. Ferment bedeutet dort einen organischen Stoff, der andere organische Stoffe zum Gären bringt und die entsprechenden chemischen Prozesse lenkt und beschleunigt. Übersetzt auf unser Thema würde das heißen: die Schule ist eine Einrichtung, die in der Gesellschaft Veränderungen hervorruft und den sozialen Umwandlungsprozeß entscheidend beeinflusst. Die Schule erscheint hier als eine oder gar als die wesentliche Kraft, welche die Entwicklung der Gesellschaft vorantreibt.

Diese Betrachtungsweise ist ungewöhnlich und kann auf das gegenwärtige Schulwesen wohl noch kaum angewendet werden.

Die Schule bildet heute noch vielfach ein stabilisierendes Element der Gesellschaft. Sie dient dem bestehenden gesellschaftlichen System, sucht es zu stützen und zu bewahren. Die Schule ist noch immer ein konservatives Element, ein Instrument der Tradition und der Verfestigung des Bestehenden, sie ist mehr an der Vergangenheit orientiert als an der Zukunft. Die Schule ist den gesellschaftlichen Veränderungen niemals richtungweisend vorgegangen, sondern ist den sozialen Umwälzungen jeweils um Jahrzehnte nachgehinkt. Sie hinkt auch heute noch der Entwicklung nach und entspricht weitgehend nicht der gegenwärtigen Struktur der industriellen und demokratischen Gesellschaft. Das Schulwesen ist den Umwälzungen, die in den letzten fünfzig Jahren Gesellschaft und Staat verändert haben, nicht nachgekommen.

Nun ist man in vielen Ländern ernstlich bestrebt, diesen krasen Entwicklungsrückstand zu beheben. Es werden Reformen geplant und durchgeführt, um das Schulwesen endlich den Bedürfnissen des heutigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, staatlichen und geistigen Lebens anzupassen.

Die Schulpolitik, die das Bildungswesen lediglich an die gegenwärtigen Erfordernisse der Gesellschaft anpaßt, reagiert nur auf den Druck, der von verschiedenen Seiten auf sie ausgeübt wird. Wir können sie daher eine reaktive Schulpolitik nennen. Wer aber die Schule zum „Ferment der Gesellschaft“ machen will, kann sich mit einer bloß reaktiven Schulpolitik nicht zufrieden geben und eine aktive und progressive Bildungspolitik fordern.

Der Unterschied zwischen reaktiver und progressiver Bildungspolitik besteht darin, daß die eine erst unter dem Druck der gesellschaftlichen Veränderungen in Aktion tritt und das Schulwesen den Veränderungen bloß anpaßt, die andere hingegen aus der Vision einer idealen Zukunftsgesellschaft das Schulwesen bewußt als Instrument einsetzt, um die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse so zu beeinflussen und zu lenken, daß die ideale Gesellschaftsordnung verwirklicht werden kann. Die progressive Schulpolitik ist somit ein Teil der umfassenderen Gesellschaftspolitik.

Um den grundsätzlichen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung einerseits und der Entwicklung des Erziehungswesens andererseits klarer bestimmen zu können, ist es notwendig, die Merkmale der Schule und die Anforderungen an die Schule kurz zu umreißen. Daran anschließend können dann die Grundlagen einer aktiven und progressiven Bildungsplanung und Bildungspolitik dargestellt werden. Schließlich wäre noch zu fragen, wie die Schule den verschiedenen Ansprüchen, die an sie gestellt werden, gerecht werden kann und ob sie die Rolle eines Fermentes der Gesellschaft zu erfüllen vermag.

Die Merkmale der Schule

Die Schule als Institution

Die Schule ist eine soziale Institution. Das ist ihr erstes Merkmal. Die Gesellschaft hat sich in ihr eine relativ stabile Einrichtung geschaffen, in der eine für die Gesellschaft äußerst wichtige Arbeit geleistet wird. Die Schule verfügt über die nötigen materiellen und sachlichen Voraussetzungen und wird von einem zentral

organisierten Personal bedient. Sie arbeitet planvoll und systematisch. Da ihre Leistungen für die Entwicklung und für das Schicksal der Gesellschaft von so großer Bedeutung sind, ist die Schule in unserer pluralistischen Gesellschaft besonders hart umstritten. Die verschiedensten weltanschaulichen, politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen und Verbände suchen auf die Gestaltung und Leitung des Schulwesens Einfluß zu gewinnen.

Die Schule selbst möchte sich aus diesem Streit gerne herausheben und sich von den gesellschaftlichen Mächten und Körperschaften unabhängig machen. Die Schule läuft daher Gefahr sich zu sehr als eine eigene Welt zu sehen und sich vom fließenden Leben der außerschulischen Welt zu sehr zu isolieren. Eine gewisse Isolierung ist in einer komplizierten pluralistischen Gesellschaft allerdings notwendig. Die erzieherische Arbeit und das Reifen der Persönlichkeit verlangen einen geschützten und überschaubaren Lebensraum, in welchem die Heranwachsenden allmählich den Übergang vom engen und relativ geschlossenen Intimraum der Familie in die großräumigen und offenen Bezirke der Gesellschaft vollziehen können.

Die Schule darf sich jedoch nicht zusehr von der übrigen Gesellschaft isolieren, sondern muß sich stets offenhalten für die sich wandelnden Bedürfnisse der Zeit. Sie darf der Auseinandersetzung mit den verschiedenen sozialen Interessengruppen nicht ausweichen, sondern muß deren berechtigten Anliegen in ihrer Arbeit berücksichtigen. Denn sonst wird die Schule leicht zum Lagerhaus, zum Museum für Kenntnisse und Haltungen, die in der Praxis der gegenwärtigen Gesellschaft keine Kraft und keine Bedeutung mehr haben.

2. Die Schule als Stätte des Unterrichts

Die Schule dient dem Unterricht, das ist ihr zweites wesentliches Merkmal. In unserer Kultur sind die gesammelten Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten so umfangreich, so differenziert und in ihrem Aufbau so vielseitig, daß sie nur mehr in einem planmäßigen Unterricht an die heranwachsende Generation überliefert und weitergegeben werden können. Die Schule wird zum Zweck der Vermittlung vielfältiger Kenntnisse, Fertigkeiten und Tugenden organisiert. Welche Kenntnisse, Fertigkeiten und Tugenden die Schule an die Kinder und Jugendlichen vermitteln soll, wird, wenigstens in den Grundzügen, außerhalb der Schule, im gesellschaftlich-politischen Raum entschieden. Die Schule lehrt, was die Erwachsenen als wichtig und notwendig ansehen und was ohne systematische Lehre nicht ohne weiteres erworben werden kann. Die Schule sichert also durch ihren planmäßigen Unterricht die Kontinuität der Gesellschaft, sie sorgt dafür, daß ein bereits erreichtes kulturelles und gesellschaftliches Niveau nicht wieder verlorengeht.

Mit der Idee eines planmäßigen Unterricht ist aber nicht bloß die Weitergabe von Wissen und Können gemeint, sondern auch die Sorge für die volle Entfaltung der werdenden Persönlichkeit, denn nur voll entfaltete Persönlichkeiten bieten wirklich die Gewähr, daß die überlieferte Kultur lebendig bleibt. Zur schulischen Arbeit gehört nicht nur die Vermittlung überlieferter Werte, sondern auch der Dienst an der freien Entfaltung der Persönlichkeit. Die Schule ist in diesem Sinne nicht nur eine Stätte, in der man sich um ein gründliches Verständnis der Natur und der Kultur bemüht und in der man Tugenden pflegt, die im jeweiligen gesellschaftlichen Leben gebraucht werden, sondern die Schule ist vor allem auch eine Stätte, in der der junge Mensch zu einer kritischen und schöpferischen Selbstständigkeit, zu einem aktiven Träger lebendiger Kultur heranreifen soll. Die methodische Kunst des Unterrichts besteht gerade darin, zwischen den Lehrinhalten und der Aktivität des Schülers die fruchtbarste Verbindung herzustellen.

Die Schule kann ihren Auftrag als Kulturvermittlerin nur erfüllen, wenn es ihr gelingt, im Heranwachsenden die produktiven Kräfte des Gewissens und des Urteils zu wecken und auf das allen Menschen gesteckte Ziel demokratischer Gesinnung hinzuwirken. Mit diesen Gedanken ist bereits angedeutet, daß die Schule nicht nur eine Stätte des Unterrichts, sondern auch eine Stätte der Erziehung ist.

3. Die Schule als Stätte der Erziehung

Die Erziehung ist das dritte Merkmal der Schule. Die Schule verstand sich lange Zeit als eine Lehranstalt, als eine Insti-

tion, deren wichtigste Aufgabe es war, begrifflich klar formulierte und geordnete Lehrinhalte zu vermitteln. Der erzieherische Auftrag wurde entweder überhaupt nicht gesehen oder blieb doch wenigstens sehr stark im Hintergrund. Heute gilt der erzieherische Auftrag als ein wesentliches Merkmal der Schule.

Im geschützten Lebensraum der Schule soll der junge Mensch in seiner Ganzheit angesprochen und gefördert werden, er soll hier alle seine Kräfte des Leibes, der Seele und des Geistes harmonisch-ganzheitlich zur Entfaltung bringen, er soll hier die Einheit von Denken und Tun, Gemeinschaftsverpflichtung und Persönlichkeit anschaulich erleben und praktische Lebensbereitigung und Berufstüchtigkeit erwerben. Die konkrete Schullwirklichkeit ist zwar noch weit von diesem Idealbild entfernt, aber sie bewegt sich doch allmählich in diese Richtung.

Diese Wende von der bloßen Lernschule zur Erziehungsschule ist besonders auch deshalb notwendig geworden, weil die Familie immer mehr erzieherische Verantwortung an die Schule abgibt. Es ist gar nicht selten, daß Kinder nur mehr in der Schule die befreiende Wirkung eines geordneten Lebens erfahren können.

Die Schule hat zwar den immer dringender werdenden erzieherischen Auftrag anzunehmen, sie kann jedoch die vielen erzieherischen Aufgaben nicht allein bewältigen. Neben der Schule und Familie muß es noch andere Institutionen geben, in denen man sich um Erziehung bemüht. Ohne die ergänzenden Einrichtungen der Kindergärten, der Kinderhorte und Heime, der Jugendverbände, der Erziehungs- und Berufsberatung, der heilpädagogischen Hilfe und der Erziehungsfürsorge ist die volle erzieherische Wirksamkeit der Schule und Familie heute nicht mehr zu denken. Die Schule nimmt allerdings unter diesen verschiedenen erzieherischen Institutionen eine Vorrangstellung ein. Dies wird bereits klar, wenn man nur bedenkt, wieviel Zeit das Kind und der Jugendliche täglich in der Schule verbringen.

4. Die Schule als Ausleseeinrichtung

Die Auslesefunktion ist das vierte Merkmal der Schule. Die Schule hat für den einzelnen eine schicksalhafte Bedeutung. Der soziale Aufstieg führt in der modernen, sehr mobilen Gesellschaft fast nur mehr die berufliche Leistung, diese ist aber nur möglich auf Grundlage einer gediegenen schulischen Vorbildung. Der kürzere oder längere Schulbesuch verschließt oder öffnet dem einzelnen soziale Aufstiegchancen. Die Schule ist heute die entscheidende „soziale Dirigierungsstelle für die künftige soziale Sicherheit, für den künftigen sozialen Rang und für das Ausmaß künftiger Konsummöglichkeiten“. (Schelsky, S. 17). Sie fungiert heute als eine zentrale Ausleseeinrichtung, die dem einzelnen je nach dem größeren oder geringeren Schulerfolg mehr oder weniger Lebenschancen zuteilt. Lehrer und Prüfungskommissionen entscheiden weitgehend über das soziale und berufliche Schicksal des einzelnen.

Diese Rolle bedeutet für Lehrer und Schule eine große Belastung und beeinträchtigt ihre erzieherische Wirksamkeit sehr. Versetzungen und Prüfungen hängen wie ein Damokles-Schwert über Lehrer und Schüler. Es wäre im Interesse einer fruchtbareren Arbeit dringend zu wünschen, die Schule von dieser Auslesefunktion soweit wie möglich zu entlasten, damit sie sich mehr für den erzieherischen Auftrag engagieren könne.

II. Die Anforderungen der Gesellschaft an die Schule

Das Schul- und Bildungswesen hat innerhalb der gesellschaftlichen Dynamik eine gewisse Eigenständigkeit, darf sich aber den berechtigten Anforderungen, die die Gesellschaft an die Schule stellt, nicht verschließen. Der heranwachsende junge Mensch soll hier Kenntnisse, Fertigkeiten und Haltungen erwerben, die ihn zur aktiven Teilnahme am Gesamtleben der Gesellschaft befähigen. Die Gesellschaft fordert, daß die Schule genügend leistungsfähige Glieder zuführt.

Die Forderungen an die Schule sind in einer pluralistischen und differenzierten Gesellschaft besonders zahlreich und mannigfaltig. Die verschiedensten sozialen Interessengruppen möchten auf sie Einfluß gewinnen und in ihrer Arbeit Berücksichtigung finden. Familie, Gemeinde, Kirche, Staat, Berufs- und Wirtschaftsverbände knüpfen an die Schule ganz bestimmte Erwartungen. Sie alle haben ein eigenes Bild von dem, was die Schule leisten soll. Alle haben ein Interesse daran, daß die Jugend in ihrem Sinne beein-

flußt wird. Alle wollen sich daher der Schule bemächtigen, um sie dann nach ihren Zielen zu gestalten und zu leiten. Aus diesem Grunde sind schulpolitische Verhandlungen besonders langwierig und deshalb können sich auch Reformen auf dem Gebiet des Schulwesens, auch wenn sie noch so notwendig wären, nur langsam durchsetzen.

Jede gesellschaftliche Gruppe vertritt jeweils ein Teilgebiet unserer Kultur und fordert, daß es in der Schule Berücksichtigung finde. Jede hat ihre besonderen Vorstellungen von dem, was in der Schule vermittelt werden soll. Es ist dann die schwere Aufgabe der Schulpolitik, die verschiedenen Ansprüche daran zu messen, was sie zum Wohl des Ganzen beitragen. In der Schule kann nicht alles gelernt und getan werden, was man von ihr verlangt. Wer beweisen will, daß ein Kind das oder jenes lernen soll, muß zugleich auch nachweisen, daß dies wertvoller ist als das, was dadurch aus dem Lehrplan verdrängt werden muß. Denn wegen der begrenzten Unterrichtszeit kann das eine nur auf Kosten des anderen gelehrt werden.

1. Die Forderungen der Familie

Die Familie hat sicher das größte Recht, auf die Erziehung der Kinder Einfluß zu nehmen. Sie selbst ist allerdings heute in ihrer erzieherischen Wirksamkeit vielfach eingeengt und vermag von sich aus oft nur mehr einen einseitigen Beitrag zur Entfaltung der heranwachsenden Persönlichkeit zu leisten. Wo sie nicht mehr zurechtkommt, soll die Schule einspringen.

Die Familie verlangt, daß die Schule ihre Kinder auf die Berufs- und Arbeitswelt und auf das staatsbürgerliche Leben vorbereite. Die Eltern wissen, daß der künftige Lebensstandard ihrer Kinder weitgehend vom Erfolg in der Schullaufbahn abhängt. Gerade deswegen sind sie gegenüber den Beurteilungen durch Schule und Lehrer, gegenüber schulischen Leistungsanforderungen und gegenüber den Unzulänglichkeiten des Schulbetriebes so empfindlich. Die Eltern verlangen von der Schule, daß sie ihren Kindern jene Lebens- und Aufstiegchancen zuteile, die sie selbst für sie erhoffen und wünschen. Die Schule kann allerdings auf diese familienegoistischen Ansprüche keine Rücksicht nehmen, sondern muß die sozialen Chancen ausschließlich nach dem Richtmaß der schulischen Leistung zu verteilen suchen.

Die Familie erwartet außerdem von der Schule eine Stärkung und Stützung der elterlichen Autorität und eine Förderung des privaten und familiären Lebens. Die Schule soll die jungen Menschen zu einer befriedigenderen Führung und Gestaltung des Familienlebens befähigen und sie zur menschlich befriedigenden Verwendung der Freizeit und zu einer vernünftigen Konsumhaltung ziehen. Diese Forderungen werden selbstverständlich nicht von allen Familien mit gleichem Nachdruck erhoben. Was für die eine Familie berechnete Hilfe und notwendige Ersatzleistung ist, kann von der anderen als Eingriff in die Privatheit und Intimität der Familie gewertet werden. Daher können die genannten Erziehungsleistungen nur im engen Kontakt mit der Individualität der Elternhäuser befriedigend gelöst werden.

Dieser Kontakt zwischen Elternhaus und Schule ist allerdings weitgehend nicht vorhanden. Es herrscht zwischen beiden vielfach eine merkwürdige Entfremdung. Persönliche Kontakte zwischen Eltern und Lehrer sind selten. Die Eltern haben weitgehend den Eindruck, daß die Schule nur ein Instrument des Staates ist, dessen Personal, Lehrer und Beamte, sich hinter Verordnungen, Konferenzbeschlüssen und Zeugnissen verschanzt. Man darf sich mit diesem Zustand der gegenseitigen Entfremdung nicht abfinden, sondern man muß alles tun, um das gegenseitige Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule zu fördern, zum Zweck einer wirksameren erzieherischen Betreuung der Kinder und Jugendlichen.

2. Die Forderungen der Kirche

Die Kirche beruft sich in ihrer Tätigkeit auf eine göttliche Offenbarung und vermag dadurch ihren Forderungen ein besonderes moralisches Gewicht zu geben. In ihrem Sendungsbewußtsein betrachtet sich die Kirche als eine eigene Rechtsträgerin der Erziehung. Sie verlangt, daß ihre Sorge um das ewige Heil des Menschen überall respektiert werden, und das ganz besonders im Bereich der Erziehung und Bildung. Die Schule soll der religiösen und sittlichen Bildung eine vorzügliche Stellung im Unterricht einräumen, und die katholische Kirche erhebt eindeutig den Anspruch,

laß die Schule durch und durch im katholischen Geist eingerichtet und gestaltet werde.

Der Staat lehnt diese vollständige kirchliche Bevormundung ab und gewährt der Kirche in der Schule nur Raum für den Religionsunterricht. Der übrige Unterricht ist dem direkten kirchlichen Einfluß entzogen. Seit dem 18. Jahrhundert ist die Kirche immer mehr aus den Schulen hinausgedrängt worden. Auch in katholischen Ländern, wie Österreich und Italien, sind die früheren Bekenntnisschulen durch staatliche Gemeinschaftsschulen ersetzt worden.

Die Kirche versucht nun indirekt, durch Beeinflussung der Lehrer und Unterrichtsprogramme die christlichen Grundsätze in der staatlichen Gemeinschaftsschule so gut wie möglich wirksam zu machen.

3. Die Forderungen der Berufs- und Wirtschaftswelt

Die Berufs- und Arbeitswelt trägt besonders viele und vielfgestaltige Anforderungen an die Schule heran. Das Berufssystem der industriellen Arbeitswelt ist hochgradig spezialisiert und verlangt von den Arbeitenden ein hohes intellektuelles, sittliches und soziales Ausbildungsniveau. Die Schule wird daher mit Ausbildungsanforderungen geradezu überschüttet. Arbeiter- und Berufsverbände, Gewerkschaften und wirtschaftliche Organisationen treten mit zahlreichen Forderungen an die Schule heran. Die Wirtschaft hat erkannt, daß sich erhöhte Investitionen auf dem Schul- und Ausbildungssektor auf lange Sicht hervorragend verzinsen. Die Industriebetriebe wenden selbst erhebliche finanzielle Mittel für die innerbetriebliche Berufsausbildung und berufliche Fortbildung auf.

Die Anforderungen an die fachlichen und menschlichen Qualitäten der Arbeiter wachsen ständig. Die rein körperliche Arbeit wird immer mehr von vollautomatischen Maschinen besorgt. Die Schicht der Hilfsarbeiter schmilzt mit der fortschreitenden Technisierung immer mehr zusammen. Der Mensch wird immer mehr zum Leiter, Organisator und Kontrolleur der Maschinenarbeit. Die physische Kraft muß immer mehr durch Intelligenz, technisches Denken und Wissen, durch Einblick in die technischen Zusammenhänge und durch die Fähigkeit der Lenkung ersetzt werden. Die moderne Arbeit in Industrie und Bürokratie verlangt von den Menschen eine hohe geistige und intellektuelle Wendigkeit, ein hohes fachliches Wissen und Können, sie verlangt aber auch vielseitige Charaktereigenschaften: Achtsamkeit, Sorgfalt, Genauigkeit, Ausdauer, Klugheit, Zuverlässigkeit, Mut zur Initiative und zur Verantwortung. Man denke nur, welche Verantwortung ein Arbeiter hat, der eine teure Maschine zu bedienen hat. Eine schlampige und nachlässige Behandlung kann dem Betrieb viel Geld kosten.

Die moderne Wirtschaft übt heute auf die Schule einen besonders starken Druck aus und verlangt, daß ihre Wünsche, Bedürfnisse und Erfordernisse in der schulischen Arbeit weitgehend berücksichtigt werden. Die Schule soll ihr leistungsfähigere Arbeiter zuführen. Die Wirtschaft erwartet sich diesbezüglich vor allem eine gründliche intellektuelle, soziale und sittliche Grundausbildung und eine daran anschließende Fachausbildung.

Letztere sollte aber nicht zu eng und zu spezialistisch, sondern eher allgemein orientiert sein. Sie soll dem jungen Menschen ein allgemeines Bild von der Wirtschaft und Technik vermitteln und an konkreten Zusammenhängen anschaulich erleben lassen. Technische Entwicklungen und Umstellungen erfordern heute eine größere Umstellungsfähigkeit in der Berufstätigkeit und eine höhere Plastizität des Berufskönnens. Für die spätere Berufsausübung sind daher allgemeinere Arbeitstugenden ausschlaggebender als ganz spezielle manuelle und geistige Fertigkeiten.

Die Schule soll das Grund- und Fachwissen nicht nur vermitteln, sondern sie soll den Schüler auch befähigen, das Gelernte in verschiedenen Situationen vorteilhaft anzuwenden. Es ist beachtenswert, daß die moderne Wirtschaft neben der intellektuellen und technischen Ausbildung immer mehr auch eine intensive Charakterbildung fordert, und dies deshalb, weil die moderne Arbeit immer mehr den Einsatz anspruchsvoller Charaktereigenschaften notwendig macht.

Die Wirtschaft sieht die Schule nur unter ihrem einseitigen Blickwinkel, sie überschätzt und fordert von der Schule jeweils nur das, was nützlich, praktisch und erfolgversprechend ist. Die Berufs- und Arbeitswelt muß in der Schulpolitik mitreden, man darf aber nicht vergessen, daß die Wirtschaft nur ein Sektor der Gesellschaft ist, daher müssen ihre Ansprüche an die Schule von anderen sozialen Bereichen korrigiert und ergänzt werden.

4. Die Forderungen des Staates

Der Staat hat den stärkeren Einfluß auf die Schule. Er gibt dem Schulwesen eine gesetzliche Ordnung, er bestimmt die Lehrpläne, er bildet die Lehrer aus, er erläßt Prüfungsvorschriften und läßt das gesamte Schul- und Bildungswesen durch eigene Beamte beaufsichtigen. Es hat fast den Anschein, als ob die Schule ganz der staatlichen Macht ausgeliefert sei. Dem ist aber nicht so. Das mag vielleicht für totalitäre Staaten zutreffen, wo der Staat die Schulen für seine speziellen Absichten und Ziele mißbraucht, nicht aber in demokratischen Staaten. Hier kann der Staat nur im Rahmen der Verfassung und der geltenden Gesetze auf die Schule Einfluß nehmen. Verfassung und Gesetze aber sind nicht sein eigenes Werk, sondern das Werk, das aus der Auseinandersetzung des verschiedensten sozialen Gruppen und Verbände hervorgegangen ist.

Die rechtsstaatliche Demokratie, wie wir sie im freien Westen erleben, ist nur die Instanz, wo die verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen ihre divergierenden Ansprüche und Forderungen zu einem Ausgleich bringen und sich auf Kompromisse, auf gemeinsame Ziele und Aufgaben einigen können. Der Staat ist hier nur das Instrument, dessen sich die Gesellschaft bedient, um ein geordnetes Zusammenleben herzustellen und die Bewältigung gemeinsamer Aufgaben zu ermöglichen.

Auch in den schulpolitischen Auseinandersetzungen wirkt der demokratische Staat lediglich als ausgleichende Instanz. Auch hier müssen sich die verschiedenen Interessengruppen, die auf Mitgestaltung des Schulwesens Anspruch erheben, zu einem gemeinsamen oder doch wenigstens mehrheitlichen Willen durchringen, der sich dann in gesetzlichen Bestimmungen zum Ausdruck bringen kann. Der Staat erhält dann die Aufgabe, die vereinbarten und rechtskräftig gemachten Gesetze durchzuführen. Die gesetzlichen Bestimmungen verpflichten den Staat aber auch, eine aktive Bildungspolitik zu betreiben. In der Verfassung ist sogar ein umfassendes Bildungsprogramm schon umrißhaft vorgezeichnet, und es obliegt dem Staat dafür zu sorgen, daß es verwirklicht wird. Das kann natürlich nicht von heute auf morgen geschehen, sondern verlangt von seiten des Staates eine umsichtige und langfristige Planung und eine sorgfältige und in die Zukunft weisende Bildungspolitik.

III. Die Grundlagen einer progressiven Bildungspolitik

Ziel aller politischen Maßnahmen muß es sein, die in der Verfassung vorgezeichnete freie Gesellschaft zu verwirklichen. Unter den Bemühungen um die Verwirklichung einer freien und gerechten Gesellschaftsordnung nimmt die Schulpolitik eine erstrangige Stellung ein. Die Gestaltung des Bildungswesens ist geradezu der Hebel jeder wirksamen Gesellschaftspolitik. Bildungsnotstand ist gesellschaftlicher Notstand. Die demokratische Staatsform fordert von den Bürgern ein besonders hohes Bildungsniveau, ohne welches die Demokratie selbst gefährdet wäre. Eine Demokratie der Ungelbildeten und Haltlosen gibt es nicht und kann es nicht geben. Eine Demokratie kann nur Bestand haben, wenn in ihr möglichst viele Menschen ein möglichst hohes Ausbildungsniveau besitzen.

Es gibt heute selbst in demokratischen Staaten noch zu viele Bürger, denen der Zugang zu einer höheren Schulbildung aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen erschwert wird. So sind z. B. Landkinder, Arbeiterkinder und Mädchen an den höheren Schulen und Universitäten auffallend unterrepräsentiert. Es gibt noch zu viele Menschen, die aus Mangel an Bildung ihre Rechte als Bürger nicht genügend ausnutzen können. Eine gerechte Sozial- und Bildungspolitik muß für alle sozialen Gruppen die gleichen Ausbildungsmöglichkeiten schaffen, muß die Bildungschancen gerecht verteilen und darf keine soziale Schicht systematisch bevorzugen. Denn das Recht auf Bildung ist ein soziales Grundrecht aller Bürger, es ist die Grundlage für die effektive Ausübung auch aller anderen Rechte. Ohne entsprechende Bildung hängen die in der Verfassung garantierten Bürgerrechte in der Luft.

Die italienische Verfassung verpflichtet den Staat, „die Hindernisse wirtschaftlicher und sozialer Art zu beseitigen, welche ... der vollen Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und der wirksamen Teilnahme aller Arbeiter an der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gestaltung des Landes im Wege stehen“ (Art 3). Die wirksame Teilnahme am Leben der Gesellschaft ist aber in einer Demokratie ohne eine hohe Allgemeinbildung überhaupt nicht möglich. Der Staat hat daher dafür zu sorgen, daß mög-

höchst alle Bürger eine hinreichende Grundausbildung erhalten. Er muß die Volks- und Mittelschulen so im Lande verteilen, daß sie von allen schulpflichtigen Kindern besucht werden können. Darüber hinaus muß er möglichst vielen Jugendlichen die Möglichkeit bieten, sich eine höhere Ausbildung anzueignen. Zu diesem Zweck hat er genügend mittlere und höhere Lehranstalten sowie Hochschulen und Universitäten zur Verfügung zu stellen. Er hat kein Recht, den Andrang zu den weiterführenden Schulen durch irgendwelche Maßnahmen oder Versäumnisse zu hemmen. Im Gegenteil, er muß ihm nach Kräften zu fördern suchen. Er hat sogar die Pflicht, die Eltern mancher Regionen, Schichten und Gruppen aus dem Schlaf der Bildungsunlust aufzuschrecken und ihr Interesse an einer höheren Ausbildung für ihre Kinder zu wecken und zu steigern.

Die Bildungspolitik einer Demokratie muß stets von der Absicht getragen sein, durch Verbesserungen des Bildungswesens allen Bürgern die effektive Ausübung ihrer Rechte zu ermöglichen und dadurch die Entwicklung zur freien Gesellschaft voranzutreiben. Das zu erreichende Ziel ist die in der Verfassung bereits umrissen skizzierte freie und gerechte Gesellschaft, die allen Bürgern gleiche Rechte und gleiche Lebenschancen bietet. Die Bildungspolitik ist das entscheidendste Instrument, die Gesellschaft diesem allerdings noch sehr fernen Ziel näher zu bringen. Dazu sind mannigfaltige, in die Zukunft weisende schulpolitische Entscheidungen notwendig. Solche Entscheidungen müssen in einer sehr komplizierten Gesellschaft besonders sorgfältig geplant und vorbereitet werden.

Man sieht langsam ein, daß auch im Bereich des Erziehungs- und Bildungswesens Planungsarbeiten immer dringender werden und daß eine erfolgreiche Schulpolitik nur auf der Grundlage einer weit-sichtigen und langfristigen Bildungsplanung möglich ist. Die Schul-verwaltungen und Unterrichtsministerien arbeiten immer häufiger nach mehr oder weniger langfristigen Entwicklungsplänen. Das ist sicher ein guter Anfang für eine progressive Bildungspolitik, aber wie mir scheint, starrten diese Pläne noch allzusehr auf die Befriedi-gung der gegenwärtigen und in der nächsten Zukunft zu erwartenden Erfordernisse der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik und berücksichtigen zu wenig, daß das Schulwesen in erster Linie der vollen Entfaltung der Persönlichkeit und erst in zweiter Linie der Aus-bildung hochqualifizierter Arbeitskräfte zu dienen hat.

Eine aktive Bildungspolitik weiß sich verantwortlich für eine gesunde Entwicklung der Gesellschaft, sie berücksichtigt in ihren Entscheidungen und Maßnahmen die sich wandelnden Erfordernisse der Zeit und sucht auch den zu erwartenden Erfordernissen und

Möglichkeiten der nächsten Zukunft gerecht zu werden, ihr Grund-anliegen aber muß sein, das Versprechen der demokratischen Ver-fassung auf gleiche Bürgerrechte für alle Menschen allmählich zu verwirklichen und gerade dadurch den Bestand einer freien demo-kratischen Gesellschaftsordnung zu garantieren. Das Schulwesen wird ihr zum entscheidenden Instrumente, den Fortschritt und die Vervollkommenung der Gesellschaft voranzutreiben und auf das vor-gegebene Ziel hinzulenken.

„Bildung ist Bürgerrecht!“ Von diesem Grundmotiv soll sich eine demokratische Bildungspolitik leiten lassen, wenn sie am Schulwesen Veränderungen vornimmt. Von diesem Grundmotiv sol-len sich aber auch alle leiten lassen, die für die fruchtbare Arbeit in den Schulen verantwortlich sind. Es sollte sich in den demo-kra-tischen Staaten endlich die Auffassung durchsetzen, daß die Schule den Schülern zu dienen hat, daß sie eine „Wohlfartseinrichtung“ ist, deren schönste und wichtigste Aufgabe darin besteht, den an-vertrauten Schülern zur vollen Entfaltung ihrer besten Möglichkeiten zu verhelfen. Hier liegt aber noch vieles sehr im argen, besonders im Bereich der höheren Schulen und Hochschulen. Diese haben an-scheinend noch nicht begriffen, daß sie eine demokratischen Auftrag zu erfüllen haben, daß es ihre demokratische Aufgabe ist, die ihnen anvertrauten jungen Menschen nach besten Kräften zu fördern und zur größtmöglichen Entfaltung zu bringen. Statt dessen fahren sie fort, Leistungen zu messen und Begabungen zu sortieren. Die demokratische Gesinnung ist in ihnen noch wenig zur Geltung gekommen.

Literatur:

- Brezinka, Wolfgang: Theorie der Schule und des Unterrichts. Vorlesung vom Som-mersemester 1953 an der Universität in Innsbruck (Maschinenschrift).
 Dahrendorf, Ralf: Bildung ist Bürgerrecht. Pädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Osnabrück 1955.
 Lichtenstein, Ernst: Die Schule im Wandel der Gesellschaft, Ratingen 1957.
 Schelsky, Helmut: Schule und Erziehung in der industriellen Gesellschaft (= Welt-bild und Erziehung Nr. 20). Würzburg 1959.
 Ullrich, Robert und Rebel, Karlheinz: Gymnasium und Sozialwissenschaften. Wege zur Demokratisierung der Schule. Heidelberg 1958.
 Newc, H.: Der politische und demokratische Bildungsauftrag der Schule. 1961.
 Scheibel, Wolfgang: Schülermitverantwortung, ihr pädagogischer Sinn und ihre Ver-wirklichung. Berlin-Spandau 1962.
 Röhrs, Hermann: Die Schule und ihre Reform in der gegenwärtigen Gesellschaft, Heidelberg.
 Scheisky, Helmut: Anpassung oder Widerstand? Soziologische Bedenken zur Schul-reform. Heidelberg.
 Traubert, B.: Die schwedische Schulreform. Frankfurt 1966.
 Furrer, G.-L.: Das unzeitgemäße Gymnasium, Weinheim 1965.
 Magdeburg, H.: Gesamtschule — Modell für die Schule von morgen? Weinheim 1967.
 Straube, H.: Modell eines neuen Gymnasiums. Freiburg i. Br. 1956.

Die Presse in Südtirol

Der Arbeitskreis zum Sachgebiet „Die Presse in Südtirol“ ist bei der Analyse der Pressesituation zu folgendem Ergebnis ge-kommen, das mit Mehrheitsbeschluß gebilligt wurde:

Die Lage in Südtirol kennzeichnet, trotz häufigen Hinweises offizieller Stellen auf einen angeblich existenten Pressepluralismus das eindeutige Vorherrschen von Presseerzeugnissen eines Vor-lages mit festumrissener Ideologie. Dieser Verlag ist Träger und Verteidiger der besitzenden Bürgerschicht und seit der Gründung mit der Amtskirche und deren Repräsentanten verflochten.

Diese Tatsache hat sich trotz auftretender Divergenzen in letz-ter Zeit zwischen Kurie und „Athesia“-Vorlag nicht wesentlich geändert.

Durch das Einheitspartei-System und die sie bestimmenden Kreise ist eine Interessengemeinschaft zwischen Monopolpresse und Partei vorhanden, die in wichtigen politischen Momenten der repräsentativen Demokratie voll ausgenutzt wird.

Diese Presse informiert dementsprechend einseitig und ihren gesellschaftlichen Interessen gemäß.

Es hängt aber von einer objektiven und demokratischen Presse ab, daß das Volk aktiv am öffentlichen Leben teilnehmen und es selbst bestimmen kann. Die Presse hat somit für eine freie Ge-sellschaft eine wichtige Funktion zu erfüllen.

Die Gesellschaft muß das Recht der Kontrolle über das Presse-wesen besitzen und auch eingreifen können, wenn durch gegebene

Monopolstellungen, Manipulationen und einseitige Berichterstat-tung die freie Entwicklung gesellschaftlicher Kräfte gehemmt wird.

In Südtirol ist das Monopol der Presse auf die wirtschaftli-che Kraft Einzelner gegründet.

Zur Behebung der Mißstände der Presse sind folgende Än-derungen unbedingt erforderlich:

1. Die Entflochtung der Bindungen zwischen Amtskirche und „Athesia“-Presse.
2. Herstellung einer echten Unabhängigkeit der Presse von der Einheitspartei.
3. Die Bewußtmachung des gesellschaftlichen Charakters der Funktionen der Presse in der breiten Öffentlichkeit.
4. Dieser Bewußtmachung folgend die Vergesellschaftung der Presse.

Dieser Bericht wurde in Abwesenheit des ständigen Mitarbeiters Hans Notdurfter genehmigt.

Das Arbeitskreismitglied Dr. Innerhofer stimmte gegen diesen Beschluß. Ihm wurde deshalb freigestellt, einen eigenen Bericht einzureichen.

Ständige Mitarbeiter:

Dr. Josef Innerhofer
 Hans Notdurfter
 Josef Schmid

Zusatzklärung zur Resolution des Arbeitskreises „Die Presse in Südtirol“

Unterfertiger kann sich mit der im Arbeitskreis „Presse in Südtirol“ abgefaßten Resolution nicht einverstanden erklären.

1. Sie bezieht sich lediglich auf die Presserzeugnisse des Athesia-Verlages und berücksichtigt nicht die zahlreichen und teilweise auch viel gelesenen deutschsprachigen Zeitungen und Zeitschriften anderer Verleger. Somit ist eine starke Einseitigkeit schon von vornherein gegeben.

2. Die Aufforderung an die kirchlichen Stellen, sich vom Athesia-Verlag offiziell und radikal zu distanzieren, widerspricht völlig dem Kirchenverständnis des 2. Vatikanischen Konzils, dessen ausdrückliche Absicht es war, die Kirche aus der „splendid isolation“ herauszuführen und sie überall dort zum Dialog und zur Mitarbeit mit der Welt anzuspornen, wo sich Ansätze dafür bieten könnten, selbst auf die Gefahr hin, von manchen mißverstanden zu werden.

Dr. Josef Innerhofer

Anhang: Forumdiskussion

Die politische, soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in Südtirol

Diskussionsleiter: Dr. Otto Saurer

Sprecher: Josef Atz, Landessekretär der SVP

Dr. Norbert Brugger, Senator im ital. Parlament, SVP

Norbert Florineth, Kandidat der SFP bei den Parlaments- und Landtagswahlen

Dr. Egmont Jenny, Parteiboss der SFP, Landtagsabgeordneter der SFP

Dr. Anton Kapfinger, Landtagsabgeordneter der SVP

Franz Plaickner, Kandidat der SFP bei den Parlaments- und Landtagswahlen

Dr. Peter Tappeiner, Kandidat der SFP bei den Parlaments- und Landtagswahlen

Eine wörtliche Wiedergabe dieser Diskussion würde den Rahmen der Sondernummer sprengen. Außerdem wurden in dem dreistündigen Gespräch auch Probleme behandelt, deren Lösungsmöglichkeiten sowohl aus der Sicht der SVP als auch aus der der SFP zur Genüge bekannt sind. Diese Zusammenfassung wird deshalb nur das Wesentliche wiedergeben.

Um den Berg von Fragen und Antworten auch in schriftlicher Form irgendwie genießbar zu gestalten, werden die einzelnen Probleme zusammengelegt: die chronologische Abfolge wird zugunsten einer Ordnung nach Problemkreisen aufgelassen.

PARTEIEN Der Ausgang der Parlamentswahlen bildeten den Anstoß zur Diskussion. Da die SFP sich anlässlich dieser Wahlen zum ersten Mal dem Volke als Alternativlösung gestellt hatte, wird auch die Frage aufgeworfen, inwieweit sich beide Parteien, abgesehen von Macht- und Personalpolitik, unterscheiden. Die Beantwortung dieser Fragen kreist um drei Begriffe: Alleinvertretungsanspruch der SVP, Forderung nach Demokratie in Südtirol, Bemühungen auf sozialer Ebene für den „kleinen Mann“.

Senator Brugger weist in Hinblick auf das gute Ergebnis für die SVP bei den Parlamentswahlen darauf hin, daß die SVP die SFP „erst dann als echte politische Partei ansehen (wird), sobald sie aus Wahlen ein Mandat erhalten hat“.

Dr. Jenny stellt dieser Aussage aber die Forderung nach einer Schaffung von demokratischen Zuständen auch in Südtirol entgegen.

Entscheidend sei seiner Meinung nach die Anerkennung des Rechts auf „Selbständigkeit des anderen“. Allerdings ist die Frage „ob Demokratie nur innerhalb eines Mehrparteiensystems bei einer vollen Minderheit möglich“, sei berechtigt, räumt Sen. Brugger

ein. Oder „gibt es auch Demokratie bei einer Sammelbewegung („die sich Partei nennen muß“), wenn entsprechende Satzungen dafür Sorge tragen, daß Demokratie von unten herauf gewährleistet wird?“ Es geht im Grunde darum, die Minderheit nach aussen zu schützen.

Denn die SVP organisiere „jene Südtiroler, die die Absicht haben, Südtiroler zu bleiben, auch unter Berücksichtigung der Dynamik, der Entwicklung der modernen Gesellschaft“. Dr. Brugger richtet deshalb an die Vertreter der SFP die Fragen, ob sie auf diese Eigenart „verzichten“ oder ob „sie auch der Auffassung (seien), daß die Mitglieder SFP Südtiroler bleiben wollen.“

Florineth bejaht in seiner Antwort diese Frage. Die SFP bemühe sich jedoch — und hier gehe sie über das nationale Denken hinaus — auch um weitere Belange, vor allem um die Rechte des kleinen Mannes. Der nationale Wunsch sei nur ein „Teilaspekt“.

„Auch die SVP bemühe sich um den kleinen Mann“, entgegnet Sen. Brugger. „Um welchen kleineren Mann bemüht sich die SFP?“ Diesem ist es gleichgültig, unter welchen Voraussetzungen, seien es christliche, seien es sozialistische, die Probleme angegangen werden. „Wichtig ist, daß sie gelöst werden“. Daher sei es notwendig, im Interesse des kleinen Mannes gemeinsam zu arbeiten. Eine Spaltung schade der Gruppe und dem kleinen Mann. Daher müsse man heute versuchen, „freundschaftliche Beziehungen“ herzustellen und nicht „Klüfte aufzureißen“. „Wir wünschen, fährt Senator Brugger fort, daß die SFP einrenken, um nicht zu sagen einlenken möge, damit wir in die Lage versetzt werden, uns wieder als Sammelpartei stellen zu können, wobei wir... durch eine innere Dialektik der SVP die Möglichkeit bieten würden, auch sozialistische Gedankengänge zur Diskussion und zum Durchbruch zu bringen“.

Dr. Jenny wendet sich gegen diesen „Umarmungsversuch“ von Senator Brugger. Denn dies sei „eine demagogische (Brugger: Wo wurde ich bei demagogischen Schlagern erwischt?) Mißbrauch der Minderheit“. Aufgrund der inneren Dynamik der Einheitspartei „die die Intoleranz zum Maßstab hat“, wird dann doch das getan, was diese bestimmt, im Sinne von „wir werden schon zum selben Resultat kommen, zu **meinem** Resultat!“

PRESSE Die Frage nach dem Pressewesen in Südtirol wurde durch die Bemerkung ausgelöst, die SVP habe bei der letzten Wahl (Mai 1968) „Propagandamittel“ (Brugger) besessen, die zum Erfolg beigetragen haben. Dr. Brugger betont, daß er mit diesem Ausdruck den „Geist“, die „Möglichkeiten an Propaganda“ gemeint habe. „Selbstverständlich hat die DOLOMITEN uns sehr geholfen“. Obwohl die DOLOMITEN sich „nicht mit der SVP identifiziert“, nicht „Parteiblatt“ sei, so habe sie im „Interesse der SVP geschrieben“, so „sei sie als Propagandamittel sehr nützlich gewesen“.

Seine Bitte, ihm die Beantwortung der Zusatzfrage (Kann man diese Art von Propaganda als fair und vertretbar bezeichnen?) zu

erlassen, wurde vom Publikum mit Unwillen aufgenommen. Der Hinweis des Diskussionsleiters, eine Nichtbeantwortung öffne jeglicher Interpretation Tür und Tor, veranlaßte Senator Brugger dennoch auf die Frage einzugehen. „Sicherlich ist in Einzelfällen die Propaganda der DOLOMITEN entgleist; sie war nicht immer fair und war nicht in allen Fällen klug“. (Beispiel: Dr. Lurger-Giosse). „Im großen und ganzen gesehen, mag auch eine gewisse Unfairneß vorgefallen sein, muß ich erklären, daß die DOLOMITEN während der Wahl uns sehr unterstützt hat.“

Dr. Jenny, den „diese Worte Dr. Bruggers“ freuen, zweifelt an der „Glaubwürdigkeit“ dieser Kritik, da sie erst nach Beendigung der Wahl erfolgt sei. (Brugger: „Ich habe die Gewohnheit auf Unfairneß zu antworten, sobald ich gefragt werde.“) Dr. Tappeiner verlangt eine Stellungnahme der SVP (und nicht nur eines Mitgliedes dieser Partei) gegen die DOLOMITEN. Senator Brugger: Wo wird die eigene Presse (Tumult) oder wenigstens die Presse, die ihr propagandistisch nützt, kritisiert? Ist das jemals bei den Sozialisten vorgefallen?“

Die Pressediskussion flackerte noch einmal im Zusammenhang mit dem Problem der Pressefreiheit auf. („Würden Sie, Herr Senator, die in den Grundrechten fundierte Pressefreiheit höher achten als ein rechtlich fundiertes Eigentum?) Die Frage von Dr. Jenny, welche Maßnahmen Senator Brugger zur Erreichung einer beschiedenen Pressefreiheit in Südtirol empfehle, beantwortet dieser mit der Feststellung: „Durch die Gründung einer zweiten Tageszeitung“. Dr. Brugger glaubt, daß es noch andere und bessere Möglichkeiten gebe, gewisse Monopolbindungen zu brechen oder zu unterbinden.

STUDENTEN Was ist ein Exzeß? Dieser Begriff muß zuerst geklärt werden, bevor die Frage nach der Berechtigung der Studentenbewegungen und deren Aktionen beantwortet werden kann. Denn Mängel liegen vor und Bestrebungen, diese Mängel zu beheben, sind zu begrüßen und zu unterstützen. Allerdings haben Aktionen der Studenten nur solange eine Berechtigung, solange sie nicht in Exzesse ausarten. Dabei müsse man aber bei der Verurteilung der einen oder der anderen Gruppe vorsichtig vorgehen, vor allem aber nicht das auslösende Moment aus den Augen verlieren. Denn auch die Polizei habe manchesmal zu früh zu Machtmitteln gegriffen. Es wird als von der Berechtigung des studentischen Vorgehens jener Raum der Übergriffe ausgespart. Exzesse selbst liegen bei „einer rechtswidrigen Schädigung fremden Eigentums“ (Brugger) vor.

Diese Begriffsbestimmung konnte leider im Verlauf der Diskussion nicht weiter differenziert werden.

Die Diskussion verließ dann den weitgespannten Horizont der allgemeinen Studentenbewegungen und befaßte sich eingehender mit der Situation in Südtirol. Senator Brugger glaubt, daß man in Südtirol nicht von Exzessen sprechen könne, wenn auch vielleicht manchesmal das „Mittelmaß“ überschritten worden sei. Persönlich ist er der Meinung, daß die „Partei bis jetzt etwas zu wenig um die Studenten“ sich gekümmert habe. Die in letzter Zeit aufgenommenen Gespräche (Kapfinger: „...sehr wertvolle und interessante Aussprache...“) zwischen Partei und Südtiroler Hochschülerschaft (Jenny „im verschlossenen Kämmerlein“) werde die SVP in die Lage versetzen, die Probleme der studierenden Jugend besser kennenzulernen und gleichzeitig darüber auch zu einem objektiveren Urteil zu kommen.

Die SVP habe die Studenten schon immer als „künftige tragende Gesellschaftsschicht“ (Kapfinger) angesehen und sich dafür eingesetzt.

Die studierende Jugend bilde das dynamische Element in der Gesellschaft, sie solle „gesellschaftliche Probleme in eigener Initiative aufgreifen und im Dialog behandeln“. (Florineth)

WIRTSCHAFT Industrialisierung, fehlende Arbeitsplätze, Abwanderung von Südtiroler Arbeitern in das Ausland bilden die Pfeiler dieses Problembereiches. Sie stellen auch ein Teilfundament der sozialistischen Partei in Südtirol dar, wobei der Vorwurf Dr. Jenny's an die SVP, sie sei gegen Industrialisierung, diese drei Punkte in einen einzigen Satz zusammenfaßt.

Senator Brugger versucht durch den Hinweis auf den Raumordnungsplan diesen Vorwurf zu entkräften, leistet aber andererseits seinen politischen Gegnern Schützenhilfe, wenn er betont, daß, seiner Meinung nach, diese Vorschläge ihn nicht befriedigen („...daß das noch zuwenig ist“). Er habe sich schon früher für eine stärkere Industrialisierung ausgesprochen.

Allerdings liegen die Gründe für die Abwanderung auch auf anderer Ebene, fügt Atz diesen Ausführungen hinzu. Nicht alle gehen ins Ausland, weil sie in Südtirol keine Arbeit finden können; manche entschließen sich zu einem Aufenthalt im Auslande um etwas zu lernen (Brugger: „Herumziehen der Handwerksburschen“) wieder andere möchten den „Fittichen der patriarchalischen Aufsicht der Familie“ entgehen; gar nicht wenige arbeiten im Ausland, um der Militärpflicht zu entgehen.

Die Bezahlung sei kein Grund, führt Atz weiter aus, denn die Gehälter sind bei uns sogar höher als im Ausland. Störend wirkt sich nur die fehlende Freizeit bei uns aus. In Wirklichkeit gehen heute „viele Rundschreiben hinaus mit freien Arbeitsstellen“. Die Situation in Südtirol ist im Grunde umgekehrt als allgemein geglaubt wird: deutsche Industrien müßten bereits Facharbeiter „importieren, weil wir keine haben“.

Plaickner versucht nun durch den Hinweis auf praktische Beispiele diese Ausführungen zu entkräften. Für ihn liegt der Grund für die Abwanderung im „Zwangssystem (der südtiroler Gesellschaft und Politik), wo der Arbeiter nichts gilt.“

In Südtirol seien in gewissen Fällen durch das Bestreben der Einheit gewisse soziale Entwicklungen gedrosselt worden, räumt Senator Brugger ein. Aber ein Vergleich mit anderen norditalienischen Provinzen zeige, daß bei manchen die wirtschaftliche und soziale Situation nicht besser gelagert sei.

Dr. Jenny wehrt sich gegen das „Bettelgehen im Ausland“ und Senator Brugger pflichtet ihm in diesem Punkte bei. (Jenny: „Aber ihr duldet es“. Brugger: „Dann wären wir nicht demokratisch, wenn wir es nicht duldeten!“)

KULTUR Sicherlich ist der Rahmen einer Forumsdiskussion zu eng, um das Problem der Meraner Hochschulwochen und das Fernbleiben der SH von dieser Veranstaltung erschöpfend zu behandeln. Brugger bringt diese Schwierigkeit auch zum Ausdruck und er fügt hinzu, daß er auch deshalb eine Analyse nicht vornehmen könne, da er die „Hintergründe“ nicht könne. Allerdings sei er der Ansicht, daß das Angebot bei den Meraner Hochschulwochen einer „starken Beteiligung“ wehre. Der Schritt der SH in dieser Hinsicht sei deshalb bedauerlich.

Florineth versucht nun die Hintergründe aufzudecken: er weist auf die einseitige Auswahl der Referenten hin, auf die fehlende Streuung der Meinungen, auf die Vermiedung des Dialogs, der aktiven Mitarbeit, was notwendigerweise zu einer Berieselung führen müsse.

Senator Brugger glaubt diesen Mangel durch den Eintritt der Studenten in das Kulturinstitut beheben zu können. Gleichzeitig könnte man dadurch auch gewisse „Mängel im Kulturinstitut, die beklagt werden“, ausmerzen.

Die Kulturpolitik im engeren Sinne bildete die Grundlage im weiteren Verlauf der Diskussion über die kulturellen Probleme. In der bei dieser Studientagung ausgesprochenen Forderung der SH, eine Neubesetzung des Amtes für Schule und Kultur vorzunehmen, kann Brugger keine Stellungnahme abgeben. „Wir werden aber pflichtgemäß die Ansicht der Studenten den Parteigremien vortragen“.

Die an die Vertreter der SFP gerichtete Frage, ob die ihre Partei mit der neuen kulturellen Organisation „Kulturring“ ein Kulturinstitut mit „umgekehrten Vorzeichen“ aufgezogen habe, wird von Dr. Jenny als Polemik bezeichnet, die er zurückweisen müsse. Es geht der SFP um die „Erweiterung der Horizonte auf kultureller Ebene“. Deshalb wird der Kulturring Leute einladen, die zu „einer Bereicherung des Kulturlebens“ in Südtirol beitragen werden.

Über die Stellung der SVP zur kulturpolitischen Ausrichtung im Lande gibt Senator Brugger folgende Erklärung ab:

Die SVP glaubt, daß wir uns auch in Zukunft im Rahmen der obersten Grundsätze der abendländischen Kultur als Südtiroler weiterentwickeln müssen, und zwar hier mit der italienischen Gesellschaft. Wir erklären, daß wir kulturell Tiroler, Menschen eigener

Prägung sind. Diese Eigenart, die durch die Geschichte geformt wurde, ist jetzt durch unseren Status als volkliche Minderheit gefährdet. Wir wollen nun versuchen unsere Eigenart der Entwicklung der Tiroler als deutscher Stamm im deutschen Sprachraum anzugleichen, damit wir in unserer kulturellen Ausrichtung und in der Entwicklung der Eigenart dorthin tendieren und nicht in Richtung Italien, wobei wir wissen, daß über die Tiroler Eigenart der große deutsche Kulturraum steht.

Die italienische Kultur hat genauso ihre Werte wie die deutsche. Wir sollen uns mit den Werten der italienischen Kultur, sobald wir unsere eigene gut kennen, auseinandersetzen, weil wir im eigenen Rahmen einen Maßstab besitzen und wollen nicht chinesische Mauern um uns aufrichten!"

Dr. Jenny zitierte als Antwort auf diese Frage Dr. Alois Fink, der in der Sendung des bayrischen Rundfunks vom 7. 7. 1965 folgendes sagte:

„Man muß es deutlich aussprechen, von einer der begabtesten Landschaften Europas, als die das Südtirol früherer Jahrhunderte mit Recht bezeichnet wurde, ist heute außer den Zeugnissen und Denkmälern von damals nichts mehr zu finden. In der Zeit der Südtiroler Waffen- und Gemeindefreiheit, der wirtschaftlichen und persönlichen Unabhängigkeit, ist Südtirol wahrhaftig auch der blühende Garten einer Kultur gewesen, deren Bedeutung alles andere als nur regional war. Hier sind die ältesten Fresken des gesamten deutschen Sprachgebietes, Michel Pacher war ein Pustertaler, ein Bozener hat das Gudrunlied aufgezeichnet und seine Kopie blieb als einzige erhalten. Walther von der Vogelweide und Oswald von Wolkenstein stammten aus dem Eisacktal. Die Südtiroler Baukunst tut sich nicht nur durch ihre Gotik hervor. Das Land zog eine Fülle deutscher und italienischer Kultur an, genauso wie es an den Norden große Barockmeister wie Paul Troger und im Rokoko: Johann Holzer abgab. Ein Blick in 'Die Kunstdenkmäler von Südtirol' von Josef Weingartner ist überzeugend. Dazu der Reichtum an Volkskunst, Volksdichtung und Volksbräuchen. Heute hat die Südtiroler Kunst und Kultur im großen und ganzen den provinziellen Zuschnitt von Heimatvereinen. Die spätere Entwicklung ehemals blühender Kulturprovinzen von europäischem Gewicht ist freilich anderswo nicht viel anders verlaufen. Aber hier soll die Berufung auf die große Vergangenheit mehr als anderswo gelten, und hier wurde das Verlorene weniger als anderswo durch neue Potenzen, auch wenn sie nicht auf dem Gebiete der Kultur liegen, ersetzt. Vor allem ist es nicht gelungen eine gemeinsame, neue Form der Gesellschaft zu finden. Auch auf diesem entscheidenden Felde also erweist sich der extreme Konservatismus der offiziellen Südtiroler Führungsschicht als eine Gefahr. Die angestammte Religion und die alte Vätertreue sind kein Ersatz für ein lebendiges kulturelles Leben.“

STATUT Frage: Ist das Statut der SVP weit genug, um allen Südtirolern politisches und weltanschauliches Asyl zu bieten?

Brugger: Allen bietet natürlich das Statut und das Programm der SVP nicht Asyl. Die SVP ist schwerpunktmäßig eine Partei der Mitte und gemäß Statut nach christlichen Grundsätzen ausgerichtet. Sie achtet und schätzt aber auch die Meinung der anderen, die nicht nach christlichen Grundsätzen denken, soweit diese anderen Ideologien mit dem christlichen Ideengut verträglich sind, solange sie tolerant sind.

Wir sind der Meinung, ich wenigstens, daß in der SVP ein Sozialist, sagen wir nach Bad Godesberger Muster ohne weiteres Platz hat. Mit extremen Haltungen geht es dann natürlich nicht mehr. Der intolerante Marxist auf der linken Seite und der intolerante Faschist auf der rechten Seite hat in der SVP nicht mehr Platz, und zwar deswegen nicht, weil der Intolerante dem Toleranten gegenüber immer von Vorteil ist, wenn er um denselben Tisch sitzt.

Dr. Jenny: „... Ich glaube, daß das Statut durchaus diese Möglichkeit bieten würde. Aber auch die KPdSU hat ein glänzendes Statut, und trotzdem ist die Handhabung des Statutes nicht das, was wir uns unter Demokratie vorstellen... Ein Statut kann manipuliert werden.“

Die SVP zeige eine intolerante Haltung gegenüber den Linkskräften, beherberge aber „extreme Faschisten in den eigenen Reihen“. (Dr. Jenny weigert sich Namen zu nennen.) Die parteiinterne

Diskussion bleibe „im Dunkeln“. Die Minderheit könne nicht mit ihren eigenen Meinungen an die Bevölkerung herantreten. Sonst fliegt man bei der Partei hinaus.

Den Einwurf Senator Bruggers, auch Stuffer sei bei der SVP hinausgeflogen, bezeichnet dieser als eine „leichte Retourkutsche“. „Wir sind keine Sammelpartei. Bei euch (SVP) müssen viele Meinungen Platz haben, bei uns (SFP) ist eine gewisse Einheitsmeinung in gewissen politischen Dingen (Zwischenruf: Einheitsmeinung) vorgesehen.“

SCHLUSSWORTE Senator Brugger: „Ich möchte mich bei den Anwesenden für das rege Interesse an der Diskussion und für die interessanten Fragestellungen bedanken. Ich glaube, daß wir als Vertreter

der SVP nicht gerade den Eindruck der Intoleranz und des Konservatismus gemacht haben, der uns sehr oft vorgeworfen wird. Ich glaube auch, daß die Kritiken, welche von seiten der Vertreter der SFP vorgebracht wurden, in ihrer Schärfe oft nicht berechtigt sind. Ich möchte betonen, oft nicht berechtigt sind. Ich bin schon der Meinung, daß man kritisieren darf, und auch offen kritisieren darf. Es wäre aber die offene Kritik bei der heutigen Lage auch innerhalb der SVP, wo sich zwei fast gleichstarke Gruppen die Waage halten möglich; daß man auch nach außen entsprechend Kritik an der Tätigkeit der Richtungen gegenüber der Tätigkeit der anderen Richtung vorbringen kann. Zum Teil wird dies ja bereits getan. In bin nach wie vor der Meinung, daß wir auch innerhalb einer Sammelbewegung aller Südtiroler ein demokratisches Kräftespiel politischer Gegensätze auszutragen imstande wären. Deswegen stehe ich auf dem Standpunkt der Sammelpartei, auf der Gruppierung aller Südtiroler (im Rahmen einer Partei). Zum Schluß möchte ich einen Dank an die Vertreter der SFP aussprechen. Es sind scharfe Worte gesprochen worden. Wir haben uns auch ein kleinwenig in der Diskussion geärgert. Die Diskussion muß aber so sein, damit die anwesenden Fragesteller die Gegensätze besser erfassen können. Und wenn sie nicht da sind, dann sollen sich die Zuhörer die Frage stellen, warum wir uns nicht besser vertragen.“

Jenny: „Ich danke auch den Zuhörern. Ich muß mich --- ohne daß ich gleich jetzt verdächtigt werde, ich würde mich in der Sammelpartei wieder einschreiben --- freuen, daß diese Diskussion stattgefunden hat. Bis zum letzten Wahlkampf sind ja alle unsere Versuche, Diskussionen und Aussprachen über sachliche Dinge zu erreichen, gescheitert. Aber es stellt schon einen Meilenstein oder ein kleiner, bescheidenen Schritt dar, wenn er ehrlich gemeint ist, daß eine gewisse Gegenüberstellung der Meinungen und Probleme der Gesellschaft erfolgt. Und ich finde, auch die Polemik kann da nicht schaden. Es geht ja nicht darum, künstliche Unterschiede zu schaffen, sondern wir sind bemüht gewisse Grundsätze hervorzuheben. Wenn wir nun den Grundsatz der Demokratie, den Grundsatz der Vielfalt der Meinungen, den Grundsatz der Konkurrenz dieser Meinungen mit all ihren Konsequenzen auch für die Volksgruppe verlangen, so ist es natürlich ein Gedanke, der sich sehr schwer durchsetzt. Aber wir glauben, daß wir damit, um es ganz deutlich zu sagen, eine Aufgabe im Interesse der Südtiroler übernehmen. Wir sind der Meinung, daß es nur zweckmäßig sein kann, wenn die Südtiroler mit den verschiedenen Meinungen, die in ihrer Gruppe existieren, konfrontiert werden. Das sind Grundsätze, die wir --- und ich glaube auch sie als Studenten --- richtig finden. Wir verlangen ja nicht, daß sie uns die Zustimmung geben --- es freut uns natürlich wenn wir sie erreichen --- wir verlangen nur, daß gewisse Grundsätze immer wieder besprochen werden.“

Und ich glaube abschließend sagen zu können: ... ist ist ein Eigenlob für die Partei --- daß gerade unser Entstehen für den Beginn einer Demokratisierung der Volkspartei, ganz entscheidend gewirkt hat. Es war zum ersten Mal eine Entwicklung aufgetreten, die auch die andere Seite zwingt, die demokratischen Spielregeln, wenn auch im bescheidenen Maße, einzuführen. Das Wesentliche aber ist, daß in Südtirol die Standpunkte in sachlicher, manchmal auch in heftiger und polemischer Gegenüberstellung ausdiskutiert werden und daß jedermann seine Folgerungen ziehen kann, die auch ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Niederschlag finden müssen.

Die Referenten der Tagung

Josef Atz

Kaufmann, Generalsekretär der Südtiroler Volkspartei, Bozen

Dr. Hans Benedikter

Leiter des Landespresssamtes der Südtiroler Landesregierung, Bozen. Mitglied des Parteiausschusses der Südtiroler Volkspartei.

Luis Benedikter

Student an der Universität Verona, Fachrichtung Moderne Sprachen, Mittelschullehrer (Supplent)

Dr. Gianni Bianco

Journalist bei der Zeitung „Il Giornale“, Redaktion Bozen

Dr. Peter Brugger

Senator, Gemeindevorsteher der Südtiroler Volkspartei, Bozen

Dr. Alessandro Cavalli

Dozent an der Hochschule Pavia, Fachrichtung Soziologie

Marco Dogo

Student an der Universität Padua, Redakteur des „Il Bo“

Gottfried Ebnicher

Student an der Universität Innsbruck, Fachrichtung Geschichte und Germanistik, Vorsitzender des Ausschusses der Südtiroler Hochschülerschaft

Norbert Florineth

Student an der Universität Wien, Fachrichtung Altphilologie, Mittelschullehrer (Supplent), Mitglied des Parteivorstandes der Sozialen Fortschrittspartei, Bozen

Dr. Ello Franzin

Journalist, Mitarbeiter bei der Zeitschrift „Il foglio della sinistra universitaria“ Padua

Bischof Joseph Gargitter

Bischof der Diözese Bozen-Brixen

Karl Golser

Student am Germanicum, Rom

Dr. Anselmo Gouthier

Rechtsanwalt, Bozen, Provinzialsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, Bozen

Dr. Josef Innerhofer

Redakteur des „Katholischen Sonntagsblattes“, Brixen

Dr. Egmont Jenny

Facharzt (Urologe), Vorsitzender der Sozialen Fortschrittspartei Südtirols, Bozen

Dr. Anton Kapfinger

Regionalbeamter, Landtagsabgeordneter der Südtiroler Volkspartei, Bozen

Franz Kössler

Oberschüler an der Handelsoberschule, Bozen

Dr. Alexander Langer

Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Brücke“, Bozen

Dr. Gianni Lanzinger

Jurist, Mitarbeiter bei der Zeitschrift „Die Brücke“, Bozen

Hellmuth Ladurner

Student an der Universität Wien, Fachrichtung Philosophie und Geschichte, Vorsitzender der Südtiroler Hochschülerschaft, Bozen

Hartmut O. G. Linderlmayer

Pastor der evangelischen Gemeinde Bozen

Dr. Pepi Martiner

Vize-Präsident der Union de Latins, St. Ulrich

Siegfried Mayr

Student an der Universität Verona, Fachrichtung Handelswissenschaften, Mittelschullehrer (Supplent), Sozialreferent der Südtiroler Hochschülerschaft, Bozen

Prof. Lidia Menapace

Professorin an der Katholischen Universität Mailand, Assessorin für Sozialwesen in der Südtiroler Landesregierung, Bozen

Hans Notdurfter

Student an der Universität Innsbruck, Fachrichtung Ur- und Frühgeschichte und Germanistik, Pressereferent der Südtiroler Hochschülerschaft, Bozen

Prof. Pietro Nuvoletti

o. Professor für Strafrecht an der Universität Mailand

Prof. Friedrich Nowakowski

o. Professor für Strafrecht an der Universität Innsbruck

Josef Perkmann

Student an der Universität Padua, Fachrichtung Rechtswissenschaften, Kulturreferent der Südtiroler Hochschülerschaft, Bozen

Franz Plaikner

Volksschullehrer, Mitglied des Parteivorstandes der Sozialen Fortschrittspartei, Sozen

Rainer Rilling

Student an der Universität Marburg, Fachrichtung Philosophie, Redakteur der „Marburger Blätter“

Dr. Otto Saurer

Jurist, Altvorsitzender der Südtiroler Hochschülerschaft, Bozen

Josef Schmid

Student an der Universität Wien, Fachrichtung Philosophie, Mittelschullehrer (Supplent), Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Brücke“, Bozen

Dr. Andreas Stoll

Mittelschullehrer an der Lehrerbildungsanstalt, Meran

Siegfried Stuffer

Mittelschullehrer (Supplent), Mitherausgeber der Zeitschrift „Die Brücke“, Bozen

Dr. Peter Tappeiner

Jurist, Mitglied des Parteivorstandes der Sozialen Fortschrittspartei, Bozen

Dr. Josef Ties

Mittelschullehrer, Mitarbeiter im Südtiroler Kulturinstitut, Bozen

Max Wratschgo

Bundesobmann vom Bund Europäischer Jugend Österreichs

Pepi Zelger

Student an der Universität Innsbruck, Fachrichtung Philosophie und Mathematik, Korreferent des Pressereferenten der Südtiroler Hochschülerschaft, Bozen

Sondernummern der Südtiroler Hochschülerschaft

Studientagung 1967

Südtirol im Wandel

Zur Problematik des Übergangs von der Agrar- zur Industriegesellschaft

Fürstenburg (Burgois), 24.—29. Juli 1967

Aus dem Inhalt

Zur Studientagung 1967

Dr. Otto Saurer, Vorsitzender der Studientagung 1967

Die Landwirtschaft in der modernen Wirtschaftsstruktur — Wandel des Sozialgefüges

Dipl.-Ing. Dr. Alois Leitner, Abgeordneter zum Österreichischen Nationalrat, Direktor der Landw. Landeslehranstalt Rotherhof, Jenbach

Das Landvolk Kärntens auf dem Weg zur Industriegesellschaft

Dr. Dipl.-Ing. Hans Öllinger, Klagenfurt

Entwicklungstendenzen der Landwirtschaft in den EWG-Ländern

Regierungsrat Dr. Werner Bockor, Bonn

Problematik einer Wirtschaftsplanung in Südtirol

Dipl.-Ing. Dr. Karl Zanen, Meran

Der Raumordnungsplan der Südtiroler Landesregierung

Dr. Frieder Hofer

Betrachtungen zum Raumordnungsplan der Südtiroler Landesregierung

Dr. Heino Steger, Assessor für Landwirtschaft, Bozen

Moderne Lebensformen und bäuerlicher Konservatismus

Claus Gatterer, Wien

Zur Problematik der Formen geistigen und geistlichen Lebens

Dr. Alois Ties, Hochschüler- und Akademikerversorger, Bozen

Die Kirche zwischen modernen Lebensformen und bäuerlichem Konservatismus

Dr. Johannes Moßner, Diözesanassistent des KVW, Bozen

Der Bildungsrückstand der Landbevölkerung

Dipl.-Ing. Dr. Alois Leitner

Die Industrialisierung in Südtirol

Wörl

Wohin mit der überschüssigen Landbevölkerung?

Diplomvolkswirt Siegfried Daeg, Stuttgart

Der Aufbau des Berufsschulwesens

Dr. Karl Kuppelwieser, Direktor der Südtiroler Berufsschulen, Bozen

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Südtiroler Landesregierung (Forumsdiskussion) Hauptreferat

Dr. Peter Brugger, Assessor h. D., Bozen

Preis der Einzelnummer Lit. 400

Studientagung 1968, 1. Teil

Zum Selbstverständnis der Südtiroler

Problematik einer Standortbestimmung in nationaler, kultureller, politischer und historischer Hinsicht

Grillhof (Vill bei Innsbruck), 16.—20. April 1968

Aus dem Inhalt

Zur Studientagung am Grillhof 1968

Helmut LaCurner

Das alte Tirol als plurinationale Einheit und die Auswirkung auf die Gegenwart

Dr. Fritz Prior

Südtirol — Zeugnisse und Selbstzeugnisse

Claus Gatterer

Diskussion über die Vorträge von Dr. Prior und Claus Gatterer

Geschichte Tirols bis zum Ersten Weltkrieg

Dr. Fridolin Dörner

Die Geschichte Südtirols nach 1914

Dr. Karl Stuhlpfarrer

Diskussion über die Vorträge von Dr. Dörner und Dr. Stuhlpfarrer

Südtirol — Klischee und Wirklichkeit

Dr. Manfred Nayer

Die Presse in Südtirol — Möglichkeiten der politischen Meinungsbildung

Dr. Toni Ebner

Diskussion über die Vorträge von Dr. Nayer und Dr. Ebner

Staats- und gesellschaftspolitische Möglichkeiten nationaler Minderheiten

Dr. Theodor Veiter

Diskussion über den Vortrag von Dr. Veiter

Forumsdiskussion

Südtirol von morgen — Kontinuität oder Abbruch?

Arbeitskreis: Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet zwischen Nordtirol und Südtirol: Einbahn oder Gegenseitigkeit?

1. Arbeitsgruppe: Hohe Kunst und Wissenschaft

2. Arbeitsgruppe: Volkskultur

3. Arbeitsgruppe: Massenmedien und Erwachsenenbildung

Tiroler Volksbildungshelm Grillhof

Die Referenten der Tagung

Schlußbemerkung

Preis der Einzelnummer Lit. 400

Folgende Sondernummern der Südtiroler Hochschülerschaft sind im Sekretariat erhältlich:

Preis der Einzelnummer Lit. 100

Studientagung 1957

Studientagung 1958 „Die soziale und wirtschaftliche Struktur Südtirols“

Studientagung 1959 „Jugend, Volk und Staat“

Studientagung 1960 „Volkstum und Kultur in Südtirol“

Studientagung 1961 „Die Stellung des Südtiroler Akademikers im öffentlichen Leben“

Studientagung 1966 „Ziele und Möglichkeiten einer Kulturpolitik für Südtirol“

Inhaltsverzeichnis

Pluralismus	1	Mitteilungen zum Tagesthema	
Helfmuth Ledurner		I movimenti delle minoranze nazionali e la trasformazione rivoluzionaria della democrazia nel socialismo in Europa	
Begrüßungsworte	2	Die Bewegungen der nationalen Minderheiten und die revolutionäre Umwandlung der Demokratie in den Sozialismus in Europa	49
Gottfried Ebnicher		Dr. Elio Franzin	
Prolog zur Aufsässigkeit	3	Relazione del dott. Gianni Bianco	
Helfmuth Ledurner		Kurzreferat von Dr. Gianni Bianco	55
Die Auswirkung der Europaidee auf die nationalen Minderheiten	5	Zusammenfassung der Diskussion	56
Dr. Alessandro Cavalli		Die Kirche in der mündigen Gesellschaft	57
Mitteilungen zum Tagesthema		Bischof Joseph Gargitter	
Die europäische Integration aus österreichischer Sicht	7	Zusammenfassung der Diskussion	62
Max Wratschko		Forumsdiskussion	
Die Auswirkung der Europaidee auf die nationalen Minderheiten	9	Neue Kräfte in der gesellschaftlichen Entwicklung Südtirols	66
Dr. Papi Martiner		Berichte der Arbeitskreise	
Zusammenfassung der Diskussion	10	Möglichkeiten der Begegnung zwischen der deutschen, italienischen und ladinischen Volksgruppe	68
Forumsdiskussion		Student und Kulturpolitik — Kritisches Gewissen oder Interesselosigkeit	
Engagierte oder funktionslose Jugend		Untersuchung über die Möglichkeiten und Grenzen einer Mitarbeit am kulturellen Leben Südtirols	69
Relazione di Marco Dogo	10	Problemkreis: Sammelpartei und Demokratie — Widerspruch in sich?	69
Kurzreferat von Marco Dogo		Die Laien im kirchlichen Selbstverständnis	70
Kurzreferat von Dr. Alexander Langer	13	Kurzreferat	
Kurzreferat von Siegfried Mayr	15	Das Selbstverständnis der Laien in der Kirche	
Kurzreferat von Rainer Rilling: Kapitalismus und Deutsche Universität	16	Versuch eines Beitrages aus evangelischer Sicht von Hartmut O. G. Lindenmayer	71
Kurzreferat von Dr. Otto Saurer	18	Die Laien im kirchlichen Selbstverständnis	72
Zusammenfassung der Diskussion	18	Beitrag von Karl Golsor	
Selbstaufgabe oder Fortbestand der ladinischen Volksgruppe	19	Die Schule als Ferment der Gesellschaft	74
Dr. Papi Martiner		Kurzreferat	
Zusammenfassung der Diskussion	23	Die Schule als Ferment der Gesellschaft	75
La posizione costituzionale delle minoranze etniche		Beitrag von Dr. Andreas Stoll	
Die verfassungsrechtliche Stellung der volklichen Minderheiten	24	Die Presse in Südtirol	78
Prof. Pietro Nuvolone		Anhang: Forumsdiskussion	
Politisches Delikt und ethnische Minderheiten	28	Die politische, soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in Südtirol	79
Prof. Friedrich Nowakowski		Die Referenten der Tagung	82
Zusammenfassung der Diskussion		Sondernummern der Südtiroler Hochschülerschaft	83
Sviluppo della convivenza tra i gruppi etnici del Sudtirolo		Inhaltsverzeichnis	84
Entwicklung im Zusammenleben der Volksgruppen in Südtirol	34	Schlußbemerkung	
Dr. Anselmo Gouthier			
Wandel im Zusammenleben der Volksgruppen	40		
Dr. Peter Brugger			
Il Sudtirolo nella società italiana			
Südtirol im Rahmen der italienischen Gesellschaft	42		
Prof. Lidia Menapace			
			3. Umschlagseite

Schlußbemerkung

Mit der vorliegenden Sondernummer wurde jener Weg beibehalten, den die Südtiroler Hochschülerschaft erstmals bei der Herausgabe des ersten Teiles der Studententagung 1968 (Grillhof) eingeschlagen hatte; über 500 Subskriptionen für diese Nummer mögen die Richtigkeit dieses Vorgehens belegen.

Leider weist das Heft zwei Mängel auf. Einmal wurde der angekündigte Erscheinungstermin (Weihnachten 1968) um fünf Monate überzogen. Wegen der Übersetzung der italienischen Referate in die deutsche Sprache und wegen der im letzten Monat des Jahres 1968 verstärkten Aktivität im Kulturreferat konnten die Manuskripte nicht vor Anfang Februar fertiggestellt werden.

(Eine weitere Verzögerung ergab sich durch den Streik in den Druckereibetrieben.)

Die Übersetzungen aus dem Italienischen sind so weit wie möglich wortgetreu. Da aber der Originaltext mitabgedruckt wird, besteht immer die Möglichkeit, bei nicht genauer Übersetzung einiger Stellen auf den Originaltext zurückzugreifen.

Weiterhin ist die Nummer unvollständig: die Zusammenfassung der Diskussion über die Referate von Dr. Gauthier und Sen. Brugger fehlt, da infolge eines Versagens des Tonbandgerätes diese Diskussion nicht aufgezeichnet worden ist.

Das verspätete Erscheinen zeigt auch eine positive Seite: inzwischen sind die Polemiken und das Für und Wider abgeklungen und es besteht die Hoffnung, daß die Ausführungen der einzelnen Referenten in einem etwas sachlicherem Lichte betrachtet werden.

Die Sondernummer möge deshalb als Unterlage für künftige Diskussionen über die an der Tagung angeschnittenen Probleme dienen.

Die ersten Auswirkungen der Tagung selbst machten sich bei der letzten Ausschußsitzung der Südtiroler Hochschülerschaft bemerkbar: noch nie haben die Ausschußmitglieder ein solches Interesse an der Gestaltung der kommenden Tagung gezeigt. Bei der Bildung der Arbeitskreise meldeten sich 12 von 21 Ausschußmitgliedern für das Kulturreferat!

Abschließend sei es mir noch gestattet, allen jenen, die am Gelingen der Tagung beigetragen haben, meinen herzlichen Dank auszusprechen. Ich möchte hier vor allem den Referenten und den ständigen Mitarbeitern für ihre Bemühungen, der Leitung der Cusanus-Akademie, an der Spitze P. Dr. Tauber, für das Verständnis und Entgegenkommen, dem Rundfunk und Fernsehen, vor allem dem Leiter der deutschsprachigen Abteilung Dr. Bacher für die Mitarbeit, der Presse, den Diskussionsleitern und allen jenen, die durch ihre aktive Teilnahme an den Diskussionen und Arbeitskreisen zur Klärung der Probleme beigetragen haben, herzlich danken.

Ganz besonders gilt dieser Dank den Kollegen Dr. Otto Saurer, Hansjörg Dell'Antonio und Christian Alton für ihre Mithilfe bei den Übersetzungsarbeiten und bei der Zusammenfassung der Diskussionen, sowie Frä. Rita Mair, Sekretärin der Südtiroler Hochschülerschaft, für die Abnahme der Referate vom Tonband und für die Erstellung der Reinschriften der Manuskripte.

Hofmuth Ladurner

Die vorliegende Sondernummer wurde mit Hilfe der Subskriptionen und mit Unterstützung der Sparkasse der Provinz Bozen herausgegeben. Wir danken allen Subskribenten sowie dem Präsidenten der Sparkasse der Provinz Bozen, Herrn Dr. Brandstätter.

Einmalige Sondernummer des „Fahrenden Skolasten“ / Herausgeber: Südtiroler Hochschülerschaft, Bozen (Vorsitzender: Hansjörg Dell'Antonio) / Verantwortlich für den Inhalt: Robert Pöder / Druck: Ferrari-Auer, Rozen / Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. 1/56. Erlaß vom 18. Juni 1956 / Sped. in abb. post. - Gruppo IV. Auch auszugsweiser Abdruck mit Quellenangabe nur mit Genehmigung der Verfasser und des Vorsitzenden der Südtiroler Hochschülerschaft gestattet. / Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder / Titelblatt: Rolandgraf, Roland Brünster, Bozen